Heft 10 Oktober 2000 8,– DM

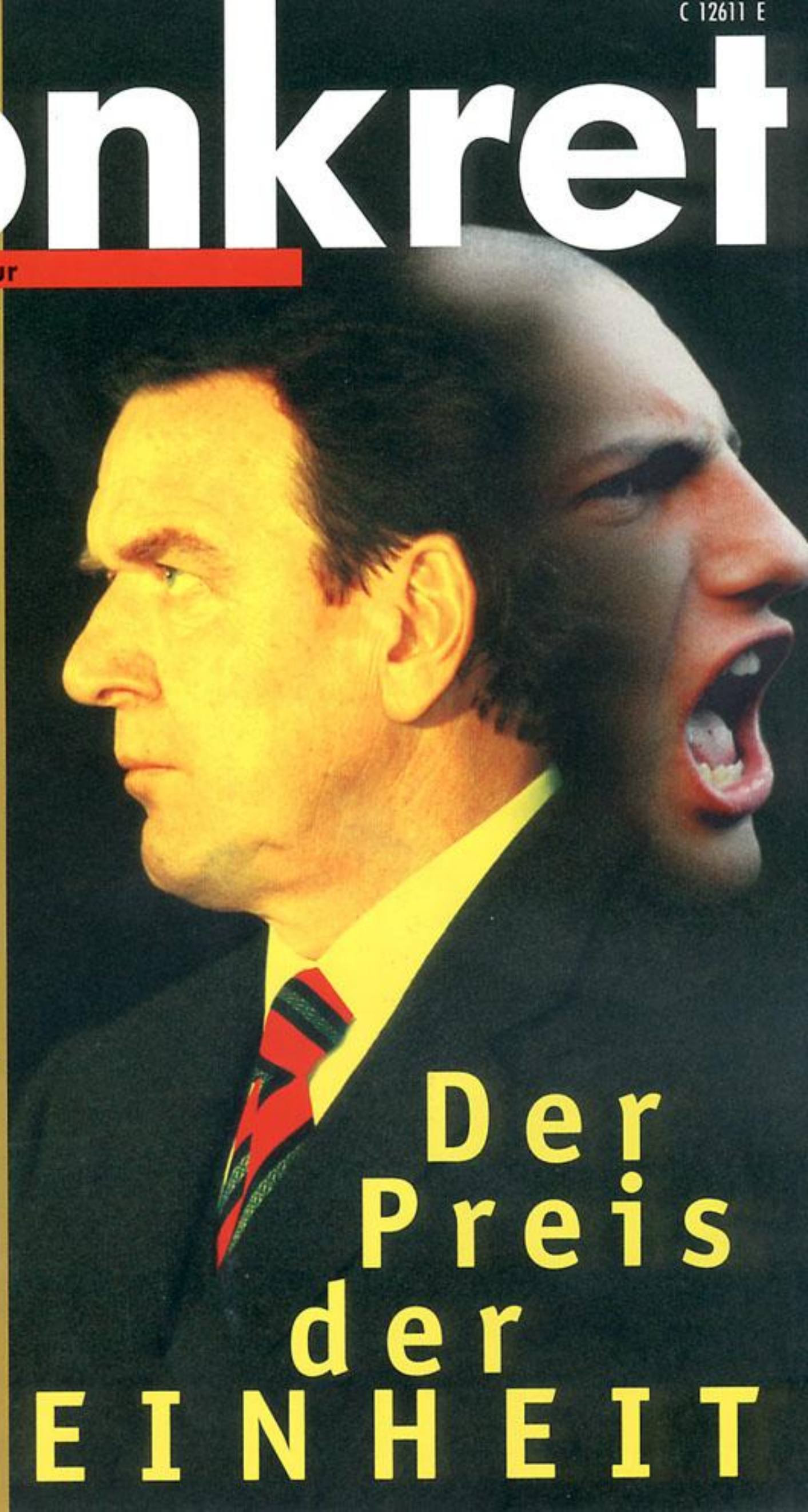
C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A öS 68 · CH sfr. 8,– · Lfr 193 · Ltr 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

- Schröders SPD: Von der Volkspartei zur Partei des Volkes
- Rußland: Freie Mafia-Wirtschaft
- Nie wieder Kosovo? Gysi antwortet
- Peter Hacks: Wann stirbt der Imperialismus?
- Standort-Philosophie: Nietzsche im Business-Case



Der Preis der EINHEIT

in konkret Oktober 2000

hier konkret von Christoph Zöpel
Deutschlands neue Freunde: nach dem Iran jetzt Libyen. Bundeskanzler Schröder lobt Gaddafi für seine konstruktive Rolle bei der Geiselbefreiung auf den Philippinen. Christoph Zöpel (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vizepräsident der deutsch-arabischen Gesellschaft, erklärt, warum Tripolis für ihn eine Reise wert war

von konkret

an konkret

Der Einheitspreis von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Dankend erhalten von Stefan Wirner
Was wollen Sie eigentlich? Die SPD hat längst mehr gehalten, als sie im Wahlkampf 1998 versprach

Afghanen statt Veteranen von Rainer Bohn
Über den rationalen Kern des rotgrünen Sommers der Antifa

zu Protokoll
Aus gegebenem Anlaß, wohl kaum aber zur Feier des Zehn-Jahres-Jubiläums der Wiedervereinigung, hat das Fernsehmagazin »Kontraste« (SFB/ARD) eine Liste erstellt, die einige der in den letzten Jahren hierzulande wieder zunehmenden Naziangriffe auf Ausländer enthält. Einige, denn natürlich ist sie nicht vollständig. Wir dokumentieren die Angaben zu den Jahren 1997 – 2000

Gemeinsames Ziel von Samuel Salzborn
Erstmals hat ein sozialdemokratischer Bundeskanzler am »Tag der Heimat« der Vertriebenen teilgenommen

Erhobene Häupter von Joachim Rohloff
Was die behauptete »moralische Selbstverpflichtung« der Deutschen gegenüber den Opfern des Holocaust tatsächlich wert ist, zeigt das Beispiel ihres Umgangs mit den Ansprüchen der Sinti und Roma: nichts

Volkes Stimme von Peter Nowak

Buch des Monats von Günther Jacob
Armin Thurnher: Heimniederlage. Nachrichten aus dem neuen Österreich, 250 Seiten, 27 Mark, Paul Zsolnay, Verlag Wien 2000

Barbarossa hat Schnupfen von Ralf Schröder
Putin im Kreuzfeuer: Anläßlich der Havarie des Atom-U-Boots »Kursk« kämpfen die deutschen Medien gemeinsam mit den russischen Mafia-Paten gegen den russischen Zentralstaat

Erst mal auf Gefechtsstation von Florian Sendtner
Der Untergang des russischen Atom-U-Boots »Kursk«: Unter den 118 Besatzungsmitgliedern befanden sich mehrere Millionen Deutsche

In diesem Sinne - Aus einem Guß von Georg Fülberth

In diesem Sinne - Alles Stalinisten von Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Was im Grabe übrig blieb von Gerhard Nordmann

Wiedervorlage zur Einzelfallprüfung von Jürgen Elsässer
Offener Brief an Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der PDS, über die Aufgaben antimilitaristischer Politik. Mit einer Antwort von Gregor Gysi

Ablehnung aus prinzipiellen Gründen von Gregor Gysi

Angriff auf die Zentrale von Bernhard Schmid
Mit Bezug auf die den Korsen gewährten Autonomierechte fordern die französischen Unternehmer die Deregulierung des Sozialstaats

Wessen Gen ist das Gen? von Oliver Tolmein
Die neuen Entwicklungen in der Gentechnik erfordern eine Auseinandersetzung mit den Rechten der Individuen: Hat ein Mehrzeller Menschenwürde? Und wo ist die Grenze des Selbst?

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann

Goldenes Herz, Muskeln aus Stahl von Michael Rudolf
kunst & gewerbe

Wenn Nazis zu sehr schreien von Rayk Wieland
Kulturkolumne

Georg Nostradamus von Peter Hacks
oder Professor Fülberths Vorhersage

Das höhere Chinesentum von Detlef Hartmann
Nietzsche zum dritten: der Philosoph, den des Kaisers Soldaten im Tornister und des Führers Ideologen im Kopf hatten, wird für die Berliner Republik reaktiviert

Befreiungsschläge von Otto Köhler
Der Historiker Bogdan Musial, dessen Kritik die »Wehrmachtsausstellung« stoppte, hat die Schuldigen am deutschen Vernichtungskrieg entdeckt: die Sowjets und, natürlich, die Juden

Wir kneten ein KomplottZweierlei Holocaust von Omer Bartov
Geradezu lustvoll haben hiesige Medien die Thesen des US-amerikanischen Publizisten Norman G. Finkelstein verbreitet, denen zufolge die Juden mit dem Holocaust ein großes Geschäft gemacht haben. Der Historiker Omer Bartov stellt Finkelsteins Buch vor. Tjark Kunstreich beschreibt den Kontext, in dem es hierzulande rezipiert wird

Wir kneten ein KomplottDie Kampagne von Tjark Kunstreich
Geradezu lustvoll haben hiesige Medien die Thesen des US-amerikanischen Publizisten Norman G. Finkelstein verbreitet, denen zufolge die Juden mit dem Holocaust ein großes Geschäft gemacht haben. Der Historiker Omer Bartov stellt Finkelsteins Buch vor. Tjark Kunstreich beschreibt den Kontext, in dem es hierzulande rezipiert wird

Hirsch heißt der Mann von Michael Scharang
Eine Briefkomödie in drei Teilen

Buch & Deckel von Marc Fabian Erdl
Ken Blanchard / Sheldon Bowles: Gung Ho! Wie Sie jedes Team auf Höchstform bringen. Rowohlt, Reinbek 2000. 184 Seiten, 36 Mark

Buch & Deckel von Renate Göllner
Ulrich Enderwitz: Die Sexualisierung der Geschlechter. Eine Übung in negativer Anthropologie. Ca ira, Freiburg 1999, 240 Seiten, 58 Mark

That was punk, friends von Dietrich zur Nedden
Wo sind eigentlich die Chaostage geblieben? Im Expo-Hannover jedenfalls nicht. Ein Nachruf

FilmTheater von Martin Büsser
American Psycho

FilmTheater von Dietrich Kuhlbrodt
Liberty Heights

FilmTheater von Jan Pehrke
O Brother, where art thou?

Antlitz und Inter-Face von Georg Seeßlen
Über das Portrait in der Kunst des 20. Jahrhunderts

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/00, S. 3

Christoph Zöpel

hier konkret

Deutschlands neue Freunde: nach dem Iran jetzt Libyen. Bundeskanzler Schröder lobt Gaddafi für seine konstruktive Rolle bei der Geiselbefreiung auf den Philippinen. Christoph Zöpel (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vizepräsident der deutsch-arabischen Gesellschaft, erklärt, warum Tripolis für ihn eine Reise wert war

konkret: Sie waren vor kurzem in Tripolis, um die deutsche Geisel abzuholen. Ihre erste Reise nach Libyen?

Zöpel: Es war meine zweite Reise nach Libyen. Ich bin im März 1997 in Libyen gewesen, als Vorsitzender einer interfraktionellen Parlamentariergruppe, und wir haben erfolgreiche Gespräche geführt, um die Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und dem libyschen Volkskongreß aufzunehmen. Das war eine der Voraussetzungen für die Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU/Deutschland und Libyen.

konkret: Mit wem haben Sie in Tripolis gesprochen?

Zöpel: In Libyen haben sich drei Dinge abgespielt: Es gab eine deutsche, eine französische, eine libanesische und eine südafrikanische Geisel. Deshalb waren aus allen vier Ländern Minister mit Kabinettsrang anwesend. Ziel der Reise war zum einen, Herrn Wallert zu begrüßen, als er in Tripolis die Maschine verließ. Dann haben die Libyer Wert darauf gelegt, daß es eine Zeremonie geben sollte, in der sie Herrn Wallert und die anderen Geiseln ihren Heimatländern übergaben. Diese fand draußen vor dem von der US-Luftwaffe 1986 zerstörten Kasernengebäude statt. Das haben die Libyer so organisiert. Wie nützlich das für Libyen war, lassen wir offen. Ich wollte kein Problem darin sehen, daß diese Zeremonie dort stattgefunden hat. Ich selber habe nur an der Zeremonie teilgenommen, aber nicht an der anschließenden libyschen Führung durch die zerstörte Kaserne.

konkret: Fischer und Schröder haben Gaddafi ausdrücklich für die Geiselbefreiung gedankt. War das die einzige Gegenleistung der Bundesregierung für die Zahlung der rund 25 Millionen Mark des libyschen Wohlfahrtsfonds an die Abu Sayyaf?

Zöpel: Es gibt keine Kenntnisse der Bundesregierung, wieviel Geld der GaddafiFonds bezahlt hat. Es gab die Selbstverständlichkeit, sich bei der libyschen Regierung zu bedanken, denn offenkundig war nur die libysche Vermittlungstätigkeit so erfolgreich, daß Herr Wallert freikommen konnte. Weitere Gegenleistungen sind nicht erforderlich. Die Probleme zwischen der EU und Libyen sind erledigt, weil die libysche Regierung sich z.B. mit der Auslieferung der Lockerbie-Attentäter kooperativ gezeigt hat. Deshalb möchte die EU auch, daß Libyen am Barcelona-Prozeß teilnimmt. Libyen selber hat sich noch nicht entschieden. Da drängt eher die EU als Libyen.

konkret: Heißt das, die Bundesregierung befürwortet ausdrücklich die Teilnahme Libyens am Mittelmeergipfel der EU in Marseille?

Zöpel: Ja, das ist die Folge der Normalisierung der Beziehungen, und nicht umgekehrt.

konkret: Früher ist Gaddafi durch militanten Antizionismus, Unterstützung der PFLP und zahlreicher islamischer Terrororganisationen aufgefallen. Eine seine ersten Amtshandlungen 1969 war die entschädigungslose Enteignung und die Ausweisung aller verbliebenen Juden in Tripolis und Bengasi. Erkennen Sie da eine echte Wandlung?

Zöpel: Schon 1997 war die Bedingung für die Aufnahme von Beziehungen mit dem libyschen Volkskongreß, daß Libyen den Nahostfriedensprozeß nicht behindert. Wir würden keine normalen Beziehungen zu arabischen Ländern haben, die den Friedensprozeß behindern. Die andere Realität ist, daß Libyen extrem pessimistisch hinsichtlich eines erfolgreichen Ausgangs des Friedensprozesses ist und sowohl Israel wie Palästina kritisiert. Selbstverständlich beobachten wir die Politik Libyens. Wir können zur Zeit nicht erkennen, daß es eine Fortsetzung der Unterstützung von Terrororganisationen als Teil libyscher Politik gibt.

konkret: Gaddafis ältester Sohn, Saif Islam, ist ein Duzfreund von Jörg Haider. Er hat angekündigt, den nächsten Wahlkampf der FPÖ finanziell zu unterstützen. Haider verfügt über beste Beziehungen zum libyschen Staatschef, wie jüngst bei der Einfädelung der Kreditvergabe Libyens an österreichische Banken und den Benzingeschenken Gaddafis an Haider zu sehen war. Wie geht das zusammen, auf der einen Seite Sanktionen gegen die schwarz-blaue Regierung in Wien zu verhängen, auf der anderen Seite die Unterstützer Haiders zu hofieren?

Zöpel: Die Einzelheiten, die Sie mir hier vorgehalten haben, sind mir zum Teil nicht bekannt. Die Gaddafi-Stiftung, der Gaddafis jüngerer Sohn vorsitzt, möchte auch Kontakt zu Stiftungen in Deutschland haben. Die Bundesregierung hält das für sinnvoll, wenn diese Stiftungen das täten. Dabei wird es Gegenstand sein, Informationen über Beziehungen zu Haider nachzugehen, die z.B. für die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Zusammenarbeit ausschließen würden. Unterstützung für Haider ist kein Gegenstand für die Aussetzung diplomatischer Beziehungen. Sie müßten sich einmal ausmalen, mit wem dann alles diplomatische Beziehungen ausgesetzt werden müßten.

konkret: Nach Berichten z.B. der »Los Angeles Times« werden mit Geldern des libyschen Wohlfahrtsfonds nicht nur Geiseln freigekauft, sondern auch antisemitische Beilagen in Nazimagazinen in der EU finanziert. Wäre das für Sie auch kein Grund, Hilfe vom libyschen Wohlfahrtsfonds abzulehnen?

Zöpel: Das Problem ist, daß Sie Aussagen machen, die nicht richtig sein müssen. Der libysche Wohlfahrtsfonds bleibt das probate Mittel, mit dem die Geiseln befreit werden konnten. Aber sehr deutlich: Eine libysche Unterstützung von außerhalb der europäischen Werteordnung stehenden Organisationen in Europa würde natürlich zur Überprüfung der Teilnahmemöglichkeit am Barcelona-Prozeß führen.

konkret: Würden Sie den Charakter der deutsch-libyschen Beziehungen als »kritischen Dialog« umschreiben?

Zöpel: Der Begriff ist politisch verbrannt. Allerdings führen Staaten, die auf die Aufklärung verpflichtet sind, immer einen kritischen Dialog mit Staaten, die darauf nicht verpflichtet sind, das liegt in der Logik des Begriffs »Kritik«, so wie ihn Kant erfunden hat.

Konkret 10/00, S. 4

von konkret

Am Ende des recht günstigen Attests, das Georg Fülberth dem Kapitalismus vor einem halben Jahr ausgestellt hat (KONKRET 4/2000: »Kurze Sprünge«), richtet sich der Autor an die geneigte Leserin, den geneigten Leser: »Bitte zählen Sie die Gründe auf, die Ihrer Meinung nach entweder eine Fortdauer oder ein möglichst baldiges Ende des Kapitalismus wünschenswert erscheinen lassen. Stellen Sie sich zur Abwechslung einmal vor, das liege in Ihrer Hand.«

Wie es mit derlei Auskunftsersuchen zu gehen pflegt, blieb auch dieses unerhört, bis die Redaktion Ende August Post von Peter Hacks bekam: eine Antwort auf Fülberth, deren Besonderheit nicht nur in der Tatsache liegt, daß sie auf eine rhetorische Frage erfolgt, sondern auch in dem Umfang, in dem dies geschieht. Hacks' Beitrag ist geeignet, eine neue Textsorte zu begründen, weshalb wir ihn, der Fragen der politischen Ökonomie in der Form wissenschaftlicher Poesie behandelt, an den Anfang des Kulturteils gestellt haben.

Auf der Frankfurter Buchmesse (18.-23. Oktober) finden Sie den KONKRET-Stand in Halle 6.1 E, Stand-Nr. 128. Dort stehen Mitglieder der Redaktion und Autoren für Fragen, Kritik und Anregungen zur Verfügung (z.B. Hermann Gremliza, Wolfgang Schneider und Horst Tomayer am 18.10. von 15-17 Uhr, Jürgen Elsässer am 20.10. von 15-17 Uhr). Während der Buchmesse finden mehrere Veranstaltungen zu aktuellen KONKRET-Publikationen statt:

lAm 18.10. gibt es um 20 Uhr im Club Voltaire (Kleine Hochstraße 5, 60313 Frankfurt) »Neue Gesänge, alte Getränke« mit dem Gemischten Doppel Hermann Gremliza & Horst Tomayer.

lAm 20.10. diskutiert Jürgen Elsässer sein neues Buch *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung im Kosovokrieg* (**konkret texte** 27) mit Heinz Loquai u.a.: im Koz (Campus der Universität Frankfurt, Mertonstraße 26/28), 19.30 Uhr. (Weitere Veranstaltungen mit Elsässer zum Thema finden am 18.10. in Wilhelmshaven, am 19.10. in Ludwigsburg und am 21.10. – zusammen mit Heinz Loquai – in Stuttgart statt. Zeit und Ort bitte in der Redaktion erfragen.)

lIm Rahmen der Reihe »Gegen Buch Masse« veranstaltet das P.A.C.K. zusammen mit dem Infoladen Frankfurt einen Abend mit Simone Dinah Hartmann, Sylvia Köchl und Heribert Schiedel – Autor/inn/en des **konkret-texte**-Bandes *Braunbuch Österreich – Ein Nazi kommt selten allein* (Hg.: Hermann Gremliza) – zum Thema »Besonderheiten des österreichischen Antisemitismus / Widerstand – Bilanz und Perspektiven«. Ort: Café Exzess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt-Bockenheim; Zeit: 20 Uhr.

Ab 29. September ist das diesjährige Sonderheft Literatur Konkret am Kiosk zu haben (Abonnenten erhalten es zusammen mit dem Oktoberheft bereits am 22. September). Schwerpunktthema ist, aus gegebenem Anlaß, Österreich, genauer: das radikal-kritische Engagement österreichischer Schriftsteller/innen gegen jene Eigenschaften ihres Landes, die mit dem Wahlsieg der Haiderschen FPÖ wieder virulent geworden sind.

Ebenfalls rechtzeitig zur Buchmesse erscheinen die Bände 27 und 28 der **konkret-texte**-Reihe. Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen* (s.o.) beschäftigt sich auf knapp 200 Seiten mit den Lügen der Bundesregierung und ihren Opfern im Kosovokrieg.

In *Orgasmus und Alltag*, seinem dritten Band für die **konkret-texte**-Reihe, unternimmt Georg Seeßlen Kreuz- und Querzüge durch den medialen Alltag. Er trifft dabei u.a. auf das Phantom der Neuen Mitte, den Media-Proll, Bertolt Brecht in Hollywood, allerlei Katastrophen und pornographische Inszenierungen und einen Biersee, in dem man nicht umfallen kann.

Alle Publikationen können ab sofort beim Verlag bestellt werden. Die **konkret-texte-**Bände kosten im Buchhandel bzw. beim Verlag 22,80 Mark (Seeßlen) bzw. 26,80 Mark (Elsässer), im Abonnenment je 15,80. Literatur Konkret kostet am Kiosk 7,80 Mark – bei Bestellungen beim Verlag bitte 3 Mark Porto nicht vergessen.

Weitere Termine:

lIm Rahmen des 30. Deutschen Soziologentages spricht und diskutiert Hermann Gremliza am 28.9. um 16.45 Uhr über »Meine Freunde, die Milliardäre«(Thema des Podiums:»Die herrschende Schicht ist diejenige, deren Soziologie niemand zu schreiben wagt«). Ort:Universität zu Köln, Vortragsraum Universitätsbibliothek, Universitätsstraße 33, 50931 Köln.

lAm 12.10. spricht und diskutiert Günther Jacob – Co-Autor des *Braunbuch Österreich – Ein Nazi kommt selten allein* (**konkret texte** 26) um 19.30 in der Berliner Galerie Olga Benario über »Das Geheimnis des Bärentals – Die Industrialisierung der ›Ostmark‹, die Erben des Wirtschaftswunders und die Rätsel der Erinnerung«.

lAm 19.10. findet um 20 Uhr in der Gießener Kongreßhalle der erste gemeinsame Auftritt von Matthias Beltz und Hermann Gremliza statt, veranstaltet von der DKP aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens ihrer Zeitung »Gießener Echo«.

lZum Auftakt einer Veranstaltungsreihe »Für und wider den Krieg« spricht Hermann Gremliza am 25. Oktober um 19.30 Uhr im Audimax der Technischen Universität Braunschweig (Pockelstraße) zum Thema »Deutsche Medien und die Bombardierung Jugoslawiens: demokratische Meinungsbildung oder Hofberichterstattung für den Krieg?«

Fehlerlese KONKRET 9/2000 (mit einem Gruß nach Marburg): Seite 27, 2. Spalte, 9.-12. Zeile von oben: 1972 war die niedersächsische SPD nicht in der Opposition, sondern an der Regierung. Seite 41, 1. Spalte, 27. Zeile von oben: Nicht Friedrich II. wurde »Soldatenkönig« genannt, sondern Friedrich I., sein Vater. Friedrich II. hieß »der Große«. Seite 60: Korrekt muß der Titel von Günter Amendts Beitrag natürlich »Friends and other strangers« heißen – wie die Zeile aus Dylans Song »Gates of Eden«.

Ein fleißiger Teilnehmer des KONKRET-Sommergelages 2000 hat die Aufnahmen der Podiumsdiskussionen auf CD-Rom gebrannt. Zum Selbstkostenpreis von 2 Mark (+ Porto) können nun auch die über 26jährigen erfahren, was da vom 30.6. bis 2.7. in Hamburg-Langenhorn diskutiert worden ist. Interessenten wenden sich per e-mail an: jonnycool@gmx.de.

Konkret 10/00, S. 6

an konkret

Von Bildungswegen

KONKRET 9/2000: »Papa, was hast du im Krieg gemacht?« von Otto Köhler

Mir wurde nach Ihrem Artikel alles klar. Staatsexamen bei Otto Dann, 3 minus, Kommentar: sämtliche Traditionen des Abendlandes hätten zusammengewirkt. Ich wollte Lehrer werden, jawoll. Wie hab ich mich gekrümmt. Abitur auf 2. Bildungsweg, besoffene Mails an KONKRET geschickt, usw. Nix zu machen. Otto Dann hat bei Schieder & Conze habilitiert.

Ralf

per e-mail

Von der Résistance

KONKRET 8/2000: »Von der Hisbollah lernen« von Karl Selent

Es gilt festzustellen, daß die Hisbollah sich zwar 1995 unter der alleinigen Schutzherrschaft der iranischen Mutterrepublik in Beirut gegründet hat, jedoch während der letzten fünf Jahre ganz grundlegende Wandlungen vollzogen hat, die Karl Selent wohl nicht mitverfolgt hat. Bis zu diesem Sommer hatte die Hisbollah ein klares Ziel: den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Süd-Libanon. Diesem Ziel waren alle ideologischen und religiösen Ideen untergeordnet. Und daß es ein legitimes Ziel ist, sein Land von einer völkerrechtswidrigen Besatzung zu befreien, kann wohl selbst Selent nicht bestreiten. Über die Wege wird separat zu urteilen sein.

Ja, die Hisbollah ist eine terroristische Vereinigung, genauso wie Kriegsakte der israelischen Armee völkerrechtswidrig waren und das Leben unschuldiger Zivilisten gekostet haben. Sie ist aber auch und v. a. die »Résistance«. Und sie war als solche erfolgreich. Im Jubel um den Rückzug gibt es sicher viele, die es übertreiben, aber die Hisbollah wird weiterhin eine große Rolle zumindest in der libanesischen Politik spielen. Wer dabei dann an Marxismus-Khomeinismus denkt, hat einfach nicht verstanden, worum es für die Menschen auf der einen Seite eigentlich geht.

Jan-Marek Pfau

Beirut/Libanon

Von Tante Magnesia

KONKRET 9/2000: Leserbrief von Andreas Pretzel

Zunächst sachliche Korrekturen: Eike Stedefeldt ist nicht Herausgeber der Zeitschrift »Gigi« und hat auch im vergangenen Jahr kein »Wissenschaftlich-humanitäres Komitee« neu begründet. Das neue whk (in Kleinbuchstaben, um zeitliche Distanz wie inhaltliche Fortentwicklung zu verdeutlichen) entstand bereits 1998. Da es kein Verein ist, kann »Gigi« sich auch nicht als dessen Vereinsorgan verstehen, wie Pretzel angibt. Sein Organ sind allenfalls die »Mitteilungen des whk«.

Zu dem, was Pretzel als »Vaterschaftskonflikt« psychologisiert, ersatzweise und politisch schön naiv einen absurden »Feldzug der neuen WHK-Vertreter« und »aggressiven Stellvertreterkrieg« nennt: Ohne seine Verdienste zu negieren, begriff das neue whk Hirschfeld, dessen Name einer reaktionären schwulen Identitätspolitik nurmehr als Werkzeug dient, als Historien-Kitt einer halluzinierten Quasi-Ethnies, von Anbeginn nicht als Denkmal oder Ikone, sondern als in ihren Ansichten, Haltungen und Handlungen sehr widersprüchliche Figur. Wenn es sich, so eine erste whk-Selbstdarstellung, »gut hundert Jahre nach seiner Gründung und 65 Jahre nach seiner Zerschlagung durch die Nazis wieder organisiert, um erneut an den Grundfesten der Kategorien von Sexualität und Geschlecht zu rütteln, dann freilich nicht mehr mit den biologistischen Vorstellungen seines Vorvaters Magnus Hirschfeld, der Sexualität und Geschlecht letztlich für natürliche Gegebenheiten hielt, sondern mit dem Wissen, daß es sich um integrale Konzepte des bürgerlichen Nationalstaats handelt, durch die Menschen in gesellschaftliche Rollen gezwungen werden«. Pretzel darf dem neuen whk getrost eine

zeitgemäßere Programmatik zubilligen, als es die in Kaiserreich und Weimarer Republik war; das WHK bestand im übrigen schon seinerzeit nicht bloß aus »Tante Magnesia«.

Schließlich: »Gigi« hat eine Redaktion, die über die Aufnahme von Autorenbeiträgen befindet. Sind sie streitbar, faktenreich und konterkarieren sie nicht die Blattlinie: bitteschön. So widerfuhr es auch Kratz, dessen 6-Seiten-Beitrag »Das falsche Idol« Teil eines 16seitigen Schwerpunkts »Zur politischen Ökonomie homosexueller Geschichtsproduktion« mit insgesamt fünf Autoren wurde. Niemand in der Redaktion muß Kratz' Position vollauf teilen.

Eike Stedefeldt

Berlin

Von Eseln und Säcken

KONKRET 9/2000: »Bewußtsein ohne Gehirn« von Colin Goldner

Selten habe ich auf zwei Seiten so viel Schwachsinn, Frust, Selbsthaß und Aggression gelesen. Zum Glück habe ich das Buch nicht gekauft. Vielleicht sollte sich Goldner mal was Gutes tun. Mit zwei gesunden Händen läßt sich viel erreichen. *J. Bantle*

Bösingen

Der Dalai Lama kann nichts dafür, daß ihm alle auf die Schultern klopfen wollen, ob sie ihn verstehen und über Tibet informiert sind oder nicht. Als Buddhist wie als Christ weist man niemanden ab, auch Verbrecher sind Menschen, und Menschen können sich ändern. Ich denke, daß Sie einen ähnlichen Fehler begehen wie die, die blind jedem auf den Sockel gestellten Schönredner huldigen, alles scheint Sie in Ihrem Mißtrauen zu bestärken, weil Ihre Motivation Ihre Objektivität trübt.

Für mich ist der Dalai Lama kein Medienwesen mehr, ich bin ihm persönlich mehrmals begegnet, gerade vorgestern habe ich seinen wunderbaren alten Lehrer Khensur Ugyen Tseten Rinpoche beim Schachspiel gestört, ich kann Ihnen versichern, beide gehören zu den positiven Weltwundern, und sie sind voll warmherzigen Humors, auch und gerade über sich selbst. Besuchen Sie den Dalai Lama doch einfach mal persönlich.

Nicola Hernádi

ohne Ortsangabe

Vorausgeschickt: mein Sozialismus ist nicht atheistisch geprägt, sondern hat befreiungstheologische, linkschristliche Wurzeln. Was mir alles in allem sehr übel aufstößt, ist, wie in diesem ganzen Text der Esel (Dalai Lama, Tibeter) geschlagen und der Sack (Fangemeinde) gemeint wird. Lassen wir doch den Esel Esel und den Sack Sack sein, als Zugeständnis an klares Denken, wie ich das sonst an dieser Zeitung immer so schätze.

Sandro Fischli

Bern/Schweiz

Von Ötzis und Yetis

KONKRET 9/2000: »Alle wieder hinlegen« von Rayk Wieland

Ein Leserbrief an die »FAZ«, ungedruckt:

Die hessische Wissenschaftsministerin findet es im Gespräch mit Ihrer Zeitung (»Ruth Wagner: Die widersinnigen Regeln zurücknehmen«, 7.8.2000, Seite 1) »nicht verwunderlich«, daß sich unter anderem in Österreich »weniger Widerstand gegen die Rechtschreibreform rege, da die Schüler dort Deutsch als erste Fremdsprachen lernten. Die Kinder wüchsen in Regionalsprachen auf, die Diskussion in Deutschland besitze eine völlig andere Bedeutung, zumal es sich hier um die Schreibung der gesprochenen Sprache handele.«

Erst dank dieser Klarstellung der FDP-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, früheren Gymnasiallehrerin und Germanistin kann ich die Leistung österreichischer Mundartdichter wie Adalbert Stifter, Rainer Maria Rilke, Franz Kafka, Hugo von Hofmannsthal oder Robert Musil erahnen: Was müssen die sich gequält haben, aus der Tiefe ihrer Regionaldialekte zu halbwegs leserlichem Deutsch als Fremdsprache emporzusteigen. Und welche Chuzpe von Karl Kraus,

sich, obgleich kaum verständlicher Sprecher einer österreichisch-ungarischen Regionalsprache – man halte dagegen die Nähe des »Badesalz«-Hessischen zum Hochdeutschen – , als größter Sprachkritiker des deutschen Sprachraums zu gebärden!

Es müssen gräßliche Urlaubserlebnisse in österreichischen Hinterwäldern gewesen sein, Begegnungen mit lallenden Ötzis und grunzenden Yetis, die Frau Wagner zu dem Schluß geführt haben, dort sei Deutsch Fremdsprache. Weiß sie, daß Österreicher nicht erst seit Karl Kraus und den Hans-Moser-Filmen der fünfziger Jahre aus dem Lachen gar nicht mehr herauskommen, wenn sie nachäffen, wie »die Piefkes« ein ganz eigenes Deutsch schnarren, näseln, poltern, rasseln, quäken?

Michael Springer

Aachen

Konkret 10/00, S. 9

Hermann L. Gremliza

Der Einheitspreis

»Die Bilanz zum zehnten Jahrestag der deutschen Vereinigung fällt überraschend positiv aus. Die Befürchtungen vieler Intellektueller vom Heraufdämmern eines »Vierten Reichs« haben sich nicht erfüllt – nur die Gewalt von rechts wirft Schatten auf die Lust an der Normalität.«

»Der Spiegel«, September 2000

»Das Gelobte Land«

Titel der Zeitschrift »Kursbuch« zu zehn Jahren Deutschland

»Unter den Kommentatoren ist Einigkeit, daß mit der deutschen Reichsgründung die Nachkriegszeit vorbei ist. Gesetzt den Fall, die Gründung des Vierten Reichs bedeute doch nicht das Ende aller Geschichte – was wird mit ihr beginnen? Eine Vorkriegszeit.«

HLG, Oktober 1990

Daß die Bilanz zum zehnten Jahrestag der deutschen Vereinigung in der deutschen Presse überraschend positiv ausfallen würde, habe ich schon vor zehn Jahren gewußt. Als einer der zwei mir bekannten Kommentatoren, die auf drei zählen können und deshalb bei der Numerierung der deutschen Reiche seit der Gründung des ersten auf vier kommen, hatte ich keinen Grund zu zweifeln, daß Springer, Bertelsmann, Burda, Holtzbrinck und Co. zur Feier dessen, was ich kommen sah, das Krachen serbischer Knochen unter deutschen Bomben und die Angst einiger Millionen Bewohner dieses Landes eingeschlossen, die nicht schlafen können, wenn sie in der Nacht an Deutschland denken, viele Festredner finden würden, denen es auf eine Lüge mehr oder weniger nicht ankäme.

Denn sie wissen, was sie schreiben. Hundertsiebzig Seiten vor dem bißchen Schatten, den die Gejagten mit der dunklen Haut auf die Lust des Redakteurs werfen, konnte dieser in derselben Ausgabe seines Magazins lesen:

Ein Jahr nach der Hatz auf mehrere Asylbewerber in Guben suchte eine Anwältin bei (Bundestagspräsident) Thierse Beistand für einen der Gejagten. In Brandenburg waren ihre Versuche gescheitert, für das traumatisierte Opfer ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten. (CDU-Innenminister) Schönbohms Büro hatte dies abgelehnt – unter Hinweis auf das »traumatische Ereignis«. Das Opfer werde, so ließ sein Büro die Anwältin wissen, deshalb in Deutschland nur »bedingt in der Lage sein, sein Leben eigenständig zu meistern«.

Dem Ägypter Salah Ale Hassab al-Namr erging es nicht anders. Bei einem Brandanschlag ging seine Pizzeria »Ali Baba« in Elsterwerda im Oktober 1998 in Flammen auf. Darauf verfügte die Ausländerbehörde des Landkreises die Abschiebung und ließ den Mann mit Haftbefehl suchen. Das Innenministerium stellte sich im August dieses Jahres hinter das Vorgehen des Landkreises – mit der zynischen Begründung: »Die Aufenthaltsbefugnis war stets an die Betreibung des Betriebes gebunden.« So verlor der Ägypter mit der Pizzeria auch sein Bleiberecht.

Das »Kursbuch«, das seit drei Jahrzehnten die zuverlässigsten Angaben macht, wann der Bahnsteig abfährt und in welche Richtung, zieht derweil über den endemischen intellektuellen Kritikaster her, der als eingeschworener Hypochonder den Gesellschaftskörper stets nach verdächtigen Symptomen absuche, also die Arbeit tue, zu deren Verrichtung, wie man einmal dachte, als denken noch erlaubt war, Intellektuelle auf der Welt sind, und zählt die Vorzüge auf, die das neue Deutschland für Enzensberger hat: »Die phantastische Auswahl an rohen und gekochten Schinken, die stets geöffneten Tankstellen, der brave Buchhändler an der Ecke, der wild blühende Frauenschuh und die jederzeit erreichbare Telefonseelsorge.«

Das neue Deutschland hat außerdem: Tausende Gejagte, Verletzte, Bespuckte, hundert Ermordete (eine phantastische Auswahl an kaltgemachten und verbrannten Niggern), stets geöffnete Bombenschächte, unsere braven Soldaten im Amselfeld sowie, siebzig Kilometer vor St. Petersburg und pünktlich zum zehnten Jahrestag, die Einweihung des größten deutschen Soldatenfriedhofs aller Zeiten, für 80.000 Gefallene der Wehrmacht, durch den Redner Ortwin Runde, Bürgermeister der Patenstadt Hamburg: »Hier auf diesem Friedhof erhalten die Toten und Vermißten unter den deutschen Soldaten einen Namen. Und sie finden ihre Würde wieder, indem sie eine ehrenvolle Grabstätte erhalten.« Zu Lebzeiten waren sie damit beschäftigt, 600.000 Einwohner von Leningrad durch Aushungern zu ermorden, heute kommt ein Sozialdemokrat, um sie zu würdigen und zu ehren.

Das sind nur ein paar Stückchen der Normalität, die den deutschen Intellektuellen Lust auf mehr machen. Ein anderes ist der Jörg Schönbohm, von dem schon die Rede war. Er hat mit der Verfolgung »undeutscher Elemente« Karriere gemacht: in der Bundeswehr bis zum General, in Berlin zum Innensenator und, weil er dort »Quartiere, wo man sich nicht mehr in Deutschland befindet«, aufzuräumen versprach, Spitzenkandidat und Wahlsieger für die CDU im Bundesland Brandenburg, in dem er jetzt an der Seite des Konsistorialpräsidenten Stolpe seinen Kampf zu Ende führt.

Anders als Antje und Joschka brauchte Schönbohm, den nichts als sein Hang zu Law and Order von seinen haarlosen Kameraden unterscheidet, auf seinem Weg durch die Institutionen keine Mimikry. Wie ja die Normalität bzw. das, was die deutschen Denker dafür halten, nicht dadurch hergestellt worden ist, daß das von ihnen einst für anormal Erklärte besiegt wäre, sondern dadurch, daß es gesiegt hat. Nicht die schwarzbraunen Horden der Schlesier und Sudetendeutschen wurden zivilisiert, sondern die Kritiker von einst haben sich zu ihnen gesellt. Noch vor fünf Jahren mußte die »Zeit« vom Empfang der Vizepräsidentin des Bundestags beim Vertriebenentreffen berichten: »Mitten im Satz bricht Protestgeheul los. Nicht nur ein paar Pfiffe, nein, ein wütendes Gebrüll; nicht von ein paar Krakeelern, sondern von einer unüberschaubaren Menge, von Zehntausenden. So stehen sie nun da, recken die Fäuste gen Himmel und brüllen, was die Lungen hergeben, minutenlang. Ein paar Betagte, puterroten Kopfes, schreien: Hängt sie auf! Stellt sie an die Wand!« Das kann heute nicht mehr passieren. Denn die Festrede, die früher alte Nazis gehalten haben, hält heute der Kanzler, und der Innenminister finanziert dem Gesocks ein »Zentrum gegen Vertreibung« (200 Millionen Mark).

Nicht die Bundeswehr, die vor ihren Traditionsaltären die Helden des letzten Ostfeldzugs verehrt, hat sich geändert, sondern die Politik, die ihr neue Ostfeldzüge organisiert. Und nicht die Gruppe 47 hat den deutschen Stammtisch aufgelöst, sondern die Walsers und Enzensbergers haben an ihm Platz genommen. Der eigentliche Mob des Landes sind heute seine Intellektuellen.

In Idealkonkurrenz zu ihrer Regierung. Auch diesbezüglich hätte der Feuilletonist des »Spiegel« im eigenen Blatt, weil ja unter 250 Redakteuren auch mal ein widerspenstiger und der Chefredakteur zu faul zum Lesen ist, eine interessante Angabe zur Normalität finden können:

Auf seiner Tour durch die neuen Bundesländer wandelt Bundeskanzler Gerhard Schröder auf den Spuren Helmut Kohls. Wie sein Vorgänger posiert der deutsche Regierungschef für kitschige Bilder aus einem Märchenland mit gurgelnden Wildbächen, fleißigen Handwerkern und zahlreichen Provinz-Monarchen. Neben Reben-Royals im Weinbaugebiet Saale-Unstrut traf Schröder in Bad Frankenhausen die Fliederkönigin Daniela, in Bad Elster die Brunnenkönigin Michelle und in Naumburg Schauspieler in den Rollen des Markgrafenpaares Uta und Ekkehard von Meißen. Obgleich mit gutem Blick für symbolische Fotos gesegnet, machte Schröder bisher einen Bogen um potentielle Opfer rechtsradikaler Schläger. Weder Mitarbeiter von Döner-Ständen noch Bewohner von Flüchtlingsheimen kamen bislang in den Genuß einer Kanzler-Umarmung.

Der Kanzler weiß, was er tut und warum. Kurz vor seiner Reise hatten es ihm die Parteienforscher Stöss und Niedermeier in ihrer Studie, die ein rechtsextremistisches Potential in der Wählerschaft von bis zu 20 Prozent ermittelt hat, noch einmal schriftlich gegeben: »Die Bevölkerungsteile mit rechtsextremistischer Orientierung« (so heißen Nazis auf wissenschaftlich) seien »nicht gleichzusetzen mit der Anhängerschaft rechtsextremistischer Parteien«. Ein Drittel der Nazis lehne die Teilnahme an Wahlen überhaupt ab, nur fünf Prozent wollten NPD, Republikaner und DVU wählen, 30 Prozent aber die SPD und 17 Prozent die CDU.

Einen Kranz am Gedenkstein für einen zu Tode getretenen Mosambikaner niederzulegen und einem seiner Landsmänner, der »seit zwanzig Jahren in Deutschland lebt«, die Hand zu geben – soviel Humanität, das hat Gerhard Schröder im Aufsichtsrat von Volkswagen gelernt, muß sein, denn »Rechtsradikalismus darf nicht das Image Deutschlands bestimmen«. Aber alles zu meiden, was den Verdacht weckt, der Kanzler fraternisiere mit undeutschen Elementen. Er will in zwei Jahren wiedergewählt werden, im Gelobten Land.

Konkret 10/00, S. 10

herrschaftszeiten

Grünes Fallobst

Um 1600/01, William Shakespeare: *Hamlet, Prinz von Dänemark:*

Ein Entschluß wird oft von uns gebrochen,/ Der Vorsatz ist ja der Erinnrung Knecht,/ Stark von Geburt, doch bald durch Zeit geschwächt./ Wie grüne Früchte fest am Baume hangen,/ Doch leicht sich lösen, wenn sie Reif erlangen./ Natürlich ist's, daß jeder leicht vergißt/ Zu zahlen, was er selbst sich schuldig ist./ Der Vorsatz, den die Leidenschaft geboren,/ Geht, wenn sie selber endet, auch verloren.

State of the Art

15. Mai, »Frankfurter Allgemeine«:

Der Jüdische Weltkongreß (WJC) hat der Stadt Augsburg die »Glorifizierung eines bekannten Alt-Nazis« in den Städtischen Kunstsammlungen vorgeworfen. Der Exekutivdirektor des WJC, Elan Steinberg, begründete den Vorwurf damit, daß bis heute ein Saal des Museums nach dem »führenden Kunsthändler des Dritten Reichs«, Karl Haberstock, benannt sei. Der Exekutivrat werde sich ... mit der Weigerung der Stadt Augsburg befassen, »den Namen des Nazis zu entfernen«. Haberstock (1878 bis 1956) war der wichtigste Akquisiteur für die Sammlungen Hitlers und Görings und gehörte zu den Initiatoren des »Führermuseums« in Linz. Er war auch eine Schlüsselfigur bei der Entfernung der als »entartet« diskriminierten Kunst aus deutschen Museen. Er vermachte Augsburg seine Sammlung. Eine Abteilung des Museums ist ihm seither gewidmet.

Blairsche Reformen

12. August, dpa:

Madonna will ihr zweites Kind auf keinen Fall in England zur Welt bringen. Obwohl sie die meiste Zeit des Jahres in London wohnt, werde sie zur Geburt in die Vereinigten Staaten reisen. »Sind Sie schon mal in England im Krankenhaus gewesen?« fragte sie.

Aus der Bundes-Wehrmacht (1)

13. August, »Bild am Sonntag«:

In dieser Woche wurde Oberfeldwebel Ralf K. (28) vom Panzerartillerie-Bataillon 405 in Dabel entlassen. Im Internet hatte er die inzwischen gesperrte Web-Seite www.heil-hitler.de angemeldet. Doch nach Informationen der »Bild am Sonntag« ist der Unteroffizier einschlägig vorbestraft und hätte längst aus dem Dienst entfernt werden können. In der Neujahrsnacht 1998/99 hatte er bei einer Silvesterfeier einen bei seiner Einheit gestohlenen Sprengkörper explodieren lassen und das neue Jahr mit den Wort »Sieg Heil!« begrüßt. Obwohl der Artillerist zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt worden war, durfte er weiterhin Soldaten befehlen.

Mit Sorge registriert er (der Wehrbeauftragte des Bundestags, Wilfried Penner) »die ansteigende Tendenz rechtsextremistischer Tendenzen« in den Streitkräften. Die Fälle: Eine Kaserne in Mengen (NRW). Ein Soldat richtete sein Gewehr G3 auf einen farbigen Kameraden und schrie: »Ich knall dich ab, mein Nigger.« Geschehen im April. Im Januar griff ein Stabsunteroffizier aus Faßberg (Niedersachsen) einen Autofahrer an und erging sich in antisemitischen Haßtiraden. Im März beteiligte sich ein Gefreiter aus Geltow (Mecklenburg-Vorpommern) an einem Überfall auf ein Asylbewerberheim. Im April kam es zu einer Schlägerei in Burbach (Hessen). Rädelsführer war ein Soldat, Motiv Ausländerhaß. Im selben Monat bedrohten drei Soldaten im Bundeswehrkrankenhaus Berlin einen Mitpatienten und beleidigten ihn mit rassistischen Beschimpfungen. Im Mai drohte ein Soldat aus Schortens (Niedersachsen) einem Kameraden mit einem Schlägertrupp aus der rechten Szene. Im Juni brach ein Unteroffizier aus Bischofswiesen (Bayern) in eine Asylbewerberunterkunft ein und grüßte mit dem Hitler-Gruß.

Ein Repräsentant des linken Mobs

Sachsens Umweltminister Arnold Vaatz (CDU) über den Filmregisseur Volker Schlöndorff

Kampfhundt

15. August, »Die Welt«:

Neuer Paukenschlag in der Bildungsdebatte: Die deutsche Wirtschaft will erreichen, daß Lehrer künftig in der Ferien Betriebspraktika machen. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt: »Ich halte es für sinnvoll, wenn jeder Lehrer in der Produktion von Unternehmen arbeiten und ein Praktikum machen würde.« Nur so könnten die Lehrkräfte ihre Schüler kompetent auf das Leben vorbereiten.

Deutsche Ordnung

17. August, »Hamburger Morgenpost«:

In der vorpommerschen Stadt Greifswald wurden beim städtischen Schützenfest am Wochenende zehn Mitglieder der rechtsgerichteten NPD für den »Sicherheitsdienst« engagiert.

Everything you always wanted to know about USA ...

18. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Der amerikanische Regisseur Woody Allen hat sich in scharfen Worten gegen die Nominierung Joseph Liebermans als Vizepräsidentschaftskandidat der Demokraten ausgesprochen. Die Tatsache, daß alle Welt in Entzücken gerate, wenn ein Jude kandidiert, sagte Allen, der die Demokraten seit den sechziger Jahren unterstützt, vermittle ein tristes Bild von der Lage der Vereinigten Staaten: »Wären wir wirklich die Demokratie, die zu sein wir behaupten, hätten wir längst jüdische, schwarze oder andere Präsidenten gehabt. Es ist eine Schande für Amerika, daß man um so etwas Aufhebens machen muß.« Den Strategen der Demokraten wirft Allen vor, den Antisemitismus als gegebene Tatsache zu akzeptieren, statt ihn zu bekämpfen. Aber auch Lieberman selbst bleibt nicht ungeschoren. Allen kreidet ihm an, als erster führender Demokrat Clinton in der Lewinski-Affäre angegriffen zu haben – in dem Augenblick, als Leute, die laut Allen »die übelsten Seiten dieses Landes« verkörperten, den Präsidenten zu Fall bringen wollten. Auch die ostentative Frömmigkeit Liebermans widert Woody Allen an: Er ertrage es nicht, wenn jemand in politischer Absicht alle fünf Minuten Gott anrufe, sei er auch Jude oder Demokrat.

Doktor Mangele

22. August, »Hamburger Abendblatt«:

Als einen Skandal hat der Rat der türkischen Staatsbürger in Deutschland die Entscheidung kritisiert, einer Türkin die Aufnahme in die Warteliste für Herztransplantationen zu verweigern. Als Begründung nannte die Herzklinik Bad Oeynhausen die fehlenden Deutschkenntnisse ... Im schriftlichen Befund Anfang Februar hieß es: »Anders als mit der Patientin zunächst besprochen«, müsse auch angesichts »der sozialen Situation und der nicht vorhandenen Sprachkenntnisse eine Indikation zur Herztransplantation als nicht gegeben« angesehen werden. Der Mangel an Spenderorganen zwinge zu strenger Auswahl der Kandidaten, sagte Oberarzt Gero Tenderich.

Fischers Freunde

29. August, AP:

Aufruhr im Kosovo. Ein Albaner ist mit seinem Auto vorsätzlich in eine Gruppe serbischer Kinder gerast. Ein Achtjähriger starb, vier Kinder wurden zum Teil schwer verletzt. Am Sonntagabend war ein 80jähriger Serbe durch einen Kopfschuß ermordet worden.

Christian Soldiers

29. August, »Hamburger Abendblatt«:

Die Botschaft steht in großen Lettern über zwei Tafeln geschrieben: »Wir wollen keine Juden im Weißen Haus!« Die rassistische Äußerung gilt Joseph »Joe« Lieberman, der auf dem Parteitag der US-Demokraten als erster Politiker jüdischen Glaubens zum Vize-Präsidentschafts-Kandidaten gekürt worden war. Bereits einen Tag nach der Benennung Liebermans wurden die Internet-Chat-Rooms mit Kommentaren über den orthodoxen Juden überschwemmt. Ein AOL-Mitarbeiter: »Mehr als die Hälfte der Botschaften war stark antisemitisch.« Antijüdische Propaganda ist in den USA keineswegs unbekannt. Einige der am höchsten geachteten Persönlichkeiten der US-Geschichte haben nie einen Hehl aus ihrer Abneigung gegenüber jüdischen Mitbürgern gemacht. So bezeichnete sie der erste Präsident George Washington einst

als »Pest« und schrieb: »Die Juden arbeiten effektiver gegen uns als jede feindliche Armee.« Benjamin Franklin pflichtete Washington bei: »Wir müssen unsere Nation vor den Juden schützen, sie sind die größte Gefahr.« Auch Präsident Thomas Jefferson stieß ins gleiche Horn.

Schutzhaft

30. August, »Tageszeitung«:

»Daß die Polizei mich schützen wollte, ist barer Unsinn.« Der chinesischstämmige Brite Justin Jin, der zusammen mit drei Asylbewerbern von jungen Deutschen angegriffen wurde, bleibt bei seinen Vorwürfen. Die zwei zum Tatort gekommenen Polizistinnen hätten sich mit den Tätern verbrüdert. Die Polizei bekräftigte vor der Presse ihre Version ... Der Brite, der nach dem Angriff nicht habe aufhören wollen zu fotografieren, sei wegen der existierenden Sprachbarrieren »zu seiner eigenen Sicherheit« am Arm gefaßt und in den Streifenwagen »gebeten« worden. Jin erklärte, er sei zu keinem Zeitpunkt »um irgend etwas gebeten oder gefragt« worden: »Sie haben mir die Arme verdreht und mich ins Auto gestoßen.«

Recht und Gesetz

31. August, »Bild«:

Kurz vor seiner Wohnung wurde ein Afrikaner (33) nachts in Lübeck von zwei Skinheads angepöbelt: »Bimbo-Neger, was willst du hier?« Dann schlugen und traten sie auf ihn ein. Zwei Männer (26, 28) wurden gestern nachmittag festgenommen. Die Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl. Den lehnte jedoch das Amtsgericht ab: »Keine Haftgründe«, sagte Sprecher Hans-Jürgen Humbert. Humbert warnte davor, wegen dieser Entscheidung von einer zu laschen Justiz zu sprechen: »Eine spektakuläre Tat allein ist kein Haftgrund.«

Erpresser AG

2. September, »Hamburger Abendblatt«:

Eine rasche Auszahlung der Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter ist gefährdet. Ursache sind Sammelklagen in den USA gegen deutsche Unternehmer, die noch immer nicht erledigt sind. Die Verfahrensdauer laufe dem Plan entgegen, noch in diesem Jahr mit den Auszahlungen zu beginnen, sagte der Sprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Gibowski.

Hinterhofbericht

2. September, afp/dpa:

Im Vorfeld des (Lateinamerika-) Gipfels hatten wichtige Konferenzteilnehmer wie Brasilien, Venezuela, Peru und Argentinien ihre Sorge angesichts des Anti-Drogen-Hilfsplans der USA für Kolumbien in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar geäußert ... Der Hilfsplan sei militärisch ausgerichtet und stelle eine Bedrohung für die ganze Region dar, meinte Brasiliens Außenminister Luiz Felipe Lampreia. Venezuelas Präsident Hugo Chavez warnte vor einer »Vietnamisierung Südamerikas«. Von dem amerikanischen Geld soll vor allem militärisches Gerät sowie US-Training für kolumbianische Soldaten bezahlt werden. Venezuelas Präsident kritisierte in Brasilia, damit werde die militärische Stärke Kolumbiens die aller lateinamerikanischen Staaten zusammen übertreffen. Er warnte vor einem Konflikt im gesamten nördlichen Südamerika. Sein Land habe daher seine Truppen an der Grenze zu Kolumbien bereits verstärkt.

Bushmänner

5. September, afp:

»Schau mal, da ist Adam Clymer, das Riesenarschloch von der New York Times!« Das raunte der US-Präsidentschaftskandidat George W. Bush gestern bei einem Wahlkampfauftritt seinem Vize-Kandidaten Richard Cheney zu. »Ja, das ist er«, pflichtete Cheney bei. Sie ahnten nicht, daß die Mikrophone schon eingeschaltet waren, so daß der Wortwechsel auf Band aufgezeichnet wurde. Der Republikaner Bush wirbt damit, in Washington wieder ein höfliches Miteinander einführen zu wollen.

Aus der Bundes-Wehrmacht (2)

5. September, »Bild«:

Neuer Rechtsextremen-Skandal bei der Bundeswehr! Gegen einen 25jährigen Stabsunteroffizier des Feldjägerbataillons 740 in Mainz wurde wegen rassistischer Äußerungen im August ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Vorgesetzte soll einen deutschen Wehrpflichtigen türkischer Herkunft bedroht, ihn mit Handy-Mitteilungen eingeschüchtert haben. Der widerwärtige Inhalt einer der Botschaften: »Wenn der Ali an der Eiche baumelt, der Mehmet durch den Gasraum taumelt, wenn man mit Hakan unsre Straßen teert, dann ist Deutschland wieder lebenswert.«

Geh zurück nach Saana!

Zuruf des Abgeordneten Clemens Reif (CDU) an den Abgeordneten Tarek Al-Wazir (Grüne) im hessischen Landtag

Fischersche Reformen

5. September, »Hamburger Morgenpost«:

Joschka Fischer hat sich ein hohes Ziel gesetzt: Der Auswärtige Dienst soll in den nächsten beiden Jahren grundlegend reformiert werden. »Als Quereinsteiger, Nicht-Diplomat und Querkopf ist mir klar geworden, daß sich der Auswärtige Dienst von alten Zöpfen trennen muß«, sagte der Bundesaußenminister. »Der Botschafter der Zukunft muß ein PR-Agent moderner Prägung für Deutschland sein.«

Deutsche Revolution (1)

7. September, »Bild«:

Bier-Aufstand auf Mallorca. Tausende deutsche Touristen auf Mallorca sind stinksauer: Alle fünf Biergärten in der beliebten »Schinkenstraße« in El Arenal sind für eine Woche geschlossen. Grund: Jede Freiluft-Kneipe war schon 30mal wegen zu lauter Musik verwarnt worden, die Polizei machte alle dicht. 4.000 wütende Urlauber versammelten sich nachts vor den geschlossenen Kneipen, beschimpften Polizisten und zündeten Abfalleimer an.

Deutsche Revolution (2)

7. September, »Hamburger Abendblatt«:

ADAC droht mit Benzin-Aufstand. »Frankreich hat uns vorgemacht, wie man etwas erreichen kann«, sagte ADAC-Vizepräsident Erhard Oehm. Ein solcher Massenprotest komme »von allein, wenn das Volk einmal so gemolken wird«.

Konkret 10/00, S. 12

Stefan Wirner

Dankend erhalten

Was wollen Sie eigentlich? Die SPD hat längst mehr gehalten, als sie im Wahlkampf 1998 versprach

Seit zwei Jahren regiert Rotgrün die Bundesrepublik. In dieser Zeit haben SPD und Grüne alle Erwartungen übertroffen. Vom Einstieg in die langfristige Nutzung der Atomkraft bis hin zum Krieg gegen Jugoslawien: Rotgrün ist am Dauerdurchstarten, schließlich will man »Deutschland erneuern«. Wirtschaft und bürgerliche Presse sind voll des Lobs für den Kanzler. »Die Koalition löst den Reformstau auf, der Kanzler demonstriert Tatkraft«, schreibt der »Spiegel«. Zu einem »Lob der Bundesregierung« versteigt sich Götz Aly in der »Berliner Zeitung«. »Weiter so«, fordert die »Zeit«.

Will man das verstehen, lohnt es sich, ins Jahr 1998 zurückzublicken und eine kleine rote Broschüre aufzuschlagen: das damalige Wahlprogramm der SPD. »Wir sind bereit. Fünf sichere Zeichen« nennt sich das Büchlein, das auf den ersten Blick den DDR-Ausgaben des »Kommunistischen Manifestes« ähnelt, eine Ähnlichkeit, die vielleicht sogar beabsichtigt war. Die »fünf Zeichen«, die im Zentrum der Agitation stehen und den »Wechsel« wie die Niederkunft eines neuen Erlösers ankündigen, heißen: Mut, Solidarität, Vernunft, Weltoffenheit, Neugier. Die einzelnen Themen sind durch Graphiken und Zitate Prominenter von Willy Brandt bis John F. Kennedy aufgelockert. Eingeleitet werden die Kapitel jeweils mit einem Zitat Gerhard Schröders und einem Schwarzweißfoto des Kanzlerkandidaten, der sich durchweg in nachdenklich-staatsmännischer Pose zeigt. »Wir müssen überfällige Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft rasch und entschlossen anpacken. Wer auch morgen sicher leben will, darf keine Angst vor Veränderung haben«, lautet das erste Schröder-Bonmot. Die Adjektive »rasch« und »entschlossen« sind graphisch hervorgehoben. Der konservative Schlüsselbegriff »Sicherheit« wird mit »Veränderung« verknüpft und neu besetzt. Ein Modernisierungsprogramm wird angekündigt, das die Mobilisierung der Bevölkerung mit einschließt.

»Der Wechsel ist längst da«, heißt es. Ein allgemeines Schwadronieren über die Veränderung des Lebens durch Wiedervereinigung und Euro führt zum Thema Globalisierung. Die wird dem Deutschen noch einmal in einfachen Worten erklärt: »Manche fürchten sich davor. Andere sind der Meinung, man müsse sie aufhalten. Wir sagen ganz offen: Das ist Quatsch. Niemand kann aufhalten, was uns alle erreicht hat. Die Globalisierung ist genauso Tatsache wie der Euro: Wir sind mittendrin. Und das ist gut so.« Die Linken wollten die Welt immer verändern, es kommt aber darauf an, sie neu zu interpretieren. Das einzige, was man benötigt, um mit dieser unaufhaltbaren Globalisierung zurechtzukommen, ist Flexibilität: »Wir müssen flexibler werden, das gilt für die Unternehmer genauso wie für die Arbeitnehmer, ob sie nun einen Job haben oder nicht.« Flexibler Arbeitnehmer ist gleich flexibler Arbeitsloser ist gleich flexibler Unternehmer: So sehen sie aus, die Konturen der sozialdemokratischen Volksgemeinschaft. Die Message lautet: »Wer etwas bewegen will, muß schon selbst in die Gänge kommen.« Hilf dir selbst, dann hilft dir wenigstens überhaupt jemand. Die Einleitung endet wie alle folgenden Kapitel mit dem der Autowerbung entlehnten Slogan: »Wir sind bereit.«

Um die gewonnene Einsicht anhand eines exemplarischen Charakters zu verdeutlichen, kommt an dieser Stelle ein Mann namens Dietmar Fischer zu Wort. Keine »Spielernatur«, sondern einer aus dem Volk, direkt aus der »neuen Mitte«, ein Selbständiger, der nach Entlassung in die Arbeitslosigkeit eine Firma für Gebäudereinigung gründete: »Ich war mutig, ja. Jetzt, im Rückblick, denke ich: So schlimm war’s nun auch wieder nicht.« Die sozialdemokratische Utopie ist erfüllt: Die Arbeitslosen machen einfach eine Firma auf.

Damit ist man beim ersten Zeichen angelangt: Mut. Wieder O-Ton Schröder: »Zukunftsgestaltung bedeutet auch Mut zum Risiko, damit wir unsere Chancen nicht verstellen.« Ähnlich wie zu Kohls Amtsantritt heißt es bei der Wechsel-SPD: Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt. »In aller Bescheidenheit läßt sich eins doch feststellen: Deutschland war nie das Eldorado der Faulpelze und Drückeberger. Daß in diesem Land quasi aus dem Nichts ein Wirtschaftswunder gewachsen ist, verdanken wir weder einem Zaubertrick noch Ludwig Erhard allein. Da haben jede Menge Leute nicht nur die berühmten Ärmel hochgekrempelt, sie haben sich auch in unvorhersehbare Risiken gestürzt.« In unvorhersehbare Risiken? Das ist starker Tobak für die deutschen Sicherheitsfanatiker. Aber für die gemeinsame Sache? Warum eigentlich nicht! »Ohne Opfer und Risikobereitschaft konnte nicht erreicht werden, was heute erreicht ist. ... Es wird Härten geben und manche von uns werden Opfer bringen müssen.« Irgend etwas Großes scheint da von Deutschland wieder einmal verlangt zu werden. Das alles hört sich schon im Wahlkampf an wie eine Radioübertragung am Vorabend eines Krieges. Die Nation steht vor einer Schicksalswende: »Jetzt sind wir alle gefragt.« Und was machen die Sozis in dieser schwierigen Situation? »Wir warten nicht ab und gucken zu, wir trauen uns etwas. Wir sind bereit. So einfach ist das.« Ja, so einfach ist das. Auch Jutta Berger, die Diplomingenieurin und das lebendige Beweisstück für die Schröder-Philosophie, meint: »Man muß sich eben immer wieder etwas Neues ausdenken.«

Eine Großaufnahme von Gerhard Schröders Hand (!) leitet dann das Thema »Solidarität« ein. Rettungssanitäter, Altenpfleger und kirchliche Angestellte zugehört! Die Kanzlerkandidat verspricht: »Soviel sich auch ändert: Die

Grundsätze des Sozialen in dieser Gesellschaft werden wir verteidigen.« Und zwar so: »Das soziale Netz ist keine Hängematte. Es wird zum Trampolin: Es fängt den Springer auf und bringt ihn mit dem Schwung seiner Elastizität wieder nach oben.« Eurythmie des Sozialen, Rudolf Steiner läßt grüßen. Turnend durch die Ruinen des Sozialstaats. Folgerichtig zeigt ein Daumenkino in der rechten unteren Ecke der Broschüre einen Trampolinspringer. Noch dreimal Flexibilität und Modernität gefordert und: »Gerechtigkeit kommt wieder. Wir sind bereit.« Zeugin ist in diesem Kapitel Lore Lohmann, eine Ex-DDR-Bürgerin, die das SPD-Trainingsprogramm schon absolviert zu haben scheint: »Ein bißchen gerechter könnte die soziale Marktwirtschaft schon sein.« Alles klar, Lore. Das wird ein bißchen Chefsache.

Im nächsten Kapitel (»Vernunft«) erfährt man, wie sich die SPD den Neoliberalismus vorstellt. Schröder nachdenklich mit Zigarre: »Es gibt in unserem Land unendlich viel Sachverstand, der darauf wartet, genutzt zu werden. Wir sollten mitunter der Gesellschaft mehr vertrauen als dem Staat.« Weniger Staat, mehr Gesellschaft. Weniger Arbeit, mehr Bürgerarbeit. Weniger Norbert Blüm, mehr Ulrich Beck. Weniger Sozialhilfe, mehr Subotnik. So sieht sie aus, »die goldene Mitte«: »Manchmal steckt die Lösung eines Problems genau dort, wo man sie am wenigsten vermutet. Oder sie liegt ganz obenauf, und wir sehen sie nicht, weil wir uns in irgendwelchen Winkeln verrannt haben.« Laßt uns ein I-Ging werfen. Oder Tarot-Karten legen. Oder irgendwas anderes. Denn: »Moderne Politik braucht Durchblick und Augenmaß. ... Die meisten Wahrheiten liegen ja irgendwo in der Mitte.« Als Zeugin des Wechsels fungiert die 79jährige Tanzlehrerin Clarissa Roeden, die schon verstanden hat, was das ganze Gerede von Flexibilität und Eigenverantwortung zu bedeuten hat: »Zur Ruhe setzen? Das kommt gar nicht in Frage!« Nach Riesters Rentenreform lohnt es auch gar nicht mehr.

Wir kommen zum Kapitel »Weltoffenheit«. Schröder schaut einen an wie von einem Big-Brother-Plakat, das George Orwell in »1984« beschrieben hat. Man kann dem Blick nicht entkommen. Und dem Nullsprech auch nicht: »Ich will, daß wir die großen Chancen der Globalisierung betonen und nutzen und uns nicht durch ständiges Lamento lähmen.« Dem folgt eine kleine Einführung in die Geographie: »Die Erde ist rund. Manche tun so, als wüßten wir das erst seit gestern. Wenn die Sonne untergeht, ist ja nicht aller Tage abend. Die Japaner gehen schlafen, und bei uns klingelt der Wecker.« Bei wem es hier noch nicht geklingelt hat, dem ist nicht mehr zu helfen. Das Kapitel »Weltoffenheit« befaßt sich durchweg mit deutscher Überlegenheit und Stärke: »Bei der Umwelttechnologie und in der Energieeinsparung kann uns so leicht niemand was vormachen ... Chemie und Autoindustrie verfügen über die modernsten Fertigungsanlagen.« Schluß jetzt mit dem Gejammere: »Der Wirtschaftsstandort Deutschland kann sich sehen lassen.« Und der Atomstandort Deutschland auch. Noch mindestens 30.000 Jahre.

Und dann kommt die SPD doch noch zum Thema Ausländer. Da wird klargestellt, was Weltoffenheit meint: »Skepsis oder gar Feindlichkeit gegenüber Menschen aus anderen Ländern und Kulturen darf sich heute niemand mehr leisten.« Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, wird versichert: »Wir wollen das auch nicht.« Das ist ein Bekenntnis zum Humanismus, das seinesgleichen sucht. Nein, wir können es uns nicht nur nicht leisten, Ausländer zu drangsalieren – von wegen Ausland und Standort – , nein, wir wollen es nicht mal. Da werden unsere Asylbewerber aber beruhigt sein. Rassismus nicht light, sondern medium. Die Neue Mitte eben.

Solche Standorttoleranz übt, wer sich auskennt in der Welt: »Die Welt ist international, und zwar überall. Und Deutschland, das mitten in Europa liegt, macht da keine Ausnahme. Im Gegenteil. Kaum jemand hat so viele Nachbarn wie wir.« Deutschland ist selbst im Nachbar-Haben spitze, ja, ist geradezu umstellt von Nachbarn. Ein Strom von Nachbarn strömt um Deutschland herum. Eine Nachbarsflut, und Deutschland steht alleine in der Brandung. Aber nicht Angst, sondern Mut zum Risiko ist angesagt: »Wer vor Fremden die Tür zumacht, der ist schnell weg vom Fenster.« Außerdem brauchen die Fremden uns: »Viele Länder lernen von uns.« Und damit klar ist, wozu die pseudohumane Turnübung da ist: »Wir können selbstbewußt unsere Interessen international vertreten.«

Der Zeuge in dieser Sache heißt Jose Maria Gomez und ist ein Tangoliebhaber. Der nützliche Ausländer schwingt nach der Arbeit schon mal das Tanzbein. Die Green Card macht’s möglich.

Damit kommen wir zum letzten Thema des Wechsel-Manifestes, schonend eingeleitet wiederum vom Kandidaten selbst: »Wir wollen, daß die Menschen wieder gespannt sind auf morgen und neugierig auf das, was die Zukunft bringt.« Und tatsächlich, gespannt auf morgen sind wir nun. Denn möglich ist alles. »Moderne Politik machen heißt, auf der Höhe der Zeit sein, ohne bewährte Traditionen über den Haufen zu werfen. Wir sind gespannt auf morgen. Wir sind bereit.« Zeuge ist Benny Scholl, 23, arbeitslos: »Ein Kumpel aus dem Englischkurs hat mir gezeigt, wie man eine knackige Bewerbung schreibt. Na ja, und jetzt hab ich ja auch was anzubieten. Nee, nee, das wird schon wieder!« Knackige Bewerbung, na ja, nee, nee. SPD.

Das ganze »Wir-sind-bereit«-Gefasel, die Anleihen aus New Age und Esoterik, die Eindringlichkeit der Aufrufe zu Flexibilität und Modernisierung lassen erahnen, was mit dem Wahlforschungsterminus »Wählermobilisierung« tatsächlich gemeint ist. Die SPD-Wahlbroschüre ist ein einziges Pamphlet der Mobilisierung, um nicht zu sagen der Mobilmachung. Gerade aus der zeitlichen Distanz wird der aggressive Charakter des Textes deutlich.

Dem sozialdemokratischen »Wir sind bereit« korrespondierte das »Wir sind da« der Bundeswehrwerbung. Deutschland wollte loslegen, sich selbst am Schopf aus seiner Vergangenheit ziehen. Die Zeit der Zauderer war vorbei, die Hemmnisse wurden überwunden. Wenn man heute, zwei Jahre später dieses Dokument des »Wechsels« liest, versteht man, warum all das nicht Ausdruck einer x-beliebigen Aufbruchsstimmung war, sondern in den Krieg gegen Jugoslawien mündete. Das Versprechen war deutlich formuliert, der Bruch mit der Vergangenheit sollte unumkehrbar werden. Noch einmal O-Ton Schröder: »Deutschland braucht endlich eine glaubwürdige Führung, die sich nicht im ›weiter so‹, im einseitigen Verteilen von Lasten und im konzeptionslosen Durchwursteln erschöpft.«

Diese »glaubwürdige Führung« hat Deutschland bekommen. Sie führte die Bevölkerung nicht nur in eine rasante Demontage des Sozialstaats, sondern auch in einen Krieg, der keiner gewesen sein soll und den Deutschland am Ende trotzdem gewonnen hat. Die Bevölkerung Jugoslawiens sollte es am eigenen Leib erfahren, was es heißt, wenn Deutschland, geführt von den Sozialdemokraten, bereit ist, rasch und entschlossen, mit Mut zu Risiko und Opferbereitschaft die eigenen Interessen selbstbewußt und effektiv zu vertreten.

Stefan Wirner schrieb in KONKRET 4/99 über das »Neue Deutschland«

Konkret 10/00, S. 14

Rainer Bohn

Afghanen statt Veteranen

Über den rationalen Kern des rotgrünen Sommers der Antifa

Warum heißt die einheimische Green Card eigentlich »Green Card«? Man hätte sie doch ebensogut »Experten-Sonderarbeitsgenehmigung« oder »Befristete Einwanderungserlaubnis für Spezialisten« nennen und durch handhabbare Akronyme à la ESA oder BES aufflotten können. Und warum tauft die CSU-Landesregierung, in anderen Fällen um bajuwarisch-volksverbundene Bodenständigkeit bemüht, ihre bayerische Variante ausgerechnet »Blue Card«? Eine mögliche Antwort setzt eine kleine Zwischenbilanz dessen voraus, was sich im deutschen Sommer 2000 vor den Augen der Öffentlichkeit – insbesondere einer staunenden linken – vollzog.

Als hätte ein heimlicher Propagandaminister das Startsignal gegeben, ändern die Medien flächendeckend exakt zur Jahresmitte ihren Kurs um 180 Grad. Ein gesamtdeutsches Jahrzehnt lang hat in Sachen Rassismus und Neonazibanden ein Einheitsmix aus Bagatellisierung und Staatsträger-Journalismus geherrscht: Den fremdenfeindlichen Alltag und die Wirklichkeit »national befreiter Zonen« ließ man beiseite, so gut es ging. Die »Auswüchse« vom Kaliber Rostock, Solingen oder Mölln hing man pflichtschuldig an die große Glocke; und für walserianisch moderierte Sorgen um die Folgen von »Überfremdung« und die Probleme der »Integration« standen die Spalten stets offen und war Sendezeit vorhanden.

Plötzlich ist alles anders: Kein Blatt versäumt mehr, in großer Aufmachung über eine 100-Leute-Demo von Springerstiefel-Fans zu berichten, die ehedem keine fünf Zeilen auf der Regionalseite abbekommen hätte. Die verständnissinnigen Streetworker, deren sozialpädagogische Jugendarbeit, Fanprojekte pp. eben noch als demokratische Re-Integrationsleistung gelobt worden waren, werden im Fernsehen für ihre »Glatzenpflege« verhöhnt. Für Ausländervereine, die gerade noch der Beobachtung durch den Verfassungsschutz anempfohlen wurden, wird plötzlich Unterstützung mit Staatsknete gefordert. Selbst sogenannte Liberale verlangen die schärfere Überwachung und Reglementierung des Internets sowie die Wiederbelebung von Berufsverboten – diesmal gegen Rechte. Gewerkschafter bringen die Aufhebung des Postgeheimnisses ins Gespräch, um die Verbreitung nazistischer Druckwerke zu unterbinden.

Kritiker des modischen Gewäschs von der »Zivilgesellschaft«, die stets die disziplinierende Wirkung eines nazistischen und rassistischen Drohpotentials hervorgehoben haben, stehen ziemlich hilflos vor der Frage, wie es zu einer dermaßen »radikalen« antifaschistischen, antirassistischen und, nicht zu vergessen, philosemitischen Konsensbildung hat kommen können. Erste Erklärungsversuche zielen auf taktische Aspekte (Konkurrenz um rechte Wählerstimmen, Legitimation für den weiteren Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates, drohender Verlust von Investoren und Exportkundschaft); und sicherlich sind sie nicht falsch. Allein, sie reichen nicht aus, die Schärfe des Kurswechsels, seine Geschwindigkeit, die mediale Massierung und vor allem den Zeitpunkt des Stimmungsumschwungs zu erklären. Schließlich widersprechen sich die genannten Motive: Soll »rechte Gefahr« als Menetekel dienen, um verschärfter innenpolitischer Repression den Boden zu bereiten, muß sie als sehr bedrohlich dargestellt werden – das schadet dem wirtschafts- und außenpolitischen Anliegen. Soll umgekehrt das Ausland beruhigt werden, wirkt die Drohung nach innen nicht sehr überzeugend. Im übrigen boomt der Export, der Außenhandelsüberschuß des letzten Jahres war der drittgrößte der Nachkriegszeit, allein im ersten Quartal stiegen die Ausfuhren um über 15 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum von 1999. Von einer Furcht vor Schaden für die Exportbranche kann realistischerweise also keine Rede sein.

Ist also neben all diesen taktischen Teilmotiven nicht vielleicht doch ein strategisches Hauptmotiv im Spiel, das bislang übersehen wurde? Auf seine Spur führt vielleicht ein Streifzug durch die Ereignisse, die in diesem deutschen Sommer sonst noch vorgefallen sind: Das Vorspiel bestritten, schon im Frühjahr, BDA-Präsident Hundt und eine Reihe weiterer Unternehmer-Funktionäre. Sie flankierten ihre Zustimmung zur Green-Card-Initiative der Bundesregierung mit einer breit angelegten Kampagne, wonach die vereinfachte Anwerbung ausländischer Spezialisten sich nicht nur, wie geplant, auf Computerfachleute erstrecken dürfe, sondern auf andere Branchen ausgedehnt werden und insbesondere auch Ingenieure und besonders qualifizierte Facharbeiter umfassen müsse. Noch zum Vorspiel gehört ferner die Veröffentlichung einer Uno-Studie im April, wonach das Rentenniveau in der Bundesrepublik langfristig nur zu halten sei, wenn die Regierung entweder das Renteneintrittsalter auf 77 Jahre hochsetzt oder aber jährlich eine halbe Million Einwanderer zuläßt. Die Studie findet kaum öffentlich Beachtung, wohl aber eine Erwiderung durch die Chefin des Bundesinstituts für Bevölkerungsentwicklung, Höhn. Die von ihr formulierten, quasi amtlichen Zweifel an diesem Trend nimmt die vorgesetzte Behörde, das Statistische Bundesamt, ein Vierteljahr später zurück – davon wird gleich die Rede sein.

Den »heißen Sommer« leitet indes zunächst Otto Schily ein, indem er die Einsetzung einer »Zuwanderungskommission« bekanntgibt, der u. a. Exbundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) angehören soll. In einer ersten Reaktion fordern mehrere Unionsabgeordnete Süssmuth zum Parteiaustritt auf; Brandenburgs Innenminister Schönbohm bellt sie an, sie sei

»in das andere Lager übergelaufen« (»Tagesspiegel«). Keine zwei Wochen später, Anfang Juli, stellt Bayerns Beckstein sein Blue-Card-Konzept einer branchenübergreifenden Anwerbung von Experten vor. Exakt gleichzeitig wird bekannt, daß mit Hans-Olaf Henkel und Hans Peter Stihl (beide übrigens offensive Kritiker der inflexiblen CDU-Politik) zwei Oberhäuptlinge der deutschen Industrie Mitglieder der »Zuwanderungskommission« sein werden; ihr sollen außerdem neben Vertretern der christlichen Kirchen auch Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland angehören. Quasi von Stund an verstummt jegliche Kritik an Süssmuth aus den Reihen der CDU.

Am 19. Juli bittet der Präsident des Statistischen Bundesamts, Johann Hahlen, zu einer Pressekonferenz, auf der er die Ergebnisse der neuen »Bevölkerungsvorausberechnung« präsentiert. Das Ergebnis, über das die Medien breit berichten, ist für Fachleute nicht besonders überraschend: Selbst wenn – was man zugrunde legt – 100.000 bis 200.000 Personen pro Jahr zuwandern, wird Deutschlands Einwohnerzahl binnen 50 Jahren von 82 auf 65 bis 70 Millionen schrumpfen. Für Insider eher erstaunlich ist hingegen, daß das Bundesamt mehr oder minder stillschweigend einen lange gepflegten Fehler korrigiert: Es hatte nämlich in früheren Prognosen stets angenommen, daß die durchschnittliche Lebenserwartung der Deutschen bis zum Jahr 2000 ansteigt – und dann konstant bleibt. Das Abgehen von dieser albernen, in Fachkreisen schon früher gerügten Annahme verändert die Prognose in einem entscheidenden Punkt: In 50 Jahren werden die dann Erwerbstätigen für doppelt so viele Rentner aufkommen müssen wie heute. Nach dem alten Prognosemodell hatte man mit einem wesentlich milderen Anstieg gerechnet.

Parallel zu den Debatten über die »Zuwanderungskommission« und die Bevölkerungsprognosen wird im Zeitraum Juni bis August in den Medien über die private Altersvorsorge breit diskutiert. Zugleich wird die Berichterstattung über Bildungsnotstand und Fachkräftemangel, insbesondere in den technischen Berufen, vertieft. Zu diesem Thema hatte wiederum das Statistische Bundesamt die erwünschte Losung ausgegeben. Per Pressemitteilung von Mitte Juni hatte es wissen lassen, daß Deutschland in den Ingenieurwissenschaften bei der Zahl der Studienanfänger auf das Niveau der frühen achtziger Jahre zurückgefallen ist, bei der Zahl der Absolventen ein Absinken um 15 Prozent in nur zwei Jahren zu verzeichnen hat und weniger als halb so viele Studienabschlüsse zustande bringt wie Japan. Am 1. August strahlt das ZDF eine Dokumentation unter dem Titel »Rote Karte für die Zukunft – Nachwuchssorgen für Forschung und Technik« aus.

Ende August wartet just die »Welt« – bevor der deutschtümelnde CDU-Kurs der Industriekritik anheimfiel, das Zentralorgan für abschottungsfreundliche Kommentare – mit der Schlagzeile »Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz« auf. In derselben Ausgabe wird unter der Headline »USA von Immigranten abhängig« berichtet, daß dort fast 700.000 Ausländer befristet in der Computerbranche arbeiten, während nochmals 350.000 offene Stellen selbst durch Anwerbung nicht besetzt werden könnten. Die High-Tech-Firmen würden durchschnittlich anderthalb Jahresgehälter, nötigenfalls auch schon mal das Doppelte aufwenden, um einen Interessenten auf eine vakante Stelle zu locken. Tenor des Berichts: Die USA fegen den internationalen Expertenmarkt leer.

Ebenfalls Ende August nimmt CSU-Chef Stoiber den bevölkerungspolitischen Faden auf. Den schon von anderen Politikern in die Debatte eingeführten Vorschlag, die Vermehrungsbereitschaft der Deutschen durch »aktive Familienpolitik« und steuerliche Anreize zu stimulieren, um – so wörtlich – »die am schnellsten alternde Gesellschaft der Welt« vor dem Ruin zu retten, spitzt er mit der Begründung zu, daß das Problem mit Zuwanderung allein nicht zu lösen sei – wohlgemerkt: zwar auch, aber nicht allein. Nach Stoibers (allerdings unergründlicher) Berechnung müßten innerhalb von 50 Jahren rund 190 Millionen Ausländer nach Deutschland einwandern, um die gegenwärtige Relation von Erwerbstätigen und Rentnern konstant zu halten.

Die Streiflichter aus diesem deutschen Sommer sind, zugegeben, nicht mehr als Impressionen, allenfalls Indizien, jedenfalls keine Beweise. Immerhin können sie vielleicht Anlaß bieten, eine Arbeitshypothese über die strategischen Motive der wundersamen Wandlung zu formulieren. Sie könnte lauten: Kapital und Politik haben erkannt, daß die nach wie vor angestrebte politisch-ökonomische Führungsposition Deutschlands in der Welt bei gegebener Beschaffenheit des »Menschenmaterials« definitiv nicht erreichbar ist. Eine kraß überproportionale Abnahme der Zahl von Erwerbstätigen – viele davon mit Qualifikationsrückstand im internationalen Vergleich – , deren Arbeitsprodukt so gut wie vollständig im System der Sozialtransfers verpulvert werden müßte: das ist einfach kein Erfolgskonzept für das »Modell Deutschland«. Die globalen Ambitionen gebieten daher einen radikalen Wechsel der Migrationspolitik, und zwar sofort.

Unterstützende Funktion bei diesem Sinneswandel haben möglicherweise die Bevölkerungsprognosen von Uno und Statistischem Bundesamt; als Katalysator wirkt auch die Wahrnehmung, daß die Green-Card-Initiative bislang nur magere, in einigen Bundesländern nachgerade kümmerliche Wirkungen zeigt und daß andere Industrienationen im globalen Wettbewerb um immigrationswillige Spezialisten längst klotzen, während man hierzulande noch kaum das Kleckern begonnen hat. Vor diesem Hintergrund muß das Umsteuern allerdings mit Verve erfolgen. Denn die jahrzehntelange Betätigung der Gebetsmühle »Deutschland ist kein Einwanderungsland« hat ihre Spuren in den Köpfen hinterlassen. Die politische Duldung und mediale Stützung eines alltäglichen Rassismus, der allenfalls auf »Auswüchse« verzichten sollte, ist so sehr zur zweiten Natur beträchtlicher Bevölkerungskreise geworden, daß schweres Geschütz in konzertierter Aktion aufgefahren werden muß, wenn der Lehrplan jetzt geändert werden soll.

Gegen die aggressiven Rassisten, handgreiflichen Horden und offenen Antisemiten sind daher drakonische Mittel anzuwenden – erforderlichenfalls auch in grotesker Unverhältnismäßigkeit (gemessen am faktischen rechten Potential an Leuten, Waffen, Planung und Einfluß; diese Feststellung verharmlost die tatsächliche Gefahr keineswegs). Denn es geht nicht in erster Linie darum, der Skin-Rotten, Parteifunktionäre und ideologischen Einpeitscher Herr zu werden; wichtiger ist, gut sichtbare Exempel zu statuieren, an denen der Nachbar vom Stamme Mitläufer und die Nachbarin vom Schlage Opportunistin lernen können, daß sie ihren Mund künftig besser nicht mehr so voll nehmen wie vordem. Dies – so schließt die Arbeitshypothese – erklärt, warum sich das Lernprogramm für die neue deutsche Zivilgesellschaft so vehement, so »radikal« in einem einzigen Sommer zusammenballt.

Eine Arbeitshypothese – um es zum Ausschluß von Mißverständnissen zu unterstreichen – ist weniger als eine Behauptung und sehr viel weniger als ein Befund. Sie dient zunächst nur als Orientierungspunkt, in welche Richtung man nach weiteren Hinweisen zu ihrer Stützung oder Zurückweisung suchen könnte. Zum anderen erfüllt sie einen politisch-praktischen Zweck, indem sie die Formulierung einer Frage ermöglicht: Was hieße es für Antirassismus, Antifaschismus, für linke Politik insgesamt, wenn sie sich als richtig erwiese? Die Annahme der Hypothese hätte nämlich mindestens die Konsequenz, daß man die große Multikulti-Harmonie dieses Sommers nicht länger für einen demagogischen Zauber halten dürfte. Anders als viele Linke zur Zeit wahrscheinlich noch glauben, hätten wir es nicht mit einer Neuauflage der Lichterketten aus den frühen neunziger Jahren zu tun – diesmal mit Nebelkerzen – , sondern mit einem durchaus »echten«, ganz »seriös« gemeinten Antirassismus von oben. Er würde nach dieser Annahme den Hintergrund für eine offensive Immigrationspolitik mit Selektionsmechanismen eines neuen Typs abgeben, verbunden – wie man annehmen darf und wie von Politikern ja auch schon gefordert wird – mit einem neuen Schub der Asylrechtsaushöhlung und begleitet von einem breitgefächerten Anreizsystem zur Steigerung der Gebärfreudigkeit deutscher Mütter (einschließlich einer mittelfristig zu erwartenden Wiederbelebung der Abtreibungsdebatte).

Vielleicht hat die Green Card ihren fremdländischen Namen also mit voller Absicht be- oder erhalten. Auf das US-Vorbild wird vielleicht bewußt verwiesen, um zu signalisieren: Den Konkurrenzkampf um die »nützlichsten« Migrationswilligen der ganzen Welt nehmen wir an. Wer einem Erfolg darin bei uns zu Haus im Weg steht, ist ein Volksfeind. Und im globalen Wettbewerb um die größte Attraktivität für Migranten werden wir den anderen Nationen schon noch zeigen, was eine Harke ist.

Diese Vorstellung ist, das räume ich ein, einstweilen noch ungewohnt zu denken. Was aber sein wird, falls sie richtig sein sollte, und wie sich linke Politik auf vollkommen andere Frontverläufe und Ideologeme einzustellen imstande ist: das ist, im buchstäblichen Sinn, überhaupt noch nicht auszudenken.

Rainer Bohn schrieb in KONKRET 10/91 über den Untergang der Sowjetunion

Konkret 10/00, S. 16

zu Protokoll

Aus gegebenem Anlaß, wohl kaum aber zur Feier des Zehn-Jahres-Jubiläums der Wiedervereinigung, hat das Fernsehmagazin »Kontraste« (SFB/ARD) eine Liste erstellt, die einige der in den letzten Jahren hierzulande wieder zunehmenden Naziangriffe auf Ausländer enthält. Einige, denn natürlich ist sie nicht vollständig. Wir dokumentieren die Angaben zu den Jahren 1997 – 2000

1997

10. Januar, Jüterbog: Körperverletzung, Schlägerei mit Indern

22. Januar, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, Pole mißhandelt

31. Januar, Fredersdorf: Mord, Vietnamese erschlagen

31. Januar, Perleberg: schwere Körperverletzung, afrikanischer Asylbewerber zusammengeschlagen

4. Februar, Leipzig: Körperverletzung, Angriff auf Rumänen in Straßenbahn

7. Februar, Falkensee: Körperverletzung, Angriff auf Asylbewerber aus Libanon im Zug

10. Februar, Frankfurt/Oder: Körperverletzung, Angriff auf polnischen Taxifahrer

15. Februar, Neuruppin: schwere Körperverletzung, drei algerische Asylbewerber zusammengeschlagen

22. Februar, Potsdam: Überfall, Türke zu Boden geschlagen

23. Februar, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, Kubaner überfallen und zusammengeschlagen

28. Februar, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, Türke zusammengeschlagen

5. März, Leipzig: schwere Körperverletzung, Angriff auf mongolisches Ehepaar

8. März, Frankfurt/Oder: Körperverletzung, Angriff auf Asylbewerber aus Marokko

17. März, Detmold: schwere Körperverletzung, zwei Türken und ein Italiener bei Hatz verletzt

18. März, Fürstenwalde: schwere Körperverletzung, libanesische Familie überfallen

18. März, Grimmen: schwere Körperverletzung, Türke mit Baseballschlägern zusammengeschlagen

28. März, Potsdam: schwere Körperverletzung, kroatischer Asylbewerber zusammengeschlagen

1. April, Erfurt: schwere Körperverletzung, Afrikaner zusammengeschlagen

3. April, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, Pole zusammengeschlagen

3. April, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, Pole zusammengeschlagen

20. April, Schönebeck: Brandanschlag auf Aussiedlerheim

1. Mai, Henningsdorf: schwere Körperverletzung, Portugiese zusammengeschlagen

10. Mai, Königs Wusterhausen: Körperverletzung, polnischer Bauarbeiter verprügelt

9. Juni, Perleberg: schwere Körperverletzung, Asylbewerber aus Palästina zusammengeschlagen

13. Juni, Beelitz: schwere Körperverletzung, Brite zusammengeschlagen

14. Juni, Fürstenwalde: schwere Körperverletzung, Angolaner zusammengeschlagen

28. Juni, Dresden: Brandanschlag auf Asylbewerberheim

1. Juli, Königs Wusterhausen: gefährliche Körperverletzung, Kenianer zusammengeschlagen

4. Juli, Kleinpösna: schwere Körperverletzung, zwei Polen überfallen

8. Juli, Potsdam: gefährliche Körperverletzung, türkischer Dönerverkäufer zusammengeschlagen

12. Juli, Freiberg: Körperverletzung, Angriff auf Pakistanis

23. Juli, Potsdam: schwere Körperverletzung, Ausländer zusammengeschlagen

6. August, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, zwei arabische Asylbewerber zusammengeschlagen

9. August, Dresden: Brandanschlag auf Ausländerunterkunft

9. August, Fürstenwalde: gefährliche Körperverletzung, Asylbewerber aus Liberia angegriffen

23. August, Linthe: schwere Körperverletzung, Tunesier zusammengeschlagen

8. September, Halle: schwere Körperverletzung, Iraker von Jugendlichen überfallen

20. September, Reichenbach: schwere Körperverletzung, zwei Asylbewerber mit Flaschen geschlagen

20. September, Fürstenwalde: gefährliche Körperverletzung, marokkanischer Asylbewerber zusammengeschlagen

26. September, Weimar: schwere Körperverletzung, Vietnamese niedergestochen

29. September, Pritzwalk: schwere Körperverletzung, Inder zusammengeschlagen

6. Oktober, Fahrland: schwere Körperverletzung, ungarischer Arbeiter mit Baseballschlägern zusammengeschlagen

7. Oktober, Fahrland: schwere Körperverletzung, Ungar zusammengeschlagen

22. Oktober, Eberswalde: schwere Körperverletzung, Angolaner angegriffen

8. November, Henningsdorf: versuchter Totschlag, Grieche niedergestochen

22. November, Potsdam: schwere Körperverletzung, Ghanaer zum zweitenmal niedergeschlagen

9. Dezember, Eisenhüttenstadt: gefährliche Körperverletzung, Jugoslawen zusammengeschlagen

10. Dezember, Potsdam: gefährliche Körperverletzung, kurdischer Asylbewerber zusammengeschlagen

11. Dezember, Eberswalde: schwere Körperverletzung, Türke mit Baseballschläger zusammengeschlagen

12. Dezember, Schönerlinde: Brandanschlag auf Aussiedlerheim

22. Dezember, Berlin: schwere Körperverletzung, Chinese in S-Bahn brutal mißhandelt

1998

14. Februar, Weißwasser: schwere Körperverletzung, indisch/pakistanische Asylbewerber niedergeschlagen

25. Februar, Magdeburg: schwere Körperverletzung, chinesische Asylbewerber angegriffen

1. März, Magdeburg: schwere Körperverletzung, Iraker zusammengeschlagen

25. März, Leipzig: schwere Körperverletzung, Inder mit Steinen beworfen

6. April, Berlin: schwere Körperverletzung, Türke niedergestochen

9. April, Freiberg: versuchter Mord, Brandanschlag auf Asylbewerberheim

17. April, Blankenfelde: gefährliche Körperverletzung, Palästinenser mißhandelt

23. Mai, Plessow: gefährliche Körperverletzung, drei Ukrainer überfallen

4. Juni, Kamenz: versuchter Mord, Brandanschlag auf Asylbewerberheim

9. Mai, Berlin: schwere Körperverletzung, Äthiopier angegriffen

2. Juni, Elsterwerda: schwere Körperverletzung, Algerier zusammengeschlagen

3. Juni, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, polnischer Student zusammengeschlagen

15. Juni, Fürstenwalde: gefährliche Körperverletzung, indischer Asylbewerber mißhandelt

29. Juni, Schwarzenberg: Körperverletzung, türkischer Asylbewerber zusammengeschlagen

31. Juli, Rathenow: gefährliche Körperverletzung, Aussiedler zusammengeschlagen

4. Juli, Markkleeberg: versuchter Mord, Überfall auf portugiesischen Arbeiter

28. Juli, Bernau: schwere Körperverletzung, Angriff auf Gambier

31. Juli, Rathenow: schwere Körperverletzung, Kasache zusammengeschlagen

23. August, Dedelow: schwere Körperverletzung, Bauarbeiter aus Italien von Jugendlichen zusammengeschlagen

27. August, Bernau: schwere Körperverletzung, Vietnamese mit Holzstange niedergeschlagen

1. September, Halle: schwere Körperverletzung, Mosambikaner verletzt

11. September, Jüterbog: schwere Körperverletzung, Vietnamesen getreten

18. September, Königs Wusterhausen: schwere Körperverletzung, Student aus Kamerun zusammengeschlagen

26. September, Leipzig: versuchter Mord, Überfall auf zwei Iraner

29. September, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, indischer Asylbewerber zusammengeschlagen

1. Oktober, Potsdam: Körperverletzung, Afrikaner überfallen

10. Oktober, Oranienburg: schwere Körperverletzung, Türke zusammengeschlagen

11. Oktober, Rhinow: schwere Körperverletzung, Angriff von Jugendlichen auf ausländische Türsteher

15. Oktober, Kirchberg: schwere Körperverletzung, 13jähriger Junge angegriffen

7. November, Neuruppin: gefährliche Körperverletzung, Türke überfallen

29. November, Magdeburg: schwere Körperverletzung, Westafrikaner zusammengeschlagen

2. Dezember, Müncheberg: schwere Körperverletzung, Jugendliche schlugen auf jugoslawischen Asylbewerber ein

1999

16. Januar, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, pakistanischer Asylbewerber zusammengeschlagen

13. Februar, Guben: Algerier in den Tod gehetzt

20. Februar, Eiche: Körperverletzung, vietnamesischer Asylbewerber geschlagen und mit Waffe bedroht

21. Februar, Wittstock: versuchter Mord, Brandanschlag auf türkischen Imbiß

25. Februar, Henningsdorf: gefährliche Körperverletzung, pakistanischer Asylbewerber zusammengeschlagen

26. Februar, Velten: schwere Körperverletzung, Angolaner zusammengeschlagen

13. März, Grevesmühlen: Brandanschlag auf Pizzeria

25. März, Klipphausen: versuchter Mord, Brandstiftung auf Lagerplatz von Sinti und Roma

27. März, Schwedt: versuchter Mord, Libanese niedergestochen

29. März, Radeberg: Körperverletzung, Pakistani angegriffen

3. April, Fredersdorf: schwere Körperverletzung, Türke zusammengeschlagen

6. April, Potsdam: versuchter Mord, Ausländerin vor Auto gestoßen

1. Mai, Fürstenwalde: schwere Körperverletzung, Ausländer mit Baseballschläger überfallen

8. Mai, Henningsdorf: versuchter Totschlag, Angriff auf Iraner

24. Mai, Brandenburg: gefährliche Körperverletzung, Vietnamesen überfallen

7. Juni, Ludwigsfelde: schwere Körperverletzung, Asylbewerber niedergeschlagen

9. Juni, Henningsdorf: schwere Körperverletzung, Asylbewerber aus dem Iran überfallen

11. Juni, Cottbus: gefährliche Körperverletzung, Afrikaner angegriffen

11. Juni, Wismar: schwere Körperverletzung, russischen Asylbewerber überfallen

10. Juli, Finsterwalde: gefährliche Körperverletzung, Pakistani und Vietnamese überfallen

26. Juli, Böhlen: versuchter Mord, Brandstiftung

15. August, Kolbermoor: Mord, Mosambikaner erschlagen

21. August, Luckenwalde: schwere Körperverletzung, Asylbewerber zusammengeschlagen

22. August, Eggesin: schwere Körperverletzung, Vietnamese zusammengeschlagen

9. Oktober, Bad Grund: schwere Körperverletzung, Asylbewerberheim überfallen

22. Oktober, Henningsdorf: Körperverletzung, Asylbewerber überfallen

2000

1. Januar, Frankfurt/Oder: Körperverletzung, Student niedergeschlagen

1. Januar, Rathenow: gefährliche Körperverletzung, pakistanische Asylbewerber angegriffen

4. Januar, Colditz: Körperverletzung, Marokkaner mit Schlagstock angegriffen

7. Januar, Belzig: schwere Körperverletzung, Inder zusammengeschlagen

8. Januar, Rathenow: Körperverletzung, Mann aus dem Tschad verfolgt und geschlagen

8. Februar, Tantow: gefährliche Körperverletzung, pakistanischer Unternehmer überfallen

11. Februar, Rathenow: gefährliche Körperverletzung, Pakistani zusammengeschlagen

22. Februar, Gotha: Körperverletzung, Asylbewerber zusammengeschlagen

3. März, Potsdam: Körperverletzung, Türke in Straßenbahn überfallen

5. März, Cottbus: gefährliche Körperverletzung, indischer Asylbewerber niedergeschlagen

17. März, Cottbus: gefährliche Körperverletzung, Türke in Straßenbahn überfallen

21. März, Eberswalde: Brandanschlag auf afrikanischen Kulturverein

29. März, Mögelin: Körperverletzung, afghanischer Asylbewerber angegriffen

25. März, Velten: Brandanschlag auf Asia-Imbiß

1. April, Wittstock: Anschlag auf Döner-Imbiß

2. April, Potsdam: schwere Körperverletzung, Türke überfallen

3. April, Stollberg: Körperverletzung, Libanese mit Messer verletzt

11. April, Strausberg: Überfall auf Asylbewerber

16. April, Neustadt/Dosse: schwere Körperverletzung, Asylbewerber aus Kamerun zusammengeschlagen

21. April, Angermünde: schwere Körperverletzung, Angriff auf Spätaussiedler

22. April, Glieniecke: schwere Körperverletzung, Britin zusammengeschlagen

23. April, Neugrimnitz: schwere Körperverletzung, Kolumbianer gewürgt

27. April, Lübben: gefährliche Körperverletzung, Aussiedler bewußtlos geschlagen

29. April, Frankfurt/Oder: schwere Körperverletzung, Tunesier überfallen

1. Mai, Werder: gefährliche Körperverletzung, Überfall auf Asia-Imbiß

7. Mai, Belzig: versuchter Mord, Brandanschlag auf Ausländerwohnheim

7. Mai, Neustadt/Dosse: Körperverletzung, Überfall auf Asylbewerber

9. Mai, Frankfurt/Oder: gefährliche Körperverletzung, Überfall auf Asylbewerber

28. Mai, Eisenhüttenstadt: versuchter Totschlag, Vietnamese zusammengeschlagen

29. Mai, Bautzen: Körperverletzung, Türke gewürgt und geschlagen

30. Mai, Prenzlau: Körperverletzung, iranischer Asylbewerber überfallen

3. Juni, Perleberg: schwere Körperverletzung, Asylbewerber überfallen

9. Juni, Cottbus: Körperverletzung, Asylbewerber geschlagen

11. Juni, Dessau: Mord, Mosambikaner zu Tode getreten

12. Juni, Leipzig: Körperverletzung, indischer Wissenschaftler geschlagen

23. Juni, Prenzlau: Bedrohung mit Waffe, Asylbewerber

10. Juli, Frankfurt/Oder: gefährliche Körperverletzung, Asylbewerberin gewürgt

14. Juli, Königs Wusterhausen: Körperverletzung, polnischer Student angegriffen

24. Juli, Frankfurt/Oder: gefährliche Körperverletzung, Überfall auf Inder und Pakistani

25. Juli: Körperverletzung, Überfall auf jugoslawische Familie

25. Juli, Potsdam: Körperverletzung, Überfall auf jugendliche Asylbewerber aus dem Kongo

Konkret 10/00, S. 19

Samuel Salzborn

Gemeinsames Ziel

Erstmals hat ein sozialdemokratischer Bundeskanzler am »Tag der Heimat« der Vertriebenen teilgenommen

Der Kanzler wollte ein Zeichen setzen. Ein Zeichen dafür, daß es besser sei, miteinander zu reden, statt Vorurteile zu pflegen. Während überall im Land gegenwärtig Zeichen gegen Rechtsextremismus aufgepflanzt werden, setzte Gerhard Schröder sein ganz besonderes beim diesjährigen »Tag der Heimat« in Berlin. Der Bund der Vertriebenen (BdV) hatte geladen, und der Kanzler kam, um eine Botschaft zu verkünden, an der »uns allen gelegen ist«: »eine Botschaft der Versöhnung, der internationalen Zusammenarbeit, der Ächtung des Unrechts der Vertreibung, eine Botschaft der Toleranz, der Zivilcourage und der Menschenrechte«.

Anlaß für Schröders Zeichensetzung war der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen«, des »Grundgesetzes der Heimatvertriebenen«, wie sie in BdV-Kreisen genannt wird. Schröder war gekommen, um dieses Dokument »ausdrücklich zu würdigen«, wie er betonte. »Beeindruckend« sei sie gewesen, die »Charta«. Denn die »trostlose Lage« im Jahr 1950, dem Jahr ihrer Verkündung, hätte den »idealen Nährboden für radikale Verirrungen« bieten können. Dem hätten die »Vertriebenen« jedoch eine »deutliche Absage« erteilt: »Trotz der hinter ihnen liegenden Schrecken und ihrer aktuellen Not schufen sie ein Dokument der Versöhnung.«

Besonders hervorzuheben sei, so Schröder, die Passage der »Charta«, in der die »Heimatvertriebenen« erklärten, »auf Rache und Vergeltung« zu »verzichten«. Eine Passage, über die Ralph Giordano kürzlich in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« anmerkte: »Von allem Fatalen in der ›Charta‹ ist dieser stets im Brustton von Großmut und Verzeihen wiederholte Kernsatz das Fatalste: Er verwandelt die Opfer der deutschen Aggression in Schuldner, die Aggressoren aber in Gläubiger der Geschichte!« Schröder stimmte in seiner Rede zwar einer weiteren Formulierung der »Charta«, nach der die deutschen »Vertriebenen« die »vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen« seien, »angesichts der millionenfachen Opfer der Nazibarbarei« nicht zu. Um aber sogleich zu verkünden, daß die »Vertriebenen« jedoch auch Opfer gewesen seien – »und zwar in allererster Linie Opfer der verbrecherischen Politik der Nationalsozialisten und des Hitlerschen Aggressionskrieges«. Sie hätten in »besonderer Weise« die »Last dieser Kriegsschuld« zu tragen gehabt.

Die »Charta« sei aber auch eine »historische Leistung«, aus der für die Gegenwart Verpflichtungen erwachsen würden. So machte »Landsmann Schröder« (»Die Welt«) kein Hehl aus seiner Freude darüber, daß sich der BdV »unmißverständlich gegen rechtsextremistische Unterwanderung und neonazistische Umtriebe« abgegrenzt habe. Nur ist Schröder das beste Beispiel für diese Abgrenzung nicht eingefallen: Der im Mai diesen Jahres vom BdV-Landesverband Thüringen geplante Parlamentarische Abend im Thüringer Landtag wurde vom Ältestenrat abgesagt, weil der Landesvorsitzende des BdV Thüringen, Paul Latussek, im Erfurter Parlamentsgebäude »Informationsmaterial über das Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wurde«, ausgelegt hatte. Darin war vom »Völkermord an den ostdeutschen Stämmen« und von »unmenschlicher Behandlung der deutschen Soldaten durch die Amerikaner« am Ende des Zweiten Weltkrieges die Rede. Nach Angaben des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Heiko Gentzel zeugten die Äußerungen von »nationalistischem Gedankengut« und böten »Nährboden für Handlungen, wie wir sie erst vor kurzem mit dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt ertragen mußten«. Latussek, so war im Vorfeld gefordert worden, hätte sich für den Inhalt des Flugblattes entschuldigen sollen. Doch das lehnte er ab, da er nicht etwas zurücknehmen könne, was »Tatsache« sei. Daraufhin wurde Latussek bei der wenige Tage später in Berlin stattfindenden Bundesversammlung des BdV zum Vizepräsidenten des Bundesverbandes gewählt. Um die Abgrenzung nach Rechts perfekt zu machen, wählte ihn kurz darauf der BdV Bundesverband auch noch einstimmig in den Bundesvertriebenenbeirat – ein beim Bundesinnenministerium angesiedeltes Organ, das die Bundesregierung in Vertriebenenangelegenheiten beraten soll.

Beratend wurde beim »Tag der Heimat« zunächst aber der Bundeskanzler tätig. Denn in der Vergangenheit hätten die Vertriebenenverbände durchaus nicht immer alles richtig gemacht, weswegen es mit der politischen Zusammenarbeit »mit manchen, die im Namen der Vertriebenen gesprochen haben«, auch nicht immer zum besten bestellt gewesen sei. Auch hätten die Vertriebenenverbände sich zu Zeiten der neuen Ostpolitik von »falschen Freunden« instrumentalisieren lassen und sich mit ihren Forderungen »mehr als einmal selbst im Weg« gestanden. Um das in Zukunft zu vermeiden, bleibe Wahrung und Entwicklung des kulturellen Erbes, das aus einer »fast 900 Jahre zurückreichenden Tradition deutscher Siedlungs- und Kulturgeschichte im östlichen Mitteleuropa« erwachsen sei, keineswegs den Vertriebenenverbänden »allein überlassen«.

Manchmal sind die »Vertriebenen« allerdings auch über das deutsche Ziel hinausgeschossen. Vor allem gen Osteuropa. Zwar berufe sich die Bundesrepublik auf die historischen und kulturellen Traditionen der ehemaligen deutschen Ostgebiete, doch gehörten diese Gebiete »nicht zu unserem Staat«. Man hege keine Gebietsansprüche gegenüber den osteuropäischen Staaten und wolle künftige außenpolitische Beziehungen auch nicht »mit politischen und rechtlichen Fragen belasten, die aus der Vergangenheit herrühren«, erklärte Schröder. Wozu auch? Es bleibt ja die Perspektive der EU-Osterweiterung:

»Damit wird sich den Kindern und Enkeln der Vertriebenen auch die Möglichkeit eröffnen, sich im Rahmen der europäischen Freizügigkeit an den Orten ihrer Eltern und Großeltern niederzulassen und dort am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Spätestens dann werden wir erreicht haben, wovon die Verfasser der ›Charta der Heimatvertriebenen‹ nur zu träumen wagten: ein geeintes, friedliches Europa der Menschen und der Menschenrechte.«

Im »Bewußtsein ihres deutschen Volkstums« hatten die »Vertriebenen« in der »Charta« die Realisierung eines »Rechtes auf die Heimat« eingefordert und erklärt, sich in diesem Sinn für ein »freies und geeintes Europa« einsetzen zu wollen. Bis diese Vision sich erfüllt, ist noch einiges zu tun. Damit die deutsch-völkische Identität sich weiter manifestieren kann, müsse die Unterstützung »deutscher Minderheiten« in Osteuropa fortgesetzt werden. Denn »jede Mark und jeder Pfennig«, erklärte Schröder, die für den Erhalt und die Förderung der europäischen Kultur in »Hinterpommern, Ostpreußen oder Schlesien« eingesetzt würden, bringe »uns unserem gemeinsamen Ziel« näher, nämlich aus der »schrecklichen Vergangenheit eine menschliche Zukunft zu schaffen«.

Die diesbezüglichen Planungen des BdV für ein »Zentrum gegen Vertreibungen« scheinen dem Kanzler allerdings etwas zu früh auf den Tisch gekommen zu sein. Denn eine öffentliche Zusage der Bundesregierung zu diesem imperialen Projekt des BdV könnte die Wahrheit über die hegemonialen Interessen der deutschen Menschenrechtspolitik allzu deutlich ausplaudern. So hielt sich Schröder auch in seiner Rede beim »Tag der Heimat« diesbezüglich diplomatisch bedeckt. Die Bundesregierung stehe – nach anderslautenden Erklärungen von Schily und Schröder in der Vergangenheit – derzeit dem Plan für eine »zusätzliche zentrale Gedenkstätte zurückhaltend gegenüber«. Derzeit. Vermutlich müssen die Vertriebenenverbände auf weiteres in dieser Angelegenheit bis zum erfolgreichen Abschluß der EU-Osterweiterung warten. Dann ist die Katze im Sack. Und dann werde, wie BdV-Präsidentin Erika Steinbach vor einiger Zeit bei einem internen Führungstreffen sagte, »vieles leichter« – für die Realisierung der Vertriebeneninteressen, die dann auch wieder die der Deutschen sind.

Samuel Salzborn schrieb in KONKRET 7/2000 über die geplante »Vertriebenen«-Gedenkstätte

Konkret 10/00, S. 20

Joachim Rohloff

Erhobene Häupter

Was die behauptete »moralische Selbstverpflichtung« der Deutschen gegenüber den Opfern des Holocaust tatsächlich wert ist, zeigt das Beispiel ihres Umgangs mit den Ansprüchen der Sinti und Roma: nichts

Wer nach ihm sucht, wird es südlich des Reichstags, am Rande des Tiergartens hinter Bäumen versteckt, tatsächlich finden – das bescheidene, geradezu schäbige Baustellenschild mit der Aufschrift: »Hier entsteht das nationale Holocaust-Mahnmal für die im NS-besetzten Europa ermordeten Sinti und Roma aufgrund der Zusagen des Berliner Senats, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestags.« In dieser Gegend entsteht allerhand, besagtes Mahnmal aber entsteht noch immer nicht, denn die Bauherren machen keinerlei Anstalten, einen entsprechenden Auftrag zu erteilen. Das Schild wurde im Sommer 1999 vom Zentralrat der Sinti und Roma aufgestellt, seitdem verwittert es als Mahnmal für das versprochene Mahnmal auf einem kleinen Rasenplatz.

Dem Irrtum des Kanzlers Kohl, mit der Neuen Wache und ihrer Käthe-Kruse-Pietà sei allen »Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« nun aber endgültige Genugtuung widerfahren, folgte der Irrtum, mit dem Mahnmal für die ermordeten Juden Europas sei allen Opfern des Holocaust in würdiger Form gedacht. Im November 1993 verlangte Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, »die gleichzeitige Errichtung des nationalen Holocaust-Mahnmals für die in Europa ermordeten Sinti und Roma«. Und tatsächlich stand im April 1994 zu lesen, die Berliner Senatsbauverwaltung bereite einen Wettbewerb zur künstlerischen Gestaltung eines Denkmals vor, das an die rund 500.000 von den Nazis ermordeten Sinti und Roma erinnern solle. Man beabsichtige, diesen Wettbewerb im folgenden Monat auszuloben. Der Senat habe jedoch die Entscheidung über die Initiative seiner Bauverwaltung zurückgestellt. Und dabei ist es bis heute geblieben. Zum Trost behauptete im Mai 1994, fünfzig Jahre nach der Liquidation des »Zigeunerlagers« in Auschwitz, während einer Gedenkstunde des Bundestages dessen Präsidentin Süssmuth: »In der Nähe des Reichstagsgebäudes in Berlin ist eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Vernichtung der Sinti und Roma geplant.«

Seitdem hat sich nichts getan. Immerhin betonte ein halbes Jahr später der Bausenator Nagel die Notwendigkeit, »jetzt den Wettbewerb für ein Mahnmal, das an den Völkermord an den Sinti und Roma erinnert, zu initiieren«. Der Standort sei dabei kein Problem, es gebe »eigentlich nur einen adäquaten Ort in Verbindung mit dem Areal des Denkmals für die ermordeten Juden Europas«, nämlich eben jene Rasenfläche südlich des Reichstags, die denn auch vom Bezirksamt Tiergarten für diesen Zweck ausgewiesen wurde.

Daß die Nazis ebenso wie an den Juden Europas auch an den Sinti und Roma einen Völkermord aus rassistischen Motiven begangen hatten, wurde noch in den fünfziger und sechziger Jahren von bundesdeutschen Gerichten bestritten. Zwar hatte Himmler schon 1938 die »Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus« befohlen, und die Führer der Einsatzgruppen B und D hatten nach Kriegsende zugegeben, ihre »Hauptaufgabe« sei die »Vernichtung der Juden, Zigeuner und Politischen Kommissare« gewesen und sie hätten »keinen Unterschied zwischen den Zigeunern und den Juden« gemacht. Bis 1943 jedoch, bescheinigte den nationalsozialistischen Behörden zehn Jahre später der Kommentator des Bundesentschädigungsgesetzes, Otto Küster, hätten sie Maßnahmen gegen Sinti und Roma durchweg aus »kriminalpolitischen Gründen« verhängt und sich dabei auf die »Bekämpfung derjenigen Zigeuner beschränkt, die sich als asozial erwiesen hatten«. Erst ab 1943 seien auch Angehörige dieser Volksgruppe nach Auschwitz deportiert worden, obwohl sie »persönlich nicht zu beanstanden« waren. Dieser Expertise schloß sich der Bundesgerichtshof an, als er 1956 entschied, die Gründe der Verfolgung der Sinti und Roma seien zumindest bis 1943 nicht »rassenideologische Gesichtspunkte« gewesen, »sondern die bereits erwähnten asozialen Eigenschaften der Zigeuner«. Selbst die von Himmler »vorgesehenen Maßnahmen« könnten »ihrem Wesen nach nicht als spezifisch rasseverfolgend angesehen werden, sondern halten sich noch im Rahmen polizeilicher Vorbeuge- und Sicherungsmaßnahmen«.

Die höchstrichterliche Leugnung des Holocaust diente nun auch dazu, Entschädigungsanträge überlebender Sinti und Roma zurückzuweisen. Einen Anspruch auf »Wiedergutmachung« besaß nämlich nur, wer wegen seiner »politischen Überzeugung«, wegen des »Glaubens oder der Weltanschauung« oder »aus Gründen der Rasse« verfolgt worden war. Trotzdem konnte die Bundesregierung am 31.10.1986 in einem Bericht »über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lage der Sinti, Roma und verwandter Gruppen« resümieren, das Urteil von 1956 habe »verhältnismäßig geringe praktische Auswirkungen« gehabt. Denn vom 14.12.1979 bis zum 31.12.1982 durften Sinti und Roma eine »Beihilfe« von maximal 5.000 DM beantragen. An den Verhandlungen über die Entschädigung von Zwangsarbeitern durfte selbstverständlich kein Vertreter der Sinti und Roma teilnehmen.

Antiziganistische Übergriffe der Bevölkerung und antiziganistische Maßnahmen der Behörden begannen in Deutschland nicht erst 1933, und 1945 endeten sie nicht. Einschlägige Polizeiarchive, die sogenannte Nichtseßhafte betrafen, wurden in der Bundesrepublik weitergeführt. 1998 klagte der Zentralrat beim bayerischen Verfassungsgericht gegen die Sondererfassung in der kriminalpolizeilichen Kartei, die noch immer einen »Personentyp Sinti/Roma« registrierte.

Verdiente nationalsozialistische Rassenkundler, die den Völkermord wissenschaftlich vorbereitet hatten, setzten ihre »Zigeunerstudien« in der Bundesrepublik fort. Obwohl ihre Vorfahren seit Jahrhunderten in Deutschland gelebt hatten, wurde vielen Sinti und Roma die deutsche Staatsangehörigkeit jahrzehntelang verweigert. Einige, denen sie vor ihrer Deportation von den Nazis entzogen worden war, erhielten sie nach der Rückkehr nicht zurück. Andere wurden in den fünfziger Jahren plötzlich zu »Personen ungeklärter Staatsangehörigkeit«. Die Bundesregierung, die nur »ethnische Minderheiten« mit »territorialer Konzentration« kennen wollte, weigerte sich lange Zeit, internationale Konventionen zum Schutz der Sinti und Roma zu unterzeichnen. Erst 1999 erhielten sie den Status einer »Streuminorität«, seitdem gelten ihre Sprache und gewisse kulturelle Eigenheiten als erhaltenswert.

Unter allen Interessengruppen in Deutschland und in der Welt besitzen die Sinti und Roma gewiß die wenigsten Fürsprecher und die geringste wirtschaftliche Macht, ihren Ansprüchen den nötigen Nachdruck zu verleihen. So bleibt ihnen nichts als der moralische Appell und die leeren Versprechungen, die ihnen einst gemacht wurden, auf die aber inzwischen gepfiffen ist. Führende Politiker der Berliner CDU und namentlich der Regierende Bürgermeister Diepgen wehren sich gegen ein zweites Holocaust-Mahnmal mit dem Argument, das nun entstehende erste Mahnmal und die Neue Wache seien mehr als ausreichend. Berlin dürfe nicht zur »Reuehauptstadt« werden, erklärte Diepgen schon vor Jahren. Im Streit ums Mahnmal für die ermordeten Juden unterstützte er den Vorschlag Richard Schröders, statt ein monumentales Denkmal zu errichten, doch lieber irgendwo eine schlichte Gedenktafel anzubringen, und in der einschlägigen Bundestagsdebatte warnte er vor den Konsequenzen des Eisenmanschen Modells: Das Konzept Schröders »hebt die jüdischen Opfer hervor, aber andere Opfer schließt er nicht aus. Ich habe hier mit Interesse die Vorschläge vernommen, welche ergänzenden, zusätzlichen Mahnmale – jedenfalls nach dem Willen einiger Redner – gegebenenfalls in Berlin errichtet werden sollten.« Wenn wir den Juden einen Riesenklotz hinstellen, sollte das heißen, werden andere Bedürftige kommen und auch einen haben wollen.

Als seinerzeit die SPD-Senatoren Nagel, Bergmann und Roloff-Momin den Sinti und Roma ein Mahnmal versprachen, hätten sie nur ihre »persönliche Meinung« kundgetan, der amtierende Senat fühle sich daran nicht gebunden. Eine »Inflationierung« von Gedenkstätten in der Umgebung des Brandenburger Tors müsse verhindert werden. Zum Trost schlug Diepgen ein Denkmal am östlichen Stadtrand vor, denn nicht nur »gartendenkmalpflegerische Gesichtspunkte«, sondern auch »historische Aspekte« sprächen für Marzahn. Dort nämlich errichteten die Nazis vor Beginn der Olympischen Spiele 1936 ein Sammellager, um Berlin »zigeunerfrei« zu machen. »Zur Bekämpfung der Zigeunerplage«, so formulierte es Reichsinnenminister Frick, wurden 1.200 Sinti und Roma in Wohnwagen und Baracken interniert. Die große Mehrheit wurde ab 1938 nach Oranienburg und Auschwitz deportiert und dort ermordet. In Marzahn überlebten nur 25 Gefangene.

Mit dem zweiten Holocaust-Mahnmal werde im Stadtzentrum eine »Gedächtnismeile« entstehen, gab der kulturpolitische Sprecher der Berliner CDU, Uwe Lehmann-Brauns, zu bedenken. »Ich bin strikt gegen ein weiteres Mahnmal in der Innenstadt«, sagte vor gut einem Jahr auch der Fraktionsvorsitzende Landowsky. Man dürfe Berlins Mitte nicht zu einem »kompletten Denkmal« machen: »Wir müssen noch erhobenen Hauptes durch die Stadt gehen können.«

Während Landowsky also sein Haupt senkt, sobald er an die trüben Jahre in der deutschen Geschichte erinnert wird, scheinen andere auf jede in Stein gehauene deutsche Gedächtnisleistung stolz zu sein. Seit je versichert der Kulturminister Naumann die Sinti und Roma seines Wohlwollens: Das Mahnmal werde gebaut, punktum. Und im Mai dieses Jahres wurde Romani Rose sogar vom Bundeskanzler empfangen, der nach dem Gespräch mitteilen ließ, »daß die Bundesregierung an ihrer Zusage festhalte, die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma zu unterstützen«. Wieder einmal durfte Herr Rose ein Versprechen nach Hause tragen, auf das er sich vielleicht noch viele Jahre wird berufen können. Denn Schröders Zusage, die Errichtung eines Denkmals zu unterstützen, erteilt dem Ansinnen, die Bundesregierung selbst müsse dieses Denkmal errichten, eine kaum zu überhörende Absage. Genauso muß auch Eberhard Diepgen den Kanzler verstanden haben. Im Juli fügte er sich allem Anschein nach in sein Schicksal, demnächst nur noch gesenkten Hauptes durch Berlin laufen zu dürfen: »Ich werde mich nicht mit einer Bundesregierung streiten, wenn es einen in der künstlerischen Gestaltung ausdrucksvollen, aber in seinen Dimensionen vertretbaren Hinweis auf die Opfer der Sinti und Roma im Stadtzentrum gibt.« Und eines der Versprechen aus dem Jahr 1994 scheint nun tatsächlich wahr zu werden: Der israelische Künstler Dani Karavan erhielt einen Auftrag.

Trotzdem fehlt noch immer einigen einiges: den Sinti und Roma ein Mahnmal, der Bundesregierung jemand, den sie bei der Errichtung eines Mahnmals unterstützen könnte, Eberhard Diepgen eine Bundesregierung, vor deren Übermacht er kapitulieren müßte, Dani Karavan ein künstlerischer Entwurf, dessen Dimensionen vertretbar bleiben. Es bleibt zu hoffen, daß sich daran alsbald Entscheidendes ändert.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 9/2000 über Otto Schily

Konkret 10/00, S. 21

Peter Nowak

Volkes Stimme

Bei allem Verständnis für die Ehrung »ehemaliger Bürger jüdischen Glaubens« sei es ein »Affront«, eine Straße in Berlin nach einem »Zigarettenfabrikanten, der ausschließlich profitorientiert« gehandelt hat, benennen zu wollen. Im Namen von »zwei Dritteln aller Bürger« machte der Nichtraucherbund Berlin e.V. mit Sitz im ehemals bürgerbewegten »Haus der Demokratie« mobil gegen den Plan, eine Straße im Berliner Stadtteil Pankow nach Josef Garbáty zu benennen. Dabei hatte es sich die Kommission Bürgerarbeit Pankow so schön ausgedacht. Wenn schon die faschistischen Republikaner ihre Bundeszentrale ausgerechnet in eine Villa verlegen, die 1938 von den Nazis zwangsenteignet worden war, soll wenigstens die daran vorbeiführende Straße nach dem jüdischen Industriellen benannt werden, dem sie bis dahin gehörte.

Da die Kiezaktivisten schon ahnten, daß es nicht ausreichen würde, ein von den Nazis verfolgter Jude zu sein, um bei einer Straßenbenennung berücksichtigt zu werden, versuchten sie, ihren Vorschlag mit weiteren Details aus dem Leben des ausgewählten Namensgebers zu untermauern. So wurde auf einer Bürgerversammlung Garbátys soziales Engagement gelobt und an die vielen Werkswohnungen und noch mehr Arbeitsplätze erinnert, die er geschaffen hatte. Trotzdem liefen viele Pankower gegen das Vorhaben Sturm, eine zentrale Straße ihres Stadtteils nach ihm zu benennen. Am Rande des Bezirks gebe es noch einige kleine Straßen ohne Namen. Davon könne man eine nach Garbáty benennen, schlugen sie auf der Bürgerversammlung vor. Zuvor hatten die braven Bürger für einen Eklat gesorgt, indem sie mit dem Ausruf »Wir sind nicht gekommen, um diese Geschichten zu hören« die Historikerin Ilse Lammel rüde unterbrachen, als sie über das Schicksal der über 500 von den Nazis ermordeten Pankower Juden berichtete.

Mit der Entscheidung, statt der Berliner Straße, den gerade renovierten unbewohnten Pankower Bahnhofsvorplatz nach Garbáty zu benennen, hofften die Bezirkspolitiker, weitere Proteste zu verhindern. Doch sie haben nicht mit dem Nichtraucherbund gerechnet, der sich als Volkes Stimme gerierte. Es wäre interessant zu erfahren, welche Namen der Verband präferiert. Mit Adolf Hitler zumindest dürfte es keine Probleme geben. Der war ja bekanntlich überzeugter Nichtraucher.

Konkret 10/00, S. 22

Günther Jacob

Buch des Monats

Armin Thurnher: Heimniederlage. Nachrichten aus dem neuen Österreich, 250 Seiten, 27 Mark, Paul Zsolnay, Verlag Wien 2000

Wer die aktuelle politische Entwicklung in Österreich verstehen möchte und sich darüber von seiten der Haider-Opposition einigen Aufschluß erhofft, wird rasch enttäuscht sein. Das beginnt bereits mit dem Schweigen dieser Opposition, als der Nigerianer Marcus Omofuma während seiner Abschiebung erstickte. Es gab keine nennenswerten Kundgebungen oder Proteste. Auch während des nicht nur von der FPÖ extrem rassistisch geführten Wahlkampfes im Herbst des vergangenen Jahres waren diejenigen eigenartig still, die heute unter dem Slogan »Widerstand« gegen Haider protestieren. Geradezu gelassen reagierten Linke und Kulturszenen, als aus der Wahl dann die Freiheitlichen als eigentliche Gewinner hervorgingen und anschließend in wochenlangen »Sondierungsgesprächen« von SPÖ und ÖVP zur gleichberechtigten politischen Kraft aufgewertet wurden. Noch unmittelbar vor der Installation der ÖVP/FPÖ-Regierung tat man so, als sei nichts geschehen. Man solle aus Haider »keinen Popanz machen«, schrieb z. B. in der »Volksstimme« deren Kommentator Franz Schandl, ein ehemaliger Funktionär der Grünen. Am 20. Januar, also vier Tage bevor Wolfgang Schüssel die Kanzlerschaft einer ÖVP-/FPÖ-Koalition beanspruchte, war er noch immer überzeugt, daß dies »eine Drohgebärde der Schüsselpartei« ist: »Eine FPÖ/ÖVP wird es nicht geben.« Als dann Israels Staatspräsident Weizman die österreichischen Juden zum Verlassen des Landes aufforderte, schüttelten auch die Linken nur den Kopf.

Die erste Großdemonstration gegen die am 4. Februar endgültig ausgelobte neue Regierung fand schließlich am 19. Februar auf dem Heldenplatz statt. Doron Rabinovici gestand dort, daß man bisher stillgehalten hatte: »Aber eines muß klar sein; wenn es das nächste Mal wieder zu solch einem rassistischen Wahlkampf kommen sollte, dann gehen wir nicht erst im nachhinein auf die Straße.« Über den Hintergrund dieser Versäumnisse hat Rabinovici leider kein Wort verloren. So störte sich dann auch niemand daran, daß etliche der Demonstranten Haider als den Milosevic Österreichs darstellten, sich also als Nato-Demokraten zu erkennen gaben, denen »Nationalismus« bislang nur aus dem »Balkan« bekannt war. Wie wenig man über die eigentliche Traditionslinie sprechen will, zeigt sich daran, daß es bis heute unter den vielen Demonstrationslosungen keine gibt, die Zahlungen an Zwangsarbeiter, die Rückgabe jüdischen Eigentums, die Aufhebung der Anonymität der Täter und die Beschlagnahmung von Haiders Bärental fordert.

Daß dieses Zögern und Zaudern, das inzwischen einem (nachlassenden) zivilgesellschaftlichen Aktivismus gewichen ist, das Resultat eines meist unausgesprochenen Willens zur Veränderung um jeden Preis ist, kann man nun in dem neuen Buch von Armin Thurnher erfahren. Er macht deutlich, daß auch antirassistische Haider-Gegner dem FPÖ-Mann durchaus etwas abgewinnen können. Auf Umwegen natürlich.

Als Mitbegründer und Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung »Falter« kennt Thurnher nicht nur tout Österreich, er hat auch ein Gespür für die untergründigen Trends und Stimmungen im Land. Diese rasch zu erfassen und in Artikelform wieder unter die Leute zu bringen macht den Vorsprung aus, von dem sein Magazin lebt. Dabei ermöglicht gerade der lockere und selbstironische Stadtzeitungsstil, etliche der anderswo sorgsam gehüteten Geheimnisse des »Widerstandes« auszuplaudern, ohne daß die Betroffenen sich denunziert fühlen müßten. In diesen Szenen ist man sich schließlich einig, daß Dogmen und Tabus nur den Fluß der Dinge hemmen. Man bevorzugt die Just-in-Time-Auflistung der jeweils neusten Konstellationen und Meinungen. Bescheid wissen, nachbessern, reinvestieren, so lauten die Spielregeln.

Thurnhers Buch ist denn auch eine Art Extended-Version-Remix zurückliegender Agenturmeldungen und Feuilleton-Kommentare, angereichert mit viel Insider-Wissen und viel Wille zur Zukunft. »Klar habe ich zu Haider eine Meinung. Davon lebe ich ja!« sagt Thurnher mit einem entwaffnenden Charme, der mit dem Zynismus der Achtziger wenig zu tun hat. Der Autor macht sich und anderen nichts vor: Für die Auslandsmedien ist inzwischen »jeder zweite österreichische Journalist ein kleiner Medienstar; Haider-Gewinnler sind wir allesamt«. Zeitungen wie der »Falter« oder neue Gruppierungen wie »Get To Attack« werden von linken und linksliberalen Medien aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden geradezu belagert. Sie alle wollen, das sieht Thurnher klar, »das andere Österreich zeigen«. Da kann man nicht nein sagen, »es ist gleichsam patriotisch-touristische Pflicht«. Thurnher selbst schafft es bis in Wickerts »Tagesthemen«. Die Künstlerkollegen werden auf internationalen Symposien als Exilanten oder Widerstandskämpfer herumgereicht, Haider sei Dank. Und irgendwie scheint es ganz Österreich so zu gehen. »Europe is watching you!« Bei so viel Aufmerksamkeit fällt für alle etwas ab. Die Zulassungszahlen für Handys überschlagen sich.

Vor allem aber zeichnet Thurnher nach, wie sich schon lange vor dem 3. Oktober 1999 in den Kulturszenen eine regelrechte »Wendelust« ausgebreitet hat, auch bei ihm selbst. Hauptsache »Bewegung statt Statik«, dachten alle. Auch die Haider-Gegner wünschten sich das »Ende der Nachkriegszeit, endlich Wechsel, Abwechslung, etwas Neues«. Anders als manche österreichische Linke, die sich die politische Situation mit schweren Wirtschaftskrisen oder – eher metaphorisch – mit »der« Krise erklären, ahnt Thurnher immerhin, daß Haiders Aufstieg sowie die unübersehbare Harmlosigkeit der

meisten Haider-Gegner Symptome eines größeren Aufbruchs sind, der vor allem mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zusammenhängt. Mit ihr verschwand die einzige bedeutende Macht, die ein wirkliches Interesse an der österreichischen Neutralität und damit an der Bewahrung jenes Nischendaseins hatte, das Österreich bislang charakterisierte – ein Zonenrandgebiet mit unberührten Nazi-Biotopen, ständischem Korporatismus, Seegrundstücken für deutsche Steuerflüchtige (Flick), viel Kunst und Kultur, und alles wie im Heimatfilm, aber auf High-Tech-Niveau.

Zur heimlichen Wendelust gehört bis in diese Tage zum einen, daß kaum jemand Haider einen Nazi nennen möchte (statt dessen: »postmoderner Politiker« oder »österreichischer Tony Blair«), und – auch auf diesen Gedanken ist Thurnher bei der Medienauswertung gestoßen – zum anderen, daß niemand bereit ist, Haiders Bärental zum Skandal zu machen. Der Wille zur »Wende« – Deutschland hat es 1990 vorgemacht – mündete schließlich in wochenlange »Sondierungsgespräche«, auch zwischen SPÖ und FPÖ. »Selbst die berüchtigte Fraktion der sogenannten Alarmisten verhielt sich merkwürdig ruhig.« (Thurnher selbst hatte in seinem Buch *Das Trauma, ein Leben. Österreichische Einzelheiten* prognostiziert, Haider würde niemals an die Regierung kommen.) Ein wenig muß die Stimmung in Österreich 1999 wie in der SU unter Gorbatschow gewesen sein. Die alte politische Klasse, das SPÖ-Milieu und die Kulturszene waren der aufwendigen symbolischen Reproduktion der Mythen und Lügen der Republik überdrüssig geworden. Haider spielte sein Spiel des Erlösers, indem er immer wieder das Geheimnis dieser postfaschistischen Gesellschaft ausplauderte. Die anderen hatten keine Lust mehr, diese Blößen aufwendig zu verdecken. Dieses Ritual schien nun sinnlos geworden zu sein, denn die Welt hatte sich 1990 radikal verändert, die Rücksichten auf den Ostblock waren entfallen, man mußte niemandem mehr etwas vormachen.

Natürlich wollten alle trotzdem Antirassisten bleiben, aber im Inneren sagte man sich, daß es Österreich nur guttun könnte, wenn sich etwas ändert. »Noch war niemand klar, was da kommen würde. Schwarzblau stand zwar im Begriff zu geschehen, aber kaum jemand machte sich einen Begriff von der Wirkung. Nur eines war sicher. Die Situation war neu, und neue Situationen besitzen immer Chancen.« Thurnher begrüßt emphatisch das »Ende der österreichischen Nachkriegszeit«. Er macht sich Hoffnungen »auf eine Neugestaltung der Sozialpartnerschaft« im »Zeitalter des Endes nationalstaatlich fixierter Politik«. Hauptsache, »die Blockade war beendet, der Würgegriff der ewigen rotschwarzen Laokoongruppe ließ nach«. Der SPÖ würde es außerdem guttun, sich einmal in der Opposition zu »regenerieren«.

Armin Thurnher, Robert Menasse und viele andere haben aus dieser »Sehnsucht nach Erlösung« (so der Schriftsteller Karl-Markus Gauß) nie ein Geheimnis gemacht. Andere haben es auch so gesehen, aber aus Gründen der Political Correctness nicht formuliert. Es war eben eine »Stimmung«. Gegen Haider. Einerseits. Andererseits setzte sich das »Gefühl« durch, daß es in Österreich bisher nur eine Form von Sozialstaatsdiktatur im demokratischen Gewand gab. Das Land schien vielen gelähmt und immobil. Ein Ende, egal welches, mußte diesem angeblichen »Starrkrampf« bereitet werden. Das Ende von Rotschwarz konnte daher nur der Beginn einer modernen Demokratie im Zeitalter des Euro und der Nato-Interventionen sein, auch wenn Haider dafür ein hoher Preis ist.

Man hat die Schüssel/Haider-Koalition also in aller Form verurteilt und sie zugleich innerlich als das kleinere Übel empfunden. Wie in Deutschland in den ersten Tagen des Angriffs auf Jugoslawien schwieg man erst einmal, als der Wunsch nach dem Heraustreten aus der »Phase der Unentschiedenheit« sich plötzlich erfüllte. Auch war man zunächst erschrocken über den eigenen Mut und verwundert über die neue Realität, der man zum Durchbruch verholfen hatte. Man hatte ja nur ahnen, nicht aber wissen können, wie die Konsequenzen des eigenen Spiels mit dem Feuer aussehen würden. Mit den Maßnahmen der EU hatte niemand gerechnet. Andererseits kommt gerade durch die internationale Beobachtung jene Bewegung ins Spiel, auf die man gehofft hatte. Könnte der Druck der EU nicht, zusammen mit der Dynamik des »anderen Österreichs«, die fällige Modernisierung durchsetzen helfen? Man muß sich nur die auch von bestimmten deutschen Szenen so begeistert gefeierten »neuen Protestformen« (elektronische Musik, modernste Kommunikationsmittel) und das mit diesen »Formen« einhergehende aktivistische Bündnis von »Falter«-Journalisten, SPÖ-Erneuerern, New-Economy-Jungunternehmern, nachrückender Kunstszene, Uni-Modernisierern und Pro-Nato-Antirassisten ansehen, um zu begreifen, daß hier mit größtem Optimismus ein Aufbruch gefeiert und demonstriert wird. Haider, der Gegner, war auch der Befreier.

Vor dem Hintergrund einer von solchen Stimmungen geprägten politischen Konstellation wird dann auch klar, daß Thurnher, dem kein Trend auf den intellektuellen Märkten entgeht, von dem psychoanalytischen Begriff des »Traumas« fasziniert sein muß, den er nun bereits in zwei Büchern als kulturelles Deutungsmuster einsetzt. Wohl wissend, welche Rolle dieser Begriff in der Holocaust-Literatur spielt, okkupiert er ihn zur Beschreibung der geschilderten verschwiegenen Wünsche. Das österreichische »selbstgewählte Trauma« besteht für ihn darin, daß man 50 Jahre lang das Erbe des Nationalsozialismus nur in einen Ständestaat gekleidet hatte, der sich, weil sonst alles aufgeflogen wäre, nicht von der Stelle rühren durfte. Nun endlich löst sich diese »Erstarrung« auf. Die Begleitumstände sind sicher problematisch (das »verordnete Trauma«), aber die wird man à la longue überwinden können. Wie? Thurner sieht schon Risse in der FPÖ. Er setzt darauf, daß die in Gang gekommene Dynamik der Modernisierung Haider den Boden entzieht. Schüssel nutze bereits geschickt die Widersprüche in der FPÖ: »Brächte Schüssel die Spaltung und somit die Läuterung eines Teils der FPÖ zustande, könnte man vor ihm den Hut ziehen.« Schon gilt der als Finanzminister amtierende FPÖ-Mann Karl-Heinz Grasser als moderate Alternative zu Haider: Rassistisch sei zwar auch er irgendwie, aber »nationalsozialistische

Anspielungen sind von ihm nicht überliefert«. Die »Spaltung der FPÖ in liberale Gewinnler und frustrierte Ausgegrenzte« scheint inzwischen die heimliche Option großer Teile des »Widerstandes« zu sein. Dann hätten sich die Mäßigung beim Protest und die mit dieser Aufbruchsbewegung entstandenen neuen Netzwerke bereits bezahlt gemacht. Und wenn es anders kommt, irgendwie auch.

Konkret 10/00, S. 24

Ralf Schröder

Barbarossa hat Schnupfen

Putin im Kreuzfeuer: Anläßlich der Havarie des Atom-U-Boots □ Kursk□ kämpfen die deutschen Medien gemeinsam mit den russischen Mafia-Paten gegen den russischen Zentralstaat

Im September 1999 analysierte die »Zeit« in einer Titelgeschichte die neuesten Korruptionsvorwürfe gegen den damaligen russischen Präsidenten Jelzin. Unter der Schlagzeile »Warum helfen wir der Mafia?« war dort zu lesen: »Die Jelzins sind eine Familie wie andere auch. Wie die Bokassa-Familie, die Suharto-Familie, die Marcos-Familie.« Zur Jelzin-Familie rechnete die »Zeit« auch »Magnaten«, »Mafiosi« und »Oligarchen«. Als »Finanzjünger« des Präsidenten seien diese nur noch daran interessiert, »wie sie Rußlands Rohstoffe am Staat vorbei auf ihren Auslandskonten vermarkten« können. Interessant an dieser Analyse war die Überlegung, der Westen solle seine Rußlandpolitik radikal umstellen. Man solle auf Politiker zu setzen, »die keine Paten sind, sondern in Gottes Namen russische Patrioten«. Ein griffiger außenpolitischer Leitsatz wurde gleich mitgeliefert: »Lieber eine konservative Großmacht als ein gesetzloses Kartell im Kreml.«

Das sollte lediglich eine hypothetische und polemische Zuspitzung sein, aber knapp drei Monate später war mit Wladimir Putin ein erklärter russischer Patriot an Jelzins Stelle getreten. Mit viel Pathos versprach der neue Präsident, Rußlands Größe wiederherzustellen und das gesetzlose Kartell aus dem Kreml zu vertreiben. Putins Ankündigungen riefen unterschiedliche Reaktionen hervor. Die einfachen Russen waren begeistert und wurden von neuem Nationalstolz erfüllt. Andere waren eher befremdet. Die Finanzmagnaten fühlten sich von Putins Korruptionskritik bedroht, den Deutschen wurde bei der Aussicht unbehaglich, Rußland könne künftig die eigenen Ressourcen tatsächlich für die Restauration staatlicher (Außen-)Macht nutzen. Insofern wurden die Putin-Skeptiker innerhalb und außerhalb Rußlands durch die Furcht geeint, der russische Staat werde sich auf seinen letzten, eigentlich weithin akzeptierten Daseinsgrund besinnen und – im Gegensatz zur Jelzin-Ära – von nun an nationale Interessen vertreten.

Weil Putin in den ersten Monaten seiner Amtszeit genau dies versuchte, war er angesichts der Havarie des Atom-U-Bootes »Kursk« erneut mit einer außerordentlich widerwärtigen Koalition konfrontiert. Hatte die deutsche Presse während des Tschetschenien-Krieges umstandslos und geschlossen Partei für die islamischen Terroristen ergriffen (vgl. KONKRET 4/00), tat man sich nun bedenkenlos mit Jelzins Mafia-Truppe zusammen. Während die überaus zahlreichen Zeitungen und TV-Stationen der vormals verfeindeten »Medienzaren« Wladimir Gussinski und Boris Beresowski vor Ort versuchten, den Nationalisten Putin als Verräter an der großen vaterländischen Sache zu entlarven, stellte die deutsche Presse den russischen Präsidenten als die personifizierte Fragwürdigkeit schlechthin vor. Unter dem bombastischen Titel »Krieg gegen das Volk« schrieb der »Spiegel«, Putin habe »nach den erlernten Regeln der Sowjetzeit« reagiert: »mit Geimniskrämerei und Lügen, Menschenverachtung und Realitätsverlust«. Er habe den Wunsch der Russen unterschätzt, »ihren Präsidenten mit Sorgenfalten am Unglücksort zu sehen«, schrieb die »Zeit«. In der »Taz« stand, als sei das nicht globale Regel, sondern ungeheuerlich, der Kreml habe durch den anfänglichen Verzicht auf westliche Hilfe »zunächst staatliche Interessen über Menschenleben gestellt«. Entsprechend die »Süddeutsche Zeitung«: »In den russischen Streitkräften zählt das Leben des einzelnen Soldaten wenig.« Die »Welt« warf Putin »Gefühlskälte und Führungsschwäche« vor. Allerorten wurde außerdem – und regelmäßig in Erinnerung an Tschernobyl – die russische Skrupellosigkeit in Sachen Ökologie angeprangert: Mangels einer sachgemäßen Entsorgung bedrohten die Reaktoren der zahlreichen außer Dienst gestellten Atom-U-Boote Fauna und Flora der Barentssee.

Die Vorwürfe an die Adresse Putins lassen sich sortieren. Was etwa die »FAZ« den »Skandal um die Informationspolitik des Kremls« nennt, ist nicht Außergewöhnliches, sondern militärische Regel in aller Welt. Auch der »Spiegel« findet nichts dabei, in seiner Klage über »Geheimniskrämerei« und »Lügen« der Putin-Administration augenzwinkernd zu erwähnen, der Westen habe U-Boot-Unfälle regelmäßig »geheimgehalten« bzw. clever vertuscht. Ähnlich verhält es sich mit der ökologischen Bedrohung. Während der »Spiegel« das »Ökosystem des Eismeers« in »Gefahr« sieht, gaben die durchaus rußlandkritischen Umwelt-Aktivisten der norwegischen Organisation »Bellona« bekannt, die radioaktive Belastung etwa der Ostsee oder des Wassers im Bereich der britischen Atomfabrik Sellafield sei um ein Vielfaches höher als die der Barentssee. Über den Umgang mit ausrangierten britischen U-Booten berichtete die »Taz«: »Radioaktiver Müll stapelt sich in den U-Boot-Häfen unter Zeltbahnen und in gebrauchten Behältern aus kommerziellen Atomreaktoren.« In den USA hingegen würden die Reaktoren ausgemusterter U-Boote zersägt und dann in Arco auf »Amerikas größte und gefährlichste nukleare Schrotthalde geworfen«.

Mit den ökologischen Gefährdungen sowie der Informations- bzw. Geheimhaltungspolitik wurden also weltweit gängige militärische Routinen skandalisiert, und die vehemente Kritik an der Performance Putins und seiner teilweise konkurrierenden Apparate war, na ja, Futter für die vielen Liebhaber perfekt inszenierter Politik. Gleichzeitig jedoch trugen all diese Haltlosigkeiten entscheidend zu dem erwünschten diffusen Eindruck bei, in Rußland laufe alles verkehrt. Dieser Eindruck wurde außerordentlich zielstrebig rationalisiert – heraus kamen drei Argumente gegen Putins Kurs: Die

Ablehnung westlicher Hilfe sei menschenverachtend, die staatlichen Apparate seien dabei, in alte Sowjetgewohnheiten zurückzufallen, und: Rußland solle endlich begreifen, daß seine Zeit als militärische Großmacht abgelaufen sei.

»Der Tanker Rußland nimmt Kurs in Richtung Restauration«, schrieb der »Spiegel«. Die »FR« erkannte »altes Denken« und zitierte genüßlich russische Zeitungen, die sich beim »Kursk«-Unglück an »Vertuschungsmanöver der Stalin-Ära« erinnerten. Die »Zeit« sprach von »alten Krisenstrategien« und stellte fest, die entsprechende »Nomenklatura« sei »nie untergegangen«. Passenderweise war auch bald ein Bild verfügbar, daß das Comeback sowjetischer Hinterhältigkeit nachhaltig illustrierte: Bei einem Treffen zwischen Angehörigen der »Kursk«-Opfer mit dem stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Klebanow beschimpfte eine aufgebrachte Frau den Politiker: »Reißen Sie sich ihre Schulterklappen herunter.« Wenig später brach sie zusammen, nach Angaben der »FAZ« aus folgendem Grund: »Im Getümmel hatte sich jemand neben die Frau gedrängt und ihr gewaltsam eine Beruhigungsspritze verabreicht. Auf Wut und Trauer der russischen Mütter hat der Kreml offenbar noch immer keine Antwort.« Das zugehörige Foto ging wie üblich um die Welt und fand auch in Deutschland dankbare Abnehmer, u.a. den »Spiegel«, der behauptete, die Spritze sei »heimlich« verabreicht worden. Wenig später meldete sich Frau Tylik, die Mutter eines Besatzungsmitgliedes der »Kursk« und erklärte, sie habe die Injektion mit ihrem Einverständnis und auf Rat ihres Mannes erhalten. Sie sei sehr aufgewühlt gewesen und leide an einer Herzkrankheit. Berichte, die Injektion sei gegen ihren Willen vorgenommen worden, bezeichnete Frau Tylik als »Lügen«. Das Dementi brachten u.a. die »Washington Post«, die »Times«, der »Independent«, »CNN« und »BBC« – aber kein einziger der größeren deutschen Informationsdienstleister.

Die beschäftigten sich derweil mit der unverschämtesten aller russischen Anmaßungen. Die »Taz«: »Moskau hat kein Geld für einen hypertrophen Militärapparat, der sich an die Illusionen einer aufzufrischenden Supermachtrolle klammert.« Die »Zeit«: »Die Männer der Kursk ertranken in einem Sud aus verseuchtem Patriotismus und imperialer Schaumschlägerei ihrer Führung.« In der »FAZ« hieß es, »der von Putin verfochtene militärische Weltmachtanspruch« mute »wie uneinsichtige Kraftmeierei« an. Die »Süddeutsche Zeitung« verlautbarte, in Rußland werde nichts vorwärtsgehen, solange man dort »nicht mit der Mutter aller Reformen beginnt. Sie kostet nichts außer Überwindung, und sie lautet schlicht: Rußland ist keine Weltmacht mehr.«

Die Putin-feindliche Rationalisierung der »Kursk«-Havarie ist ein Reflex auf das stocknationalistische Programm des russischen Präsidenten. Trotz der regelmäßig mit allseitiger Häme vermerkten Schwierigkeiten und Widersprüche hat Putin vor, sein Land aus dem halbkolonialen Status zu befreien, den die Politik Jelzins herbeigeführt hat. Dieser Status wurde in den vergangenen Jahren durch verschiedene Faktoren zementiert: Erstens durch die weitgehende Reduktion der Wirtschaftstätigkeit auf den privatwirtschaftlich organisierten Export weltmarktfähiger Rohstoffe. Zweitens durch die Abhängigkeit von westlichen Krediten, die die Politik erpreßbar machten. Drittens durch zunehmende Autonomiebestrebungen der Provinz- und Republikfürsten, die den Zusammenhalt des Staates gefährdeten. Viertens durch die soziale Dominanz einer Art Kompradorenbourgeoisie, repräsentiert durch die Oligarchen, die den gesamten Rohstoff- und große Teile des Finanz- und Mediensektors beherrschen und staatliche Steuerpolitik als ein Verbrechen betrachten.

Da Putin gleich nach seinem Amtsantritt recht energisch und unter dem Beifall seiner Untertanen an eine Reorganisation der staatlichen Souveränität nach innen und außen ging und zudem ankündigte, künftig möglichst auf West- und IWF-Kredite zu verzichten, kam die informelle Allianz zwischen der russischen Mafia und dem deutschen Journalismus beinahe zwangsläufig zustande. Sie fungiert auf eine ziemlich ordinäre Weise als eine virtuelle Agentur für die Profiteure der Jelzin-Ära. Als russische Milizen vor einiger Zeit den Sitz des »Medienzaren« Gussinski durchkämmten und den Chef ein paar Tage festsetzten, stand die hiesige Presse Kopf. Was jetzt als Angriff auf Menschenrechte und Pressefreiheit halluziniert wurde, hätte man vor 12 Monaten unter Jelzin locker als machtbewußte und wie üblich halblegale Schlitzohrigkeit durchgehen lassen.

Exemplarisch für die Allianz zwischen russischer Mafia und der traditionsorientierten höheren Vernunft deutscher Rußlandpolitik ist ein ausführliches Gutachten, das der Direktor des öffentlich finanzierten Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Dr. Heinrich Vogel, unter ausdrücklichem Bezug auf die »Kursk«-Affäre in der »FAZ« veröffentlichte. Die von Putin auf den Weg gebrachte Entmachtung der Gouverneure und Republikpräsidenten kritisiert Vogel unter Verweis auf Putins »zentralistisches Konzept« als »umfassende Verschiebung im Kräfteparallelogramm der Verfassung«. Daß die Republikchefs bisher reihenweise Gesetze erließen, die mit der russischen Verfassung nicht in Einklang stehen, teilweise eine eigene Außen- und Außenhandelspolitik trieben und zuweilen recht eng mit der Oligarchen-Mafia kooperieren, erwähnt Vogel nicht, obwohl die Fachleute seines Hauses dies mehrfach analysiert haben. Ein Bericht des Instituts hielt im Blick auf die Modifizierung der Republikkompetenzen im Juni fest: »Die schärfste Kritik an den neuen Initiativen Putins äußerte der Oligarch und Staatsduma-Abgeordnete Boris Beresowski. Putins Initiativen seien außerordentlich gefährlich und stimulierten den Zerfallsprozeß Rußlands.« Bei Bedarf geben Mafiosi auch den Nationalisten.

»Unübersehbar«, so Vogel weiter, »wurde Putins Wille zur Macht in der offenen Konfrontation mit den sogenannten Oligarchen.« Daß Putin in dieser Konfrontation nicht siegte, sondern einen »Waffenstillstand« mit Jelzins Kamarilla

suchen mußte, findet Vogel, der Bundesregierung und Bundestag berät, absolut in Ordnung: »Es gibt durchaus gute wirtschaftspolitische Gründe für diese Amnestie der Gewinner einer Insiderprivatisierung, die kaum ihresgleichen in der Wirtschaftsgeschichte hat, denn jede Überprüfung der Rechtsgrundlagen, auf denen die Oligarchen ihre Wirtschaftsimperien errichteten, würde das Investitionsklima der geschwächten russischen Wirtschaft auf Jahre zusätzlich belasten« – weil die Herren Oligarchen eben gesetz-, aber nicht machtlos sind.

Im vergangenen Januar wurde der Pate Beresowski, damals noch Gefolgsmann Putins, von einem Interviewer der »Woche« höflich nach seiner Verwicklung in diverse Mordanschläge gefragt. Beresowski antwortete standesgemäß: »Es gibt keine Fakten. Es gibt nur einen erbitterten, grausamen Kampf um die Macht.« So ähnlich sehen das die hiesigen Journalisten offenbar auch. Bleibt man im Bild, dann hat die deutsche Propaganda im Falle der »Kursk« einen ordentlichen Blitzkrieg gegen Putin hingelegt.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 9/2000 über George W. Bush (jun.)

Konkret 10/00, S. 26

Florian Sendtner

Erst mal auf Gefechtsstation

Der Untergang des russischen Atom-U-Boots □ Kursk□ : Unter den 118 Besatzungsmitgliedern befanden sich mehrere Millionen Deutsche

August 2000. Die Deutschen sit- zen fest. Nicht auf der Autobahn, sondern auf dem Meeresgrund. U-Boot-Havarie. Ein Volk im Todeskampf. Eingepfercht auf engstem Raum, hundert Meter unter Wasser. Die Rettungsbemühungen laufen auf Hochtouren, doch der Sauerstoff wird knapp. Deutschland ringt nach Luft. Alles nur im Traum natürlich, hätte Karl Valentin gesagt. Das reale U-Boot trägt den undeutschen Namen »Kursk«, gehört zur russischen Nordmeerflotte und liegt in der Barentssee auf Grund, an die 2.500 Kilometer von den deutschen Sofaseehelden entfernt. Es sind 118 russische Soldaten, die den Heldentod fürs Vaterland sterben. Doch die Deutschen sterben mit. Das ferne U-Boot läuft sogar dem Concorde-Absturz wenige Wochen zuvor den Rang ab. Wie kommt es, daß den deutschen Medien das Nordmeer näher ist als Paris? Daß ihnen 118 Iwans wichtiger sind als 114 unschuldige Flugzeuginsassen, von denen die allermeisten Deutsche waren? Wie kommt der deutsche Mensch ins russische Boot? Ist es Empathie mit dem Russen an sich?

Warum sonst prügelte die deutsche Presse wie ein Mann auf den russischen Präsidenten Putin ein, der den unverzeihlichen Fehler begangen hatte, das gesunkene U-Boot nicht als Geschenk der Götter zu erkennen und sich als Retter der Nation ins Nordmeer zu stürzen, und der dafür in einem wahren Spießrutenlauf zwischen »SZ« (»die alte Sowjetmentalität«), »Spiegel« (»Menschenverachtung«) und den übrigen Hütern der Menschenrechte hin und her gereicht wurde? Putins Weigerung, seinen Urlaub abzubrechen, schwang Tomas Avenarius in der »SZ« die Keule, zeige »sein völliges Unverständnis dafür, welche Verantwortung ein demokratisch gewählter Politiker für jeden einzelnen seiner Bürger trägt«. Woher kam sie nur, diese leidenschaftliche Empörung und heldenhafte Insubordination gegenüber dem russischen Potentaten?

Den entscheidenden Hinweis gab wieder einmal »Focus«, auf dessen Titel der Untergang der »Kursk« mit den schlichten Worten »Das Boot« avisiert wurde. Denn mehr braucht es nicht: Das Boot, und das deutsche Volk sitzt drin. Sitzt fest. Umgeben von feindlichen Elementen. Und da ist es dann im Zweifelsfall auch egal, ob es sich, strenggenommen, um ein russisches U-Boot handelt. Da kennt der Deutsche keine Nationen mehr. Da kennt er nur noch seine Pflicht als Seemann. Und die befiehlt Ausharren an dem Platz, den der Führer anbefahl, ausharren bis zum letzten Liter Sauerstoff.

Sie waren sofort zur Stelle, die alten Kameraden. In alter Frische salutierten sie an der Rettungsluke. Der Jüngste ist erst 57. Peter Silbernagel, der einzige Überlebende des einzigen anständigen U-Boot-Untergangs, den die Bundeswehr bislang zustande brachte, sah in der »BamS« noch einmal seine Kameraden sterben. 1966 war das, in der aufgewühlten Nordsee, das U-Boot trug den Namen »Hai«, war im Zweiten Weltkrieg versenkt, 1956 aber wieder gehoben worden, und es bewerkstelligte 1966, wie die »BamS« schwärmte, »die größte U-Boot-Katastrophe der deutschen Marine in Friedenszeiten«: »Nur einer kam durch.«

Im »Spiegel« sekundierte Hans Holst, 77, der den deutschen Greenhorns fachmännischen Rat erteilte. Was tun an Bord eines manövrierunfähigen U-Bootes? Holst: »Jeder geht erst mal auf Gefechtsstation und zwingt sich, ganz ruhig zu bleiben.« Der Mann weiß, wovon er spricht, schließlich hing er, bei einer Probefahrt in einem norwegischen Fjord im Juni 1944, auch schon mal stundenlang in einer Tiefe von 180 Metern mit einem Wassereinbruch fest. Und die Barentssee, wo die »Kursk« auf Grund liegt, die gehörte ja bis vor kurzem, genau genommen, zu den deutschen Hoheitsgewässern: »Ich kenne die Ecke da oben ganz genau. Vor Kriegsende lagen wir mit unserem U 278 und drei anderen Booten in der Barentssee, um amerikanische Geleitzüge abzufangen, die auf dem Weg nach Murmansk waren.«

Und natürlich durfte der Alte nicht fehlen: Lothar-Günther Buchheim. Der Mann, dessen Roman *Das Boot* (1973) die Vorlage für den gleichnamigen Film (1981) war, der wiederum durch seinen durchschlagenden Erfolg 1985 im Fernsehen (24 Millionen Zuschauer, 60 Prozent der westdeutschen Haushalte) dem deutschen U-Boot ein Denkmal für die Ewigkeit setzte. Knapp gab der 82jährige Bescheid, seine Erinnerungen seien zu schmerzhaft, um sie zu wecken. Jedoch: Wunder gebe es bei U-Boot-Unglücken immer wieder, er habe das am eigenen Leib erfahren. Und auch für die »Kursk« dürfe man die Hoffnung nicht aufgeben: »Solange die Kommandeursmütze nicht auf dem Wasser schwimmt, muß man Hoffnung haben.«

Buchheims schmerzhafte Erinnerungen: »Das Boot« geht zurück auf eine Foto-Text-Reportage des 24jährigen NS-Kriegsberichterstatters mit dem Titel *Jäger im Weltmeer*, mit der der in Bedrängnis geratene Peter Suhrkamp 1943 vergeblich versuchte, seinem Verlag das Prädikat »kriegswichtig« zu verschaffen. Buchheim ließ den Bildband 1996 trotzig neu auflegen und erklärte sich selbst im Vorwort zum Widerstandskämpfer (s. KONKRET 8/1995). Das Motto stiftete, 1943 wie 1996, Kamerad Ernst Jünger: »Die Pflicht ist selbstverständlich, aber das rechte Gewicht gibt erst das Herz, das freiwillig in die Waagschale geworfen wird.« Vergebens legte Fritz J. Raddatz 1985, als Buchheims »Boot« in flimmerndem Triumph durch das deutsche Wohnzimmer kreuzte, in der »Zeit« Einspruch ein: »Wessen Krieg führten diese

›feinen Jungs‹ denn eigentlich? Keine Sekunde der fünfeinviertel Stunden räumt der Film dieser Frage ein ... Vielmehr degeneriert das Verbrechen dieses Raub- und Angriffskriegs zu einer Jagd, deren Instinkte, Gelüste nicht nur von der banal-ehernen Musik, sondern auch von den dann jeweils strahlenden ›Hart-wie-Kruppstahl‹-Gesichtern interpretiert werden ... wenn ein Mal, ein einziges sekundenkurzes Mal, die Opfer dieser mörderischen Jagdlust gezeigt werden, die im Flammenmeer ersticken und ertrinken, dann wird die Frage ›Warum?‹ technisch beantwortet (daß ein U-Boot kein Rettungsschiff ist).«

Nein, ein U-Boot ist kein Rettungsschiff. Darauf rekurrierte auch CSU-Generalsekretär Goppel im U-Boot-Sommer 2000, als er in der Debatte über den grassierenden Rechtsradikalismus zu bedenken gab, die Ausländerfeindlichkeit habe schon auch was mit dem Ausländeranteil zu tun. Wenn das Boot voll ist, und es drängen trotzdem noch ungebetene Passagiere an Bord, dann braucht man sich ja wohl über entsprechende Reaktionen nicht zu wundern. Aber was heißt hier Passagiere. Das klingt ja fast nach Traumschiff. Kreuzfahrt auf der MS Deutschland. Vor dieser irrigen Vorstellung warnte Ernst Jünger bereits 1932 in seinem Essay *Der Arbeiter*: »Das Bild, das man sich heute vom Staate zu machen hat, gleicht nicht einem Passagier- oder Gesellschaftsdampfer, es gleicht vielmehr einem Kriegsschiff, auf dem höchste Einfachheit und Sparsamkeit herrschen, und auf dem jede Bewegung sich mit instinktiver Sicherheit vollzieht.« Noch näher kommt man an die gesunkene »Kursk« heran, wenn man Buchheims *Boot* hinter sich läßt und ein halbes Jahrhundert tiefer hinabtaucht: Da leuchtet »Morgenrot« auf, jener U-Boot-Film, den die Ufa dem Führer drei Tage nach seiner Kür zum Reichskanzler präsentierte und der die deutsche Losung von 1918 »Im Felde unbesiegt« auf die Weltmeere übertrug. »Morgenrot« zelebriert jenen »Fatalismus, der mit patriotisch umflortem Blick auf eine vom Tode beherrschte Geschichte starrt: ›Wieder fahren sie gegen England, die Kriegsflagge flattert stolz im Wind, denn: Deutschland lebt, und wenn wir sterben müssen!‹ – so umschrieb der ›Illustrierte Film-Kurier‹ die Botschaft dieses Films« (Klaus Kreimeier).

Zum richtigen deutschen U-Boot-Feeling gehört der Leichengeruch: »Eine Kernaussage des Films notierte Goebbels zwei Tage später sinngemäß in seinem Tagebuch: ›Zu leben verstehen wir Deutschen vielleicht nicht; aber sterben, das können wir fabelhaft.‹« Wenn Siegfried Kracauer in seiner Filmgeschichte *Von Caligari zu Hitler* über »Morgenrot« schreibt, es handle sich um keinen Nazifilm, vielmehr gehöre der Streifen »eher in die Reihe solcher Kriegsfilme ..., die gerade durch ihre Unparteilichkeit den Krieg in den Rang einer unantastbaren Institution erhoben«, dann kann man Buchheims *Boot* in dieses Urteil getrost mit einschließen. Dem Buch bescheinigt der Klappentext, es sei »frei von jeder Ideologie«, und der »Süddeutsche Rundfunk« explizierte: »Man begegnet hier allein dem Meer, der Technik, dem Krieg und den Menschen, die mit allen dreien fertig werden müssen.« – Den deutschen Menschen begegnet man hier, um genau zu sein. Den andern begegnet man eher flüchtig, die werden Gott sei Dank immer gleich abgeschossen und versenkt.

Es war, alles in allem, nicht allein des Kaisers Ruf von ferne: »Seefahrt tut not!«, der die Deutschen im August 2000 ereilte und sie auf den Grund des Nordmeers bannte. Und es war auch nicht allein die verborgene Scham über den »kollektiven Freizeitpark« (Kohl) des Traumschiffs Deutschland, der die drangvolle Enge des havarierten U-Boots so anziehend machte. Die treffendste Erklärung für das zweiwöchige U-Boot-Abenteuer in den deutschen Wohnzimmern im August 2000 lieferten anonyme Marine-Experten der Bundeswehr gegenüber der »SZ«. Die Frage, ob eine derartige Katastrophe auch bei einem deutschen U-Boot möglich sei, beantworteten sie mit einem klaren Nein. Im Gegensatz zur »Kursk« besäßen die U-Boote der Bundesmarine nämlich nur eine Druckkammer, und wenn die beschädigt sei, erübrigten sich Spekulationen über Überlebende, zumal es weder Rettungskapseln noch Mini-U-Boote gebe.

Florian Sendtner ist U-Boot-Spezialist im Regensburger Hafen und schrieb zuletzt in KONKRET 1/99 über eine völkische Metapher

Konkret 10/00, S. 28

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Aus einem Guß

Bundesminister Fischer hat dem Verkauf der Hanauer Atomfabrik an Rußland zugestimmt. Vor einigen Monaten hatte er auf einem Parteitag seinen Leuten angekündigt: »Freunde, da kommt ein Riesendilemma auf uns zu.« Die »Taz« schrieb mitfühlend von einer »Ironie des Schicksals«. Das ist nicht etwa übertrieben, sondern nur falsch. Nicht um Tragik und Verrat handelt es sich, sondern um Politik aus einem Guß.

Als hessischer Umweltminister hatte Fischer dafür gesorgt, daß die Brennelemente-Fabrik der Firma Siemens gar nicht erst in Betrieb genommen wurde. Dies entsprach der Politik seiner Partei, die industrielle Nutzung der Kernenergie zu beenden. Das Territorium, auf dem sie damit eine Chance zu haben schien, ließ sich genau beschreiben: Hessen und die BRD. Allerdings proklamierte die Partei darüber hinaus: »Kein AKW in Brokdorf oder anderswo.« Für den ersten Ort durfte sie sich gern zuständig fühlen. Das »Anderswo« aber hätte bedeutet, daß deutsches Wesen anderen Ländern ihre Kernkraftwerke wegnimmt, also eine Art Imperialismus. Gemeint war im übrigen nicht jeder beliebige Fremdstaat, sondern es ging um die DDR und die Sowjetunion.

Inzwischen haben wir in der BRD den sogenannten Atom-Konsens. Ob er das endgültige Aus für die hiesige Kernenergie bringt, weiß kein Mensch außer den Grünen: Die müssen daran glauben, daß sie einen Erfolg auf Dauer erzielt haben. Also wird die Fabrik in Hanau hierzulande ohnehin nicht mehr gebraucht, wohl aber in Rußland. Dort soll sie im Rahmen einer Abrüstungsmaßnahme waffenfähiges Plutonium in Brennelemente einarbeiten, die dann wieder in Atomkraftwerken eingesetzt werden könnten. Ökologen behaupten, es wäre besser, wenn der Stoff »verglast« und endgelagert würde. Dann kann Siemens aber seine Fabrik nicht verkaufen.

Außerdem ist an morgen zu denken. Nehmen wir einmal an, der Atom-Ausstieg ist von Dauer, dann bedeutet das noch lange nicht, daß neue Energie-Technologien rechtzeitig und in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Man hört, ihre Förderung sei gegenwärtig nicht sehr nachdrücklich. So kann es sein, daß kräftig Atomstrom importiert werden muß, zum Beispiel aus Rußland.

Es gibt Bedenken über die dortige Reaktorsicherheit. Eine Expertin des Hessischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung hält gerade deshalb den Export für sinnvoll: »Bislang habe die Internationale Atom-Energie Kommission in Rußland nichts zu melden. Mit dem Bau der Anlage könne sie aber Einfluß auf Rußlands Atompolitik gewinnen.« Nennen Sie das bitte nicht schon wieder Imperialismus, sondern internationale Verantwortung.

Fischers Parteifreundin Franziska Eichstädt-Bohlig erklärte aus Anlaß des Exports: »Es liegt nun einmal nicht in der Macht der Grünen, die Probleme der ganzen Welt zu lösen.« Das beruhigt

Konkret 10/00, S. 28

Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Alles Stalinisten

An der Staats-Antifa soll nur teilnehmen, wer zuvor sein antitotalitäres Bekenntnis abgelegt hat – eine Maßnahme, mit der Organisationen wie der VVN und anderen vermittelt werden soll, daß sie nur unter Vorbehalt mitmachen dürfen, sind doch viele ihrer Mitglieder alte Kommunistinnen und Kommunisten. Deren antifaschistisches Engagement wird jetzt, nach über fünfzig Jahren, zwar gelobt, aber zugleich wird darauf hingewiesen, daß sie noch immer dem Kommunismus nicht abgeschworen haben. In der Sprache der »Taz« (24.8.2000) klingt das so: »Respekt vor dem Alter? Eigentlich keine Frage.« Klar, im Land der ergrauten Mörder ist die Ehrfurcht vor schlohweißen Haaren schon im Schlager besungen worden – außerdem predigen von Reemtsma bis Baring unsere Intellektuellen Trauer um die nazideutschen Toten als Rezept zur Gesundung des nationalen Selbstbildes.

Aber Respekt vor »einem wie Peter Gingold, der ein überzeugter Stalinist war und es noch immer ist«? Das ginge doch zu weit, der Mann hat schließlich noch 1990 auf einem DKP-Parteitag gesagt, man habe nichts zu bereuen. Unversehens werden der spanische Bürgerkrieg und Buchenwald zu Tatorten »stalinistischer Verbrechen«, Gulag, Tschernobyl, DDR, SS 20 – alles eine Soße. Selbstverständlich ist Gingold das, was der »Taz«-Redakteur Klingelschmitt sich unter einem »überzeugten Stalinisten« vorstellt; insofern ist es auch egal, daß er der Einfachheit halber mehrere Biographien vermischt. Bei den Stalinisten steht nämlich einer für alle, da muß Gingold persönlich weder in Spanien noch in Buchenwald gewesen sein.

Die Projektion der realen deutschen Kollektivschuld auf die, die gegen Nazideutschland gekämpft haben, inkl. Sippenhaftung, hat in der antitotalitären Logik nur einen Sinn: von der Totalität des deutschen Menschheitsverbrechens abzulenken. Der Antifaschismus war die objektive Ideologie aller, *die dem ein Ende bereiten wollten, und darin liegt das Problem der neuen Mitte und ihrer Adepten: Er erlaubte keinen Antikommunismus, weil sein Bezugspunkt die ums Überleben ringende Sowjetunion war. Oder schlicht: Stalin.*

Das haben die Deutschen nie verknusen können, deswegen muß der jüdische Kommunist Gingold zugleich Opfer und Täter sein, seine Biographie irgendwie widersprüchlich und so verworren wie das vergangene Jahrhundert. Es ist nämlich nichts anderes als die politische Integrität der alten Kommunisten, die sie für Leute wie Klingelschmitt so unerträglich macht und die darin bestand und besteht, daß sie auf seiten der Sowjetunion gekämpft haben, die die größten Anstrengungen und Opfer für den Sieg über die deutsche Barbarei erbracht hat (auf diese Selbstverständlichkeit muß ab und zu doch verwiesen werden).

Konkret 10/00, S. 28

Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Was im Grabe übrig blieb

Nicht daß es uns etwas angeht, wen oder was die römisch-katholische oder russisch-orthodoxe Kirche alle paar Jahre wieder selig- oder heiligzusprechen gelaunt ist – aber die ohne Skrupel anberaumte Seligsprechung von Papst Pius IX. und Heiligsprechung des letzten russischen Zaren Nikolaus II. sollten nicht unvermerkt bleiben: Jener, der von 1846 bis 1878 den Miesepetri machte, ein bekennender Antisemit und Kidnapper, dieser ein überführter Möder und Despot. Die Personaldecke ist augenscheinlich dünn. Den großen Weltkirchen geht es auch nicht anders als Fußballvereinen der Regionalliga Nord: Sie können nur die Leute aufstellen, die sie haben.

Die Heiligsprechung verdankt der russische Zar immerhin weder seiner verkorksten und moralisch äußerst fragilen parasitären Existenz, sondern ausschließlich seinem »Märtyrertod«. Im Juli 1918 waren er und seine Familie in Jekaterinenburg erschossen worden. Die Leichen wurden zerstückelt, mit Schwefelsäure übergossen und in einem Waldstück vergraben. 1991 holte man sie wieder hervor, identifizierte die reichlich vergammelten Teile, und seitdem liegen sie beim Metropoliten der russisch-orthodoxen Kirche Juvenalij im Nachtschrank.

Die Hinrichtung der Romanow-Clique im Juli 1918 wird den Bolschewiki bis heute als »Kapitalverbrechen gegen die Menschheit, das die niedersten Instinkte zu entfesseln wußte« (»Welt«), angelastet, wobei gern verschwiegen wird, daß England und Deutschland, indem sie der Zarenfamilie die Emigration verweigerten, deren Tod erst unumgänglich machten. Mit seiner Verantwortung für den sog. Petrograder Blutsonntag von 1905 und zahlreiche Todesurteile (u.a. für Lenins Bruder) hatte sich Nikolaus II. nicht gerade als Arbeiterfreund und gütiger Monarch empfohlen. Lenin wollte ihm noch im Mai 1918 den Prozeß machen, aber die 4. Uraler Gebietskonferenz der Kommunistischen Partei beschloß kurz darauf die »schnellstmögliche Erschießung« und setzte sie mit sibirischer Gründlichkeit ins Werk. Man sollte sich darüber nicht zu sehr moquiren. In Revolutionen und Bürgerkriegen stehen Königen und ihrer Gefolgschaft selten andere Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung als das Grab.

Konkret 10/00, S. 29

J□ rgen Els□ sser

Wiedervorlage zur Einzelfallpr□ fung

Offener Brief an Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der PDS, □ ber die Aufgaben antimilitaristischer Politik. Mit einer Antwort von Gregor Gysi

Sehr geehrter Herr Dr. Gysi,

es wird Sie vielleicht überraschen, Post von KONKRET zu bekommen, und vermutlich haben Sie jetzt schon keine große Lust mehr weiterzulesen. Es wäre schön, wenn Sie sich dennoch dazu entschließen könnten, denn in diesem Brief soll es nicht um die Themen gehen, mit denen wir Sie in den vergangenen Jahren geärgert haben und bei denen eine Verständigung ziemlich aussichtslos ist, also etwa die Frage einer Regierungsbeteiligung oder der Bewertung der DDR-Vergangenheit, und auch zu André Brie und Christine Ostrowski ist bereits alles gesagt. Es geht vielmehr um einen Punkt, an dem wir uns zumindest im Grundsatz einig sind, wo aber doch im Konkreten – gelinde gesagt – Klärungsbedarf besteht: um den Antimilitarismus und den besten Ansatz zur Verhinderung weiterer Kriege.

Wenn ich Ihre Auffassung richtig verstanden habe, so gehen Sie und einige andere Persönlichkeiten in der PDS davon aus, daß es durchaus der guten Tradition der sozialistischen Bewegung entspricht, Kriegseinsätze nicht generell abzulehnen. Ein genereller Pazifismus komme allein schon deswegen nicht in Frage, weil es nur mit einem Krieg möglich war, die bisher furchtbarste Bedrohung der Menschheit, nämlich den Nazismus, niederzuschlagen. Diesen Standpunkt finde ich vollkommen richtig, und sicherlich können wir uns auch schnell darüber verständigen, daß sich solche Beispiele für – im rotgrünen Neusprech – »humanitäre Interventionen« auch noch nach 1945 finden lassen, etwa der Einmarsch Vietnams in Kampuchea zum Sturz des Massenmörders Pol Pot. Über andere Beispiele – etwa den Einsatz der sowjetischen Armee zur Verhinderung eines fundamentalistischen Gottesstaates in Afghanistan – und auch über die Frage, ob man ausgerechnet den Bock zum Gärtner, also Deutschland zum Peacekeeper machen sollte, werden wir uns wohl bis ans Ende unserer Tage streiten. Das ändert aber nichts daran, daß Ihr genereller Ansatz – es muß im Einzelfall geprüft werden, ob ein Krieg fortschrittlich oder reaktionär ist, ob man ihn folglich unterstützen kann oder bekämpfen muß – sich durch die bisherige geschichtliche Erfahrung gegenüber dem Pazifismus als überlegen erwiesen hat.

Trotzdem habe ich mich gefreut, daß sich Ihre Position auf dem letzten Parteitag nicht durchgesetzt hat. Und zwar aus dem schlichten Grund, weil Sie und andere PDS-Politiker bei der bisher entscheidenden Einzelfallprüfung eine wenig vertrauenerweckende Figur gemacht haben: beim Nato-Krieg gegen Jugoslawien. Nicht zu bestreiten ist, daß die PDS diesen Krieg abgelehnt hat, daß sie – neben den hier lebenden Jugoslawen – die wichtigste organisierende Kraft der Demonstrationen war und daß namentlich Sie als Person diesem Protest im Bundestag und in Talkshows ein eloquenter Vertreter waren. Aber war diese Haltung nicht Ausdruck der bisherigen Programmlage der PDS? Ich habe jedenfalls den Verdacht, daß – wäre die »Einzelfallprüfung« schon letztes Jahr beschlossene Sache gewesen – die PDS, vor allem die Parteispitze, arg gewackelt hätte.

Dieser Verdacht gründet sich darauf, daß Sie die wichtigste Begründung der Nato für ihr Eingreifen mitgetragen haben: die Behauptung, daß Serbien die Kosovo-Albaner in furchtbarer Weise unterdrücke, verfolge und in immer stärkerem Maße auch an Leib und Leben bedrohe. Als Beispiel dafür nahm die Nato das sogenannte Massaker in Racak vom 15. Januar 1999, das »die Balkanpolitik des Westens in einer Weise geändert (hat), wie Einzelereignisse dies selten tun« (»Washington Post«). Sie unterstützten die Massaker-Version durch einen offenen Brief vom 19. Januar 1999, geschrieben im Auftrag der gesamten PDS-Bundestagsfraktion. Zu diesem Zeitpunkt – erst drei Tage nach Entdeckung der 40 Leichen in Racak – waren nur wenige Fakten bekannt. Doch schon durch die Adressierung Ihres Briefes machten Sie deutlich, daß es nicht um die von Ihnen postulierte »rückhaltlose Aufklärung der Verbrechen« ging, denn dann hätten Sie sich ja an alle in die Ereignisse involvierten Parteien richten müssen – sowohl an die jugoslawischen Behörden als auch an die Vertretung der UCK als auch an die OSZE. Aber Sie schrieben nur an den jugoslawischen Präsidenten, als ob er und nur er die »Formen abscheulichster Gewalt, die sich in keinem Fall und unter keinen Umständen legitimieren lassen«, zu verantworten habe. Von wem wußten Sie, daß in Racak »Formen abscheulichster Gewalt« vorgekommen waren? Hatte die PDS unabhängige Augenzeugen vor Ort, oder stützten Sie sich einzig auf die Aussagen von OSZE-Chef William Walker und die Berichte der westlichen Medien? Warum bezogen Sie nicht die Presseerklärung der jugoslawischen Regierung in Ihre Betrachtung ein, in der von im Gefecht getöteten UCK-Kämpfern die Rede war? Weil Sie die Erklärung nicht kannten? Dann hätten Sie schlechte Berater. Oder weil Sie die jugoslawische Regierung für unseriös, da parteiisch hielten? Dann schlösse sich die Frage an: Waren die anderen Quellen – etwa Walker, CNN und »Taz« – nicht parteiisch?

Im weiteren verstärkten Sie in Ihrem Brief an Milosevic die einseitige Schuldzuweisung noch: »Die Fraktion der PDS im Bundestag setzt sich entschieden dafür ein, daß die in Regierung und Armee Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden ... Mit großer Sorge beobachten wir auch die fortgesetzten Kämpfe in Racak und anderen Dörfern, die wieder Tausende von Menschen zur Flucht zwingen. Es ist uns unbegreiflich, wie die jugoslawische Regierung angesichts der

momentanen Lage eine weitere Zuspitzung der Situation provozieren kann. Die PDS-Bundestagsfraktion verurteilt die von Ihnen betriebene, elementarste Menschenrechte mißachtende Politik auf das Schärfste. Wir fordern Sie auf, sämtliche Schritte zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation des Konfliktes beitragen. Eine Politik, die sich auf Massaker und brutale militärische und polizeiliche Übergriffe stützt, kann nur bewirken, die Spirale der Gewalt weiterzudrehen.« Wußten Sie nicht, daß die »Zuspitzung der Situation« seit den Weihnachtstagen 1998 nach Ansicht der OSZE-Beobachter zumindest auch auf das Konto der UCK ging? Wußten Sie nicht, was selbst die Agenturen berichtet hatten, daß gerade im Raum Racak die UCK im Dezember mehrere loyale Albaner ermordet, schließlich unmittelbar vor dem vermeintlichen Massaker drei serbische Polizisten getötet hatte? Wußten Sie nicht, daß die von Ihnen erwähnten »Tausende von Menschen«, die seit Dezember auf der Flucht waren, etwa zur Hälfte Serben waren, die sich vor dem albanischen Terror fürchteten?

Das Tragische ist: Indem Sie und große Teile der PDS die wesentliche Kriegslüge der Nato mitgetragen haben – die von der »elementarste Menschenrechte mißachtenden Politik« der jugoslawischen Regierung, die sich in Racak und anderswo »auf Massaker und brutale militärische und polizeiliche Übergriffe stützt« und dadurch »Tausende von Menschen zur Flucht« zwingt – , haben Sie Ihrer eigenen Anti-Kriegs-Position die Grundlage entzogen. Als Sie etwa – völlig zu Recht! – nach dem 24. März darauf verwiesen, daß der Nato-Krieg eine elementare Verletzung des Völkerrechts bedeute, mußte dieses Argument an der zuvor von Ihnen mitgestützten Mauer der anti-serbischen Vorurteile abprallen: Wenn Menschenrechte und Menschenleben in diesem ungeheuren und von der PDS nicht bestrittenen Ausmaß von einem Regime bedroht werden, wer wollte sich da noch in juristische Exegesen vertiefen, anstatt dem »Schlächter« das Handwerk zu legen? Genau das versprach die Nato.

Ihr Brief wurde von mir nicht deswegen so ausführlich zitiert, weil Sie oder die PDS eine besonders verwerfliche Politik gemacht hätten, sondern weil er weit über Ihre Partei hinaus typisch ist für das Gros der Kriegsgegner. Der »Spiegel« faßte Ende April 1999 die Stimmung im Friedenslager prägnant zusammen: »Kaum einer der Kriegsgegner leugnet, daß diesem Nato-Waffengang gute Absichten zugrunde liegen, daß Slobodan Milosevic sich großer Verbrechen schuldig gemacht hat.« Ihr Bösewicht ist derselbe wie der der Nato, nur werden andere Maßnahmen vorgeschlagen, um ihn zu bekämpfen.

Wenn man aber die Kriegsgründe der Nato teilt und lediglich abstreitet, daß zur Beseitigung dieser Gründe ein Krieg das geeignete Mittel ist, wird die Motivation zum Protest ziemlich gering. Wenn man der Gegenseite die Fakten »schenkt«, ja deren Lageanalyse sogar noch unterstützt, kann man nur noch die edle Gesinnung ins Feld führen: Krieg generell ist schlecht (Pazifisten), imperialistischer Krieg ist schlecht (Sozialisten und Linksradikale), Krieg ohne UN-Mandat ist schlecht (Linksliberale). Mit edler Gesinnung wird man aber gegen die Übermacht der gegnerischen Propaganda wenig ausrichten.

Auf Ihren offenen Brief an Milosevic entgegnete Ihnen der jugoslawische Botschafter in Bonn, Zoran Jeremic, ausführlich. »Schwer verständlich ist es mir, wie die Abgeordneten einer demokratischen, antimilitaristischen Partei wie der PDS de facto, auch wenn sie es nicht wollen, wovon ich noch immer überzeugt sein möchte, eine Politik stützen, die darauf gerichtet ist, einen Vorwand zu schaffen, um unter deutscher Beteiligung gegen einen Staat und seine Völker militärisch vorzugehen, denen im Zweiten Weltkrieg schreckliches Leid widerfuhr ... Da ich Sie, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, auch persönlich sehr achte und schätze, kann ich nur schlußfolgern, daß Sie sowie Ihre verehrten Fraktionskolleginnen und -kollegen bei der Abfassung des Briefes ungenügend oder schlecht beraten wurden. Das zeigt allein schon die unverständliche Eile, mit der ein Vorgang beurteilt wird, dessen Hintergründe zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig geklärt waren ...« Müssen Sie nicht im nachhinein zugeben, daß der Botschafter recht hatte?

Ich hätte mir mit diesem Schreiben nicht so viel Mühe gegeben, wenn Sie nicht selbst in Ihrer Replik auf Jeremic versprochen hätten, an einer Sachdebatte interessiert zu bleiben: »Sollten in meinem Schreiben tatsächlich Vorwürfe enthalten sein, die nicht Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen, sondern auf Fehlinformationen basieren, dann werde ich gern bereit sein, dies zu erklären.« Mittlerweile sind die Zweifel an den Informationen, auf denen Ihr offener Brief basierte, stark gewachsen. Wenn Sie nicht auf KONKRET (vgl. meinen Artikel in Heft 5/2000) vertrauen wollen, dann vertrauen Sie auf die »Berliner Zeitung«: Die hatte schon vor uns Gelegenheit, die Autopsieprotokolle der Racak-Leichen einzusehen und festzustellen, daß sie – entgegen den ursprünglichen Erklärungen der Leiterin der Autopsie, der Finnin Helen Ranta – die Version eines Massakers an Zivilisten nicht stützen. Die »Berliner Zeitung« zitiert unter anderen den UCK-Führer Hashim Thaci zu den Ereignissen: »Es war ein wilder Kampf. Wir hatten viele Opfer zu beklagen.«

Als erstes stirbt im Krieg die Wahrheit, lautet eine wohlfeile Weisheit, mit der mittlerweile sogar Uli Wickert und Sabine Christiansen renommieren. Der Satz ist aber falsch: Die Wahrheit stirbt lange vor dem Krieg, denn sonst wäre es gar nicht möglich, ihn zu entfesseln. Der Krieg gegen Jugoslawien begann nicht am 24. März, sondern am 16. Januar 1999: Als William Walker vor laufenden Kameras, im Hintergrund ein ausgetrocknetes Bachbett voller Leichen, verkündete, hier habe ein Gemetzel an wehrlosen albanischen Bauern stattgefunden. Drei Tage später schrieben Sie Ihren offenen Brief.

Die nächsten Nato-Kriege mit deutscher Beteiligung – um Montenegro, um die Vojvodina, zum Sturz von Milosevic – sind absehbar. Das Anliegen meines Briefes ist also nicht nur die Retrospektive: Ihre Antwort wird Einfluß darauf haben, ob

sich die Friedensbewegung und auch die PDS den künftigen Aufgaben gewachsen zeigen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Elsässer

Hamburg, 15.8.2000

Jürgen Elsässers Buch über die Lügen der Nato und die Fehler der Friedensbewegung im Krieg gegen Jugoslawien (*Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt.* konkret-texte 27) erscheint am 15. Oktober

---

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 9/2000 über die Genese des »Hufeisenplans«

Konkret 10/00, S. 31

Gregor Gysi

Ablehnung aus prinzipiellen Gründen

Sehr geehrter Herr Elsässer,

vielen Dank für Ihren Brief vom 15.8.2000. Normalerweise beantworte ich offene Briefe nicht, weil sie ja nicht dazu dienen, eine Antwort zu erhalten, sondern sich selbst darzustellen. Deshalb will ich nur auf einige ganz wenige Momente in Ihrem Schreiben eingehen.

Auf Seite 1 behaupten Sie, daß wir uns wohl bis ans Ende unserer Tage hinsichtlich des Einsatzes der sowjetischen Armee in Afghanistan und hinsichtlich der Frage, ob Deutschland Peacekeeper machen sollte, streiten werden. Was Afghanistan betrifft, kann das stimmen, weil ich nicht glaube, daß der Einmarsch der sowjetischen Armee irgend etwas damit zu tun hatte, einen fundamentalistischen Golfstaat zu verhindern. Es ging in erster Linie um die Sicherung der eigenen Einflußsphäre und damit eines imperialen Anspruches. In der anderen Frage sind wir uns jetzt schon einig. Ich halte nichts davon, daß Deutschland zum Peacekeeper gemacht wird.

Wenn Sie den Antrag des Parteivorstandes an den Parteitag kennten, so würden Sie wissen, daß eine Zustimmung zum Krieg gegen Jugoslawien mit Sicherheit auch nicht stattgefunden hätte, wenn es eine andere Beschlußlage in der PDS gegeben hätte. Zunächst einmal schloß der Parteivorstand den internationalen Einsatz der Bundeswehr aus, genau das Gegenteil war beim Jugoslawienkrieg der Fall. Darüber hinaus ging es in dem Antrag auch nur um Militärbeschlüsse des Sicherheitsrates, die im Einzelfall geprüft werden sollten. Da der Jugoslawienkrieg sich nicht auf einen Beschluß des Sicherheitsrates stützen konnte, wäre also auch bei einer Beschlußlage entsprechend dem Antrag des Parteivorstandes die Ablehnung klar gewesen.

Im übrigen überschätzen Sie aber die Bedeutung solcher Beschlüsse für mein Auftreten. So, wie ich mich gegen den Krieg engagiert habe, so, wie ich nach Belgrad gefahren bin und auch mit Milosevic gesprochen habe, schließt das aus, daß ich mich diszipliniert eingeordnet habe. Hätte all dies nicht meiner Überzeugung entsprochen, hätte ich mich zumindest vollständig zurückziehen können und hätte es auch getan. Nein, diesen Krieg der Nato gegen Jugoslawien habe ich aus prinzipiellen Gründen abgelehnt, und an dieser Meinung hat sich bei mir auch nichts geändert. Mein Engagement hatte also etwas mit meiner Überzeugung und nichts mit einer konkreten Beschlußlage in der PDS zu tun. Natürlich wurde mein Vorgehen dadurch erleichtert, daß sowohl die Fraktion als auch der Parteivorstand als auch die gesamte PDS die Haltung gegen den Krieg teilte.

Hinsichtlich der weiteren Fragen möchte ich nur darauf hinweisen, daß die jugoslawische Seite selbst nie bestritten hat, daß die Toten von Racak auf ihr Konto gingen. Wie Sie auch immer zu Details meines Briefes stehen, er hat uns das Agieren gegen den Krieg nicht etwa erschwert, sondern erleichtert. Das gilt auch für meine Gespräche in Belgrad. Sie kennen zwar den Antwortbrief des Botschafters, aber nicht das Gespräch, das wir beide miteinander geführt haben, in dem vieles anders klang als in seinem offiziellen Botschaftsbrief.

Völlig unverständlich ist mir, wie Sie darauf kommen, daß ich der Nato je die vorgegebenen Kriegsgründe abgenommen hätte. Darf ich Sie daran erinnern, daß ich immer wieder darauf hinwies, daß die Lageberichte des Auswärtigen Amtes der vorgeblichen Motivation der Nato deutlich widersprachen. Darf ich Sie daran erinnern, daß ich der Argumentation der Nato, man habe in Rambouillet alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft, stets und eindeutig widersprach. Überhaupt habe ich der Nato zu keinem Zeitpunkt abgenommen, daß sie aus humanistischen Gründen interveniert hätte. Im Unterschied zu dem, was in Ihrer Zeitung üblich ist, bin ich aber gezwungen, auf die Argumente der Gegenseite einzugehen, gerade, um sie widerlegen zu können. Das aber bedeutet, daß man zum Beispiel ausführt, daß es höchst unlogisch sei, wenn es denn um humanitäre Motive ginge, daß dann dieses und jenes geschehe etc. Das ist einfach eine notwendige Form der politischen Auseinandersetzung.

Die ganze Wahrheit über Racak ist bis heute nicht ermittelt. Sie fragen, weshalb ich damals nicht auch die UCK angeschrieben hätte. Das liegt einfach daran, daß ich diese Ordnungsmacht des Kosovo zu keinem Zeitpunkt anerkannt habe, auch nicht damals. Für mich gab es nur die Zuständigkeit des jugoslawischen Staates. Also konnte auch nur er Aufklärung garantieren.

Insgesamt soll meine Antwort aber nicht bedeuten, daß ich und andere in der PDS in dieser Zeit nicht auch Fehlinformationen unterlagen oder Fehler begingen. Auch für uns war die Situation neu, und uns war klar, daß wir die einzigen Gegner des Krieges im Bundestag sein würden. Entsprechend aggressiv wurde die Fraktion insgesamt und in besonderem Maße ich behandelt, eben weil ich es sogar wagte, während des Krieges den Kriegsgegner Milosevic zu besuchen.

Ich hoffe, daß es zu keinen weiteren diesbezüglichen kriegerischen Auseinandersetzungen kommen wird, die Sie prophezeien. Sollte dies aber der Fall sein, bin ich ganz sicher, daß die PDS und ihre führenden Vertreterinnen und Vertreter ihre Gegnerschaft gegen ein solches Vorgehen klar zum Ausdruck bringen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gregor Gysi

Berlin,

28. August 2000

Konkret 10/00, S. 32

Bernhard Schmid

Angriff auf die Zentrale

Mit Bezug auf die den Korsen gewährten Autonomierechte fordern die französischen Unternehmer die Deregulierung des Sozialstaats

Die sogenannte Globalisierung, die international verschärfte kapitalistische Konkurrenz, die Herausbildung regionaler Wirtschaftsblöcke und – in diesem Zusammenhang – die forcierte Integration der west-, nord- und südeuropäischen Staaten in den EU-Block unterziehen die vorhandenen gesellschaftlichen Ordnungsmodelle einem Härtetest. Einerseits bewirken die zitierten Phänomene auf Dauer eine Reihe sozialer Verwerfungen. Zum anderen sorgt die Entwicklung der EU zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsblock dafür, daß die bisherigen politischen Regulationsformen ihrer Mitgliedsstaaten untereinander in Konkurrenz gesetzt und an ihren Erfolgen bei der Bewältigung der Aufgabe gemessen werden, die sozialen Klassen in ein stabiles »Ganzes« einzubinden.

Das französische Staats- und Gesellschaftsmodell der letzten beiden Jahrhunderte gerät angesichts der geschilderten Entwicklung gegenwärtig unter besonderen Druck. Es zeichnet sich durch zwei zentrale Faktoren aus. Da ist zum einen die wichtige Stellung des Staates und seiner Kompetenzen bei der Regulierung der ökonomischen und sozialen Sphäre. Und da ist zum anderen die zentralisierte Form dieser politischen Operationen. Diese Regulationsform ist historisch zunächst ein Ergebnis des Bruchs, den die Revolution der Jahre 1789 bis 1794 darstellte. Unter der Monarchie des Ancien Régime herrschten auf dem Staatsterritorium selbst unterschiedliche Rechtsformen vor, und jeder Untertan war in ein historisch gewachsenes Regelsystem hineingeboren, aus dem er nicht entweichen konnte. Die bürgerlichen Revolutionäre wollten mit der überkommenen ständestaatlichen Hierarchisierung und Sortierung der Gesellschaft brechen. Statt dessen sollte für alle das Gesetz gelten, das als Ergebnis einer das gesamte Territorium überspannenden – und damit von der Abstammung der einzelnen so weit wie möglich abstrahierenden – Debatte begriffen wurde.

Deutsche Beobachter meinen oft, die französische Staats- und Politikform sei autoritär, weil sie so zentralistisch sei. Das ist Unfug. Denn die politische Struktur Frankreichs hat in den vergangenen Jahrzehnten – objektiv – optimale Voraussetzungen dafür geboten, daß sich gesellschaftliche Konflikte rasch über ein größeres Territorium ausbreiteten und verallgemeinerten. Zugleich gewährleistete die politische Intervention des Staates in die Wirtschaftssphäre, daß die wichtigsten Entscheidungen als Folge gewollter politischer Beschlüsse und nicht etwa als Ergebnis einer »natürlichen« Wirtschaftsordnung erschienen. Damit eröffnete sie auch die Möglichkeit zum Widerstand gegen solche Entscheidungen. Viele Regierungen haben so ihre unangenehmen Erfahrung mit dem oft eruptiven Anschwellen sozialer Protestbewegungen machen müssen.

Das französische Kapital seinerseits hat diesen potentiell subversiven Charakter des politischen Regelungssystems erst in jüngerer Zeit problematisiert. Historisch im Prinzip dem »sozialen Dialog« mit den Gewerkschaften eher abhold, haben die Unternehmer nunmehr eine strategische Kehrtwende vollzogen und die politische Regulierung, d. h. den Zentralstaat, zu ihrem Hauptfeind erkoren.

Zunächst war es die Zentralregierung – und mit ihr der Gesetzgeber – selbst, die den Übergang zu einem neuen Regulierungsmodus einleitete. 1997 war die Sozialdemokratie wieder an die Regierung gekommen und also mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihr zentrales Wahlversprechen – Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche – umzusetzen, doch wollte sie damit kein »gegen die Interessen der Wirtschaft« gerichtetes Gesetz machen. In einem Kuhhandel mit den modernisierungswilligen Fraktionen des Kapitals sollte die Arbeitszeitverkürzung auch dazu genutzt werden, den Einsatz der Arbeitskräfte gemäß den Bedürfnissen der Betriebe zu flexibilisieren. Doch dieser Deal konnte kaum offen festgeschrieben werden. Statt dessen vereinbarte man in den beiden Gesetzen zum Thema, die 1998 und 1999 verabschiedet wurden, daß die konkreten Modalitäten der Reform dezentral und über kollektivvertragliche Abkommen – also qua »sozialpartnerschaftlicher« Konsensfindung zwischen Interessenverbänden – ausgehandelt werden müßten.

Doch Frankreichs zentralem Arbeitgeberverband MEDEF ging die dabei vorgesehene »Einmischung der Politik in die Angelegenheiten der Wirtschaft« nun immer noch zu weit. Im Dezember 1999 startete der MEDEF daher eine aggressive Gegenoffensive und forderte die Gewerkschaften auf, über eine »Neubegründung der sozialen Beziehungen« zu verhandeln mit dem Ziel, Politik und Gesetzgeber so weit wie möglich aus der ökonomischen und sozialen Sphäre herauszudrängen. Dabei fand der MEDEF zwei Partner unter den fünf existierenden Gewerkschaftsbünden: die sozialliberale CFDT und die (kleine) katholische CFTC. Die CFDT verfolgt das erklärte Ziel, zu einem System sozialer Beziehungen überzugehen, das im Kern dem (west)deutschen Modell der Sozialpartnerschaft und der Tarifautonomie entspricht und in dem der Staat seine Vollmacht zur Festlegung der Spielregeln bis zu einem gewissen Grad an das »freie Spiel der Kräfte« zwischen den Interessenverbänden abgibt – unter der Voraussetzung, daß beide Sorge tragen für die Stabilität des Gesamtsystems und sich als zur Konsensbildung fähig erweisen.

Die Verhandlungen führten im Juni 2000 zu einem Abkommen zwischen Kapitalverbänden, CFDT und CFTC, was vielen im Lande als größter sozialer Skandal der letzten Jahre gilt. Die Übereinkunft, die der Zukunft der Arbeitslosenversicherung gewidmet ist, sieht insbesondere vor, Erwerbslose mit einem Arbeitszwang zu belegen: Unter Androhung der Streichung des Arbeitslosengeldes sollen sie gezwungen werden, nahezu jede ihnen »angebotene« Stelle anzunehmen. Im Juli schließlich scheiterte das sozialpartnerschaftlich geschlossene Abkommen – am Widerstand der Regierung. Da letztere eine gesetzliche Oberaufsicht über die Sozialversicherungssysteme ausübt, konnte sie die Vereinbarung – eine historische Premiere – annullieren. Seither findet ein konflikthaftes Kräftemessen zwischen der Regierung und einem Teil der Gewerkschaften einerseits und den Unterzeichner-Organisationen andererseits statt. Festzuhalten ist, daß die größten sozialen Grausamkeiten der letzten Jahre nicht der Gesetzgeber beschlossen hat, sondern von den »Sozialpartnern« verabredet und durch die Politik (bisher noch) verhindert wurden. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Regierung in dieser Sache auf Dauer ein zuverlässiger Verbündeter ist.

Doch nicht nur von seiten der »Sozialpartner«, sondern auch durch geographisch definierte Akteure gerät das französische zentralistische Politikmodell unter Druck. So verzichtete in den letzten Wochen kaum ein Kommentator darauf, die von den »Sozialpartnern« geforderte »soziale Autonomie« und die am Falle Korsikas debattierte regionale Autonomie zueinander in Beziehung zu setzen – indem man etwa bemängelte, daß »den Unternehmen und den Sozialpartnern nicht einmal gewährt werde, was man andernorts bewaffneten Regionalisten gewährt«, so die Vorsitzende des neogaullistischen RPR, Michèle Alliot-Marie. Andere wiederum merkten an, daß beide Autonomieforderungen im Trend lägen und, unter dem Motto der Subsidiarität, auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnten – so der ultraliberale Politiker Alain Madelin (Chef der Partei Démocratie Libérale), der im selben Atemzug forderte, mit dem »jakobinischen Zentralstaat« müsse nun endlich Schluß sein.

Hintergrund der sich zuspitzenden Debatte ist das am 28. Juli dieses Jahres zwischen der Pariser Zentralregierung und einer starken Mehrheit im korsischen Inselparlament geschlossene Abkommen, das die Einführung gesetzgeberischer Autonomierechte für die Mittelmeerinsel vorsieht. Dieses Autonomieabkommen bedeutet tatsächlich einen symbolischen Bruch mit dem überkommenen Staats- und Politikmodell Frankreichs. Kein Wunder also, daß ein Teil der politischen Klasse darin die Aufkündigung wesentlicher Prinzipien der Republik sieht. So bspw. Innenminister Jean-Pierre Chevènement, der am 29. August aus Protest gegen das Abkommen zurückgetreten ist.

Auf theoretischer Ebene ist diese Kritik leicht nachzuvollziehen. Doch hat sie einen Haken. Denn die republikanische Gleichheit, die nunmehr von den Gegnern des Autonomieabkommens beschworen wird, hat zwischen dem französischen Festland und der Mittelmeerinsel niemals bestanden. Die Situation Korsikas innerhalb Frankreichs war seit dem frühen 19. Jahrhundert durch zwei Faktoren gekennzeichnet: totale Abwesenheit wirtschaftlicher Entwicklung und Herrschaft der Clans. Was anfangs auf geographische Gegebenheiten zurückzuführen war, wurde später zum Resultat einer gewollten Politik. Denn im damaligen französischen Kolonialimperium kam Korsika eine spezifische Aufgabe zu: Hier sollte das Personal für den französischen Verwaltungsapparat in den Kolonien, die Armee, aber auch die in der Siedlungskolonie Algerien anzusiedelnde Bevölkerung rekrutiert werden.

Als Reaktion auf die dem französischen Staats- und Politikmodell drohenden Brüche hat sich ein Teil der politischen Klasse des Landes unter der Bezeichnung »National-Republikaner« oder »Souveränisten« (= Verteidiger der nationalen Souveränität) zusammengefunden. Dieses sich seit den neunziger Jahren formierende politische Lager hat zwei Flügel, einen linken (der sich um den Exmarxisten Jean-Pierre Chevènement formt) und einen rechten. Der rechte umfaßt abermals zwei Pole, einen um den national-populistischen früheren Innenminister Charles Pasqua, den anderen um den rechtsradikalen Grafen Philippe de Villiers, Kopf der ultrakatholischen Bewegung »Kampf für die Werte« und Nostalgiker des französischen Kolonialreichs. Zwischen beiden Lagern – die eine begrenzte Zusammenarbeit anstreben – stehen einige Individuen, namentlich der Schriftsteller Max Gallo, ein (über seine Erfahrungen mit dem Mitterrandismus der 80er Jahre) enttäuschter Linker, der mittlerweile einem schwülstigen Patriotismus und dem Kult nationaler Helden huldigt und bei der Europaparlamentswahl 1999 zur Wahl der Liste Pasqua/de Villiers aufrief (s. sein Interview in KONKRET 9/2000).

Können die »National-Republikaner« Bündnispartner einer kritischen Linken sein? Keinesfalls. Ihre Motivation besteht im wesentlichen darin, die bisherigen Handlungsspielräume des Staates gegenüber den ihr seitens der Globalisierung, der EU-Integration und der Vormachtstellung der USA drohenden Verluste an souveräner Handlungsfähigkeit zu verteidigen. Ihr Kampf spielt dabei vorwiegend auf einer symbolischen Ebene, da sie der globalen Umbruchprozesse vor allem ökonomischer Art nicht Herr werden können. Sowohl Jean-Pierre Chevènement als auch Charles Pasqua besetzten in den achtziger und neunziger Jahren Schlüsselposten in Pariser Regierungen; beide amtierten zuletzt als Innenminister. Beide vermochten in ihrer politischen Aktivität – natürlich – der Mobilität des Kapitals (und der damit einhergehenden Einengung der Spielräume politischer Regulierung) keinen Einhalt zu gebieten und werden es – zumal auf rein nationaler Ebene – zunehmend weniger können. Beide beschränkten sich darauf, statt dessen die Mobilität der Personen – vor allem der als Arbeitskräfte unerwünschten Einwanderer – einzuschränken. Das staatliche Handeln beider Politikoptionen bleibt somit auf die Ausübung von Druck auf diejenigen ökonomisch und politisch Schwachen beschränkt, die noch in der Reichweite der nationalen Politik liegen.

Bernhard Schmid schrieb in KONKRET 7/2000 über die französische Kritik an den deutschen Europaplänen

Konkret 10/00, S. 34

Oliver Tolmein

Wessen Gen ist das Gen?

Die neuen Entwicklungen in der Gentechnik erfordern eine Auseinandersetzung mit den Rechten der Individuen: Hat ein Mehrzeller Menschenw□ rde? Und wo ist die Grenze des Selbst?

Die Gentechnikdebatte, die in den letzten Monaten die deutschen Feuilletons und Wissenschaftsbeilagen gefüllt hat, war reich an Stimmungswechseln: Auf Sloterdijks hochfahrende Wortmeldung zum Scheitern des Humanismus und zur Notwendigkeit gentechnischer Reparaturen im Menschenpark folgte die nachdenkliche Kontroverse zum Thema »Präimplantationsdiagnostik und Eugenik«, die der zukunftsfrohen Debatte über die Folgen der Entschlüsselung des menschlichen Genoms weichen und schließlich der deutschnationalen Kampfansage Raum lassen mußte, die sich gegen alle richtet, die dem in Sachen Genetik wohl erfahrensten Volk Rang 2 der Biotech-Weltrang-Bestenliste streitig machen wollen: Wir sind wieder wer, und wir wollen daran auch verdienen. Daß nach dem Beifall für die Ankündigung der Bundesregierung, Deutschland mit Hilfe aggressiver Forschungsförderung einen Spitzenplatz in der Biotechnologie zu sichern, kürzlich wieder Bedenken gegen die euphemistisch als »therapeutisches Klonen«, zutreffender wohl als »verbrauchende Embryonenforschung« bezeichnete Technik zur Gewinnung von menschlichen Organen und Gewebe laut wurde, ist jedenfalls kein Ausdruck neu erwachten kritischen Bewußtseins. Die rasche Abfolge von abgewogenen Ethik-Artikeln und technikverliebten Entwürfen phantastischer Zukunftsvisionen signalisiert allenfalls, daß sich die tonangebende Elite in einer Phase des Umbruchs sieht und noch nicht genau weiß, in welche Richtung sie sich wenden kann und soll. Auf der einen Seite wird vom »Jahrhundert der Biologie« gesprochen und verkündet, daß man sich den modernen Entwicklungen nicht entgegenstemmen dürfe. Auf der anderen, nicht immer entgegengesetzten, Seite werden die Mahnungen, der Mensch dürfe die Natur nicht nach Belieben technisch in Betrieb nehmen, nachdrücklicher.

Diesem Streit läßt sich erwidern, daß die Entschlüsselung des Genoms zwar Daten in Hülle und Fülle, aber keine Verknüpfung zu einem sinnvollen Ganzen produziert hat und daß auch für die Zukunft keineswegs zu erwarten ist, daß sich aus der Kenntnis über die Abfolge von AGCT jemals Erkenntnisse in nennenswertem Umfang gewinnen lassen werden. Die Vorstellung, daß das Leben ein Code sei, den man nur entschlüsseln müsse, um dann über ihn verfügen zu können, hat aus dieser skeptischen Perspektive mit Leben ungefähr so viel zu tun wie der Besitz der Enigma-Maschine mit den Möglichkeiten, den Verlauf des Zweiten Weltkrieges en gros und en detail zu beeinflussen. Der Code ist nicht nichts – aber er ist eben nur ein Code, der, selbst wenn er vollständig dechiffriert worden sein wird, stets nur Aufschluß über einen sehr begrenzten Ausschnitt aus dem Komplex Leben gibt.

Wer diesen Einwand gegen die positiven und negativen Utopisten erhebt, die es nur noch für eine Frage der Zeit halten, bis in den Büros freier Bioingenieure Wunschgensequenzen für blaue Augen, praktische Intelligenz und absolutes Gehör geordert und ins eigene Genom oder in das der Kinder einmontiert werden, kann sich auf die lange Liste der Niederlagen der Gentechniker berufen: All das Wissen, das sie in den letzten Jahrzehnten angehäuft haben, hat ihnen bislang wenig Handlungschancen eröffnet. Zwar werden mittlerweile gentechnisch produzierte Wachtstumshormone, Medikamente zur Behandlung von Diabetes oder zur Verringerung von Immunreaktionen nach Transplantationen erfolgreich vermarktet. Insbesondere die experimentelle Gentherapie, in die die Forscher große Hoffnungen setzen, hat aber bislang allenfalls gezeigt, welches Risiko die Kombination von großen Hoffnungen und entschlossenem Durchsetzungswillen in sich birgt: Mindestens sechs Tote und über 600 schwere Zwischenfälle verzeichnet eine Studie des US-amerikanischen National Institute of Health, die Anfang des Jahres veröffentlicht wurde, nachdem der Tod des 18jährigen Jesse Gelsinger im Rahmen einer Versuchsreihe in den Medien bekanntgemacht worden war. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der gentechnischen Veränderung von Pflanzen, erweist sich, daß die jeweiligen Manipulationen schwer absehbare zusätzliche Wirkungen haben. Angesichts dessen ist wenig verwunderlich, daß jetzt, da in den Feuilletons sich eine fieberhafte Gentech-Diskussion ausbreitet, die Redakteure der Wirtschaftsseiten sich auf anderes konzentrieren: Die Kurse der Biotech-Unternehmen hängen eher von der Stimmung der Anleger ab, als daß sie Indikatoren für ökonomische Leistungsfähigkeit wären.

In der zweiten Branche, die von großen Hoffnungen und ausgeprägten Phantasien eher lebt als von ihren realen Erfolgen, dem E-Commerce, hat die Krise längst begonnen. In der Welt der Computer, die eng mit der Gentechnik verzahnt ist, gelingt es zwar immer noch, digitale Start-ups ohne großes Kapital aus dem Boden zu stampfen und schnell Risikokapital zu akquirieren, die Aktienwerte auch renommierter Unternehmen sind aber deutlich gefallen. Daß die ganz großen Erwartungen realistischeren Lageeinschätzungen weichen müssen, daß die Goldgräberstimmung abflaut und klar wird, daß auch die neuen Technologien die Gesetze des Marktes nicht aufheben, tut allerdings ihrem gesellschaftsverändernden Charakter keinen Abbruch. Auch die Gentechnik wird nicht schon deswegen zum Problem zweiter Ordnung, weil sie viele ihrer Versprechungen nicht wird einlösen können.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, welche Probleme die Anwendung gentechnischer Verfahren mit sich bringt, warum diese auf so nachhaltiges Interesse stoßen und inwieweit sie klassische Konstellationen der ethischen Diskussion verändern, liefert die Präimplantationsdiagnostik (zu den Einzelheiten des technischen Verfahrens s. KONKRET 4/2000): Im Vorfeld der Präimplantationsdiagnostik werden Ei und Samenzelle außerhalb des weiblichen Körpers verschmolzen. Im Mehrzellstadium des so entstandenen Embryos werden Zellen entnommen und auf genetische Besonderheiten hin untersucht. Entdecken die Genetiker dabei unerwünschte Merkmale, setzen die Mediziner den Embryo nicht in die Gebärmutter der Frau ein. Damit im Zuge eines solchen Verfahrens wenigstens ein Embryo entsteht, der dem vorab festgelegten Anforderungsprofil entspricht, müssen jeweils mehrere Embryonen hergestellt werden. Die überzähligen können dann entweder vernichtet oder zu Forschungszwecken verwendet werden.

Die Präimplantationsdiagnostik, über deren Zulässigkeit nach dem jetzt gültigen Embryonenschutzgesetz Streit unter Juristinnen und Juristen herrscht, unterscheidet sich von der derzeit in großem Maßstab praktizierten Pränataldiagnostik in wesentlichen Punkten. Die Pränataldiagnose leitet einen Entscheidungsprozeß über den Abbruch der Schwangerschaft erst ein. Ein in den Augen der Humangenetiker auffälliges Ergebnis führt zwar in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle zur Abtreibung des als »geschädigt« oder »behindert« qualifizierten Fötus, die durch die Diagnose gewonnenen Informationen ließen sich aber auch anders verwenden. Die Entbindung könnte besser vorbereitet und möglicherweise notwendige oder sinnvolle medizinische Interventionen vor oder nach der Geburt könnten diskutiert oder vorgenommen werden; die Eltern könnten sich auch darauf vorbereiten, ein Leben mit einem Menschen mit Behinderung zu führen (daß dennoch viele gute Gründe gegen eine Pränataldiagnostik, insbesondere in der Form, in der sie heute praktiziert wird, sprechen, ist hier nicht das Thema). Die Präimplantationsdiagnostik dagegen ist nicht nur durch die Art des Einsatzes, sondern bereits von ihrer Idee her ausschließlich auf Selektion gerichtet. Die Zeugung, die natürlich stattfinden könnte, wird künstlich vorgenommen. Obwohl die In-vitro-Befruchtung aufwendig ist, entscheiden sich Ärzte und Eltern dafür, weil nur so mehrere Embryonen produziert und ein dem vorher festgelegten Anforderungsprofil entsprechendes Exemplar unter ihnen ausgesucht werden kann (auch diese Selektionsmöglichkeit ist bei der Pränataldiagnose nicht gegeben).

Ob und inwieweit die Präimplantationsdiagnostik tatsächlich rational in dem Sinne ist, daß sie die Verwirklichung eugenischer Zielsetzungen erlaubt und das Versprechen, keine Kinder mit für »schwer« gehaltenen Behinderungen zu bekommen, erfüllt, hängt davon ab, wie leistungsfähig das humangenetische Paradigma ist. Wenn tatsächlich komplexe Eigenschaften genetisch determiniert sein sollten, kann die Präimplantationsdiagnostik als zunehmend mächtiges Selektionsinstrument verwendet werden, weil die vordefinierten Anforderungsprofile dementsprechend komplexer gestaltet und möglicherweise durch gentechnische Manipulationen am Embryo sogar beeinflußt werden könnten. Aber selbst wenn das nicht gelingt, weil sich erweist, daß das humangenetische Paradigma nicht so leistungsfähig ist, wie es sich die Genetiker erhoffen, ermöglicht die Präimplantationsdiagnostik die Selektion von Trägern bestimmter genetischer Dispositionen – unabhängig davon, was diese Dispositionen tatsächlich für Auswirkungen haben würden. Sie wäre dann zwar ein irrationales, aber deswegen nicht weniger problematisches Selektionsinstrument.

Für die Auseinandersetzung um die Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik hat ein Unterschied besondere Bedeutung: Das Verfahren setzt keine Schwangerschaft voraus, sondern dient im Gegenteil der Entscheidung, ob überhaupt eine Schwangerschaft herbeigeführt werden soll. Der Konflikt zwischen schwangerer Frau und Fötus, der die Phase der Schwangerschaft prägt, existiert damit zunächst nicht – im Gegenteil, und das ist ein wesentliches Argument der Befürworter dieses Verfahrens, er läßt sich sogar in der Regel vermeiden. Zwar wird auch nach einer Präimplantationsdiagnose im Verlauf der Schwangerschaft noch eine Pränataldiagnose durchgeführt, meistens erweisen sich die implantierten Embryonen aber als »gesund«, so daß das Risiko einer Abtreibung infolge einer Pränataldiagnose gering ist.

Die Gentechnik schafft hier, in Zusammenarbeit mit der Reproduktionsmedizin, die die Herstellung von Embryonen in vitro überhaupt erst ermöglicht, eine neue, ethisch brisante Konstellation. Im Rahmen der Tagung »Fortpflanzungsmedizin« die das Bundesgesundheitsministerium Ende Mai veranstaltet hat, um den Rahmen für eine Neufassung des Embryonenschutzgesetzes abzustecken, war ein wesentlicher kontroverser Diskussionspunkt die Frage des Zusammenhangs von nach dem Strafgesetzbuch strafloser Abtreibung und dem Verbot der Präimplantationsdiagnostik und damit die Frage nach dem Status von Embryonen in verschiedenen Stadien ihrer Existenz.

Wird dem Embryo ein eigenständiges Lebensrecht zugestanden, das im Fall einer Abtreibung durch das Recht der Schwangeren auf weitgehende Verfügungsmacht über ihren Körper außer Kraft gesetzt werden kann, entsteht angesichts der Möglichkeit der Präimplantationsdiagnostik ein grundlegendes Wertungsproblem. Für den Fall, daß der Embryo eine genetische Besonderheit hat, die sowohl mit präimplantationsdiagnostischen Methoden als auch mit Hilfe der Pränataldiagnose festgestellt werden könnte und die in beiden Fällen zur Folge hätte, daß sich die Frau gegen die Schwangerschaft entscheiden würde, zwänge ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik die Frau, sich den Embryo erst implantieren zu lassen, bevor sie das Recht hätte, die Schwangerschaft abzubrechen. Setzt man diesen Vorgang in Relation zum Selbstbestimmungsrecht der Frau, stellte sich die Versagung der Möglichkeit einer Präimplantationsdiagnose als Verstoß gegen das Recht auf Selbstbestimmung dar, so wie es heute allgemein verstanden und geschützt wird. Nur weil die

Präimplantationsdiagnose verboten ist, werden der Frau nämlich zwei körperliche Eingriffe zugemutet (die Implantation des Embryos und dessen anschließende Abtreibung), die andernfalls vermeidbar wären. Setzt man den Vorgang ins Verhältnis zum Lebensrecht des Embryos, wäre wenig gewonnen: Er bekäme durch das Verbot der Präimplantationsdiagnose in dieser Konstellation lediglich die Möglichkeit, sich einige Wochen, bis zur Pränataldiagnose, weiterzuentwickeln, dürfte aber auf keinen Fall geboren werden.

Die Entwicklung der neuen medizinischen Methoden zwingt also entweder dazu, einem in einer Petri-Schale erzeugten Embryo, der aus wenigen Zellen besteht und allein nicht lebensfähig ist, menschliche Würde und ein Recht auf Leben zuzuerkennen (wogegen allerdings spricht, daß damit der Lebensschutz radikal biologisiert würde und der entwickeltere Embryo in der Schwangerschaft auch gegenüber der Mutter mit immer weiterreichenden Rechten ausgestattet werden müßte – eine Tendenz, die sich in der modernen Medizin bereits abzeichnet, wenn der Fötus als Patient charakterisiert wird und der schwangeren Frau auferlegt werden soll, zum Beispiel Operationen am Fötus zu dulden, die auch einen Eingriff in ihre Integrität darstellen). Oder aber man müßte, um eine Stärkung der Rechtsposition des Embryos zu vermeiden, das Selbstbestimmungsrecht der Frau oder auch der Eltern erweitern. Zum einen ließe sich vertreten, daß das Selbstbestimmungsrecht sich nicht nur auf das Recht beziehen soll, Kinder zu haben, sondern auch deren biologische Beschaffenheit so umfassend wie möglich zu beeinflussen. Zum anderen ließe sich auch das Recht auf Verfügung über Körperzellen, die sich nicht mehr im eigenen Körper befinden, in umfassendem Sinn aus dem Selbstbestimmungsrecht ableiten. Das hätte zur Folge, daß die Frau über die in vitro befruchtete Eizelle genauso verfügen kann wie über die in ihrer Gebärmutter eingenistete befruchtete Eizelle.

Die Forderung, das Selbstbestimmungsrecht auszuweiten und damit auch ausdrücklich oder wenigstens implizit umzugestalten, ist auch in den Debatten ums Klonen oder um Organspenden immer wieder erhoben worden, sie spielt zudem in der Auseinandersetzung um Keimbahn- und Gentherapie eine Rolle. In einer Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen müßte geklärt werden, ob dem Embryo möglicherweise selbst schon eigene Rechtspositionen zugestanden werden, die das Selbstbestimmungsrecht von Mutter und Vater begrenzen könnten. Lehnt man das, wie viele Bioethiker, zumindest für den Embryo in den ersten Wochen unter Verweis auf seine fehlenden Fähigkeiten, zu empfinden und sich zu artikulieren, oder mit Blick auf sonst fehlende Personeneigenschaften ab, bleibt dennoch festzuhalten, daß mit der Erweiterung des Selbstbestimmungsrechtes der Eltern dieses zunehmend auch seinen Charakter verändert. Es schließt in stärkerem Maße auch ein Fremdbestimmungsrecht ein, nämlich das Recht, die Eigenschaften des späteren Menschen, und nur um diesen geht es den Eltern, soweit wie irgend möglich zu determinieren.

Der Unterschied zwischen diesem Fremdbestimmungsrecht und dem Recht (der Pflicht) der Eltern, ihr Kind zu erziehen, liegt darin, daß Erziehung im Rahmen eines Kommunikationsprozesses stattfindet. Das Kind ist hier als Subjekt mit eigenen Handlungsmöglichkeiten gegenwärtig, während es im Rahmen der Einflußnahme auf seine biologische Beschaffenheit bloßes Objekt bleibt. Vertritt man die Ausweitung des Selbstbestimmungsrechtes auf Körperzellen außerhalb des eigenen Körpers, muß man auch klären, inwieweit das Selbstbestimmungsrecht jedes Elternteils mit dem des anderen bezüglich des in vitro gezeugten Embryos, der ja aus den Zellen beider besteht, kollidieren könnte. Aus all dem wird deutlich, daß ein so erweitertes Selbstbestimmungsrecht zunehmend einen anderen Charakter gewinnen würde. Statt des Selbst würde eine Eigentümerposition in den Mittelpunkt dessen gerückt, was verwirklicht werden soll. Diese Ausweitung würde die dem Selbstbestimmungsrecht innewohnende Tendenz verstärken, ein im Wortsinn asoziales Recht – nämlich das Recht, die Handlungsmacht des mit Eigentümerpositionen ausgestatteten Individuums – ohne Rücksicht auf andere auszuweiten. Die mit der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts begründete Preisgabe des Embryonenschutzes und die Freigabe der Gentechnik erweisen sich damit als Umsetzung eines Deregulierungskonzepts, das sich in die allgemeine Tendenz zur Ökonomisierung und zum individualisierenden Liberalismus trefflich einpaßt.

Mit Blick auf das Verhältnis Schwangere/Fötus kommen ein so ausgestalteter Liberalismus und ein an ProLife-Konzepten ausgerichteter Konservatismus zwar zu unterschiedlichen Ergebnissen, paradoxerweise gehen sie methodisch jedoch ähnlich vor, indem sie den Konflikt als einen zwischen zwei Individuen begreifen, bei dem man für eines dieser Individuen Partei ergreifen und die Rechte des einen auf Kosten der Rechte des anderen ausgestalten muß. Diese Sichtweise prägt auch die gesetzlichen Vorschriften, deren Ausgestaltung derzeit im Zentrum der bundesdeutschen Kontroverse steht.

Das Strafrecht ist im allgemeinen auf den Schutz individueller Rechtsgüter ausgerichtet und wägt diese allenfalls in Notstands- oder notstandsähnlichen Konstellationen, wie beim Schwangerschaftsabbruch, gegeneinander ab. Gemeinschaftsgüter spielen allenfalls mit Blick auf obrigkeitsstaatliche Konstruktionen wie »öffentlicher Friede« eine Rolle. Die Auseinandersetzung um die Humangenetik macht deutlich, daß diese Vorstellungen angesichts neuer Konstellationen an Grenzen stoßen. Die immer wieder zu beobachtenden überraschenden Koalitionen, die plötzlich Autonome und wertkonservative Christen gegen modernisierungsorientierte Sozialdemokraten und »Emma«-lesende Feministinnen in Stellung bringen, erscheinen als Ausdruck dieser Phase der Zuspitzung und des Umbruchs.

Als Ausgangspunkt einer anderen als der jeweils auf individuelle Rechte und Pflichten gerichteten Perspektive könnte die Erkenntnis dienen, daß durch Einsatz genetischer Verfahrensweisen soziale Beziehungen weitreichend neu strukturiert

werden. Die Möglichkeiten der Gendiagnostik schaffen beispielsweise neue Verantwortlichkeiten. Verfahren der Gentherapie haben ebenso wie das Klonen Auswirkungen, die weit über die Individuen und ihr unmittelbares soziales Umfeld hinausreichen. Diese Überlegung findet in der vor allem auf internationaler Ebene geführten Debatte darüber, daß das Genom als Teil des gemeinsamen Erbes der Menschheit betrachtet werden soll, einen ersten Niederschlag. Erbe ist hierbei nicht als Eigentümerrecht zu verstehen – auch wenn die Entscheidung der isländischen Bevölkerung, ihre Gene kollektiv Privatunternehmen zur Auswertung zu überlassen, ein Schlaglicht darauf wirft, wie fortgeschritten das Denken in solchen Kategorien bereits ist. Mit der Charakterisierung als Erbe wird der Charakter des kollektiven Gutes, das eben nicht zur Disposition einzelner Entscheidungsträger steht, akzentuiert.

Bezogen auf die Präimplantationsdiagnostik und ihr Verhältnis zum Schwangerschaftsabbruch wird durch eine Sichtweise, die den Schutz und die Gestaltung sozialer Beziehungen ins Zentrum rückt, der Konflikt nicht auf die Auseinandersetzung zwischen Lebensrecht des Embryos und Selbstbestimmungsrecht der Frau konzentriert. Deswegen kann eine Selektion des in vitro erzeugten Embryos auch abgelehnt werden, ohne daß dem mehrzelligen Wesen Menschenwürde und ein eigenständiges Lebensrecht zugebilligt werden muß. Allerdings wird damit auch ein nicht näher umrissenes Selbstbestimmungsrecht der Frau als zentrales Argument für die Rechtfertigung von Abtreibung problematisch: eine Erkenntnis, die Feministinnen wie Maria Mies schon Ende der achtziger Jahre in die Diskussion gebracht haben. Immerhin läßt sich ein Selbstbestimmungsrecht der Frau genauer bestimmen, das eine Ablehnung der strafrechtlichen Verfolgung von Schwangerschaftsabbrüchen begründen kann. An die Stelle des eigentümerähnlichen Selbstbestimmungsrechts muß dann eine Argumentation treten, die den Frauen die Verfügungsmacht über ihren Körper sichert. Damit wären den Möglichkeiten, Abtreibung zu legitimieren, aber auch engere Grenzen gesetzt als durch ein nicht näher bestimmtes umfassendes Selbstbestimmungsrecht. Beispielsweise ließe sich die Spätabtreibung, also die Abtötung im Mutterleib und anschließende Entbindung eines aufgrund seines Reifezustandes an sich auch außerhalb des Mutterleibs lebensfähigen Fötus schwerlich begründen.

Auch in anderen Bereichen, beispielsweise in der Kontroverse ums Klonen, könnte eine Sichtweise, die den Schutz sozialer Beziehungen gegenüber Menschenwürde-Argumentationen ins Zentrum rückt, die Basis für eine Begrenzung gentechnischer Verfahren bieten, die nicht auf simplifizierende oder romantisierende Vorstellungen von einer natürlichen Natur oder gar einer göttlichen Schöpfung zurückgreifen müßte. In der Debatte um die Patentierbarkeit von Pflanzen, Mikroorganismen und menschlichen Genen wird ein solcher Ansatz neben der eher schöpfungsorientierten »Keine Patente auf Leben«-Argumentation vor allem von entwicklungspolitischen Gruppen bereits propagiert. Allerdings erfordert ein solches Vorgehen, das auch in der Argumentation von Teilen der sich kritisch mit den Entwicklungen in der Humangenetik auseinandersetzenden Gruppen (vor allem aus der Behindertenbewegung) schon angelegt ist, eine präzise und weiterreichende Auseinandersetzung mit dem Gehalt der sozialen Beziehungen, die geschützt werden sollen. Wie die Balance zwischen dem Gleichheitsgrundsatz und dem Recht, anders zu sein, gehalten werden kann, wird dabei eine wichtige Frage sein. Denn hier greifen gentechnische Interventionen, die stets auf wertgestützten Entscheidungen beruhen, welche Eigenschaften und welches Potential wünschenswert und welches zu verhindern sei, massiv ein. Indem durch gentechnische Forschung immer mehr Fakten mitgeteilt werden, die Entscheidungen verlangen, verändert sich nämlich das Verhältnis der Menschen zueinander, die sich und ihre Gegenüber in immer stärkerem Maß als Ergebnis eines rationalen und damit auch kritisierbaren Verständigungsprozesses über Qualität wahrnehmen.

Mehr Texte von Oliver Tolmein zum Thema finden sich auf http://www.tolmein.de

Konkret 10/00, S. 38

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

The content

Ort des Geschens: Köln, die (mindestens) zweitgrößte Musikmesse der Welt; Zeit: Mitte August 2000.

Soweit waren sich alle einig: Auf der diesjährigen Popkomm soll der *Content* wieder ganz groß geschrieben werden, also jene inhaltliche Kompetenz, die die versammelte Musikindustrie den parasitären Netzpiraten voraushat – mit anderen Worten: Es geht um Musik. In den Messehallen, in den man von Oropax und Red Bull verteilenden Wesen in Froschkostümen, von Stelzenläufern oder Turnformationen umgerannt wird, ist von Musik nichts zu hören und zu sehen. Weil jeder Labelstand seine Anlage aufdreht, vermischt sich alles zu einem einzigen wummernden Brei, an dem allenfalls Charles Ives seine Freude hätte. Wo sind denn jetzt die Tonträger? Die Frage versteht im Lärm niemand. Dafür werden reichlich kühle Getränke angeboten. Also eigne ich mir einstweilen den Content einer Bierflasche an und rette mich in die gut klimatisierten Konferenzsäle.

Digitaler Alltag

Thomas Middelhoff, der Vorstandvorsitzende der Bertelsmann AG, hält eine Rede. Der Mann ist sympathisch. »Ich liebe Musik!« gesteht er, um gleich darauf seine Kollegen zum Aufbruch »in den digitalen Alltag« zu ermutigen. Denn immer noch haben alle große Angst vor Napster und anderen niederträchtigen Internettauschbörsen, die der Musikindustrie die Käufer abspenstig machen. In den letzten Jahren dachte man sich Initiativen wie »Copy kills Music« aus, die den Teens weismachen sollten, daß ihre Stars Hungers sterben müßten, wenn die Fans ihre Songs weiterhin illegal downloaden würden. Der kluge Bertelsmann-Mann plädiert besonnen für ein Umdenken: »Sind das alles Kriminelle? Es sind vor allem unsere Kunden.«

Während ein endgültiges Urteil in Sachen Napster noch aussteht, wird im September ein Jugendlicher aus Norwegen wegen illegalen Handels mit MP3-Dateien zu einer Haftstrafe verurteilt. Wie Kundenpflege geht, lieber Herr Middelhoff, müssen Sie den Kollegen wohl noch einmal erklären.

That□s pop

Für den glamourösen Gründervater der Popkomm, den Viva-Chef Dieter Gorny, ist das sowieso alles kein Problem: »Die Tonträgerindustrie muß aufhören mit dem Selbstmitleid ... Jetzt ist es eben Aufgabe der Industrie, sich überall dort aufzustellen, wo die Leute ihre Musik abzapfen wollen ... Wenn die Leute sich demnächst ihre Musik auch übers Handy holen, dann muß ich eben da sein.« Gorny ist tatsächlich überall: als Kanzlerberater an Schröders Seite, im World Wide Web mit einem neuen Internet-Auftritt von Viva, an der Börse. Und der US-Markt wartet auch schon auf Dieter, den Eroberer. Gorny zitiert »da immer gern meinen Lieblingstheoretiker Diedrich Diederichsen, der mal einen schönen Vortrag gehalten hat mit dem Titel □Über den Irrtum, Popmusik habe etwas mit Musik zu tun□. Auch Börse ist Pop. Deshalb war der Börsengang für Viva auch genau der richtige Schritt.« Ziemlich gewagte Diederichsen-Exegese – aber Gorny redet schon weiter: »Jetzt gilt es, das Potential in seiner wirtschaftlichen und kreativen Kraft freizusetzen – da ist der Schritt auf den freien Markt nur konsequent. Da greift auch wieder der Popgedanke. Denn es ist wahnsinnig stimulierend, wenn ein junges Unternehmen wie AOL den alten Riesen Time-Warner an der Börse kauft und nicht umgekehrt – die New Economy kauft die alte Wirtschaft.« Aber warum ist denn das jetzt wieder Pop? Um eine Antwort ist der »Schnellsprecher und Querdenker« (»FR«) naturgemäß nicht verlegen: »Pop hat nie etwas bedeutet. Genauso, wie es alles bedeuten kann ... Pop gefällt – oder nicht. So einfach ist das.« Keine Fragen mehr.

Revolutionäre Reality

»Manche fragen sich vielleicht: Wo bleibt denn jetzt die große Internetrevolution?« Thomas M. Stein, Präsident von BMG/

Ariola, gibt die Antwort in einer weiteren »Keynote Speech«: »Doch wenn Sie abends oder am Wochenende zu Hause am Computer arbeiten oder etwas im Internet bestellen, dann sind Sie die Vorhut eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.« Aber Achtung: Nicht jeder Internet-User ist ein Revolutionär. Denn: »Der Klau im Netz ist nicht cool.« Wollen die uncoolen Downloader womöglich gar ein Viertes Reich? Universal-Chef Edgar Bronfman jr. jedenfalls findet, die Musikindustrie habe im Kampf gegen die Netzpiraterie »die gleiche Rolle wie die Alliierten im 2. Weltkrieg«.

Agitpop

Auch Thomas Middelhoff ist Antifaschistist: »Als Verantwortliche in der Musikindustrie sollten wir uns alle eindeutig von diesem Mißbrauch der Musik als demagogisches Instrument distanzieren – sei es durch rechte oder linke Ideologen.« Der Appell wurde erhört. RTL2 plante noch auf der Popkomm die »Riesenmusikparty The Dome gegen Rechts«. Am 1. September schmettern live in Erfurt unter dem Motto »Die Wut muß raus. Wir müssen uns wehren!« deutsche Megastars die Kampflieder »Ich bleibe, wie ich bin« (nämlich dumm wie Zlatko) oder auch »Isch liebe disch« (Tic Tac Toe). »Meine Lieder sollen Spaß machen und auch ein bißchen zum Nachdenken anregen« – Politrapperin Sara von Tic Tac Toe gibt sich allzu bescheiden. Meldungen zufolge sollen schon während des Konzerts Skinheads ihre Hakenkreuzbinden abgegeben haben, die eigens angereiste Leni Riefenstahl verbrannte ihre Filmrollen, und so manchem tätowierten Schlägertypen standen die Tränen in den Augen. Ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Rammstein gegen Rechts

Ein weiterer engagierter Versuch, »ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen« – diesmal per Rock am Brandenburger Tor – , ist dagegen gescheitert. Nach einer Idee von Marius Müller-Westernhagen sollte das Projekt »Wir sind Deutschland« heißen, »um in Deutschland und auch im Ausland klarzumachen, daß hier nicht wieder die braune Gewalt regiert«. Wer aber sind wir? Westernhagens Manager erläutert in der »SZ« vom 26. August: »Wir hätten gerne Wolfgang Petry dabei gehabt, die Newcomer Echt, Bap ... Wir wollten auch Rammstein haben. Ich persönlich hätte gerne auch Zlatko dabei gehabt und von mir aus auch die Böhsen Onkelz, um genau diese Leute zu erreichen, die für rechte Parolen anfällig sind.« Das Konzept klingt überzeugend, allein: »Dann wurde alles kompliziert und hat auch nicht geklappt.« Ach so. Vielleicht mal mit »Rock gegen links« probieren.

EQ vs. IQ

Die Frage, »warum Frauen nicht Gitarre spielen können«, will eine Podiumsdiskussion klären. Allerdings stellt die Moderatorin gleich klar, das sei nur eine »Metapher« für das Problem, daß die Musikbranche von Männern dominiert werde. Während der Chef des WDR-Radioprogramms »Eins Live« die These vertritt, das liege daran, daß Mädchen nicht Luftgitarre spielen, hatte der Marketingdirektor von Wea einer Studie der »Welt« entnommen, Frauen verfügten über eine »emotionale Intelligenz«, die sich von der rational-männlichen unterscheide. Ein Mitglied der Frauenband Lemonbabies macht dem Job als Vorzeigefrau alle Ehre und behauptet – mit einer naiven Dreistigkeit, mit der man auch Obdachlose für ihr Schicksal verantwortlich machen könnte – , daß über Erfolg oder Mißerfolg niemals das Geschlecht, sondern nur der Charakter einer Person entscheide. Daran stimmt immerhin soviel: Wer unbedingt Marketingdirektorin werden will, hat wirklich selber schuld.

Fit for fun

Gänzlich unberührt vom banalen Tagesgeschäft klärt indes der gefürchtetste Gegner der Popindustrie, der Musikkritiker Joachim Kaiser, die Leser des »SZ«-Feuilletons über Richard Wagners Antisemitismus auf, »den er sein Leben lang beibehielt, obwohl er, was Fanatiker sonst nicht tun, in diesem Punkt auch durchaus und differenziert zuzulernen imstande war«. Lernfähige Antisemiten, nicht nur das stimmt Kaiser vergnügt – noch mehr freut er sich darüber, daß der Wagner-Boykott in Israel ein Ende hat. Und ehe man sich versieht, sind plötzlich nicht mehr die Antisemiten die »Fanatiker«, sondern die Juden, die den Bruch des Boykotts mißbilligen. Aber »gottseidank klingt alles viel weniger klirrend fundamental, wenn man ... mit israelischen Musikern spricht«. Was Kaiser höchstpersönlich getan hat, war er doch »beim Artur-Rubinstein-Klavierwettbewerb ... als Juror und Vizepräsident 14 Tage zu Gast« in Israel. Als eine Musikkritikerin ihm dort sogar stolz erklärte, daß sie ihr Kind »Tristan« nannte, »empfand« Kaiser »heitere Genugtuung dabei, unmittelbar zu spüren, daß die meisten Menschen doch vergnügter und vernünftiger sind, als alle fanatischen Fahnensprüche«. Wie wir Kaiser kennen, heckt er im stillen schon seinen nächsten großen Coup aus und setzt gegen das »Rock am Ring«-Festival der Popkomm »Richards □Ring□ gegen Rechts«.

Konkret 10/00, S. 38

Michael Rudolf

Goldenes Herz, Muskeln aus Stahl

kunst & gewerbe

Der alljährliche Streit um das schönste CD-Cover ist heuer unbürokratisch und ziemlich klar entschieden. Und zwar bereits im September – zugunsten Kahl & Kaysers neuer Scheibe »Der Cowboy weint« (Kein & Aber Records/Efa/Eichborn). Da sind kaum Widerworte zu erwarten. Denn Ernst Kahl habe ich schon immer zugetraut, die komplette Welt mit drei Strichen richtig abbilden zu können. Also sind CD-Cover für ihn eine leichte Übung; sitzt er auf der Rasierklinge ab, wie wir Medienprofis gerne sagen.

Nun bestehen CDs nicht allein aus Covern. Zusätzlich ist gesprochenes und/oder vertontes Wort auf kreisrunde Scheiben gebannt. Womit wir bei der nächsten guten Nachricht wären: Ernst Kahls Worte erfüllen beide Tatbestände. Es sind gesprochene Worte, und doch sind sie auch vertont. Dies verdanken sie eindeutig Hardy Kayser, der für Instrumente und Melodien zuständig ist. Das heißt noch lange nicht, daß gesungen würde. Nein, die Worte und Töne, welche Kahl & Kayser einfach so zu Haus aufgenommen haben, passen auch einfach so zueinander.

Freilich tönen da nicht irgendwelche Worte. Es sind kleine, herrlich unprätentiöse Alltags- und Nebenbeibeobachtungen, die Kahl reimend ins Wort erlöst. Wir könnten uns vieles davon sehr prima in einer guten Kindersendung vorstellen. Ihr Witz ist bei aller Unaufdringlichkeit, die hier abstrahlt, mit einer Wärme durchzogen, die nur von Herzen kommen kann. Von einem großen, das auch sehr oft einsam ist.

Kahl & Kaysers neue CD heißt »Der Cowboy weint«. Denn, das weiß jedes Kind, Cowboys sind eigentlich immer einsam. Dann müssen sie weinen. Aber wenn der Cowboy Kahl weint, dann hören wir gerne zu und möchten ihm am liebsten die Tränen trocknen. Zum Beispiel, wenn er die »Ferien in Afrika« beweint, die »Ukulelelene« oder Roy Black in »Er kam aus Augsburg«. Oder wenn er »als blinder Parasit im Tigerdarm« in »Der Fakir spricht« amtiert oder die Unglückseligkeit von Kindern mit Doppelnamen in »Marie-Ann« beklagt. Er kann auch Liebeslieder (unser Favorit: »Komm, liebe Spinne«), ist unermüdlicher Ratgeber (für Härtefälle wissen wir von der Trinkenden Jugend längst, daß im Kühlschrank noch Licht brennt), und wenn alles aussichtslos scheint, dann haben wir immer noch »einen Freund, und der heißt Ernst Kahl: Goldenes Herz und Muskeln aus Stahl«.

Diese wenngleich nur äußerst knapp skizzierten Sachverhalte sprechen mit überwältigender Dreidrittelmehrheit neben dem besten CD-Cover auch für die beste CD des Jahres. Außer, Kahl & Kayser machen dieses Jahr noch eine.

Konkret 10/00, S. 41

Rayk Wieland

Wenn Nazis zu sehr schreien

Kulturkolumne

Eines können sie ja, wenn sie auch ansonsten eher als Hort bzw. Horde des Unvermögens in Erscheinung treten: schreien. Wo immer in den vergangenen Wochen Rechtsradikale in den Medien auftauchten, taten sie's schreiend, mit routiniert aufgerissenem Mund. Die schreiende Naziglatze ist das Motiv, von dem sich die Redaktionen offenbar die größte Attraktion und Suggestivkraft versprechen. Springerstiefel, Baseballschläger, Fahnen und Embleme rangieren in der ikonographischen Rangliste weiter hinten.

Nun schreien Nazis, keine Frage, oft und gern. Nur ist der Lärm, den sie erzeugen, nicht das Zentralproblem. Nazis sind keine Motorräder. Wären sie welche, könnte man ihre Reglementierung getrost dem TÜV überlassen. Wenn also die häufige Wiederkehr dieses Motivs eine Bewandtnis hätte, dann sicher nicht die, daß damit etwas Charakteristisches, eine typische Handbewegung, ein Wesenszug zur Darstellung käme. Was zur Darstellung kommt, ist eher das Bild, das wir uns von den Nazis machen, ein Bild also eher von uns selber oder, wie Georg Seeßlen sagen würde, ein Bild der Mythen, aus welchen sich die Mediengesellschaft den Nazi, den sie gerne hätte, zurechtmacht. Die schreiende Glatze spiegelt die Konfusion der öffentlichen Meinung, und sie bezeichnet, wie plakativ sie auch in Szene gesetzt ist, keineswegs ein eindeutiges, klar umrissenes Phänomen, sondern vielmehr ein Phantom, das wahlweise

1. der Unhold oder Barbar schlechthin, der uns von außen und in unverhohlener aggressiver Absicht überfällt, unfähig, sich zu artikulieren, sich in unserer Kultur zu verständigen, unberechenbar und gewalttätig, eine Kampfmaschine, ein Monster, ein enthaarter King Kong;

2. der Stürmer, Krieger, Führer, der nicht zuhört, sondern anweist, Anweisungen weitergibt, von vielen, die hinter ihm stehen, zu vielen, die ihm folgen, der eine Verschwörung anzeigt, aufbegehrt, der aus der Deckung tretende mutige und unerschrockene Kämpfer;

3. der Prototyp der organisierten, disziplinierten, von Mätzchen und Krankheiten freien, Klartext redenden und ihren Reden unzweifelhaft Taten folgen lassenden Rasse;

4. der Warner, der auf Gefahren hinweisende, Wichtiges anzeigende Rufer in der Wüste, der Prophet des Schreckens;

5. der Gefangene, an den unsichtbaren Stäben seines Kerkers, der ihm die Gesellschaft ist, rüttelnd;

6. das Opfer, das von der Gesellschaft zugerichtete, gezeichnete, verwahrloste, seiner Individualität beraubte, seinen Schmerz herauschreiende unschuldige Lamm;

7. das Baby, das schutzbedürftige, abhängige, orientierungslose, verirrte Menschlein;

8. etwas Krankes, Irres, Versehrtes, das aus der geschlossenen Abteilung der Psychiatrie ausgebrochen ist und möglichst schnell dorthin zurück expediert werden muß, bzw.

9. der Zurückgebliebene, mit offenem Mund nichts kapierende, quasi debile Minderbemittelte oder schließlich

10. der ängstliche, hoffnungslose, einsame, seine Edvard-Munch-mäßige Daseinsverzweiflung per Schrei verkörpernde Mensch

sein kann – und, wenn man die Kommentare, Stellungnahmen, Erklärungen, Analysen, Diskussionen und Aufrufe der letzten Wochen gegenliest, auch sein soll. So gesehen wäre die schreiende Glatze ein Vehikel für einfühlendes Verständnis, Mitleid, Hilflosigkeit, Schulterzucken und Distanzierung. Und das Mediengebrumm geht ja exakt in diese Richtung.

Dem Bild beigeordnet sind zumeist zwei Vokabeln: Haß und Gewalt, denen zwei andere entgegenstehen und Einhalt gebieten sollen: Toleranz und Zivilgesellschaft. Im Norddeutschen Fernsehen laufen z. Zt. Spots, in welchen sich die Begriffspaare direkt gegenüberstehen. In der oberen Bildhälfte sieht man das Wort Haß und dahinter Glatzen, Springerstiefel, Tätowierungen. Im unteren Teil ist das Wort Toleranz abgebildet, und dahinter kreuzt ein prominenter Sportler auf, der dafür plädiert, daß die multikulturellen und harmonischen Verhältnisse in der Mannschaftskabine doch in der gesamten Gesellschaft Einzug halten mögen. Die fromme Forderung ist faul und bedenklich. Wer Toleranz gegenüber Ausländern verlangt, reklamiert Duldung und Hinwegsehn über Unzulänglichkeiten und Disparitäten. Der tolerante Bürger, der Daseinsberechtigungen erteilt, indem er generös von eigenen Interessen absieht – er ist die Glatze mit dem Toupet der Zivilgesellschaft.

Das Gewähren von und Herumpranzen mit Toleranz verschiebt zudem das Thema: weg von den Nazis, hin zur eigenen Großartigkeit. Die ominösen »Z-Projekte« (»›Z‹ steht für Zivilcourage«) und Postkarten-Aktionen (»Ich sehe nicht weg!«), das Jog-gen / Rocken / Flohmarktmachen / »Gesicht zeigen« gegen »rechte Gewalt« werden keinen einzigen Nazi am Einsatz seiner Stiefelsohle hindern, sondern dienen lediglich der blasierten Selbstvergewisserung, sind Augenwischerei von

Demokratie-Karrieristen – oder, auch das, Einäugigkeit. Das ZDF wirbt ja seit längerem mit seiner, schmunzel-schmunzel, partiellen Sehbehinderung, und dazu paßt die Erklärung seines Chefredakteurs Nikolaus Brender anläßlich der Präsentation einer neuen sechsteiligen Fernsehserie über die Vernichtung der Juden im Dritten Reich. Zur Schreibweise des Titels – »Holokaust« – habe sich der Sender, so Brender, entschlossen, weil der Mord an den Juden ein von deutschen verübtes Menschheitsverbrechen sei. »Die aus dem englischen stammende Schreibweise drückt sprachliche Distanz aus. Sprache darf aber nicht verschleiern. Die k-Schreibung soll verdeutlichen, daß wir Deutschen uns der eigenen Geschichte stellen ... gerade jetzt, da Neo-Nazi-Parolen und Terror die Demokratie immer mehr herausfordern.« Das ist ja wohl die Rechtschreibreform gegen Rechts. Man kann sich ausmalen, wie verdattert die Deutschen vor der neuen k-Schreibung stehen und sich stante pede ihrer Geschichte stellen werden. Wenn Nazis zu sehr schreien, dann vielleicht auch wegen solcher hanebüchenen Gesinnungsprotzerei.

Das einzige, was den schreienden Glatzen Eindruck machen könnte, sagt Benjamin von Stuckrad-Barre im »Stern«-Interview, wäre die Bewaffnung der Antifa und die Entnazifizierung der Polizei. Das hieße Bürgerkrieg, und der ist ohnehin längst, mit über 100 Toten seit der Wende, latent im Gange. Sein offener Ausbruch wird mit Aufklebern, Plakaten, TV-Spots oder ganzen Fernsehgalas gegen Gewalt nicht zu verhindern sein. Künstler und Schriftsteller scheinen das begriffen zu haben, denn anders als bei ihrem Engagement in der eminent-relevanten »Orthographie-Sache« halten sie sich diesmal weitgehend und flächendeckend zurück, wiewohl eine Kampagne wie »Gedicht zeigen« hier doch sehr konvenieren würde. Nur Herbert Grönemeyer rockt unverdrossen weiter gegen Rechts an – und Udo Lindenberg, der ein Anti-Gewalt-Abschlußkonzert auf der Expo geben will. Doch auch bei ihm lauert schon die Glatze unterm Hut.

Nichts gegen die Expo in Hannover, einige meiner besten Freunde waren dort. Doch sie ist nur ein Silberstreif in der braunen Dämmerung, denn sie geht im Oktober zu Ende. »An keinem Ort in Deutschland«, meldet das »Hamburger Abendblatt«, »feiern derzeit so viele Menschen aus aller Welt friedlich zusammen wie in Hannover – auf 160 Hektar tummeln sich Menschen aus über 150 Nationen. Da treffen mexikanische Mariachis auf irische Folksänger, Tuareg-Nomaden aus Mali auf kanadische Inuits. ›Die Verständigung zwischen den Nationen klappt wunderbar‹, sagt die kanadische Pavillon-Direktorin Claudette Bouffard. Fast jeden Abend werde in einem anderen Pavillon eine Party gefeiert. Auch der Expo-Pressestelle sind keine fremdenfeindlichen Übergriffe bekannt. ›Die Weltausstellung ist das größte friedliche Treffen aller Völker im Jahr 2000‹, sagte Expo-Sprecherin Silke Schumacher.« Das gibt’s nur einmal. Das kommt nie wieder.

Konkret 10/00, S. 42

Peter Hacks

Georg Nostradamus

oder Professor Fülberths Vorhersage

500 Jahre Imperialismus

Georg Fülberth hat eine Sache herausgefunden, die für jeden Bewohner des Erdballs von entscheidender Wichtigkeit ist. Die Produktionsweise des Imperialismus, das hat er herausgefunden, hat noch volle 500 Jahre zu leben.

Der Beweis ist der. Die Sklavenhaltergesellschaft währte von 500 vor bis 500 nach der Zeit, also 1000 Jahre. Der Feudalismus währte von 500 bis 1500, also wieder 1000 Jahre. Folglich hat der Kapitalismus, der 1500 begann, um die ihm zustehenden 1000 Jahre einzuheimsen, noch 500 Jahre vor sich, von jetzt gerechnet.

Denn jede Produktionsweise, das zeigt die Liste, hat Anspruch auf 1000 Jahre Dauer. Ich hätte Fülberths Millenniumszauber für einen Spaß genommen, hätte seine Überschrift »Kurze Sprünge« (KONKRET 4/2000) nicht den Verdacht in mir erweckt, er messe seiner Lehre von der Langatmigkeit der Gesellschaftsformationen eine gewisse Bedeutung bei, und schon ein Vierteljahr vor Fülberth eröffnet Manfred Sohn (in der »nVs« 1/2000) ein allgemeines »Nachdenken über die Dimension der Zeit in der Politik«. (Wir Marxisten, tadelt Sohn, sind immer »voreilig«, und unsere Schlüsse sind alle »übereilt«).

Als ich merkte, daß die Rechnung, die Fülberth uns aufmacht, ernst gemeint ist, entschloß ich mich nachzurechnen. Ich gelangte zu folgender geschichtlichen Tafel, die ich für wirklichkeitstreuer halte.

Die asiatische Despotie (China, Ägypten, Mesopotamien) veranschlage ich auf 3000 oder 4000 Jahre.

Den Sklavenhaltern gebe ich, ganz wie Fülberth, 1000 Jahre, von 500 vor bis 500 nach.

Dem Feudalismus gebe ich die Jahre von 800 bis 1500, macht 700. (Die fehlenden 300 Jahre von 500 bis 800 mit ihrer Weder-Sklaverei-noch-Lehnswesen-Beschaffenheit schenke ich Robert Kurz, ich will sie nicht. Sie haben was von seiner Weder-Kapitalismus-noch-Sozialismus-Diagnose, die er ausgerechnet für die Gegenwart stellt, und müßten ihm gefallen.)

Anschließen bei mir, von 1500 bis 1900, 400 Jahre Absolutismus, den Bonapartismus eingeschlossen. (Das sind jene feudal-bourgeoisen Kompromisse, die tatsächlich die einzige Spanne ausmachen, worin frei konkurrierende Kapitalisten ein bißchen mitherrschen und ihren Geschäften nachgehen dürfen).

Der Imperialismus hat 100 Jahre, von 1900 bis 2000, und seine Frist ist im Grunde um.

Das wollte ich beweisen.

Sie erkennen vermöge der Intelligenztests, die Sie im Lauf Ihres Daseins bestanden haben, daß die jeweils spätere Form immer 300 Jahre kürzer ist als die ihr vorhergegangene und wir es mit einer Reihe vom Schlage der fallenden arithmetischen Progression als dem Allgemeinen Epochengesetz zu tun haben. Anschließend an den Imperialismus sollten wir uns wieder auf 3000 bis 4000 Jahre Sozialismus einrichten. Mehr auszusagen, wäre verwegen und nicht mehr durchaus wissenschaftlich.

Was ein Kommunist gefragt haben würde

Große Entdecker sind ruhmredig, es ist nicht das, was ich Georg Fülberth vorwerfe. Aber die Vorhersage einer 500jährigen Lebensdauer des Imperialismus und Äußerungen wie: »Dabei kann der Kapitalismus gerade jetzt vor Kraft kaum laufen« – was nützt derlei Unterricht der Arbeiterklasse? Könnte nicht sein, daß er ihren Mut schwächt? Ein Kommunist würde sich diese Frage überlegt haben. Fülberth gibt sein schreckliches Geheimnis vor aller Ohren preis und plaudert den Völkern und den Klassen ganz roh und schonungslos aus, daß die Mächte, die uns quälen, nicht vor einem halben Jahrtausend zusammenbrechen werden.

Man sieht dem Imperialismus Tag für Tag beim Zusammenbrechen zu, und möchte doch auch gegen Georg Fülberth höflich bleiben. Ich persönlich habe allen Grund, Fülberth zu danken. Er korrigiert meine lateinischen Fehler. Er nimmt mich gegen den beabsichtigten Vernichtungsschlag eines feindlich gesonnenen Parteiorgans in Schutz. Er rezensiert mit großer Herzlichkeit meine Gedichte. Ich habe eine Weise gefunden, Fülberth seinen Teil Recht zu lassen, und gestehe so viel ein: An Georg Fülberth wird der Imperialismus nicht zusammmenbrechen.

Ein Kommunist würde sich ferner diese weitere Frage überlegt haben: Was hat der bisherige Marxismus über die historischen Aussichten des Imperialismus vorgetragen? Der Kommunist ist, wie wir wissen, ein Dogmatiker, autoritätshörig und buchstabengläubig. Aber ihn entschuldigt ein wenig, daß er gewöhnt ist, daß es seinen Gegnern in

solchem Maße an Gründen gegen die Marxisten fehlt, daß es höchst selten vorkommt, daß sie etwas anfechten, das die Marxisten tatsächlich gedacht oder gesagt haben. Viel lieber widerlegen sie am Marxismus, was kein Marxist je vertrat.

»Die marxistische Wissenschaft«, so Fülberth, hat dem Imperialismus »sein Ende bestimmt«. So viel, kein Wort drüber. Aber damit unterstellt er dem ganzen vorfülberthschen Marximus eine Meinung, die kein Klassiker zu hegen je in Versuchung war, und damit zwingt er mich, ihm die Mühe, über die Annahmen der marxistischen Autoritäten zu Todesart und Todesstunde des Imperialismus Bericht zu erstatten, abzunehmen.

Das Ende des Imperialismus in der marxistischen Wissenschaft

1. Karl Marx. *Kapital I*, 1867. *Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation*. – Marx, der, bevor der Imperialismus geboren wurde, starb, begründete die vollständige Theorie des Imperialismus mit einem Bündel unvergänglicher Feststellungen.

»Je ein Kapitalist schlägt viele tot«: »Zentralisation der Kapitale«. – »Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise«, »Vergesellschaftung der Arbeit sprengt« die private »kapitalistische Hülle«. – »Die Stunde schlägt.« – »Die Expropriateurs werden expropriiert.« Der Schluß der genialen Formel verspricht den Ausbeutern keine besondere Götterdämmerung, sondern daß einer kommen werde, der ihnen das Erbeutete wieder abnimmt.

Marx' Meisterschaft lag in der Kunst, Probleme zu lösen, bevor sie noch aufgetreten waren. Im Beurteilen existierender Probleme waren Napoleon I, Goethe, Hegel, Lassalle und Napoleon III viel weltklüger und lebensnäher, von Lionel Rothschild überhaupt zu schweigen.

2. John A. Hobson. *Der Imperialismus*, 1902. – Der Mann, den Fülberth so respektvoll zitiert, heißt Hobsbawm und ist ein anderer. Hobson ist unter allen Erklärern des Imperialismus der einzige, der als spätviktorianischer Engländer recht eigentlich kennt, worüber er da redet. Er vergleicht Fall und Neige des Imperialismus mit dem Fall und der Neige des römischen Reiches und gibt jenem eine orakelmäßige Drohung auf den Weg, eine Art Fluch: »Die in der ganzen Natur zusammen wirksamen Gesetze verurteilen den Parasiten zu Verkümmerung, Zerfall und zu schließlicher Auslöschung.« – »Die Strafe für ihn ist unausweichlich in der Ordnung der Natur.«

Ob »Auslöschung« soviel wie »Absterben« oder »Tod durch Fremdeinwirkung« bedeutet, vermag ich weder aus der Wortwahl noch aus dem Zusammenhang mit Bestimmtheit zu sagen. Habe Hobson im Original »extinction« oder »extinguishment«, beide Vokabeln sind mehrdeutig.

Ich halte fest: Der Imperialismus stirbt, oder er wird gestorben.

3. Rudolf Hilferding. *Das Finanzkapital*, 1905. – Eher berühmt durch die lustige Überlegung: »Die Besitzergreifung von sechs Berliner Großbanken würde ja heute schon die Besitzergreifung der wichtigsten Sphären der Großindustrien bedeuten«, hat der Analyst des Gründergewinns doch sehr klare Vorstellungen über »die letzte Phase des Klassenkampfes« und die »Eroberung der politischen Macht«.

Ein ökonomischer Zusammenbruch ist »überhaupt keine rationale Vorstellung«. Sondern: »In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur der Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.«

4. Rosa Luxemburg. *Die Akkumulation des Kapitals*, 1913, sowie *Eine Antikritik*. – Der Imperialismus, mehr noch als schon der Kapitalismus, leidet an Absatzkrisen, die durch Mangel an effizienter Nachfrage verursacht sind. Akkumulation ist daher nur möglich mittels zusätzlicher Ausbeutung von nichtkapitalistischen »anderweitigen Abnehmern«, sogenannten »dritten Personen«, Kleinproduzenten also, die den Monopolen im Inland und im Ausland zu ihrem Markt verhelfen. Wenn der Imperialismus alle dritten Personen aufgesaugt und unter sich aufgeteilt hat, bleibt er, mitsamt seinen Lohnproletariern, übrig als »reiner Imperialismus«: ganz Krupp und Krause. In dieser Stunde seines völligen Sieges krepiert er an schlußendlicher Überproduktion. Denn den Wert von Krauses Arbeit haben Krupp und Krause unter sich aufgeteilt, und wenn Krupp keine Käufer mehr findet als nur sich, Krupp, selbst und Krause, den er bezahlt, kann Krupp über die Reproduktion seines Kapitals hinaus nicht mehr erweitert reproduzieren und muß zur Pistole greifen.

Ich kann mich in Luxemburgs Wohlgefühl einfühlen, das sie vermochte, diese These in zwei starken Bänden in die Welt zu schleudern.

Was sie dem Wissen der Menschheit hinzugefügt hat, ist nicht weniger als der mathematische Begriff für den Augenschein. Die offensichtlichen Ärgernisse, die der Imperialismus hervorruft, sind das Bauernlegen und die Negerjagd, und Rosas ökonomisch-moralische Weltformel zeigt, daß der Imperialismus in den Bauern und den Negern, die er ausrottet, seine Ernährer ausrottet, durch welche Verumständung – wie im Melodrama – seine Höllenfahrt direkt aus seinen Sünden resultiert.

Luxemburgs (auch noch von den Volkstümlern geklautes) Denkgebäude ist ein bißchen richtig und in der Hauptsache falsch. Ihr Verdienst besteht darin, die »dritten Personen« und den »reinen Imperialismus« in die Debatte eingeführt zu

haben, aus der sie nun nicht mehr fortzuschicken gehen. Den dritten Personen begegnen wir unter dem neuen Namen Zivilgesellschaft, aber in ihrer alten Rächerrolle bei Gramsci und dem Subcomandante Marcos wieder, und den reinen Imperialismus, von dem keiner bezweifelt, daß es ihn nicht geben kann, versucht die Regierung Schröder vor unseren staunenden Augen ins Reich der Tatsachen zu heben.

Um eine große Frau nicht zu verleumden. Obwohl Luxemburg aussagt, daß der Imperialismus an sich selbst zu Grunde geht, rät sie dringend, ihn vorher totzuschlagen.

5. Wladimir Iljitsch Lenin. *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1916. – Lenin zitiert freimütig Hobson und Hilferding und schafft so das klassische Werk, das kaum noch weiterer Verbesserung bedarf. Das Buch ist, wie der Verfasser erläutert, »im Hinblick auf die zaristische Zensur« und »in einer Sklavensprache« abgefaßt; das ist, weshalb es dem ökonomischen oder politischen Hingang des Imperialismus weniger Raum widmet. Gegen Ende hin wird den Bestandteilen der Definition des Imperialismus ein letzter hinzugefügt: »sterbender Kapitalismus«, als welcher derselbe, wie der Verfasser bescheiden anmerkt, »unvermeidlich beseitigt werden muß«.

Ohne Hinblick auf die zaristische Zensur und in der Sprache eines freien Mannes teilt Lenin seine Meinung zum Abhandenkommen des Imperialismus in dem Aufsatz *Prophetische Worte*, 2.7.1918, mit. Besser, Sie läsen ihn, ich will aber andeuten, was drinsteht.

Lenin erwähnt Engels, der 1887 schreibt, nach dem nächsten Weltkrieg sei »der Sieg des Proletariats entweder schon errungen oder doch unvermeidlich«, und er verknüpft hiermit die Frage, was für eine Vorahnung dann erst aus dem eben stattfindenden Bürgerkrieg sich folgern lasse, »ohne den kein ernsthafter Marxist sich den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hat vorstellen können«.

6. Nicolai Bucharin. Weiß, daß kein »reiner Imperialismus« möglich ist und daß die »dritten Personen« nimmer ausgehn, und schleudert den zwei Bänden der Luxemburg zwei bucharinsche Bände entgegen, *Ökonomik der Übergangsperiode*, 1922, und *Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals*, 1926. Ich begnüge mich mit dieser Information, zumal Bucharin mit seiner Gegnerin einen gewissen Hang zum Schweranwendbaren teilt.

Es gibt zu Bucharins Luxemburgkritik dann noch Abschließendes von Stalin, der übrigens auch als letztlicher Urheber der drei folgenden Items 7, 8 und 9 verstanden sein will.

7. *Geschichte der KPdSU (B)*, Redaktionsschluß durch das ZK der KPdSU unter Stalin 1938, so wie die Bibel ihre Schließung des Kanons durch die große Synagoge unter Esra gegen Ende des 2. Jahrhunderts hatte. Das Geschichtsbuch knüpft an den Begriff vom »sterbenden Kapitalismus« an und bringt Lenins Imperialismustheorie auf den folgenden Nenner. »Dies bedeutete natürlich nicht, daß der Kapitalismus von selbst absterben würde, ohne die Revolution des Proletariats, daß er, faul bis ins Merk, von selbst einstürzen werde. Lenin hat immer gelehrt, daß es ohne die Revolution der Arbeiterklasse unmöglich ist, den Kapitalismus zu stürzen.«

8. Eugen Varga. *Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg*, 1953. Dieser Gelehrte konstatiert die »Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus«, erklärt: »Die Phase der Prosperität fällt aus dem Zyklus weg«, fühlt »nach dem zweiten Weltkrieg« Zorn auf die Amerikaner und die Sozialdemokraten, welchen es gelungen ist, die Sowjetunion um die Früchte des Sieges zu betrügen, und tröstet sich mit dem dritten: »Die unvermeidliche Niederlage wird dem ganzen System des Imperialismus ein Ende machen.«

9. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Institut für Ökonomie) erfreut mit einer glänzenden *Politischen Ökonomie*, Lehrbuch, 1954.

»Der Kapitalismus«, lehrt das Lehrbuch, »ist vollauf reif geworden für die Ablösung durch den Sozialismus.« Er stirbt

lan der stattgehabten und statthabenden sozialistischen Revolution,

lan seinen imperialistischen Kriegen,

lan der nationalen Befreiungsbewegung der Kolonialvölker.

»Das bedeutet nicht«, faßt das Lehrbuch sehr verständig zusammen, »daß der Kapitalismus von selbst abstirbt, durch ›automatischen Zusammenbruch‹, ohne den entschlossenen Kampf der von der Arbeiterklasse geführten Volksmassen.«

Damit wir uns alle richtig verstehen: Je schlapper und kränker einer ist, desto leichter hat es der Gevatter Tod mit ihm.

10. Otto Reinhold. *Imperialismus heute*, 1965. Die chruschtschowistische Denkverschwörung, nebst Konvergenz von Imperialismus und Sozialismus und einbegriffen die friedliche Lösung aller Widersprüche, hat sich, bevor sie jetzt bei G. Fülberth erneut zum Vorschein tritt, in dem genannten Grundlagenwerk erstmalig in der DDR ans Licht gewagt. Neben O. R. wird auch Heinz Petrak sich müssen mitnennen lassen.

Ich referiere, indem ich zitiere.

Vom Imperialismus sagt Reinhold, daß durch ihn »eine bewußte Ausnutzung ökonomischer Gesetze des Kapitalismus unter der Leitung der Monopole mit Hilfe der regulierenden Tätigkeit des Staates stattfindet«. Es gebe, sagt er, »auch heute viele Menschen, die einen raschen Aufschwung des Klassenkampfes praktisch erst nach dem Ausbruch einer neuen Wirtschaftskrise erwarten«. Es ist aber »diese Auffassung falsch und demobilisierend«.

Nicht demobilisierend ist Reinholds eigene Auffassung. »Je mehr es der Arbeiterklasse gelingt, die Macht der Monopole in Westdeutschland einzuschränken und Einfluß auf diesen Regulierungsmechanismus zu gewinnen, um so eher ist sie in der Lage, sich schon unter kapitalistischen Bedingungen einen größeren Anteil an diesen gewaltigen Reichtümern zu erkämpfen.« Und wer das bezweifelt, der vertritt »eine falsche, dogmatische Betrachtung des Kapitalismus«.

11. Walter Ulbricht. *100 Jahre »Das Kapital«*, 1967. – Läßt mit der Abfuhr an Reinhold nicht lang warten. Zur Konvergenz: »Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitals als gesellschaftliche Ordnung, als Ganzes, ist natürlich dem Sozialismus diametral entgegengesetzt.« *Zum 150. Geburtstag von Karl Marx*, 1968. – Zum nichtantagonistischen, evolutionären, gleichsam gleitenden Übergang vom Imperialismus zum Sozialismus: »Durch die verschiedensten Lehren bürgerlicher und sozialdemokratischer Ideologen soll der Eindruck erweckt werden, als ob durch gutes Zureden oder Gesundbeten der Zyklus von Krise, Depression, Konjunktur, Krieg aufgehoben werden könne.«

Walter Ulbrichts Testament, bevor die Russen ihn liquidierten, ist in der letztern Rede enthalten. »Die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung« muß »auf höherer Stufe geschmiedet werden«.

12. Sahra Wagenknecht. *Kapital, Crash, Krise*, 1998. – Ergänzt Hilferding um die technisch-quantitativen Neuerungen der letzten hundert Jahre auf den Märkten des fiktiven Kapitals.

Jenes »Ende der Kultur«, das Luxemburg einem dem Sozialismus entronnenen Imperialismus als sicheren traurigen Lebensabend verspricht, hat bei Wagenknecht einen Beischmack von Faschismus, von dem ich nicht einsehe, was an ihm für den Imperialismus ein Grund für Trauer sein sollte. Faschismus ist doch, neben dem Neoliberalismus, eine der Gestalten, unter denen der imperialistische Staat seit seiner Entstehungszeit den ihn beherrschenden Monopolen aufwartete. Der Faschismus eignete sich eher für die Depression, der Neoliberalismus eher für die Konjunktur. Aber beide sind gut, und sie werden wahlweise, nach Belieben und, wenn es sein muß, auch gleichzeitig angenommen.

Ihre Hoffnung auf die Endlichkeit des Imperialismus formuliert die Philosophin, wie folgt: »Ich bin mir sicher, daß die Menschen sich auf Dauer nicht gefallen lassen, was der Kapitalismus mit ihnen und aus ihnen macht. Sie werden sich wehren und sie werden nach Alternativen suchen. Die gibt es aber nur jenseits des bestehenden Wirtschaftssystems.«

Wagenknecht sagt, was Lenin sagt. Ich gestehe aber, daß mir Lenins Sklavensprache irgendwie griffiger vorkommt als Wagenknechts Sklavensprache.

Einhelliges Urteil der Marxisten

Wenn wir Rosa Luxemburg eines gewissen linken Übereifers zeihen und Otto Reinhold als Nichtmarxisten vernachlässigen, lautet der Spruch der marxistischen Gelehrten zum Schicksal des Imperialismus: Ohne daß man ihn tritt, stürzt er nicht. Tritt man ihn, stürzt er.

Natürlich kann keiner den Imperialismus hindern, über einen Kiesel zu stolpern und sich den Hals zu brechen. Andererseits, solange um mich herum die Anführer des Weltproletariats Gysi, Stehr, Baier, Hue oder Amato heißen, kann der Imperialismus die Hälfte aller Arbeiter in die Arbeitslosigkeit schicken und die Hälfte aller Arbeitslosen in die Obdachlosigkeit und dabei nachts so sorglos schlafen wie eine junge Katze.

Keiner gibt vom unausweichlichen Abgang des Imperialismus einen Termin. Über Termine haben die Marxisten gelernt zu schweigen. Fülberth steht wirklich allein da, wenn er sich herausnimmt zu behaupten, es werde alles noch sehr, sehr lange dauern.

Die Unerträglichkeit des Imperialismus

Georg Fülberth will von mir wissen, ob ich »ein möglichst baldiges Ende« des Imperialismus als »wünschenswert« erachte. Ich fühle mich gebührend geschmeichelt; wenige Leute außer ihm haben je auf meine Meinung den mindesten Wert gelegt. Es kommt aber darauf an, ob der Globus den Imperialismus für erträglich hält. Denn bevor eine Sache nicht unerträglich ist, wird nicht revoltiert.

In der Tat gibt es einige vom Imperialismus hervorgerufene Übelstände, die ihn möglicherweise unerträglich machen könnten; ich zähle drei.

Der erste fällt Fülberth selbst ein. Es ist der von Bebel drastisch so genannte »große Kladderadatsch«, den Fülberth zum definitiv-drastischen »finalen Kladderadatsch« umtauft. Gemeint ist die Weltwirtschaftskrise, in der Wissenschaftssprache

die »allgemeine« oder »einheitliche« Krise genannt. Otto Reinhold nimmt an, und Fülberth nimmt an wie Reinhold, die Depression sei vom modernen Imperialismus aus dem Krisenzyklus wegreguliert für immer.

Stalin wieder, wenn wir uns entsinnen, hat verfügt, daß es die Konjunktur sei, die aus dem Krisenzyklus verschwunden ist. Das eine wie das andere hat was für sich. Für gewiß kann gelten, daß der Krisenverlauf als ganzer noch fortwirkt, aber in undeutlicherer Gestalt. Die Regel tritt nicht regelmäßig ein, sie kommt flacher, aber öfter, und beide, die Phasen und die Zwischenphasen sind schwach ausgeprägt und neigen dazu, sich zu überlappen. Wäre der Krisenzyklus ein Menstruationszyklus, würde man sagen, der Imperialismus leidet an Schmierblutungen und muß mal zum Onkologen.

Dadurch, daß einer den Krebs hat, wird er ja eigentlich noch nicht leichter regulierbar.

Der Palast der Weltwirtschaft ist ein spekulatives Gebäude aus faulen Krediten und ungedecktem Geld. An seinem Einsturz ist alles wahrscheinlich und nichts unwahrscheinlich. War es nicht erst 1999, daß die Krise ganz Ostasien, Rußland und Südamerika erfaßt hatte? Es hat zum Kladderadatsch nur gefehlt, sie hätte noch die USA und Europa miterfaßt, und es hat nicht viel gefehlt.

Der andere Übelstand ist der Weltkrieg.

»Inzwischen«, erklärt Fülberth, will sagen, seit der allgemeinen Niedergeschlagenheit nach dem zweiten Weltkrieg, »gelten« – mit gelten meint er: sind – »Kriege wieder als ›führbar‹«. Mit führbar meint er: für Amerika oder Deutscheuropa gewinnbar.

Der Satz kann auf zweierlei Weise verstanden werden. Nämlich so: Kriege dürfen heute wieder geführt werden, dann hat er ein Mal gestimmt. Das war in Bezug auf den Krieg gegen den Irak; die Zeiten sind auch schon wieder vorbei. Oder so: Kriege können wieder geführt werden. So in der Tat versteht ihn Fülberth, und dann ist er einfach unwahr.

Ich wundere mich, wie dieser Schriftsteller über die Schäden, welche die Kriege dem Imperialismus zufügten, hinweghüpft, achtlos, fast belustigt, so als sei der Krieg des Imperialismus' Lieblingszustand. Er tut aus irgendeinem dummen Grund, als habe das zwanzigste Jahrhundert dem Imperialismus gehört und als habe er, vermöge seiner proteischen Natur, ein unbeschwertes und unbehelligtes Leben hinter sich.

Wahr ist: Nach dem ersten Weltkrieg gehörte dem Imperialismus ein Sechstel der Erde nicht mehr. Nach dem zweiten Weltkrieg gehörte ihm allenfalls nur noch die Hälfte. Gäbe es nicht unter den imperialistischen Ländern eines, das, ganz wie in alten Tagen England, auf einer Insel wohnt und sorgfältig vermeidet, bei den Kriegen, die es bezahlt, persönlich in Erscheinung zu treten – gäbe es die USA nicht, hätten beide Kriege das Ende des Imperialismus bedeuten können.

Dank der USA sind viele Ergebnisse der beiden Weltkriege im Augenblick vielleicht für den Sozialismus verloren. Vielleicht auch noch nicht. Man stelle sich nicht noch dümmer, als man ist, und höre auf, von den Koryphäen des existierenden Sozialismus als von einer Gesellschaft von Losern zu reden.

Das Spiel, beiläufig, welches der Imperialismus zum Jahrhundertende gegen den Sozialismus gewonnen hat, war kein Krieg. Möge das nun als ein erfreuliches oder ein bedenkliches Zeichen zu nehmen sein, aber einen Krieg haben wir bisher nicht verloren, nicht einen.

Einer Erklärung hierfür ließe sich von dem, der sie sucht, in Karl Kautskys schönem Faszikel *Der Bolschewismus in der Sackgasse*, Berlin 1930, habhaft werden: »Der Bolschewismus war seit jeher eine Verschwörung nach blanquistischem Muster gewesen, aufgebaut auf blindem Gehorsam der Mitglieder gegenüber ihren autokratischen Führern. Darin begegnet sich der Bolschewismus mit dem Militarismus. Darum liegen alle seine Erfolge auf Gebieten, auf denen militaristische Methoden anwendbar sind.«

Ich würde, wäre ich Fülberth, über die Führbarkeit imperialistischer Kriege noch ein Mal nachdenken.

Der dritte Punkt, in welchem es um den Imperialismus übel steht, ist das »ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte« (Stalin, *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*), mit anderen Worten das Gesetz der unbedingten Untauglichkeit der kapitalistischen Erzeugungsweise für die neueren Kräfte der Erzeugung. Der Imperialismus stirbt daran, daß er nichts mehr kann und alles kaputtmacht.

Man erlaubte mir, an der Oberfläche und im Offensichtlichen zu verweilen. Die Gesellschaftsform des Imperialismus, die einmal eine Revolution war und die Produktivkräfte mehr als jedes Herstellungssystem vor ihm beschleunigte, hat sich während der hundert Jahre seines Bestehens in seinen Widersprüchen erdrosselt.

Die Überlegung, wieviel Zukunft man dem Imperialismus einzuräumen habe, wirkt absonderlich angesichts der Tatsache, daß man ihm längst keine Gegenwart mehr zubilligen würde. Nie gab es eine gesellschaftliche Ordnung, der ihre Unbrauchbarkeit so offen auf die Stirn geschrieben stand. Wovon ich rede, sind

lseine Eisenbahnen, die gegen die Autobahnbrücken donnern,

lseine Transatlantikflugzeuge, die neben ihrer Startbahn aus der Luft fallen,

lseine Autos, die die Fabriktore verlassen, um in die Reparaturwerkstätten gerollt zu werden.

Seine Marsautomaten erreichen den Mars nicht. Seine Telegramme benötigen mehr Zeit als seine Briefe. Weltzeitungen schämen sich nicht mehr bei Druckfehlern. In seiner Wurst befindet sich kein Fleisch, in seinen Marmeladen ist keine Himbeere. Das Essen ist so schlecht, daß sich heute schon sagen läßt, der deutsche Mittelstand habe nichts zu essen.

Die ungeheuerlichen Gelder, die der imperialistische Staat seinen Monopolen in Form von Steuerverzichten und unmittelbaren Zuwendungen in die Taschen schiebt, beenden jede zahlungskräftige Nachfrage. Drei Prozent Wachstumssteigerung halten sie für eine Konjunktur, die Dienstleistungen zählen sie mit. Wenn sie eine Ware nicht loskriegen, fällt ihnen nicht ein, sie zu verbilligen oder zu verbessern. Was ihnen einfällt, ist: eine Reklamekampagne.

Welche Lichtblicke hat, angesichts der unvermeidlichen Krise, des unvermeidlichen Kriegs und des unvermeidlichen Scheiterns seiner Art der Hervorbringung von Gütern, Fülberth dem Imperialismus für die Zukunft zu eröffnen?

Ohne ihn zu gewaltsam in die Nähe des Hofastrologen Karls IX rücken zu wollen: Fülberths zwei Hinweise zugunsten eines weiteren halben Jahrtausends Imperialismus sind doch sehr mager. Herzoperationen für insolvable Greise, an deren künftigen kostenlosen Vollzug er zu glauben scheint, sowie »Regulierungen des Weltfinanzmarkts«, an deren künftige Wirksamkeit er, wenn ich ihn verstehe, auch glaubt – das ist schon alles. Keine Silbe, die zu widerlegen sich lohnte.

Ich, der ich mein Leben im Sozialismus verbracht habe und ihn kenne, wie Hobson seinen Imperialismus kannte, beschwöre Fülberth: alle diese weltweiten und langanhaltenden Sachen nicht nur erzeugen, sondern in etwas Ruhe auch verteilen, das können nur wir.

Geleit

Ich bin mit dieser Entgegnung sehr verspätet. Ich muß mich bei Georg Fülberth und auch bei der Redaktion KONKRET entschuldigen, ich habe wirklich getrödelt. Sollte ich dennoch rechtzeitig vor dem Zusammenbrechen des Imperialismus auf dem Platz sein, dann ist alles noch gut geworden. Ist der Imperialismus hingegen zusammengebrochen, bevor diese Abhandlung gegen ihn erscheinen konnte, nun, dann bleibt es mein eigenes Versagen und mein persönliches Pech.

Peter Hacks veröffentlichte in KONKRET 11/98 bis 12/99 die Gedichtfolge »Jetztzeit«

Konkret 10/00, S. 48

Detlef Hartmann

Das höhere Chinesentum

Nietzsche zum dritten: der Philosoph, den des Kaisers Soldaten im Tornister und des Führers Ideologen im Kopf hatten, wird für die Berliner Republik reaktiviert

»Er war ein Riese. Er war Dynamit.« Mit diesem Fanfarenstoß leitet Ulrich Raulff, der Chef des »FAZ«-Feuilletons, den Abdruck eines Vortrags ein, den Peter Sloterdijk für eine Nietzsche-Feier in Weimar verfaßt hat. In der Tat hatte die Begeisterung für Nietzsche die deutschen Eliten schon vor hundert Jahren begleitet, als sie zum erstenmal nach der Weltmacht griffen. Auf ihrem Weg an die Fronten des Ersten Weltkriegs trugen Hunderttausende eine Ausgabe des *Zarathustra* im Tornister. Und auch beim Zweiten war er dabei: »Was immer Nietzsche letztlich bedeutet haben mag«, schrieb Franz Neumann 1942, »seine Rezeption in Deutschland begünstigte das Aufkommen des Nationalsozialismus. Sie lieferte dem Nationalsozialismus einen geistigen Stammvater«, der »eine rauschvoll anti-humane Lehre ausbildete, deren Lieblingsbegriffe Macht, Instinkt, Dynamismus, Übermenschentum, naive Grausamkeit, die blonde Bestie, die amoralisch triumphierende Lebenskraft waren«, wie Thomas Mann ergänzte, als er amerikanischen Studenten Nietzsches Beitrag zum Vernichtungsfeldzug der Nazis zu erklären versuchte.

Thomas Mann war selbst in seiner Jugend diesem Rausch erlegen, den Orgien der Selbstfeier, in denen Nietzsche am Ende seines Schaffens, in dem autobiographischen Aufriß *Ecce Homo* aus dem Jahre 1888, sich erging. Hier resümierte er die Entwicklungslogik seiner Werke: »Ich bin kein Mensch, ich bin Dynamit. Will man eine Formel für ein solches Schicksal, das Mensch wird? – Sie steht in meinem *Zarathustra*. – Und wer ein Schöpfer sein will im Guten wie im Bösen, der muß ein Vernichter erst sein ... Ich kenne die Lust am Vernichten in einem Grade, die meiner Kraft zum Vernichten gemäß ist – in Beiden gehorche ich meiner dionysischen Natur, welche das Neinthun nicht vom Jasagen zu trennen weiß. Ich bin der erste Immoralist: damit bin ich der Vernichter par excellence.«

Um keinen Zweifel zu lassen: »Vernichter« auf allen Ebenen. Vernichter der unwerten »Werte« und der »Moral«, aber auch ganz handfest Propagandist der Vernichtung unwerten Lebens: »Jene neue Partei des Lebens, welche die größte aller Aufgaben, die Höherzüchtung der Menschheit in die Hände nimmt, eingerechnet die schonungslose Vernichtung alles Entartenden und Parasitischen, wird jenes Zuviel von Leben auf Erden wieder möglich machen, aus dem auch der dionysische Zustand wieder erwachsen muß.« Und die dazugehörige Option der Euthanasie in der internen Regieanweisung für Zarathustra aus dem Nachlaß: »Seine Lehren waren bisher nur an die zukünftige Herrscher-Kaste gerichtet. Diese Herren der Erde sollen nun Gott ersetzen ... Sie erlösen die Mißrathenen durch die Lehre vom ›schnellen Tode‹.«

Wenn Raulff Nietzsche als »Dynamit« feiert, im offenen Bekenntnis zur Welt des *Ecce Homo*, ruft er zugleich den ganzen Kontext der Propaganda für die schöpferische Zerstörung und Vernichtung auf. Es ist dieser Kontext, der der Diktion von Einleitung und Vortragstext ihre wahre und äußerst bösartige Bedeutung verleiht. »Nach Sloterdijk ist Nietzsche ein ›fünfter Evangelist‹, der das kreative Potential des Individuums besungen hat. Mehr noch: Nietzsche, der das Selbstlob aus dem Sündenschatten befreien wollte, hat die Sprech- und Handlungsweise der sich selbst lobenden, sich selbst designenden Menschheit des 21. Jahrhunderts vorweggenommen«, schreibt Raulff. Und Sloterdijk selber: »(Nietzsche) weiß, daß es eine weltgeschichtliche Tat ist, die künftigen Sprachenströme vom Ressentiment abzukoppeln und die eulogischen *(*für ›Jasagenden‹ bei Nietzsche*,* D.H.*)* Energien neu zu kanalisieren.« Den *Zarathustra* preist er als »Ermuthigungsbuch«, und aus *Ecce Homo* verkündet er Nietzsches Botschaft seines »Wegs aufwärts: erst von mir an giebt es wieder Hoffnungen, Aufgaben, vorzuschreibende Wege der Kultur – ich bin deren froher Botschafter ...«

Sloterdijk feiert das »Ereignis Nietzsche« in dessen Selbstlob als Konstrukteur »gruppennarzißtischer Instrumente«, aber man hört von ihm kein offen böses Wort, wohl um »die letztjährigen Worte vom ›Menschenzüchter‹ womöglich verständlicher zu machen« (Raulff). Etwas gebrannt ist das Kind schon, es gibt sich auch am Schluß lammfromm, wenn es den Vortrag mit einem Zitat des »Zarathustraidylls« des »Mittags« ausklingen läßt: »Scheue dich! Heißer Mittag schläft auf den Fluren. Singe nicht. Still! Die Welt ist vollkommen.«

Eine »Ovation auf die vollendete Erde« nennt Sloterdijk dies mit kreideweichen Worten. Aber die Ovation hat es in sich, und seine Frömmelei ist eine Verstellung von einer Unverfrorenheit, die den Atem raubt. Der »Mittag« ist für Nietzsche nicht stille Feier der Vollendung, sondern idyllisches Vorspiel zur Barbarei. In vielen Varianten bildet er die Metapher für den Ewigkeitsmoment stiller Sammlung, bevor der Wille zur Macht sein Dynamit scharf macht und in die Entfesselung der Gewalt kreativer Vernichtung umschlägt.

Die samtpfötige Verstellung hat ihren Grund. Nach 1945 wurde der Philosoph Jahrzehnte quasi in Quarantäne gehalten. Auf der Linken hatte Georg Lukacs' Buch *Die Zerstörung der Vernunft* die Barrieren aufgerichtet, auf der Rechten zog Ernst Nolte in *Der Faschismus in seiner Epoche* nach (uminterpretiert erst viel später im Historikerstreit). Aus

unterschiedlicher Perspektive stellten sie Nietzsches Bedeutung für den Nationalsozialismus und seinen Massenmord klar, ebenso unmißverständlich wie später die Historiker Stern, Bracher, Lichtheim, O´Brien.

Nietzsches Entnazifizierung wurde vertagt, und sogar die Angebote einer neuen Nietzsche-Rezeption aus den poststrukturalistischen und dekonstruktivistischen Strömungen Frankreichs und der USA wurden hierzulande zunächst nur verschämt wahrgenommen. Das änderte sich in den Diskussionen um den Historikerstreit und die von Botho Strauß, Martin Walser und Sloterdijk ausgelösten Skandale. Heute ist Nietzsche so weit entnazifiziert, daß zur Feier seines hundertjährigen Todestags die Entfesselung der von ihm propagierten Energien kreativer Zerstörung öffentlich zelebriert werden kann.

Die Führung reklamieren Raulff und Sloterdijk. Wenn sie das Dynamit aus dem *Ecce Homo* in den Mittelpunkt der Festversammlung legen und den Mythos des »Großen Mittag« aufrufen, zielen sie auf die Entfesselung des aggressivsten Kerns Nietzscheanischer Energien. Was sind diese Energien? Welche Bedeutung hat ihre Propaganda? Etwa bloß ideologische, symbolische, philosophische? Und geht es nur um die eulogische Befreiung aus dem Sündenschatten des Nationalsozialismus im Übergang zur Berliner Republik? Sicher all das auch, aber damit ist die Bedeutung keinesfalls erschöpft.

Um dies zu erklären, muß ich noch einmal zurück zu Nietzsches Rolle beim »Griff nach der Weltmacht« vor hundert Jahren. Der historische Kontext macht seine Philosophiepolitik der Erregung aggressiver Energien entzifferbar als eine Metaphysik der Gewalt, die auf allen Feldern des innovativen Umbruchs zum Fordismus geschichtsmächtig wurde: der Technologie, Ökonomie, Soziologie und der großen Politik ihrer damaligen »Globalisierung«. Dieser Prozeß ist ein unschätzbarer Lehrstoff. Denn der gegenwärtige Take-off zu einem »postmodernen« historischen Großzyklus trägt analoge Züge: So drücken sich in den liturgischen Anstrengungen der Festgemeinde im August 2000 die Bemühungen aus, die aggressiven Energien noch einmal geschichtsmächtig zu machen, die Nietzsche für den umfassenden Griff nach der Weltmacht schon vorformuliert hat. Wir können Nietzsche ruhig folgen und die Logik seiner Entwicklung am Leitfaden aus dem *Ecce Homo* beschreiben. Seine nachgelassenen Fragmente, seine Briefe machen dies nachvollziehbar. Es ist eine Logik darin, die die Stadien der Entwicklung des »Willens zur Macht« zeichnet, von der ersten Offensive aus der »Erweckung« durch Schopenhauers Willensmetaphysik und Richard Wagners Musik (*Geburt der Tragödie, Unzeitgemäße Betrachtungen*) über die »Krisis« der späten siebziger Jahre (*Menschliches, Allzumenschliches*) bis zur Wiederaufnahme und Steigerung ihrer aggressiven Dynamik in den achtziger Jahren.

Es ist eine sträfliche Unterschätzung von Nietzsches philosophischen Qualitäten, wenn man den »Willen zur Macht« auf eine ethisch-moralische Größe oder gar auf einen psychologischen Grundbegriff reduziert. Seine komplexen Darstellungen in der Zerlegung von »inneren« menschlichen Phänomenen und Triebkräften im Verhältnis zu den Oberflächenerscheinungen des Bewußtseins sperren sich gegen solche Simplifizierungen. Ebenso entschieden ist die philosophische Behandlung des »Willens zur Macht« als Synthesebegriff für die aggressiven handlungs- und erkenntnisleitenden Energien in der »Bemächtigung« der Welt. Er zielt auf die Totalität der Bemächtigung auf allen Feldern: der Moral, der Kunst, der Geschichte, der Biologie, der Gender-Politik, der Psychologie, der Philosophie im engeren akademischen Sinn, des Klassenkampfs, der großen Politik, der Technologie und der Ökonomie.

Ja wirklich: auch der Ökonomie. Es gibt derart viele Ansätze zur Ökonomie als Aufmarschfeld der aggressiven Energien kreativer Zerstörung aus dem »Willen zur Macht«, daß ich mich wundere, warum sie so wenig Beachtung gefunden haben. Sie gehören ins Zentrum historisch-materialistischer Analyse, weil gerade sie für die wilhelminische Innovationsoffensive im Griff nach der Weltmacht besonders wichtig geworden sind.

In den Vorarbeiten zum »Willen zur Macht« heißt es zu den Strategien, in denen sich der »Übermensch« aus der Gewalt der Arbeitsunterwerfung als progressiver technokratischer Herrentypus erschafft: »Ich versuche eine ökonomische Rechtfertigung der Tugend. – Die Aufgabe ist, den Menschen möglichst nutzbar zu machen und ihn, soweit es irgendwie angeht, der unfehlbaren Maschine zu nähern: zu diesem Zwecke muß er mit Maschinen-Tugenden ausgestattet werden ...« – »Auf jenem ersten Wege entsteht die Anpassung, die Abflachung, das höhere Chinesentum, die Instinkt-Bescheidenheit, die Zufriedenheit in der Verkleinerung des Menschen ... Haben wir erst jene unvermeidlich bevorstehende Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde, dann kann die Menschheit als Maschinerie in deren Diensten ihren besten Sinn finden: – als ungeheures Räderwerk von immer kleineren, immer feineren ›anzupassenden‹ Rädern; als ein immer wachsendes Überflüssig-werden aller dominierenden und kommandierenden Elemente; als ein Ganzes von ungeheurer Kraft, dessen einzelne Faktoren Minimal-Kräfte, Minimal-Werte darstellen. Im Gegensatz zu dieser Verkleinerung und Anpassung der Menschen an eine spezialisierte Nützlichkeit bedarf es der umgekehrten Bewegung, der Erzeugung des synthetischen, des summierenden, des rechtfertigenden Menschen, für den jene Machinalisierung der Menschheit eine Daseins-Vorausbedingung ist, als ein Untergestell, auf dem seine höhere Form zu sein sich erfinden kann.« – »Er steht auf ihnen, er lebt von ihnen, ... ein Maximum der Ausbeutung des Menschen ...« – »Mein Begriff, mein Gleichnis für diesen Typus ist, wie man weiß, das Wort ›Übermensch‹.«

Die Selbstkonstitution des »Übermenschen« als manageriale Avantgarden aus dem techno-logischen Angriff, in der psychotechnischen Bemächtigung, in der arbeitsorganisatorischen Zerstörung von produktiver Autonomie, sollte auch strategischer Kern des tayloristisch-fordistischen Projekts im Klassenkrieg werden. Dieses Projekt begriff Nietzsche als weit in die Zukunft reichenden Prozeß der Globalisierung zur »Wirtschafts-Gesamtverwaltung der Erde«, im ökonomisch-technischen Griff nach der Weltmacht durch »ungeheure sozialistische Krisen« hindurch und unter der Regie neuer »Barbaren des zwanzigsten Jahrhunderts«.

Auch die Selbstzüchtung einer europäischen Herrenrasse (Stichwort: der »gute Europäer«) behandelt Nietzsche als Ausdruck des Willens zur Macht. Wenn er die Juden gegen den plumpen gewöhnlichen Rassismus und Antisemitismus dazu einlädt und ihre Eliten (unter Ausschluß osteuropäischer Immigranten) gar aufgrund ihrer Selbstbehauptungs- und Erwerbsenergien mit märkischen Adeligen in die europäische Herrenrasse einschmelzen will, ist das keineswegs so anti-antisemitisch, wie es jetzt allseits gerühmt wird. Seit den frühen Schriften gilt sein Haß ungebrochen (mit kurzzeitigen Abmilderungen zur Zeit seiner »Krisis« Ende der 70er Jahre) der jüdisch-christlichen Moral des Mitleids und dem semitischen Sündenfallmythos, die er wie die sozialistische Gleichmacherei und die weiblichen Instinkte zu Antagonisten des »arischen« männlichen Willens zur Macht stilisiert.

Es ist klar, daß die geradezu explosive Rezeption Nietzsches erst mit dem Umbruch zu einer neuen politischen Ökonomie beginnen konnte. Er wurde nicht nur zum philosophischen Impulsgeber der Befreiung neuer Eliten aus den Fesseln des alten hochbürgerlichen Regimes, sondern auch des deutschen »Griffs nach der Weltmacht«, des Anspruchs deutscher Innovationseliten auf eine hegemoniale Rolle im damaligen Prozeß der Globalisierung. Die Kräfte dieser Globalisierung waren die neuen Avantgarden, die den Durchbruch durch Klassenwiderstand und Verwertungsstagnation der »großen Depression« in einer innovativen Offensive suchten. Sie hatten ihren Kern in einem neuen aggressiven Unternehmertum, in managerialen Avantgarden der »wissenschaftlichen Betriebsführung« und Rationalisierungsstrategien vor allem aus den innovativen Schlüsselindustrien. Seine herausragenden Exponenten orientierten sich im Kult des »heroischen Unternehmers« und in der Zugriffshärte seiner neuen Rationalität bewußt an Nietzsche.

Es war neben Wichard von Moellendorf, Max Weber und Alexander Tille vor allem Walter Rathenau, Manager der AEG, der um die Jahrhundertwende einer heißen Nietzsche-Fangemeinde um die avantgardistische Zeitschrift »Die Zukunft« angehörte, ihm verdanken wir eine Fülle von Schriften zur Erschließung von Nietzsches Spätwerk und seiner aggressiven Energetik für die deutsche Innovationsoffensive. Der amerikanische Technologiehistoriker Thomas Hughes hat Rathenau zum säkularen »System Builder« hochstilisiert (und kein anderer als Ulrich Raulff hat Hughes bei Wagenbach in einem Rathenaubüchlein 1990 geradezu programmatisch exakt zum Anschluß der DDR publiziert).

Die politisch-ökonomische Fundierung erhielt die Innovationsoffensive durch Theorien des aggressiven Ungleichgewichts und der »schöpferischen Zerstörung« vor allem bei Josef Schumpeter. Dessen grundlegendes Werk, die 1911 erschienene *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, setzt die Akzente der Akkumulationstheorie unmißverständlich auf Zwang und Gewalt. Sie stellt die soziale Aggressivität der Unternehmerfunktion derart radikal ins Zentrum kapitalistischer Akkumulationsdynamik, daß man geradezu von einer politischen Ökonomie unternehmerischer Gewalt und zerstörerischer Aggressivität sprechen kann. Als »Führer« und »Feldherr« im »Kraftüberschuß« seines »Siegerwillens« und im Ausbau seiner »Herrenstellung« setzt der Unternehmer Innovationen gegen den sozialen Widerstand durch. »Ohne Schonung, bis zur ultima ratio der völligen Vernichtung der mit hoffnungslos Unangepaßtem verbundenen Existenz«, heißt es in einer Radikalität, die an Nietzsches bösartigste Äußerungen erinnert. So ist es konsequent, daß er am Schluß seines Buchs die »bewußte Politik der Rassenhygiene« zur paradigmatischen Leitvorstellung organisierter Innovationspolitik erklärt. Demonstrativ bekannte Schumpeter, wo er sich selbst politisch verortete. Obwohl er der katholischen Bourgeoisie Österreichs entstammte, annoncierte er das Buch persönlich in der deutschen »Zukunft«. Sie war inzwischen zum führenden Organ der aggressiven Avantgarde deutscher innovativer Eliten und der damaligen »neuen Mitte« avanciert.

Schumpeter ist inzwischen wieder prominent als Impuls- und Ideengeber der modernen Wachstumstheorie etabliert. Die Crème der US-amerikanischen politischen Ökonomie (Romer, Helpman, Dornbusch, Harberger) beruft sich auf ihn. In Deutschland hat Herbert Giersch Anfang der Achtziger die Schumpeter-Renaissance vorausgesagt, die »Herald Tribune« hat vor kurzem ein Wachstum der fachwissenschaftlichen Berufung auf Schumpeter von 50 Schriften im Jahr 1991 auf 2.000 allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2000 konstatiert. Die »Wirtschaftswoche« prämiert regelmäßig in einer mit »Schumpeter« überschriebenen Kolumne die besten Beispiele »schöpferischer Zerstörung«. Unter diesem Begriff wird heute wieder die innovatorische Aggressivität der aktuellen Wachstumsstrategien subsumiert, die im Aufprall auf rückständige Sozialstrukturen die Welt umpflügt und ihre Anpassungsimperative globalisiert, die Unterworfenen aus den alten Strukturen »herausbricht, ob sie wollen oder nicht« (Sloterdijk), und sie einem neuen und intensiveren Zugriff wertschöpfender Gewalt unterwirft.

Der Rückgriff auf Schumpeter nähert die Diktion des neuerlichen ökonomischen Aggressionsschubs allmählich der Aggressivität des Meisters an. So propagiert beispielsweise der Bochumer Arbeitsökonom Staudt in der »FAZ« für den Aufbruch der »innovativen Kräfte« im Prozeß der »schöpferischen Zerstörung« »Partisanenstrategien«, mit denen die

»Partisanentrupps« von »Ausgewählten« die hemmenden Hindernisse aus »runden Tischen« und Konsensbedürfnissen durchbrechen können.

Die geballte Aggressivität der aktuellen Innovationsoffensive im Prozeß ihrer »schöpferischen Zerstörung« und wertschöpfenden Unterwerfung auf allen Feldern sozialer Produktivität ist daher der Kontext, in den sich die Erschließung nietzscheanischer Energien und die Entnazifizierungsfeier dieses ersten August einer neuen Epoche einlagert. Die »FAZ«, Raulff, Schirrmacher und ihr Matador Sloterdijk lassen daran keinen Zweifel. Im direkten Vorgriff auf die Feier lancierte Frank Schirrmacher in der »FAZ« eine Publikationsoffensive mit dem Titel »System Builders« unter Berufung auf jenen Hughes, der Raulff 1990 geholfen hatte, die Rathenau-Renaissance zu fördern. Es geht um die Propaganda der neuen innovativen Avantgarden, denn »wir sollten anfangen, uns ein Bild von den Krupps der Zukunft zu machen«. »Es sind Ingenieure. Aber Ingenieure, die in die Schule des ›Zauberbergs‹ (und damit Nietzsches, D.H.) gegangen sind. Sie sind den Edison, Pasteur, Werner von Siemens, Alfried Krupp, den Rathenaus ... verwandter als Einstein oder Bohr ... Sie werden die größte Umwandlung erzeugen, die je ohne Krieg zustande gekommen ist.«

Ohne Krieg? Wer’s glaubt. Der Krieg gehört mit Nietzsche und seinen 1900er Avantgarden zum Medium schöpferischer Zerstörung par excellence. Sloterdijk hatte schon in seinem »Selbstversuch« den gegenwärtigen Globalisierungsprozeß zum »Tiefenweltkrieg« erklärt. »Vor uns liegt ein Weltalter, in dem der Unterschied zwischen Siegern und Verlierern wieder mit antiker Härte und vorchristlicher Unbarmherzigkeit an den Tag tritt«, den man früher mit »Sozialdarwinismus« bezeichnet habe. »Sämtliche Themen, die für sterbliche Wesen wichtig sind außer dem sozialen Netz ... Dazu gehört ... die Entdeckung, daß die Initiative der Nerv des Krieges ist, und daß schon zum schlichtesten Leben Unternehmertugenden gehören.«

Detlef Hartmann schrieb in KONKRET 3/2000 über Martin Walser

Konkret 10/00, S. 51

Otto Köhler

Befreiungsschläge

Der Historiker Bogdan Musial, dessen Kritik die »Wehrmachtsausstellung« stoppte, hat die Schuldigen am deutschen Vernichtungskrieg entdeckt: die Sowjets und, natürlich, die Juden

Seit dem letzten Krieg herrscht Paradigmenwechsel in der Bundesrepublik. Was einstens richtig war, wurde 1999 wieder richtiger. Die sogenannte Wehrmachtsausstellung verwandelte sich in ein »Moratorium«, das Jan Philipp Reemtsma im November 1999 verkündete, also in einen – ob der Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung das bedacht hat? – »vertraglich vereinbarten oder gesetzlich angeordneten Aufschub einer fälligen Zahlung«. Das jedenfalls ist die einzige Definition, die mein *Großer Duden* von 1978 kennt. Was ist fällig, wenn im November – wie zu hören ist – das Moratorium ausläuft?

»Das Hauptverbrechen Hitlerdeutschlands war sein Krieg, nicht Auschwitz. Denn erst die Siege der Wehrmacht ermöglichten Holocaust und Völkermord«, schreibt Ralph Giordano in seinem neuen Buch *Die Traditionslüge*. Es handelt – so der Untertitel – *Vom Kriegerkult in der Bundeswehr*. Doch eben der Traditionszusammenhang zwischen Wehrmacht und Bundeswehr war für die Ausstellung »Vernichtungskrieg« kein Thema. Im Gegenteil. Sie sollte aller Welt den Trennungsstrich deutlich machen: Das sind die schrecklichen Verbrechen der Wehrmacht – mit der Bundeswehr hat das nichts zu tun. Unerwartet klar bestätigte das Ausstellungsleiter Hannes Heer, als er der SPD-Bürgermeisterin Renate Canisius zustimmte, die zur Kölner Eröffnung der Ausstellung – wenige Tage nach dem Beginn des Kosovo-Krieges – der rotgrünen Koalition voll »Vertrauen in den Geist unserer Bundeswehr« bescheinigte, »erstmals« sei sie an dem Versuch beteiligt, »mit Waffengewalt eine Schneise zum Frieden zu schlagen«. Dieses Ja zum Krieg gegen Jugoslawien war allerdings nicht der Grund, weshalb Reemtsma Heer jetzt vor die Tür setzte, rechtzeitig bevor die Mitglieder der von ihm eingesetzten Historiker-Kommission das Ergebnis ihrer Untersuchung vorlegen. Aber Reemtsma hat – und das ist chronisch – den Paradigmenwechsel. Und der hat ihm schon im letzten November geflüstert, daß fortan »die gegenseitige Verschränktheit der nazistischen und kommunistischen Barbarei« zu thematisieren sei (KONKRET 12/99).

»Ich war stolz, daß mein Name rausging als Befehl«, sagt heute Bernhard Bechler. Der Adjutant in der Wehrmachtsrechtsabteilung unterzeichnete als Zeuge für die maschinengeschriebene Unterschrift von Generalfeldmarschall von Brauchitsch für die Richtigkeit eines Befehls zum Massenmord den Kommissarbefehl. »Man darf das nicht sehen, als wäre das ein besonderes Ereignis.« Massenmord war unproblematisch: »In dem Moment war ja noch der Sieg klar. Und wenn wir gesiegt hätten, dann wäre alles richtig gewesen.«

Haben sie nicht gesiegt? Der Mann – er lebt – spricht in der im August ausgestrahlten zweiten Folge der ARD-Serie »Hitlers Krieg im Osten«. Sie heißt »Der Terror« und meint das, was die Russen den Deutschen und daraufhin die Deutschen den Russen antaten. Etwa so (und es spricht als Zeitzeuge SS-Offizier Carlheinz Behnke von der 4. SS-Panzergrenadier-Division:) »Auf unserem Rückzug haben wir dann 20 Soldaten viehisch ermordet vorgefunden. Ohren abgeschnitten, Augen ausgestochen, Geschlechtsteile abgeschnitten usw.« – »Derartige Taten führten dazu, daß die deutsche Vergeltung sich weiter verschärfte«, erklärt der Film-Kommentar, und der SS-Führer fährt fort: »Daß wir da natürlich unbändige Wut hatten, ist klar. Und da gab es dann Befehl von dem Führer unseres Verbandes, daß alle Zivilisten, die da überhaupt noch vorhanden sind, daß die eben erschossen werden und ohne Rücksicht, das muß ich ehrlich sagen, auf Frauen oder Kinder.« Und er fügt hinzu: »Ja, den Befehl fand ich konsequent.« Vergeltung, was denn sonst?

Nach Ende des Films die üblichen drei Trailer. Der erste kündigt die nächste Folge der Serie an: »Im Winter 1942 wird die sechste Armee in Stalingrad eingekesselt. Das deutsche Kriegsschicksal ist damit besiegelt.« Der zweite zeigt den Paradigmenwechsel: vermummte Gestalten, die einen Zivilisten an die Wand drängen. Text: »Keiner kennt sie. Sie befreien Geiseln und jagen Kriegsverbrecher. Sie sind die geheime Elitetruppe der Bundeswehr. Es gibt sie erst vier Jahre. Doch ihr Ernstfall hat längst stattgefunden.« Der dritte Trailer verkündet die dazugehörige Wahrheit: »Mörder spielen selten fair.« Doch hierbei handelt es sich nur um die Ankündigung des neuen »Tatort«.

Am nächsten Tag hebt die ARD-Sendung zum zweiten Trailer mit der Drohung an: »Sie ist die geheimste Einheit der Bundeswehr und kann überall eingesetzt werden. Sie ist mit modernsten Waffen ausgerüstet und beeindruckend reaktionsschnell, das Kommando Spezialstreitkräfte der Bundeswehr, kurz KSK genannt. Strikt vor der Öffentlichkeit verborgen. Zum ersten Mal durften wir die Soldaten begleiten und befragen.« Und dann erfahren wir vom MDR-Reporter Haffkemeyer, daß »diese Elitesoldaten« der Bundeswehr »eine verschworene Gemeinschaft« sind, zusammengeschweißt in Einsatz und Entbehrung. Sie sind im Gesicht maskiert wie Mafia-Killer, nur schwarzrotgoldene Bändchen machen sie als Deutsche kenntlich, die sich für das »ultimative Risiko«, wie ein Offizier sagt, entschieden haben.

Der MDR-Reporter: »Und wenn der Feind auftaucht, wird er erschossen – warum macht jemand das?« Ein Maskierter: »Für mich ist das eine Herausforderung. Ich wollte das eigentlich schon immer machen.« Er spricht vom Streß des

Einsatzes: »Danach bin ich froh und glücklich, daß ich das wieder geschafft hab.« Der Reporter. »Das seh ich ein. Bis auf einen Punkt – was ist mit dem Töten?« Anwort: »Das ist das notwendige Übel, sag ich mal.« Die Reportage nimmt Fahrt auf: »Geheime Helden. Sie dürfen nicht damit angeben. Fast nichts ihren Frauen sagen. In der Öffentlichkeit in Zivil unerkannt. Ziemlich gefährliche, bedrohliche Aufgaben im Einsatz, für die sie vorbereitet werden. Hohe Leidensfähigkeit. Sie selber dürfen überhaupt nicht damit angeben, wo ist die Anerkennung?«

Heeresinspekteur Helmut Willmann antwortet exklusiv für die ARD: »Also ich will mal etwas den Schleier des Geheimnises lüften, soweit das vertretbar ist. Das KSK war bereits mehrfach auf dem Balkan im Rahmen von Sfor und Kfor, also im Rahmen von Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in zum Teil recht gefährlichen Spezialoperationen eingesetzt. Die Soldaten haben das nach sorgfältiger Vorbereitung mit Bravour gemeistert.« Und: »Die Jagd nach Kriegsverbrechern ist zur Zeit eine der wichtigsten Aufgaben des KSK.« Er meint natürlich, so ist es Tradition, jugoslawische Kriegsverbrecher, keine deutschen. Die traten am Abend zuvor in der ARD auf.

Was aber die ARD mit ihrer Serie über Hitlers Krieg angerührt hat, das vollendet nun das Buch des Mannes, dem es gelang, die Wehrmachtsausstellung auf Eis zu legen: *»Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen«. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941*. Zwar räumt sein Verfasser, der Historiker Bogdan Musial, salvatorisch ein, daß die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges von den Nazis von vornherein gewollt war. Aber auch an diesem Vorsatz waren eigentlich nur die Kommunisten, insbesondere jüdische Bolschewisten, schuld, die im Juni 1941, vor dem Einmarsch der deutschen Truppen, Gefängnisinsassen ermordeten. Und der Kommissarbefehl vom März 1941? Musial: »Von den Erschießungen nach dem Kommissarbefehl waren echte und vermeintliche Träger der sowjetischen Herrschaft betroffen, einschließlich von Partei- und Staatsfunktionären jüdischer Herkunft. Sie gehörten also in den Rahmen des Vernichtungskriegs gegen die UdSSR.« Einerseits. Aber durch die »sowjetischen Verbrechen« sei, schreibt Musial, »der Kommissarbefehl im nachhinein legitimiert« und auch »das Klima für ein hartes und grausames Vorgehen gegen echte, potentielle angebliche Träger der sowjetischen Herrschaft erzeugt« worden. »Diese Radikalisierung« habe sich dann wieder »auf die gesamte antijüdische Politik der Nationalsozialisten« ausgewirkt, die doch bis 1941 »weitgehend« nur von dem »Vorhaben« bestimmt gewesen sei, »die Juden aus dem deutschen Machtbereich zu vertreiben«. Ja, so betont Musial: »Bis zum Juni 1941 wurde zu keinem Zeitpunkt ernstlich erwogen, die Judenheit in ihrer Gesamtheit durch systematische Tötungen zu dezimieren oder gar zu liqudieren.«

Läßt sich überhaupt kein Unterschied zwischen den Verbrechen der Nazis und den Verbrechen der Sowjets erkennen? Doch, selbstverständlich, Musial hat dafür eine fein differenzierende Terminologie: »Eine einschneidende Zäsur in der Entwicklung der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten waren dagegen die Vergeltungsmaßnahmen für sowjetische Massaker in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges, bei denen Einsatzgruppen Tausende von männlichen Juden erschossen. Diese Erschießungen ...«

Wir unterscheiden mit Musial: Die Sowjets begingen *Massaker*, die *Vergeltungsmaßnahmen* zur Folge hatten, nämlich *Erschießungen* von lediglich *männlichen* Juden durch die *Einsatzgruppen*, nicht durch die Wehrmacht. Und wenn dabei doch der deutsche Soldat eine Rolle gespielt hat, so muß man nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion bedenken, daß vorher die »bis dahin praktizierte Politik der ›Entjudung‹ von Wirtschaft und öffentlichem Leben sowie die Isolierung der Juden von den Nichtjuden«, wie Musial betont, »ausreichend« war. Nun aber, da sich »Deutschland in einem ›Schicksalskampf‹ mit der Sowjetunion« befand, wehrte sich das jüdische Gesindel, und das hatte Folgen. Musial: »Zum ersten Mal nahmen NS-Führung und viele deutsche Soldaten Juden als direkte physische Bedrohung war. Sie assoziierten Juden mit dem sowjetischen System, den sowjetischen Verbrechen und dem immer zäher und effektiver werdenden sowjetischen Widerstand.« Na also: »Damit war aus deutscher Sicht ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Die rückwärtigen Gebiete mußten unter allen Umständen befriedet werden.«

Wir sind auf der letzten Seite des Buches, zu deren Beginn Musial eine »richtungsweisende« Äußerung Hitlers zitiert: »Der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße.« Folge waren, laut Musial, keine Massaker, die waren ja die Ursache der Erschießungen, sondern: »Zum ersten Mal in der Geschichte der NS-Judenverfolgung wurden Juden *systematisch* zu Tausenden erschossen. Diese Erschießungen markierten den Beginn des Holocaust und waren eine der wichtigsten Zäsuren auf dem Weg zum endgültigen Beschluß, alle Juden Europas zu ermorden.« Ende des Musial-Textes. Es folgt vor den – mutmaßlich zu einem größeren Teil korrekten – Literaturangaben eine weiße Seite, die sich jeder gute Deutsche mit seinen Schlußfolgerungen volldenken kann, daß nämlich die Juden aus einsichtigen militärischen Gründen zu bekämpfen waren – der Raum mußte zum Schutz des deutschen Soldaten gesäubert werden. Die Vernichtung der Juden war somit ein Bestandteil der durchaus dem Völkerrecht entsprechenden Bekämpfung des Partisanenunwesens, im übrigen hat ja schon Ernst Nolte entdeckt, daß das Weltjudentum Deutschland den Krieg erklärt hatte, und verteidigen wird man sich ja wohl noch dürfen.

So weit der Agitator des Paradigmenwechsels. Nun zum Wissenschaftler Musial. Der hält die Erzählungen des Naziliteraten Bruno Brehm *Aus der Reitschul'!* für eine zitierfähige historische Beweisquelle. Ebenso die Goebbels-

Tagebücher, was wissenschaftlich legitim sein kann. Doch er holt sich bei Goebbels nur, was ihm paßt, was »einem geradezu ins Auge« springt, etwa, daß Goebbels in seinem Tagebuch diese Hitler-Äußerung notiert: »Angesichts der furchtbaren Greueltaten, die die Bolschewiken sich haben zuschulden kommen lassen, und auch angesichts der geradezu himmelschreienden Vergangenheit dieses politischen Unrats wird im Osten kein Pardon gegeben.« Das Zitat mag es geben. Doch am angegebenen Ort finden sich nicht die Aufzeichnungen vom 9. Juli, die stehen in einem ganz anderen Band, sondern vom 5. Juli 1941, und nicht dieser Satz, sondern Sätze, die Musial anscheinend weniger gern sich ins Auge springen ließ: »Dr. Dietrich ruft mich abends spät noch an: Der Führer will, daß wir jetzt die große antibolschewistische Kampagne andrehen. Es ist auch Zeit. Das wird ein schönes Jagen! Also an die Arbeit.«

Also an die Arbeit: »Jeder Fotohistoriker weiß, daß die einem Foto unterstellte Beweiskraft trügerisch sein kann. Dies trifft anscheinend besonders für die Fotografien in der Wehrmachtsausstellung zu«, schrieb Musial 1999 in einem Aufsatz, der wesentlich zu ihrem Moratorium beitrug. »Hier sind wirkliche Dokumentaraufnahmen durch falsche und suggestiv wirkende Bildunterschriften im Sinne der Ausstellung instrumentalisiert worden.« So Musial damals in Horst Möllers »Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte«. Nun hat auch Musial seinem Buch Fotos beigegeben, von denen man mit Gewißheit sagen kann, daß ihre wie auch immer wirkenden Bildunterschriften nicht im Sinne der Wehrmachtsausstellung instrumentalisiert werden sollten. Das erste Foto zeigt dreizehn Zivilisten, darunter fünf mit – mutmaßlich zum Hitlergruß – erhobener Hand am Straßenrand. Der Gruß gilt zwei deutschen Soldaten auf einem Krad mit Beiwagen. Musials Text dazu: »Wie überall in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten begrüßt die Bevölkerung die einrückenden deutschen Truppen (hier im polnisch-litauischen Grenzgebiet).« Darunter das zweite Foto, auf dem keine Soldaten, sondern nur eine Menschenmenge zu sehen ist, in der viele den Arm zum vermutlich deutschen Gruß erheben. Musials Text dazu: »Die Lemberger Bevölkerung feiert die deutschen Truppen als Befreier.«

Der Ort, an dem das erste Foto geschossen wurde, wird nicht genannt, er heißt eben ÜberallindenvonderSowjetunionbesetztenGebieten. Und wir erfahren nur in einem summarischen vierzeiligen »Bildnachweis« am Ende des Buches, daß es vom »Ullstein-Bilderdienst, Berlin« stammt. Ebenso das zweite Foto, dessen Unterschrift schon sehr präzise von der Lemberger Bevölkerung spricht. Die Bevölkerung, das sind, laut *Meyers Lexikon* von 1939: »361.000 Einwohner (davon 3.000 Deutsche, rund 180.000 Polen, 60.000 Ukrainer und 110.000 Juden). Doch wir lernen mit Musial, daß fast ein Drittel der Bevölkerung nicht zur Bevölkerung gehört. In einer weiteren Foto-Betextung nämlich formuliert er: »In Boryslaw werden Juden von der aufgebrachten Bevölkerung gezwungen, die exhumierten NKWD-Opfer zu waschen.« Wahre Bevölkerung, egal, ob aufgebracht oder nicht, muß also zumindest nichtjüdisch sein, was sich dann mit dem deutschen Einmarsch auch sehr schnell und sehr gründlich erwiesen hat.

Musial kennt sich in der Beschriftung von Fotos gut aus: »Eine quellenmäßige Überprüfung der in der Ausstellung und im Katalog gezeigten Bilddokumente ist schwierig, da die Ausstellungsmacher in ihrem Katalog ... nicht mehr als ein ›Bildquellenverzeichnis‹ bieten, in dem lediglich die Namen der Archive und Institutionen aufgeführt sind, aus denen die Bilddokumente stammen. Präzisere Angaben über Bildnummer, Signatur oder Seitenzahl, mit denen sich die Herkunft der Bilder rekonstruieren ließe, fehlen dagegen.« Das nennt Musial – und er beruft sich dabei auf den Präsidenten des Bundesarchivs Friedrich P. Kahlenberg – einen »Verstoß gegen die Grundregeln eines nachprüfbaren wissenschaftlichen Arbeitens«. Warum aber begeht er diesen Verstoß gegen die Grundregeln wissenschaftlichen Arbeitens in seinem neuesten Buch selbst? Zufall kann es nicht sein – so dumm ist Musial nicht. Polnische Wissenschaft auch nicht, wenn Wissenschaft, dann deutsche: Musial besitzt seit 1992 den deutschen Paß. Nachdem er 1985 als Solidarnosc-Mann aus Polen geflohen war, hat er an der Universität Hannover studiert und 1998 zum Thema Judenverfolgung im besetzten Polen promoviert. Damit zusammenhängend erschien im Wissenschaftsverlag Harrasowitz sein Buch *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement*, das gerade von denen, die sein neuestes, bei Propyläen erschienenes Werk heftig kritisieren, als »solide gearbeitet (»Zeit«), bzw. als »bemerkenswert solide« (»Welt«) gewürdigt wurde.

Was ist da passiert? Darüber kann man nur spekulieren. Das Harrasowitz-Buch erschien 1999, war also abgeschlossen, bevor Musial im selben Jahr als Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Historischen Institut in Warschau angestellt wurde. Das Warschauer Institut ist dem Institut für Zeitgeschichte in München freundschaftlich verbunden. In seinem Beirat sitzt Horst Möller, der im Historikerstreit zur Nolte-Schwadron gehörte und sich dieses Jahr als Festredner reaktivierte, um Ernst Nolte den »Konrad-Adenauer-Preis« für »Wissenschaft« der von Altnazi Kurt Ziesel gegründeten »Deutschlandstiftung« mit einer Laudatio zu verzieren. In den von Möller mitherausgegeben »Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte« erschien dann im Oktober 1999 der Musial-Aufsatz gegen die Wehrmachtsausstellung – einer der Redakteure ist übrigens Manfred Kittel, der 1993 im Zitelmann-Programm von Ullstein/Propyläen *Die Legende von der »Zweiten Schuld«* herausbrachte, mit der die Deutschen von ihrer ewigen Büßerei abgebracht werden sollten.

Warum nun Bogdan Musial nach seiner Anstellung beim Deutschen Historischen Institut in Warschau die wissenschaftlichen Grundsätze, die er im letzten Oktober gegen die Wehrmachtsausstellung in Stellung gebracht hat, jetzt so souverän in den Müll wirft, warum er die Juden, deren Verfolgung vor seiner Anstellung noch Thema eines Buches von ihm war, nunmehr zu den ursprünglichen Verfolgern macht, wer will das schon wissen. Gehorcht der Vorgang derselben Logik, mit der Nolte noch vor dem deutschen Wiederaufstieg von 1999 Auschwitz in den Archipel Gulag verlegte? Es muß

wohl der Paradigmenwechsel sein.

Literatur:

Ralph Giordano: *Die Traditionslüge. Vom Kriegerkult in der Bundeswehr.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 2000, 460 Seiten 45 Mark

Laurence Rees: *Hitlers Krieg im Osten.* (Buch zur gleichlautenden ARD-Serie). Wilhelm Heyne Verlag, München 2000, 256 Seiten, 44 Mark

Bogdan Musial: *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement.* Harrasowitz Verlag, Wiesbaden 1999, 435 Seiten, 58 Mark

Bogdan Musial: *»Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen«. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941.* Propyläen Verlag, Berlin 2000, 349 Seiten, 44 Mark

---

Otto Köhler schrieb in KONKRET 9/2000 über die braune Vergangenheit deutscher Historiker

Konkret 10/00, S. 54

Omer Bartov

Wir kneten ein Komplott
Zweierlei Holocaust

Geradezu lustvoll haben hiesige Medien die Thesen des US-amerikanischen Publizisten Norman G. Finkelstein verbreitet, denen zufolge die Juden mit dem Holocaust ein großes Geschäft gemacht haben. Der Historiker Omer Bartov stellt Finkelsteins Buch vor. Tjark Kunstreich beschreibt den Kontext, in dem es hierzulande rezipiert wird

Das erste, wofür Norman G. Finkelstein landesweite Anerkennung erhielt, war sein Aufsatz »Daniel Jonah Goldhagen's Crazy Thesis«, gemeinsam mit Ruth Bettina Birn verfaßt und abgedruckt in *Eine Nation auf dem Prüfstand*. Zum großen Teil bestand der Aufsatz aus einer brillanten Analyse von Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker.* Der letzte Abschnitt führte jedoch eine bizarre Metamorphose Finkelsteins vor. Hier verwendete er dieselbe fragwürdige Rhetorik und fehlerhafte Logik, die er in Goldhagens Werk festgestellt hatte, um seine eigene, noch »verrücktere« These über die finsteren Mächte darzulegen, die in seinen Augen hinter dem Erfolg seines Widersachers steckten.

Jetzt ist Finkelstein wieder da und sucht Vergeltung, ein einsamer Reiter mit einer heiligen Mission: eine böse jüdisch-zionistische Verschwörung zu entlarven. Das Hauptargument in *The Holocaust Industry* basiert auf einer einfachen Unterscheidung zwischen zwei Phänomenen: dem Holocaust der Nazis und *dem* Holocaust, den Finkelstein als »eine ideologisch verbrämte Darstellung des Holocaust der Nazis« definiert. An ersterem ist der Autor wenig interessiert. Er gibt allerdings bereitwillig zu, daß der Holocaust der Nazis stattfand, da seine beiden Eltern die Schrecken überlebten und da einige der wenigen Historiker, die er respektiert, insbesondere Raul Hilberg, darüber geschrieben haben.

Aber in einer der merkwürdigen Verkehrungen, die für sein Buch charakteristisch sind, spricht Finkelstein von dem historischen Ereignis mit derselben Ehrfurcht und verlangt dasselbe stille Unverständnis, das er seinem Hauptfeind, Elie Wiesel, zuschreibt. Um »wahrhaft vom Holocaust der Nazis lernen zu können«, so behauptet er, »muß seine körperliche Dimension reduziert und seine moralische Dimension ausgedehnt werden«. Was immer das heißen mag, es überrascht nicht, daß seine Ansichten über die Ursachen, das Wesen und die Implikationen des Völkermordes an den Juden nichts als eine Ansammlung von vagen, unbelegten und widersprüchlichen Behauptungen sind. So schreibt er beispielsweise an einer Stelle, das »historische Beweismaterial für einen Morddrang der Nichtjuden ist gleich Null«, und lehnt die Ansicht, man könnte vielleicht von einem »Aufgeben der Juden« durch die Regierung der Vereinigten Staaten sprechen, ab. Aber an anderer Stelle klagt er, das Holocaust Memorial Museum der Vereinigten Staaten »verschweigt den christlichen Hintergrund des europäischen Antisemitismus« und »spielt die diskriminierenden Immigrationsquoten in den USA vor dem Krieg herunter«, und fährt dann fort, indem er David S. Wymans Buch *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden* zustimmend zitiert.

Aber was Finkelstein wirklich interessiert, ist *der* Holocaust. Der Kern seiner Argumentation ist einfach: Hätten die Juden und die Zionisten den Holocaust nicht schon gehabt, hätten sie ihn erfinden müssen. Ja, für ihre Absichten und Zwecke haben sie sogar ganz genau das getan, in Form von *dem* Holocaust, trotz der beunruhigenden Tatsache, daß, irgendwann einmal, so ein Ereignis tatsächlich stattgefunden hat. Und warum wurde *der* Holocaust ersonnen? Weil er »eine der größten militärischen Mächte der Welt«, Israel, legitimiert und ihr erlaubt, sich als »›Opfer‹-Staat darzustellen«, und weil er der »erfolgreichsten ethnischen Gruppe in den Vereinigten Staaten«, den Juden, »Immunität vor Kritik« gibt, was zu den »moralischen Korruptionen« führt, die »typischerweise einhergehen« mit solcher Immunität.

Finkelstein weist jeglichen Verdacht, er selbst wolle *den* Holocaust für seine eigenen Zwecke mißbrauchen, weit von sich – im Unterschied zu seinen anscheinend zahllosen Feinden. Die Tatsache, daß seine sensationellen »Enthüllungen« und haarsträubenden Anschuldigungen in der Öffentlichkeit und den Medien große Aufmerksamkeit erregen, ist ganz und gar nicht seine Schuld. Ebensowenig ist sein leidenschaftlicher Anti-Zionismus und sein glühender Haß auf die, wie er meint, korrupte jüdische Führung in den Vereinigten Staaten etwas anderes als die Wiedergabe einer Wirklichkeit, die nur er durch die Wolken der Mystifizierung und der Demagogie, die Tausende von Laien, Wissenschaftlern und Intellektuellen irregeführt haben, erkennen kann. Von seinem Berg Sinai aus ist alles klar und offensichtlich. Nur ist seine Stimme zu schwach, um im Tal vernehmbar zu sein.

Der Hauptschuldige in der Welt, wie Finkelstein sie sieht, ist »die Holocaust-Industrie«, die sich aus israelischen Offiziellen und fetten Rechtsanwälten, gut in amerikanischen politischen Kreisen plazierten jüdischen Agenten und rücksichtslosen, zur Unterwerfung der Palästinenser entschlossenen Zionisten zusammensetzt. Hier kombiniert er eine verstaubte Sechziger-Jahre-Sicht Israels als eines Außenpostens des amerikanischen Imperialismus mit einer neuen Variante der antisemitischen Fälschung *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die vor einer jüdischen Verschwörung, die Weltmacht an sich zu reißen, warnten. Jetzt jedoch verfolgt die jüdische Verschwörung den Zweck, Unschuldige wie

Schweizer Banken, deutsche Unternehmen und osteuropäische Besitzer geplünderten jüdischen Eigentums »auszubeuten« (sein Lieblingsausdruck) – alles, um Macht und Einfluß von Juden zu konsolidieren, ohne den wirklichen Überlebenden des Völkermords mehr zu geben als leere Rhetorik.

Nirgends erwähnt Finkelstein, daß die Hauptbegünstigten von Kompensationszahlungen für Zwangsarbeit ältere, nichtjüdische Männer und Frauen sein werden, die ihre letzten Tage in Armut in Osteuropa verleben, oder daß deutsche Wissenschaftler wie Ulrich Herbert, wohl kaum ein Verfechter »jüdischer Interessen«, an der Spitze der Bemühungen um Kompensationszahlungen von Unternehmen standen, die sich jahrzehntelang weigerten, ihre enormen Gewinne aus der Sklaven- und Zwangsarbeit zuzugeben. In der Sicht des Autors ist das schlicht einer der Fälle, in denen organisierte amerikanische Juden »diejenigen herumkommandieren, die am wenigsten in der Lage sind, sich selbst zu verteidigen«, so wie, vermutlich, die Schweizer Banken, zu deren Boykott sie »angestiftet« hatten, und »die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten«, von denen sie »weitere 70 Millionen Dollar ergaunerten«.

Damit haben die Großmächte der Welt, so Finkelstein, vor dem kapituliert, was die Londoner »Times« die »Holocash«-Kampagne in den Vereinigten Staaten genannt hat. Seine besondere Verachtung behält er der Claims Conference vor, einer jüdischen Dachorganisation, die Reparationsfonds an Überlebende verteilt, und er zitiert zustimmend den rechten Politiker und Abgeordneten im israelischen Parlament Michael Kleiner, der die Konferenz »einen Judenrat, der die Arbeit der Nazis in anderer Weise fortsetzt«, nannte. Tatsächlich gilt, was Finkelstein in einem anderen Kontext sagt, *les extremes se touchent*: Indem er die »Ausbeutung« deutscher Unternehmen anprangert, verwendet der linke Anti-Zionist genau dieselben Phrasen, die Menachem Begin benutzte, als dieser sich während der rechten Unruhen gegen das Versöhnungsabkommen mit der Bundesrepublik in den frühen fünfziger-Jahren, die die israelische Regierung fast stürzten, dagegen aussprach, »Blutgeld« anzunehmen.

Diese Verzerrung von Intelligenz, diese Perversion von moralischer Entrüstung hat etwas Trauriges. Sie hat auch etwas Anstößiges, etwas Unreifes, Selbstgerechtes, Arrogantes und Dummes. Wie in Peter Novicks wesentlich ausgereifterem (allerdings nicht vollkommen zufriedenstellendem) Buch, *The Holocaust in American Life*, gezeigt wurde, hat die veränderte Sichtweise des Völkermordes der Nazis an den Juden auch Ausbeutern und kleinen Opportunisten einen Weg eröffnet. Daraus jedoch eine internationale jüdische Verschwörung zu machen, grenzt an Paranoia und dient Antisemiten auf der ganzen Welt viel mehr als den astronomischen Gebühren irgendeines Rechtsanwalts, der dabei ist, einen deutschen Industriellen »auszubeuten«.

Finkelstein sagt von der »Holocaust-Industrie«, sie »hüllt sich in den frömmlerischen Deckmantel ›bedürftiger Holocaust-Opfer‹«. Er selbst jedoch hüllt sich in genau denselben Deckmantel und zeigt gleichzeitig wenig Mitgefühl für die Überlebenden, dafür aber unheimlichen Eifer, die »rücksichtslose und schonungslose Hingabe« der »Holocaust-Industrie« zu enthüllen, die er »den Hauptschürer von Antisemitismus in Europa« nennt. Durch ihre »Erpressung schweizerischer Bankiers und deutscher Industrieller« sowie ihr »Aushungern polnischer Bauern« versucht die »Holocaust-Industrie« den Goldhaufen oder die »Holocaust-Beute«, auf der jüdische und zionistische Anführer inzwischen angeblich sitzen, endlos zu vergrößern. »Der Holocaust«, schließt Finkelstein, ist möglicherweise »der größte Raub in der Geschichte des Menschen«.

Was ich an *The Holocaust Industry* so bemerkenswert finde, ist, daß es fast eine genaue Kopie der Argumente ist, die es als falsch entlarven will. Es ist voll von exakt derselben Art von schrillen Übertreibungen, die Finkelstein richtigerweise bei einem Großteil des heutigen Medienrummels um den Holocaust anprangert; es strotzt vor derselben Gleichgültigkeit gegenüber historischen Fakten, vor inneren Widersprüchen, provokativen politischen Ansichten und zweifelhaft hergestellten Zusammenhängen; und es trieft vor demselben selbstgefälligen Sinn von Moral und intellektueller Überlegenheit.

Dieses Buch ist, in einem Wort, die Ansicht eines ideologischen Fanatikers über den Opportunismus anderer. Die Angriffe des Autors sind so rücksichtslos und schonungslos, daß er bereit ist, seine eigenen Feinde, die Bastionen des westlichen Kapitalismus, zu verteidigen und zu warnen, daß *der* Holocaust einen Antisemitismus hervorrufen wird, dessen Bedeutung er ansonsten unberücksichtigt läßt. Wie jede Verschwörungstheorie enthält es einige Körnchen Wahrheit; und wie jede solche Theorie ist sie sowohl irrational als auch verführerisch.

Von Finkelstein aber kann man jetzt sagen, daß er seine eigene Holocaust-Industrie begründet hat.

Norman C. Finkelstein: *The Holocaust Industry. Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering.* Verso, New York 2000, 150 Seiten, 23 Dollar

© by The New York Times Co. (6.8.2000). Nachdruck mit freundlicher Erlaubnis. Übersetzung aus dem Englischen:Britta Dutke

Omer Bartov sprach mit KONKRET (2/2000) über das Moratorium für die »Wehrmachtsausstellung«

Konkret 10/00, S. 55

Tjark Kunstreich

Wir kneten ein Komplott
Die Kampagne

Geradezu lustvoll haben hiesige Medien die Thesen des US-amerikanischen Publizisten Norman G. Finkelstein verbreitet, denen zufolge die Juden mit dem Holocaust ein großes Geschäft gemacht haben. Der Historiker Omer Bartov stellt Finkelsteins Buch vor. Tjark Kunstreich beschreibt den Kontext, in dem es hierzulande rezipiert wird

Verschwörungstheorien sind immer doppelsinnig, in ihnen drückt sich ein Bedrohungsgefühl ebenso aus wie der Wunsch, selbst einmal die Strippen zu ziehen. Die unverstandene Wirklichkeit wird personalisiert, weil man selbst keinen Zugriff mehr auf sein Schicksal hat. Der amerikanische Publizist Norman G. Finkelstein hat mit seinem Buch *The Holocaust Industry* eine ganz alte Verschwörungstheorie wieder aktualisiert – die von der jüdischen Weltverschwörung. Nun wirkt aber die Geschichte der Entstehung und propagandistischen Verwertung von Finkelsteins Hetze gegen die internationalen jüdischen Organisationen selbst wie das Produkt einer Verschwörung – mit der deutschen Öffentlichkeit als Auftraggeber und Finkelstein als deren nützlichem Idioten. Das zu beurteilen überlasse ich jedoch den geneigten Lesern.

Am 28. Januar 2000, einen Tag nach dem staatlichen Gedenktag für die Opfer der Naziherrschaft in Deutschland und zeitgleich mit der in Stockholm stattfindenden internationalen Konferenz zum Holocaust, wartete die »Berliner Zeitung« mit einem Skandal auf: »Schwere Vorwürfe gegen die Jewish Claims Conference – US-Historiker: Entschädigungsgelder gingen nicht an Opfer.« Vor dem Hintergrund der Verhandlungen um die »Entschädigung« für Nazi-Zwangsarbeiter – gerade hatte man sich auf die Zahlung von zehn Milliarden Mark verständigt – war das Ziel einer solchen Kampagne offensichtlich. Weil von vornherein klar war, daß die Summe nicht reichen würde, verschärfte sich der Verteilungskampf unter den Verhandlungsgegnern der Deutschen; und die deutschen Medien begriffen es selbstverständlich als ihre nationale Pflicht, diesen Kampf mit allen Mitteln anzuheizen.

Die »Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc.« (im folgenden CC) war das geeignete Objekt für freiflottierende Projektionen: Nicht nur, daß bereits ihre internationale Organisation verschwörungsträchtige Assoziationen weckt und der Hauptsitz New York den Durchschnittsantisemiten die Wall Street assoziieren läßt – es geht der CC ausschließlich ums Geld. Aber weil es sich nicht gut macht, wenn deutsche Journalisten Juden der Schacherei bezichtigen, benötigte man einen Kronzeugen, der glaubwürdig vertreten konnte, was man von ihm hören wollte. Die Suche dauerte nicht lange, ein Blick ins Archiv genügte.

Mit Norman Finkelstein war jemand gefunden worden, der seine Vertrauenswürdigkeit schon unter Beweis gestellt hatte. 1998 hatte er zusammen mit Ruth Bettina Birn das Anti-Goldhagen-Pamphlet *A Nation on Trial* veröffentlicht, welches mit einem Vorwort von Hans Mommsen, also historiographischen Weihen, versehen unter dem Titel *Eine Nation auf dem Prüfstand* (!) in Deutschland erschien. Darin kritisierte Finkelstein Daniel Goldhagens Buch *Hitler's Willing Executioners* als »unwissenschaftlich« und enttarnte dessen Autor als zionistischen Agenten, der »den Juden eine doppelte Entlastung (bietet): totale Schuldlosigkeit und totale Lizenz«, in Israel nach Lust und Laune zu verfahren, weil die Juden schließlich immer die Opfer sind. Das ging selbst hierzulande einigen zu weit, aber als Stichwortgeber ließ man sich den linken Antizionisten gern gefallen.

So auch die »Berliner Zeitung«. Der »US-Historiker«, der nun die »schweren Vorwürfe« gegen jüdische Organisationen erhebt, ist niemand anderer als jener Finkelstein, der 1998 noch als »Politikwissenschaftler und Spezialist für Israel-Fragen« firmierte. In einem zweiseitigen Gespräch durfte Finkelstein am 29. Januar 2000 seine Vorwürfe ausbreiten und Reklame für sein Buch machen, das erst ein halbes Jahr später in den USA und England erscheinen sollte; natürlich ohne daß die CC direkt dazu befragt oder um Stellungnahme gebeten worden wäre. Finkelstein behauptet, es habe schon in den fünfziger Jahren Verhandlungen um die Entschädigung von Zwangs- und Sklavenarbeitern gegeben, die Bundesrepublik habe gezahlt, die CC habe jedoch das Geld nicht an die Überlebenden weitergeleitet, sondern zur Wiederherstellung des jüdischen Gemeinwesens genutzt: »Die CC allein ist verantwortlich dafür, daß viele Opfer, auch die Sklavenarbeiter, nie entschädigt wurden.« Statt dessen, so Finkelstein, wurde das Geld wahrscheinlich zur Vorbereitung der Ausreise von Juden aus den arabischen Ländern nach Israel ausgegeben. Außerdem habe die CC während der Entschädigungsverhandlungen »falsche Zahlen« über die Überlebenden genannt, um abzukassieren: Es seien nicht 135.000, sondern nur noch 25.000 ehemalige jüdische Sklavenarbeiter am Leben. »Ich möchte hinzufügen, daß es extrem gefährlich ist, mit falschen Zahlen, auch von Überlebenden, zu operieren. Dies spielt den Holocaust-Revisionisten in die Hände. Die könnten dann behaupten, auch die Zahl der Ermordeten sei falsch«, fügt der antizionistische Agitator hinzu, der u.a. beim radikal-revisionistischen »Institute for Historical Review« seine Fans hat, von denen er sich bislang nicht distanzierte.

Der verschwörungstheoretische Hintergrund seiner haltlosen Behauptungen – die »Holocaust-Industrie« sei das Produkt eines Komplotts von World Jewish Congress, CC, israelischer und amerikanischer Regierung unter Führung von Elie Wiesel – blieb im Interview mit der »Berliner Zeitung« ausgeblendet. Es reichte aber auch so: Ging es doch um den deutschen Vorschlag, bereits geleistete Entschädigungszahlungen aus dem Bundesentschädigungsgesetz auf Zahlungen aus dem Fonds von Wirtschaft und Staat anzurechnen. Finkelsteins Anwürfe wurden diesmal zwar ebensowenig übernommen wie die gegen Goldhagen, aber – where there's smoke, there's got to be a fire – die deutsche öffentliche Meinung fühlte sich in dem Gefühl bestätigt, zweimal an dieselben Opfer gezahlt zu haben, und deshalb ungerecht behandelt.

Es kam die große Stunde der deutschen Völkermordexperten. »In den KZs ließ die SS die Wassersuppe einfach zwischen die Häftlinge stellen und provozierte so regelmäßige Balgereien, die mit dem Sieg der Stärksten enden mußten. Eben dieses System zwingen nun die Vertreter der Opfer den Vertretern der Bundesregierung auf«, schrieb Götz Aly in der »Berliner Zeitung« am 3. Februar 2000 erbittert über die Niederlage, die die deutsche Verhandlungsdelegation in Sachen Anrechnung bereits erfolgter Zahlungen erlitten hatte. Von einem Fortschritt in dieser Verhandlungsrunde könne nur sprechen, wer es für richtig halte, daß die jüdischen Überlebenden »extrem privilegiert« entschädigt werden sollten – eine völlige Verdrehung des Sachverhalts.

Hetze allein reichte aber nicht: Klaus von Münchhausen, Politologe an der Bremer Universität, die in diesem Zusammenhang, wie wir sehen werden, schon notorisch ist, beschuldigte die CC im März dieses Jahres, ihn umbringen lassen zu wollen. In einem internen Papier der CC heiße es, Münchhausen solle »eliminiert« werden. Eine Geschichte, an die sich heute niemand mehr erinnern mag, weil sie nur lächerlich ist: Münchhausen sammelte Vollmachten von überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern auf der ganzen Welt, um Entschädigungsansprüche juristisch durchzusetzen. Als er in Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern zu den dortigen Jüdischen Gemeinden ging, um deren Register nach potentiellen Kunden zu durchsuchen, schaltete sich die CC ein – dagegen, daß sich Münchhausen Vollmachten von Einzelpersonen besorgte, konnte man nichts unternehmen, aber die CC mußte verhindern, daß Münchhausen den Eindruck erweckte, ganze Jüdische Gemeinden – in offener Konkurrenz zur CC – zu vertreten. Auf die Frage, was denn mit »eliminieren« gemeint gewesen sei, antwortete Karl Brozik, Direktor der deutschen CC-Dependance: »Diesen Herrn nicht zuzulassen zu den Verzeichnissen. Das war verwaltungstechnisch gemeint, was glauben Sie denn?« In diesem Interview, das die »Berliner Zeitung« am 1. April in gleicher Aufmachung wie das Finkelstein-Gespräch drucken mußte, widerlegt Brozik, selbst Überlebender mehrerer Konzentrationslager, Punkt für Punkt jene Anwürfe, die nun nach dem Erfolg von *The Holocaust Industry*, ständig wiedergekäut werden.

Zu keinem Zeitpunkt hat die Bundesrepublik Entschädigungen an Zwangsarbeiter gezahlt – im Gegenteil wurde in den entsprechenden Abkommen festgelegt, daß es sich dabei um Reparationszahlungen handele, die erst nach einem Friedensvertrag akut werden können. Einige Unternehmen – IG Farben, Siemens, Krupp – zahlten in den fünfziger Jahren zwischen 1.500 und 5.000 Mark an ehemalige jüdische Sklavenarbeiter, aber nur, weil die Klage des ehemaligen IG-Farben-Häftlings Norbert Wollheim Erfolg zu haben drohte. Deswegen einigte man sich auf einen Vergleich mit der CC, die z.B. 3 Millionen Mark, die aus der IG-Farben-Stiftung übrig geblieben waren, zurückzahlen mußte, statt sie für die Angehörigen Ermordeter zu »zweckentfremden«. Ganz ausdrücklich schloß auch das Bundesentschädigungsgesetz die Entschädigung für Zwangsarbeit aus. Die CC, die nicht nur die Aufgabe hatte, den »Lohn des Grauens« einzutreiben, wie ihr Mitbegründer Benjamin Ferencz seine Memoiren betitelte, sondern vor allem die Ansprüche der Ermordeten geltend machen sollte, hat sich dabei, gerade weil sie ein jüdisches Gesamtinteresse zu formulieren hatte, auf zahlreiche Kompromisse eingelassen, nicht immer zum Vorteil der Überlebenden. Zu den Zahlen sagte Brozik, sie beruhten auf »den Leistungen des Finanzministeriums in Israel, des Härtefonds, die wir selber verwalten, und des Bundesentschädigungsgesetzes. Dabei haben wir nur diejenigen gezählt, die schwerere Konditionen erfüllen mußten, als heute bei der Entschädigung für Zwangsarbeit angelegt werden: Sie mußten nämlich 18 Monate im Getto oder sechs Monate KZ-Haft nachweisen. Auf dieser Grundlage haben wir die Zahl von 135.000 jüdischen Berechtigten ermittelt. Und wir kommen leider zum Schluß, daß wir die Anzahl eher unter- als überschätzt haben.«

Trotz dieses Dementis veröffentlichte Gunnar Heinsohn im Mai eine eigens angefertigte Studie zu den Zahlen der Überlebenden, die vom »Bundesverband Beratung und Hilfe für NS-Verfolgte« verbreitet wurde: »Zwischen der Frankfurter Sektion der Jewish Claims Conference unter ihrem Leiter Karl Brozik und der Fachforschung ist ein Streit um die Zahl der 1945 geretteten jüdischen Sklavenarbeiter und um die Zahl der davon heute noch lebenden Menschen ausgebrochen, die zu entschädigen sind«, heißt es einleitend. Damit ist klar, auf welcher Seite der Autor steht. Die »Fachforschung« ist schließlich in erster Linie Finkelstein; Karl Brozik und die CC haben keineswegs den Streit begonnen. Im Gestus objektiver Wissenschaftlichkeit rechnet der Professor vom »Rafael-Lemkin-Institut für Genozid- und Xenophobieforschung« der Uni Bremen so lange hin und her, bis Finkelsteins Angabe gar noch unterschritten wird: »Die Zahl der im Jahr 2000 noch lebenden und zugleich unentschädigten jüdischen Sklavenarbeiter ist aus den Angaben der Wissenschaftler zwischen 6.000 und 22.000 zu schätzen.«

Im Verteilungskampf um die geringe Entschädigungssumme war jedes Mittel recht, solange es gegen die jüdischen Unterhändler ging und die deutsche Seite – ganz vorn die, die sich sonst immer besonders kritisch wähnen – sich als

Vertreter derer aufspielen konnte, die man am Verhandlungstisch nicht haben wollte. Nachdem jetzt alles vorbei ist, soll Finkelsteins Buch als Beweis dafür herhalten, daß die Juden noch aus dem eigenen Leid Profit machen. Daran und an dem überaus verständnisvollen Umgang mit Finkelstein als Sohn von Überlebenden, der wegen seiner Betroffenheit auch mal überziehen darf, wird nur eines deutlich: daß die Deutschen es den Juden nicht verzeihen werden, sie fünfundfünfzig Jahre nach dem Ende der massenhaften Versklavung und Vernichtung noch einmal zur Kasse gebeten haben.

Tjark Kunstreich schrieb in KONKRET 9/2000 über die rotgrüne Antifa-Lüge

Konkret 10/00, S. 58

Michael Scharang

Hirsch heißt der Mann

Eine Briefkomödie in drei Teilen

Michael Scharang hat sich in die Nesseln gesetzt. Der Schriftsteller, im Frühjahr noch auf dem Podium der Wiener Vorstellung des »Braunbuchs Österreich« (konkret texte 26) unangenehm links aufgefallen, wurde als Verräter am Widerstand gegen die schwarzbraune Regierung entlarvt: Nicht genug, daß er – zusammen mit Elfriede Jelinek und Peter Turrini – dem Staatssekretär für Kunst die Forderungen der Schriftsteller unterbreitet hatte, er war so weit gegangen, einen günstigen Ausgang der Gespräche durch einen freundlichen Brief an des Staatssekretärs Chef, den Bundeskanzler Schüssel, zu befördern. Die linke Szene, vertreten u.a. durch die Zeitschrift »Format« und die »FAZ« stand auf. Die Nesseln, in die Scharang sich gesetzt hat, haben sich als die bekannten Taubnesseln erwiesen

Was Sie alles vom Brief an den Kanzler noch nicht wissen (1. August 2000)

Gewiß hat alles an einem geheimen, wenn nicht verruchten Ort begonnen. Morak, Staatssekretär für Kunst, traf Hirschmann, Redakteur der Wochenzeitung »Format«, Erkennungszeichen waren sicherlich das Krucken- und das Hakenkreuz, gehört Morak doch der ÖVP/FPÖ-Regierung an. Gewiß kam die höhnische Rede des Redakteurs bald darauf, daß Morak von Künstlern geschnitten wird, und Morak wird bitter geantwortet haben, er sei ja nicht Staatssekretär für Künstler, sondern für Kunst. Das war aber nicht sein letzter Trumpf. Er knallte ein Blatt auf den Tisch, mit der beschriebenen Seite nach unten. Das, sagte Morak zum Redakteur, ist ein Brief des Schriftstellers Scharang an den Kanzler Schüssel, in dem beschrieben wird, wie gedeihlich eine Delegation von Schriftstellern mit mir verhandelt hat.

Herzeigen, sagte Hirschmann. Geht nicht, sagte Morak, das ist ein privates Schreiben von Scharang an Schüssel. Da wird der Redakteur ungläubig gelacht haben. Aber nicht lange. Denn in einem Telephongespräch mit mir bestätigte ich, jenen Brief abgefaßt zu haben. Und ich begann zu erzählen, wes Inhalts er sei. Bald hielt ich ein. Es kam mir blöd vor, etwas, was geschrieben vorliegt, nachzuerzählen. Dazu kommt, daß mir die Unterscheidung von privat und öffentlich fremd ist. Als Schriftsteller führe ich zwar kein öffentliches, aber auch kein privates Leben. Ich habe schon lange kein Wohnzimmer mehr, sondern nur einen Arbeitsraum. Und schon gar nicht unterscheide ich bei dem, was ich schreibe, zwischen einem privaten oder einem für die Öffentlichkeit bestimmten Text. Also bot ich dem Redakteur Hirschmann an, ihm den Brief zu faxen. Ich tat es und stellte ihm frei, von meinen Zeilen Gebrauch zu machen.

Mit einer Einschränkung, mit einer unbedingten, absolut nicht zu umgehenden Einschränkung. Die Namen meiner Kollegen Elfriede Jelinek und Peter Turrini, die ich als Mitglieder unserer Delegation nenne, dürfen von Hirschmann nicht genannt werden. Natürlich nicht, weil ich sie verschweigen will, sondern weil ich, wenn ich in dem Brief von der Verhandlungsarbeit mit Morak spreche, nur meinen Eindruck wiedergeben kann, also nur in meinem Namen sprechen will, kann und darf. Selbstverständlich, sagte Hirschmann. Zur Sicherheit strich ich besagte Namen durch, bevor ich den Brief faxte.

Selbstverständlich nenne ich die Namen nicht, hatte Hirschmann gesagt, selbstverständlich nennt er sie in seinem Artikel vom 31. Juli. Nun wird, wer Hirschmann kennt, mir vorhalten: Ein Hirsch, wer diesem Mann traut. Ich kenne ihn nicht, und deshalb kehre ich vor der eigenen Tür: Ein Idiot, wer so ein Dokument aus der Hand gibt.

Andererseits: Was steht in dem Brief, das Jelinek und Turrini nicht zur Ehre gereicht? Sie waren Mitglieder einer Delegation, die bis jetzt schon viel für Kolleginnen und Kollegen erreicht hat, gewiß mehr, als andere unter wesentlich günstigeren budgetären Umständen ausgehandelt haben.

Wie aber wurden wir überhaupt Mitglieder dieser Delegation? Durch Alarm. Wir wurden von Wolfgang Unger, Ministerialrat in der Abteilung für Literatur, und von Franz-Leo Popp, als Direktor der literarischen Verwertungsgesellschaft auch Verwalter des Sozialfonds für Schriftstellerinnen und Schriftsteller, alarmiert, daß dem Literaturbudget, also der Förderung von Literatur einerseits, der Hilfe für alte, arbeitsunfähige Autoren andererseits, Schlimmstes drohe. Moraks Vorgänger habe dem Literaturbudget 30 Millionen für andere Zwecke entnommen. Würde dieses amputierte Budget nochmals beschnitten wie alle anderen Budgets auch, gehe die Literaturförderung vor die Hunde.

Wir wurden von den genannten Fachleuten und von Gerhard Ruiss von der IG Autoren beraten, begleitet und bei den Verhandlungen unterstützt. Wir taten, was wir konnten. Und Franz Morak, so war mein Eindruck, und den schildere ich in dem Brief an den Kanzler, damit der nicht glaubt, sein Kunststaatssekretär sei auf der Suche nach Künstlern bereits verdurstet und verhungert, und Franz Morak, so war mein Eindruck, tat seinerseits, was er konnte. Im übrigen: Daß ich mit der jetzigen Regierung nicht einverstanden bin, belastet mich bei den Verhandlungen nicht, da ich noch nie mit einer

Regierung einverstanden war.

Wie ich als Bundeskanzler einen Lähmungsanschlag verübte, der gründlich vorbeigelang (8. August)

Über Gerhard Ruiss, den Vorrang der Interessen der Literatur vor denen der Literaturinteressenvertreter sowie einen Brief an Bundeskanzler Wolfgang Schüssel. Bemerkungen zur jüngsten Aussendung der IG Autoren.

Vor die Frage gestellt, die Materie oder der Geist, entscheide ich mich für die Materie. Sie ist für mich das Uralte, Handfeste, der Geist das Späte, Fragile. Ich spreche von meiner Entscheidung und nicht von meinem Wissen, womit angedeutet sei, daß auch Materialist zu sein eine metaphysische Angelegenheit ist.

Vor die Frage gestellt, was zuerst da war, die Literatur oder der Literaturverein, entscheide ich mich für die Literatur. Sie liegt in Werkgestalt vor, während beim Literaturverein der Verein fürs Werk steht. Vielleicht aber ist der Verein gleich der Materie das Uralte, Handfeste, die Literatur gleich dem Geist das Späte, Fragile. Und vielleicht wird man in Österreich vor dem Mensch gewordenen Literaturverein Gerhard Ruiss vulgo *IG Autorinnen Autoren* noch sprechen, wenn die österreichische Literatur jedenfalls in Österreich bereits vergessen ist.

Ohne daß Ruiss es gemerkt haben dürfte, hat sich das Gebilde Ruiss/*IG Autorinnen Autoren* längst emanzipiert von der Gründungsabsicht, die Interessen von Autoren zu vertreten, und so vertritt das Gebilde vornehmlich seine eigenen Interessen, die logischerweise von denen des Gerhard Ruiss nicht mehr zu unterscheiden sind.

Die Form, in der das geschieht, ist die Aussendung. Die Ruiss'schen Aussendungen sind mittlerweile legendär, es gibt kaum eine Redaktion, die nicht einen eigenen Papierkorb anschaffen mußte, um die Aussendungsflut zu bewältigen. Die Ruiss'schen Aussendungsfluten sind aber nicht nur zahlreich, sondern auch unlesbar. Und da sie meist verfrüht kommen, handelt es sich wohl um sprachliche Inkontinenz. Wie im Fall jener Aussendung, die mich betrifft.

Hätte Ruiss meinen Artikel vom 1. August in der »Presse« abgewartet, hätte er in seiner Aussendung vom 31. Juli zumindest nicht behaupten können, ich hätte den Brief an den Kanzler betreffend unsere Verhandlungen mit dem Kunststaatssekretär zu »Veröffentlichungszwecken« abgefaßt. Es ist aber auch der Rest der Aussendung solide Falschmünzerei, abgefaßt noch dazu in einer Sprache, für die Kauderwelsch eine Ehrenbezeichnung wäre. Hätte die IG Blutwursthersteller sich mit ähnlichen Sätzen an die Öffentlichkeit gewagt, würde es dieser den Magen umgedreht haben. Vor den Formulierungen der *IG Autorinnen Autoren* aber war die Öffentlichkeit bis heute sicher, da sie im Papierkorb landeten. Ich kann leider nicht umhin, einige herauszuklauben.

Im ersten Gespräch mit Franz Morak sprach unsere Delegation, die sich aus einer Schriftstellerin, einem Experten, zwei Schriftstellern und Ruiss zusammensetzte, drei Forderungen aus. Im zweiten Gespräch zeigte sich, daß unsere Forderungen teils erfüllt worden sind, teils erfüllt werden können. In meiner Freude darüber schrieb ich dem Kanzler, von dem ich annahm, daß er wie ich in den Revolvermagazinen gelesen hat, Morak sitze arbeits-, weil künstlerlos in seinem Büro, in meiner Freude also schrieb ich dem Kanzler, er habe »mit der Ernennung von Franz Morak zum Staatssekretär für Kunst eine glückliche Hand bewiesen«.

Aus der »glücklichen Hand« nun »Glückwünsche zur Bestellung eines Kunstsekretärs« zu machen, das ist keine Frechheit, das ist Ruiss. Selbstverständlich muß in einem Kommentar dazu (in »Format«, Nr. 32) Doron Rabinovici seine demagogische Begabung unter Beweis stellen, indem er aus den »Glückwünschen« einen »Dankesbrief« macht. Was mir egal wäre, liefe Rabinovicis literarisches Talent nicht allmählich Gefahr, von jener Begabung erstickt zu werden.

Nun erst hebt Ruiss vollends ab. Er spricht von den »15jährigen Angriffserfahrungen« seiner IG, meint aber das Gegenteil, daß nämlich Mitglieder der IG von seiten der Parteien oder des Staates angegriffen wurden. Sodann sagt er einen Regierungswechsel voraus, wenn er vom »Verfasser dieses Briefes an den Österreichischen Bundeskanzler, Michael Scharang«, spricht.

Ruiss gehört zu den wenigen, die jetzt schon wissen, daß ich als Obmann des Vereins der Freunde der Sanktionen beste Chancen habe, der nächste Kanzler zu werden. Da die Mehrheit der Österreicher stets der guten alten Zeit nachtrauert, wird sie sich bald nach der Zeit der Sanktionen sehnen, in der die große Welt vom kleinen Österreich Notiz genommen hat. Und als Obmann jenes Vereins werde ich im Nu eine populäre Person und alsdann Kanzler sein.

Bis dahin heißt es üben. Eines, bestätigt mir Ruiss, kann ich schon. Mein Brief sei »politisch gesehen ein Lähmungsanschlag auf eine eben nicht – weder durch sich selbst noch durch jemand anderen – gelähmte Interessenvertretung«. Nun, da ich den Lähmungsanschlag beherrsche, muß ich lernen, Ausschüsse zu bilden. Einen habe ich bereits zustande gebracht, und Ruiss erhebt ihn, mich ermutigend, zum »gebildeten Ausschuß«. Dieser, von mir fälschlich Delegation genannt, habe das Ziel verfolgt, »die Geschlossenheit und Entschlossenheit der Autoren und Autorenvertreter über das übliche Maß hinaus zu demonstrieren. Nachträglich gesehen ist das leider gründlich vorbeigelungen.«

Dennoch übe ich unverdrossen weiter, demonstriere morgens und abends Geschlossenheit und Entschlossenheit über das übliche Maß hinaus, und zwischendurch dresche ich diese Phrasen, bis sie zu jenen Zahlen werden, die Ruiss mir dann um die Ohren knallt. Er weiß, daß ich über Zahlen nichts zu sagen weiß – außer daß die beiden mir bekannten Zahlen, die Katastrophenzahl, von der unsere Forderungen ausgingen, und die Erfolgszahl, über die ich mich freute, uns von Fachleuten genannt wurden, deren Integrität auch von Ruiss nie angezweifelt wurde. »Nachträglich gesehen« ist das freilich anders. Von Ruiss' Zahlenspiel kann ich nur eines nachvollziehen: »Die *IG Autorinnen Autoren* hat ... um 700.000 Schilling weniger.« Gezeichnet Gerhard Ruiss/*IG Autorinnen Autoren.*

Hätte die Aussendung von Ruiss aus diesem einen entscheidenden Satz bestanden, sie wäre seit langem die erste gewesen, die Leser gefunden hätte. Erstaunte, bestürzte Leser. Daß eine Interessengemeinschaft primär an ihre eigenen, an ihre Vereinsinteressen denkt, ist jedoch nicht allein die Schuld von Gerhard Ruiss. Er ist von vielen Schriftstellerinnen und Schriftstellern, auch von mir, bei seiner Arbeit alleingelassen worden, er hat sich an das Alleinsein gewöhnt und es dann vielleicht genossen. Jedenfalls ist er endlich seinen Zorn auf mich losgeworden. Und mir ist jetzt auch leichter. Womit wir sicher nicht zum Alltag zurückkehren.

Auch nicht, was Elfriede Jelinek betrifft. Wie Helmut Zenker (im »Format«) dazu kommt, in einem Statement Jelineks Entsetzen über meinen Brief eine Pose zu nennen, verstehe ich nicht. Elfriede Jelinek war bei einer Sitzung mit Morak dabei. Sie befand sich von vornherein in einer anderen Position als zum Beispiel ich. Jelinek wurde von der FPÖ etwas angetan, das nach der Nazizeit keiner Künstlerin, keinem Künstler in diesem Land widerfuhr, sie wurde auf einem Riesenplakat öffentlich an den Pranger gestellt. Die Künstlerschaft wirkte damals wie weggezaubert. Keine Aussendung, kein Aufschrei. Erst nachdem Peter Turrini eine Rede über diese Niedertracht in das peinliche Schweigen gedonnert hatte, lösten sich die Zungen zu den üblichen, peinlichen Wortmeldungen. Die solidarischsten kamen um Jahre verspätet.

Für Elfriede Jelinek ist nach dieser traumatischen Erfahrung Franz Morak primär nicht wie für mich Kunststaatssekretär, sondern ein ÖVP-Politiker, der mit der FPÖ in einer Regierung sitzt. Wer das nicht respektiert, wer nicht begreift, daß Menschen auf Grund ihrer verschiedenen Erfahrungen verschieden reagieren und doch einander respektieren, ja lieben können, der verhält sich nicht viel anders als jenes Plakat, das auf Auslöschung zielt.

Der schwere Weg zurück zum Lesen und Schreiben. Über ein Alphabetisierungsprojekt der »FAZ«. Der Briefkomödie dritter Teil (22. August).

Ein Schriftstellerfreund, den es nach Deutschland verschlagen hat, schickte mir einen Artikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 16. August, in der Hoffnung, ich würde aus dem Artikel klug werden. Ich wurde es nicht. Im Gegenteil, jeder Satz verfehlt den Gegenstand geradezu vollkommen. Und das konstant. Was mich stutzig macht. Denn typisch für den Journalismus ist nicht, wie der Volksmund meint, die Lüge, sondern die Mischung aus Lüge und Wahrheit. Lüge allein wäre zu dumm und langweilig, Wahrheit allein zu geistvoll und anstrengend.

Jener Artikel, abgefaßt von einer Frau Eva Menasse, kann also, da überhaupt nichts stimmt, kein Produkt des Journalismus sein. Was dann? Ich bin mir sicher, die Spur zur Aufklärung dieses Falles gefunden zu haben. Die »FAZ« hat in dem an sich erfreulichen Phänomen eines wachsenden Analphabetismus die unerfreuliche Seite entdeckt: den wachsenden Leserschwund. (Einen Schwund beim Wachsen zu beobachten ist übrigens nicht uninteressant.) Um dem entgegenzuwirken, startet das Blatt eine Aktion »Zurück zum Lesen und Schreiben«, mit dem angenehmen Effekt, dieserart nicht nur sich, sondern auch dem Gemeinwesen zu dienen. Der Preis dieser sozialen Wirkung ist, daß die »FAZ« sich zu einem linksalternativen Blatt wandelt. Was dem Übungstext des schreibenden Sozialfalls Eva Menasse bereits anzumerken ist.

Warum Übungstext? Die »FAZ« stachelt offenbar diejenigen, die sich an ihrer Aktion beteiligen, mit besonderem Eifer an. Besonders Tüchtige dürfen Texte schreiben und diese unter die gewöhnlichen Artikel mischen. Als eine der ersten wurde Frau Menasse ausgewählt. Wo sie lebt, geht aus ihrem Text nicht hervor. Sollte sie in Deutschland leben, hat sie wohl auch eine Auslandsreise gewonnen, denn ihr Text befaßt sich mit Österreich und Wien. Und aus Gründen, in deren Abgründe ich nicht hinabblicken möchte, schlug dort ein Ereignis sie in den Bann, von dem selbst die Beteiligten, darunter ich, nie den Eindruck hatten, es sei eines.

Masse macht Eindruck

Die ungeübte Menasse beginnt zu üben. Nach dem Motto, daß Masse Eindruck macht, vermehrt sie erst einmal das geringe Personal des Nichtereignisses. Aus dem einen Staatssekretär, der in ihrer Geschichte vorkommt, macht sie im Titel »Staatssekretäre«, im Untertitel werden aus einer Schriftstellerin und zwei Schriftstellern »Österreichs Schriftsteller«. Vielleicht meint sie, daß es nur drei gibt; diese Möglichkeit muß offengehalten werden. Doch zurück zum Untertitel: »Protestieren und kriechen: Österreichs Schriftsteller sprechen im Kanzleramt vor.«

Was war der Fall? Zwei Experten, ein Fachmann für das Literaturbudget des Staates und ein Fachmann für den Sozialfonds der Schriftsteller, scheuchten Elfriede Jelinek, Peter Turrini und mich auf, und zwar nicht, wie wir vermuteten, indem sie uns angesichts der neuen Regierung eine schreckliche Zukunft ausmalten, sondern indem sie die Mißstände schilderten, welche die vorherige Regierung hinterlassen hat: ein Loch im Literaturbudget durch zweckwidrige Verwendung von 30 Millionen Schilling; noch immer keine gesetzliche Grundlage für den Sozialfonds, die aktuelle Altersvorsorge, so daß er jederzeit aufgelöst werden kann; noch immer eine geradezu tödliche Ungerechtigkeit bei der Besteuerung von Künstlern. Also gingen wir zum Staatssekretär Morak.

Frau Menasse muß unter so schrecklichen Verhältnissen aufgewachsen sein, daß sie sich Leute, die zu einem Politiker gehen, um Forderungen zu deponieren, nur vorsprechend und kriechend vorstellen kann. Für mich als Linken ist der erste Gedanke, die Gesellschaft müsse sofort so verändert werden, damit nie wieder jemand unter solchen Verhältnissen aufwachsen muß wie Frau Menasse. Doch gerade sie dämpft meinen revolutionären Impuls, indem sie mich zum »ehemaligen Linken« erklärt. Dazu wurde ich nicht, weil ich die Suche nach neuen Antworten auf die neuen sozialen Fragen resigniert oder erschöpft abgebrochen hätte, sondern weil ich meine Richtigstellung zur obigen Sache in der, wie Frau Menasse schreibt, »konservativen ›Presse‹« publiziere, wohingegen sie ihre Falschstellungen in der linksalternativen »Frankfurter Allgemeinen« plaziert.

Kriechen und sitzen

Unermüdlich redet Menasse von Schriftstellern, die plötzlich gemerkt hätten, »daß an ihnen gespart werden solle«. Gemeint ist die von der Regierung verfügte »generelle Kürzung von zehn Prozent«. Diese Kürzung war das einzige, was bei unseren Verhandlungen nie zur Sprache kam, denn sie war nicht verhandelbar. Nur öffentlicher Protest könnte gegen sie an. Bestens informiert ist Frau Menasse auch über die Fortbewegungsart unserer Delegation. Kriechend, das wissen wir schon, aber auch »möglichst unauffällig natürlich, denn wer will schon dabei ertappt sein, sich mit einer international verfemten Regierung an den Tisch zu setzen?«

Doch schon bin ich ertappt! »Denn die geheime Mission flog schnell auf.« Wie? Durch wen? Das errät niemand. Durch mich! Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Annahme durchaus nicht vermessen war, daß wir die Verhandlungen bis Ende des Jahres abgeschlossen haben werden, schrieb ich einen Brief an den Kanzler, denn der Kunststaatssekretär ist dem Kanzleramt zugeordnet, der Kanzler in unseren Angelegenheiten letzte Instanz. Ich berichte von den zwei Treffen mit Morak und von ein, zwei Verhandlungen, die im Herbst notwendig sein werden, und verhehle nicht meinen Eindruck, daß der Kanzler »mit der Ernennung Franz Moraks zum Staatssekretär für Kunstsachen eine glückliche Hand bewiesen« hat.

Nach geheimer Mission und geheimer Korrespondenz treibe ich die Geheimhaltung auf die Spitze. »Scharang ging aber noch weiter und ließ seinen Brief nicht nur dem Kanzler, sondern gleich auch einem Nachrichtenmagazin zustellen.« Mittels Boten, wie das in Wien üblich ist. Der Bote wird den Brief in der Mitte auseinandergeschnitten, und Kanzler und Magazin werden sich den Brief geteilt haben.

Was jeder wissen kann

Das einzige, was noch ganz sein dürfte, ist die Wahnwelt der Frau Menasse. In der zerlemperten Wirklichkeit war es so, daß ein Journalist mich am Telephon fragte, ob es einen Brief von mir an den Kanzler gebe, wenn ja, was drin stehe. Nichts, sagte ich unter anderem, was nicht jeder wissen könne. Und ich faxte ihm das Schreiben. So geheim war die ganze Aktion. Mein Fehler war, Elfriede Jelinek nicht von dem Brief informiert zu haben, zuerst nicht, weil sie im Ausland war und ich sie nicht erreichen konnte, dann nicht, weil ich die Sache vergessen hatte. So wurde sie nicht von mir, sondern von jenem Nachrichtenmagazin ins Bild gesetzt. Ins Zerrbild. Da wir das gewohnt sind, haben wir damit keine Probleme.

Zu unserer Delegation wird im Herbst Kollege Milo Dor stoßen. Ende des Jahres werden wir das Ergebnis unserer Verhandlungen öffentlich bekanntmachen. Sodann legen wir die Angelegenheit in die Hände anderer Kolleginnen und Kollegen. Es sei denn, Frau Menasse braucht uns noch. Sie wird dann auf dem Weg zurück zum Lesen und Schreiben noch weiter fortgeschritten sein, und vielleicht ist beim nächsten Mal die Kluft zwischen Wirklichkeit und deren Beschreibung nicht mehr so groß.

Anzeichen dafür finden sich bereits am Ende ihres Übungstextes. »Er selbst«, also ich, »nahm zweimal ausführlich zu dem von ihm erst hervorgerufenen Wirbel in der konservativen ›Presse‹ Stellung. Und das wird er sicher auf die eine oder andere Weise vergolten bekommen.«

Richtig, Frau Menasse! Bestimmt werde ich meine Arbeit auf die *eine* Weise vergolten bekommen. Denn auch die »Presse« zahlt Honorar, wenig zwar, aber dafür spät. Vielleicht aber auch auf die *andere* Weise. Indem die Presse mir eine Reise nach Frankfurt zahlt, damit ich mehr und allgemeiner über das Alphabetisierungsprogramm der »Frankfurter Allgemeinen« berichte.

Scharangs Beiträge erschienen zuerst in der Wiener Tageszeitung »Die Presse«

Michael Scharang schrieb in KONKRET 7/2000 über die Salzburger Festspiele

Konkret 10/00, S. 61

Marc Fabian Erdl

Buch & Deckel

Ken Blanchard / Sheldon Bowles: Gung Ho! Wie Sie jedes Team auf Höchstform bringen. Rowohlt, Reinbek 2000. 184 Seiten, 36 Mark

Vielleicht hat Robert Kurz ja doch recht, und mit dem Kapitalismus nimmt es ein böses Ende. Läßt man Zahl und Qualität der Management-Literatur als Indikatoren für den Stand der Dinge zu, so spricht einiges dafür, daß es nicht mehr lang dauern kann. Nicht genug, daß es den Managern im Zeichen des *shareholder value* an den Kragen geht, sie müssen sich auch noch jahrein, jahraus von Mentalvorbildern wie Gertrud Höhler und Erich Lejeune in die Mythologie der Gesellschaft als Hybridformen von Kassenwart, Hanswurst, Guru und Kleinkünstler einschreiben lassen. Weil aber nichts auf dieser Welt ist so beschaffen ist, als daß es nicht noch ein wenig blöder sein könnte, haben Ken Blanchard (*Minuten-Manager*) und Sheldon Bowles einen weiteren Tiefpunkt in der an Narreteien wahrhaftig nicht armen Geschichte der Management- und Ratgeberliteratur vorgelegt.

Folgende Erbauungsgeschichte wird hier plan- und lieblos zusammenfabuliert: Peggy Sinclair, eine Jungmanagerin, soll einen maroden Betrieb wieder in Schwung bringen. Sie entdeckt vor Ort, daß nur eine Abteilung wirklich erfolgreich ist, und läßt sich vom indianischen Abteilungsleiter Andy Longclaw in seine Technik der Mitarbeitermotivation einweisen. Sein Rezept für den Betrieb – ach, was sag ich, für die ganze Welt – ist »Gung Ho«, ein Dreischritt-Programm, das ihn – die Autoren lassen kein Klischee aus – sein weiser Großvater lehrte: a) der Geist des Eichhörnchens, b) der Weg des Bibers, c) das Geschenk der Gans. Hinter diesen esoterischen Bezeichnungen verbergen sich die äußerst schmalen Gedanken, daß man seinen Mitarbeitern eintrichtern soll, daß a) ihre Arbeit wichtig (für die ganze große weite Welt) ist, b) daß Mitarbeiter ihre Arbeitsziele – in engen Grenzen! – selbst bestimmen sollen und c) daß man sich gegenseitig bei der Arbeit begeistert anfeuern soll. Dann wird alles gut, und »Gottes Plan« (dochdoch!) erfüllt sich. Vorbild für diese ökonomisch-moralisch tipptoppen Strategien im Betrieb sind die genannten Tierarten, deren Tun und Lassen recht gewagte Deutungen auslöst. Das Ergebnis ist ein religiös verbrämter Kapitalismus mit indianischem Antlitz, sozusagen.

Die Autoren haben ein trübes Gebräu von evangelikaler Bekenntnisdichtung und pseudoindianischer Bedeutungshuberei zusammengepanscht – eine grauenhafte Mixtur, changierend zwischen abstoßendem Pathos und unfreiwilliger Komik. Als unsere Heldin ihrem indianischen Freund anvertraut, ihr »sinnlosester« Job sei der Abwasch in der Collegemensa gewesen, erläutert er ihr die tragende Bedeutung – alles ist zauberisch verwoben – auch und gerade dieser Tätigkeit: »Denken Sie doch nur daran, welchen Einfluß die Studenten, die dort aßen, auf die Welt haben würden. Unter ihnen wichtige Politiker, Forscher. Eine Ladung unzureichend gewaschener, mit Bakterien verseuchter Teller könnte eine ganze Reihe zukünftiger Retter der Menschheit auslöschen.« Man möchte sich ob der verpaßten Chance die Augen aus dem Kopf weinen.

Kein Wunder, daß am Ende unsere Protagonisten als staatstragende Vorbilder ins Weiße Haus eingeladen werden. Und die uns alle brennend interessierende Frage, ob es die Figuren in dieser Schmonzette sowie den Wunderbetrieb auch wirklich gibt, ist, so die Autoren, eh die »falsche Frage«. »Wenn Sie die Gung-Ho-Einstellung haben, dann ist das die Realität.«

Eine ganz andere Stunde übrigens schlug gerade dem Rowohlt-Verlag, der die deutsche Ausgabe dieses Trainingsprogramms zu verantworten hat. Es erfüllt die Bücherfreunde zu Recht mit einigem Unbehagen, daß die nicht gerade unter Bibliophilieverdacht stehende Unternehmensberatung McKinsey sich der Aufgabe angenommen hat, das Unternehmen wieder auf Vordermann zu bringen. Andererseits: Wer ein solches Machwerk aus dem kapitalistischen Affirmandenunterricht im Programm hat, hat es wirklich nicht besser verdient.

Konkret 10/00, S. 61

Renate Göllner

Buch & Deckel

Ulrich Enderwitz: Die Sexualisierung der Geschlechter. Eine Übung in negativer Anthropologie. Ca ira, Freiburg 1999, 240 Seiten, 58 Mark

»Noch niemals zuvor ... haben Menschen für ihren Körper ein solch immenses Maß an pflegender Zuwendung und hegender Zärtlichkeit sei's von anderen eingefordert, sei's selber aufgebracht.« Hatte sich der Mensch zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft noch als »mechanischer Werktätiger« begriffen, so verwandelte er sich an deren Ende zum »manischen Lustsucher«.

Wie es dazu kam, stellt Ulrich Enderwitz in einem erhellenden Traktat dar, der die gesellschaftliche Bedingtheit und Veränderbarkeit des Geschlechterverhältnisses zum Thema hat. Er stellt darüber hinaus die Frage, wieso die Institution Familie, obwohl in gesellschaftlicher Hinsicht längst überholt, auch weiterhin existieren und ein so hohes soziales Ansehen genießen kann.

Waren Geschlechterbeziehungen zunächst eingebunden in öffentliche Zusammenhänge, häusliche Sphäre und Produktionsbereich nicht getrennt, so entsteht mit der bürgerlichen Entwicklung eine neue, »abstrakte Zweisamkeit«: Der familiere Bereich wird abgekoppelt und als Privatsphäre neu etabliert. Die Frau wird domestiziert und auf die Funktion der biologischen Reproduktion zurückgeworfen.

Wie sich, bedingt durch die fortschreitende kapitalistische Entwicklung, die Veränderung der gesellschaftlichen Funktion der Familie vollzog, wie sie sich insbesondere in den sexuellen Beziehungen der Geschlechter niederschlug, zeigt Enderwitz am Beispiel literarischer Phantasien und Projektionen des 18. und 19. Jahrhunderts.

Indes, weder der Empfindsamkeitskult noch der Kult der schönen Seele lösen ein, was sie versprachen: Die Verheißung sinnlich-sexueller Erfüllung in der Privatsphäre gerät unter den Bedingungen kapitalistischer Verwertung zum bloßen Schein. Daß die bürgerliche Familie im 20. Jahrhundert dennoch fortbesteht, verdankt sie, so Enderwitz, einzig ihrer Funktion als »verschwenderische Konsumeinrichtung«. Der Warenkonsum durchdringt auch die Geschlechtsbeziehung, so daß der subjektive Bezug zum Anderen verloren geht. Die Beziehung entwickelt sich zu einer »autosexuellen Parallelaktion«, in der narzißtische Befriedigung, fetischistische Lust am eigenen Körper und Homoerotik dominieren. Wie sich aber Narzißmus und Homoerotik zum traditionell narzißtischen Typus und zur traditionellen Homosexualität verhalten, bleibt unklar. Wie überhaupt diese *Übung in negativer Anthropologie* in der Gegenüberstellung von Homosexualität und Heterosexualität Negativität preisgibt.

Konkret 10/00, S. 62

Dietrich zur Nedden

That was punk, friends

Wo sind eigentlich die Chaostage geblieben? Im Expo-Hannover jedenfalls nicht. Ein Nachruf

Das Ende aller Chaostage scheint besiegelt. Schon Monate vorher wurde der hannoversche Polizeipräsident Hans-Dieter Klosa nicht müde, es zu beschwören: »Das traditionelle Punktreffen am ersten Augustwochenende diesen Jahres findet nicht statt.« Der Hardliner hatte den Job übernommen, der nach den Chaostagen 1995 vakant geworden war, die angeblich einem »Bürgerkrieg« glichen. Ihm standen nun weit über 6.000 Polizei- und BGS-Beamte zur Verfügung. Der »größte Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« sollte dafür garantieren, daß die Weltausstellung Expo 2000 »ein friedliches und fröhliches Fest« werde. Und dazu gehörte die Verhinderung der Chaostage.

Alles begann, als im November 1982 der »Taz«-Korrespondent Jürgen Voges die Existenz einer »Punker-Kartei« bei der hannoverschen Polizei aufdeckte. Aus Protest trafen sich etwa 800 Punks zum »1. hannoverschen Chaostag«. Erst ein Jahr später mußte die Datei auf Beschluß des Verwaltungsgerichts gelöscht werden. Aber die Chaostage führen mittlerweile ein Eigenleben – freilich ohne daß dafür jemals ein differenziertes (politisches) »Programm« formuliert worden wäre. Europaweit erscheinen die Aufrufe zu den Chaostagen seit 1984 »gegen die braune Pest!«, und etwa 2.000 Punks folgen ihnen. Höhepunkt der Ereignisse ist neben Schlägereien mit Naziskins die restlose Zerlegung eines Jugendzentrums. »Was die Punks nicht schafften, erledigten die Wasserwerfer der Polizei«, heißt es in einer Chronik.

Erst zehn Jahre später – Hannover ist zur Expo-Stadt gewählt worden und (alp)träumt davon, 40 Millionen Besucher im Jahr 2000 zu empfangen – wird der Markenname wiederbelebt. Flugblätter drohen mit der Ankündigung, bis zur Weltausstellung eine ganze Serie von Chaostagen zu liefern. Ein Aufruf, Hannover »in Schutt und Asche« zu legen – ein Flugblatt, das nie existiert hat – löst bundesweit hysterische Berichte aus. Obwohl es nur einen zehnminütigen Straßenkampf gibt, wird »Todesangst in der Nordstadt« diagnostiziert, »überall« sichtet man »umgestürzte und brennende Autos«, insgesamt tobe eine »Orgie der Gewalt«.

Die Rollen im Eskalationsspiel sind fest vergeben, die Polizei aber wähnt sich ein Jahr später, 1995, besser vorbereitet. Siegesgewiß drängt sie die Punks aus dem Zentrum, das dem Sommerschlußverkauf vorbehalten bleibt, in ihr Reservat ab, die Nordstadt eben. Anstatt es dabei zu belassen, stößt sie weiter vor, trifft jedoch in den engen Gassen wie weiland Custers 7. Kavallerie am Little Big Horn auf eine überraschend hohe Zahl an entschlossenen Kämpfern. Die Beamten werfen Steine zurück an die Absender und schauen zwölf Stunden lang zu, wie Punks und Anwohner einen Supermarkt leerräumen.

Obwohl im nachhinein die Bilanz für einen »Bürgerkrieg« vergleichsweise harmlos anmutet – ein Schaden von insgesamt etwa 650.000 Mark (davon mehr als die Hälfte durch die Plünderung inklusive Gewinnausfall), 200 zumeist leichtverletzte Polizeibeamte, rund 300 verletzte Jugendliche, davon über hundert in stationärer Behandlung – , gehen Bilder einer verwüsteten Stadt um die Welt, sogar CNN reiht sich ein. Filmaufnahmen vermitteln den Eindruck einer »Feuerwalze«, obwohl kein einziges Haus gebrannt hat. RTL weiß gar von zwei Toten zu berichten. »Die ganze Stadt gleicht einem Trümmerfeld«, faßt die »SZ« zusammen.

Das Weltuntergangsszenario kommt wie bestellt. Als das Amtsgericht Hannover über 500 Festnahmen als rechtswidrig einstuft, als Schäuble warnt, es verkämen der »innere Friede und die innere Sicherheit«, wenn die Chaostage in Hannover Schule machten, als die Vorwürfe gegen die zu »lasche« Polizei nicht enden wollen, demonstriert die SPD-Landesregierung unter Schröder die gewünschte Härte – schließlich stehen Kommunalwahlen an: Das als »liberal« geltende Polizeigesetz der rotgrünen Regierungskoalition wird verschärft. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik erhält die Polizei das Recht, ganze Städte abzuriegeln.

Folglich gleicht Hannover Anfang August 1996 tatsächlich einer Festung, die Punks weichen nach Bremen aus. Und die Chaostage schließlich ins Internet, wo geneigte Experten an diversen Websites wie www.chaos-tage.de oder dem »Cannibal Home Channel« basteln, der sich einen Spaß daraus macht, immer abstrusere, am Boulevardjournalismus orientierte Ankündigungen für das Expo-Jahr 2000 zu verbreiten.

Und wie von Polizeipräsident Klosa versprochen, finden im Expo-Jahr keine Chaostage statt – nach Darstellung der Staatsgewalt jedenfalls und abgesehen von den (nach Zählung der Polizei) 43 beantragten Strafverfahren, »insgesamt 607 Platzverweisungen« und 537 Personen, die »in Gewahrsam genommen« werden. Die »SZ« bestätigt den Präventiverfolg der Staatsmacht und druckt die Reuters-Meldung: »Die Polizei in Hannover ist am Wochenende nach eigenen Angaben massiv gegen Punker vorgegangen, um gewalttätige Auseinandersetzungen bei den sogenannten Chaostagen zu verhindern«, die »Taz« gab sich mit der ähnlich formulierten Kurzmeldung von dpa zufrieden.

Aus dem einzigen kritischen Rückblick, veröffentlicht im Internet-Magazin »Telepolis«, erfährt man einige Details der Vorfälle am ersten Augustwochenende: Die Nacht verbrachten die prophylaktisch einkassierten potentiellen Randalierer,

unter ihnen der Redakteur eines Lokalradios, »zu etwa 50 bis 60 in einem Käfig von ca. 35 Quadratmetern Größe im Freien. Kaum die Hälfte hatte ausreichend Platz«. Für eine Veranstaltung, die gar nicht stattfand, war also doch einiges los. Etliche Leserbeiträge lüften erstmals auch die Identität der weggesperrten »Chaoten«: »Mein 17jähriger Neffe, Mitglied der Jungen Union, kam gestern aus Hannover nach Berlin zurück. Er war über das Wochenende zur Expo gefahren. Die Expo hat er nicht gesehen, bereits am Hauptbahnhof Hannover geriet der junge Spießer in eine Polizeikontrolle von Bamberger Polizisten, die ihn fragten, ob er denn heute schon kontrolliert worden sei. Er faßte diese Frage als Spaß auf und lachte, was ihm eine dicke Beule am Kopf und eine verstauchte Hand einbrachte, sowie Hannover-Verbot.« Der junge Mann »trat noch gestern aus der JU aus«. Eine Diplombiologin indonesischer Abstammung und mit buntgefärbter Haartracht, die einen Ärztekongreß in Hannover besuchen wollte, »wurde sofort am Bahnsteig aus dem Zug gefischt und mit dem nächsten Zug wieder Richtung Niederlande zurückgeprügelt«.

In der Nordstadt business as usual. Die Bewohner des verschrieenen autonom-alternativen Sprengelgeländes schrieben in einer Stellungnahme: »Und so dauerte es auch nicht lange, bis einige Hundertschaften anfingen, ohne Anlaß die Schaufelderstraße zu räumen ... Binnen weniger Minuten wurden der Platz und ein paar halbgare Barrikaden geräumt, Punks gejagt und eingekesselt, und drei Wasserwerfer löschten ein Lagerfeuer.« Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg dankte »für den gelungenen Polizeieinsatz«.

Was von den Chaostagen also bleibt ist nur ein Wort im Repertoire der Schlagzeilenredakteure, ob sie nun unübersichtliche Verhältnisse bei der CDU oder beim DFB auf Zeile bringen müssen. Doch Obacht, im Netz werden schon neue Chaostage angekündigt – für das Jahr 2022: »Frei nach dem Film-Klassiker □Jahr 2022 – die überleben wollen!□, der in einer Zeit spielt, in der die Welt zwar ein einziger Dreckshaufen ist und der Pöbel nicht im mindesten Zugang zu modernen technischen Errungenschaften wie dem Internet hat, aber die Menschen zu leckeren Plätzchen verarbeitet werden. That□s punk, friends!« Bis dahin wird den Bewohnern des Dreckhaufens Hannover kein Punk mehr auf den Keks gehen.

Dietrich zur Nedden ist freier Autor und lebt in Hannover

Konkret 10/00, S. 64

Martin Büsser

FilmTheater

American Psycho

Regie: Mary Harron; mit Christian Bale, Willem Dafoe, Chloë Sevigny; USA 1999 (Concorde); 101 Minuten; seit 7.9. im Kino

Wohl alle, die *American Psycho* einmal komplett gelesen haben, sind von diesem Buch schockiert. Den Schock machen aber nicht primär die etwa dreißig Seiten aus, die den Roman so umstritten haben werden lassen, schockierend ist vielmehr die auf mehr als fünfhundert Seiten unter bewußtem Provozieren von Langeweile dargestellte Oberflächlichkeit des Protagonisten. Die Geschichte des Wall-Street-Karrieristen Patrick Bateman in den frühen Achtzigern – damals wurden solche Typen Yuppies genannt, heute gelten sie als Normalbürger, weshalb es keine abfällige Bezeichnung mehr für sie gibt – ist ein Lehrstück über die tödlichen Konsequenzen des Kapitalismus. *American Psycho* wiederholt in Romanform beinahe die komplette Kulturindustrie-Kritik der Kritischen Theorie: Bateman, der nur noch fähig ist, Mainstream-Pop à la Phil Collins zu konsumieren, erträgt weder in der Kunst noch im Alltag irgendeine Form von Zweifel, Zerbrechlichkeit, schon gar nicht Kritik. Ganz im Sinne einer Dialektik der Aufklärung schlägt seine durch und durch rationalisierte – aber eben nicht: vernünftige – , von Überaffirmation beherrschte Existenz in das um, was Adorno »Barbarei« nannte.

Aus einer Kritik an der Kulturindustrie wurde mit Marry Harrons Verfilmung ein Produkt, das sämtliche kulturindustriellen Gesetze befolgt und daher auch eine entsprechende Pressekampagne bekam. Der beklemmende Roman wurde zur flotten Komödie, besetzt mit einem (nach Mainstream-Gesetzen) glänzenden Hauptdarsteller, dessen grimassenhaftes Spiel alles zerstört, was der Roman als

(Nicht-)Charakter von Bateman vorgab. Hätte der Film freilich sowohl die Langeweile wie auch die Brutalität des Romans übernommen, wäre daraus kein kommerzielles Produkt entstanden, sondern bestenfalls eine zeitgemäße Variante von »The Texas Chainsaw Massacre«. Mary Harron setzte jedoch auf erzählerische Dichte und Achtziger-Retro-Komik. Passagen, die im Roman getrennt voneinander verlaufen, werden hier sinnzerstörend zusammengebracht. Im Film labert Bateman seine Opfer voll, wie toll Phil Collins sei, während er ihre Massakrierung vorbereitet. Der neurotische Killer wirkt nur noch lächerlich und auf diese Weise sympathisch. Das Publikum kann am Ende gerade deshalb über ihn lachen, weil es dieser Figur an Coolness und Style mangelt. Damit aber vergeht sich der Film unmittelbar an einer der wichtigsten Aussagen des Romans, nämlich jener, daß gerade die Fetischisierung von Coolness und Style zu der menschlichen Katastrophe geführt hat, in der sich die Gesellschaft befindet. Die Intention, das Publikum aus Style-Gründen über Bateman zum Lachen zu bringen, zieht selbst viele kleine Batemans heran.

Konkret 10/00, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

FilmTheater

Liberty Heights

Regie: Barry Levinson; mit Joe Mantegna, Justin Chambers und Carolyn Murphy; USA 2000 (Warner); 127 Minuten; ab 5. 10. im Kino

Ein antirassistisches Gute-Laune-Märchen auf der Mainstreamschiene. 300 Oldtimer gegen Rassenhaß. Im Nostalgie-Baltimore der 50er Jahre sitzt die Fun Generation in Pappas Auto (der Cadillac zu 1/2 Million Dollar das Stück) und durchbricht die Rassenschranken, denn die grade einsetzende zeitgenössische Mobilität ist es, die nach dem Willen von Autor und Regisseur Barry Levinson (»American Diner«, »Tin Men«) die unsichtbaren Mauern zwischen den Vierteln – den Juden, Christen, Schwarzen – zusammenbrechen läßt. Wir hören zwar noch im Dialog, daß Neger im hinteren Teil des öffentlichen Verkehrsmittels Platz zu nehmen haben, aber auch daß soeben eine Gerichtsentscheidung der schwarzen Chefarzttochter Platz im Weißengymnasium verschafft. Was wir jedoch sehen, ist, daß die gegenseitige ethnische und religiöse Abschottung in Baltimore nicht nur eine Frage des Straßenverkehrs, sondern auch eine solche der Generationen ist. Denn die Kids der 50er sind es, egal ob Jude, Neger oder Christ, die sich zusammenraufen, und was die Eltern von ihren Kindern lernen, ist siegen. Unser Held ist also ein Junge, er heißt Ben, und für ihn ist Adolf Hitler eine Witzfigur, grade richtig für den Halloween-Horror-Spaß. Die jüdischen Eltern finden die Hakenkreuzbinde am Sohnesarm gar nicht komisch; sie verstehen noch nicht, was es heißt, Ritter ohne Furcht zu sein. Die Balgereien zwischen Juden und Christen sind Jungssache; Ben lernt boxen und geht ganz allein Christenrüpel klatschen, sieben auf einen Streich. Ja, das Amerika von 2000 träumt nach wie vor seinen Traum. Auf der Freiheitshöhe triumphiert der Held der westlichen Welt. Ein Junge trägt jetzt die symbolische Fackel, und die 4.000 Statisten, die der Film engagiert hat, jubeln ihm zu.

»Liberty Heights« ist nicht Historie; die Helden sind von heute; das erkennt man am Glamour der jungen Christen. Sie sind Super-Models von Calvin Klein (Mode und Parfum 2000). Das reicht, der Film braucht gar nicht mehr zu sagen: mitmachen!, und alle machen mit. Drum: Teilt man die Rassismusanalyse des Films, kann man an ihm nur seine Freude haben. Die Älteren sind schon sehr komisch, wenn sie die Kinder als »Kommunisten« verdächtigen oder mit ihnen den atomaren Ernstfall üben (Schulbuch übern Kopf halten). Auch gibt es viel zu lachen, wenn nach der verfrühten Ejakulation der Hosenschlitz feucht wird. Das Baltimore-Tableau der Ben's-Time ist in allerlei Brauntönen detailreich und liebevoll ausgemalt; zwei weiße Jungs allein unter Negern im nachgestellten James-Brown-Konzert: Es geht nicht anders, man muß sie alle lieben – vorausgesetzt, man unterläßt das oben erwähnte elterliche Genörgel. Drum hat Produzentin Paula Weinstein das Schlußwort: »Wenn all unsere Religions-, Rassen- und Klassenunterschiede wie in diesem Film im besten Sinne zusammenkommen, bieten sie Anlaß zu großer Freude.«

Konkret 10/00, S. 64

Jan Pehrke

FilmTheater

O Brother, where art thou?

Regie: Joel Coen; mit George Clooney, John Turturro, Tim Blake Nelson; USA 1999 (UIP); 107 Minuten; ab 19.10. im Kino

Der Titel des neuen Werkes der Coen-Brüder verweist auf »Sullivans Reisen«, Preston Sturges' Komödie über die scheinbare Unmöglichkeit, einen politisch engagierten Film zu drehen. So stellen sich die Regisseure selbst die Lizenz zu einem Spiel mit historischen Klischees, Genre-Zitaten und Homers *Odyssee* aus. Aber das postmoderne Klassenziel, eine möglichst fremde und seltsame Welt zu präsentieren, verfehlen die Brüder. Zu sehr bleibt »O Brother, where art thou?« den Konventionen des period piece verhaftet. George Clooney, John Turturro und Tim Blake Nelson spielen entflohene Häftlinge, die auf ihrer Flucht in den obligatorischen Fußketten und Streifen-Monturen allerhand Abenteuer zu bestehen haben, ehe sie überraschenderweise als Gesangsformation groß herauskommen. Ihr Trip ähnelt einer veritablen Museumstour durch den tiefen Süden: Sie lassen sich auf einem rustikalen Schienen-Fahrzeug mit Wippantrieb herumkutschieren; treffen einen schwarzen Bluesmusiker, der seine Seele dem Teufel verkauft hat; laufen dem legendären Bankräuber »Babyface« Nelson über den Weg und geraten in eine düstere Ku-Klux-Klan-Zeremonie. Wirklich Bizarres wie den Ruf von Badenixen-Sirenen, dem das Trio folgt, inszenieren die Coens nur als kur- ze Abkehr vom Wege, ungeeignet, einen surrealen Taumel auszulö- sen.

Folgerichtig wird dieses Déjà-vu-Szenario auch nicht aus der arglos-verwunderten Perspektive des verdienten Low-profile-Akteurs John Turturro oder des hinterwäldlerisch dreinschauenden Tim Blake Nelson betrachtet. Es schiebt sich vielmehr der samtene, an alte Hollywood-Größen gemahnende Blick George Clooneys in den Vordergrund, den nichts wirklich erschüttern kann. Abendfüllend ist diese Figur aber nicht, was die Coens zu übertünchen suchen, indem sie sie mit einem Pomaden- und Haarnetz-Tick ausstatten. Ein einfach gestrickter Held, eine übersichtliche Welt – und zu allem Überfluß hat die Depressionskomödie auch noch ein New-Deal-Happy End.

Konkret 10/00, S. 65

Georg Seeßlen

Antlitz und Inter-Face

Über das Portrait in der Kunst des 20. Jahrhunderts

Was sieht ein Künstler, wenn er in ein menschliches Gesicht sieht, und was gibt er davon in seiner ästhetischen Produktion wieder? Das hat, wie man weiß, seine Geschichte, von der Repräsentation der Herrschaft, der Verpflichtung des religiösen Mythos, über die Klasse, die Wahrheit des Subjekts, Maske, Person und Geschichte, bis hin zu jenem Blick der Moderne, der durch das Gesicht hindurchgeht, es zerlegt, zersetzt und wiederzusammenfügt. *Face to Face to Cyberspace* ist als Buch zu einer Ausstellung entstanden, in der 80 Arbeiten von 19 Künstlern zu sehen sind, um diesen Bruch, vor allem bei Alberto Giacometti und Jean Dubuffet, zentriert. Am Ende, so scheint's, hat sich ein absurder Kreis geschlossen: Vom »heilen« Gesicht der Repräsentationskunst über seine Durchdringung und Zersetzung in der Moderne bis schließlich zu seiner reinen synthetischen Rekonstruktion in der digitalen Postmoderne. Die Bruchstelle in dieser kleinen Portrait-Geschichte des 20. Jahrhunderts sind jene Bilder, die Dubuffet in den Jahren 1946 und 1947 als »Nicht-mehr-Portraits« malte. Die Person ist wie die Klasse nicht mehr zu erkennen, obwohl es sich zweifelsfrei um die Darstellung »wirklicher Menschen« handelt: »Portraits mit Ähnlichkeit in Teilen, mit gekochter und in die Erinnerung eingeweckter Ähnlichkeit, mit Ähnlichkeit zerborsten in der Erinnerung des Herrn Jean Dubuffet, Maler«. So wie das Wesen hinter der Maske verschwinden kann (hinter der Maske der Herrschaft ebenso wie hinter der Maske des Leidens), so verschwindet bei Dubuffet gewissermaßen die Maske (und also »Person«) hinter dem Gesicht (und im Gegensatz zu allen bürgerlichen Mythen und Wissenschaften wird der Mensch dabei nicht weniger unkenntlich als im umgekehrten Fall).

Daß Dubuffets »Portraits« innerhalb relativ kurzer Zeit und mehr oder weniger an einem Ort konzentriert entstanden (nämlich im Salon der reichen Florence Gould, der weder von der deutschen Besatzung noch vom Elend der Nachkriegszeit berührt worden zu sein scheint), mag nicht gar so zufällig sein: Da hat eine Klasse, eine Kultur, ein Typus buchstäblich das Gesicht verloren. Daß die Maler in die Gesichter ihrer Mitmenschen sehen und nichts mehr finden, was dem Blick standhält, ist auch andernorts keine Kunst-immanente Angelegenheit. Wenn bei Francis Bacon die Gesichtszüge zerfließen, sich über die Masken und Vor-Bilder ergießen und Picasso für beinahe jedes Portrait gleichsam eine neue ästhetische Methode ersinnt, die die jeweils vorherige negiert, wird der Umstand deutlich, daß das Gesicht, das Geschehen von Maske und Person, Zufall und Willkür ausgesetzt sein kann. Diese Portraits sind offensichtlich tatsächlich Skandale, weil sie das letzte »Authentische« des bürgerlichen Individuums attackieren: den Augenblick des Gleichklangs von öffentlichem und sozialem Ich. Bei Bacon zerreißt ganz buchstäblich eine private Fratze die öffentliche Maske. In den Arbeiten Alberto Giacomettis steckt eine Suche, die nicht mehr das Bild, sondern den Blick meint. Je genauer man das Auge ansieht, hat er gesagt, desto mehr verliert man die Kontrolle des Blicks: Nach dem Skandal des sich auflösenden und wuchernden Gesichts ersteht nun das tückische Portrait, das den fragenden Blick zurückwirft; in den Ähnlichkeitsrudimenten stellt das Portrait die Frage nach dem oder der, die oder der es ansieht.

Die Identitätskunst hat das Gesicht so lange mit immer neuen ästhetischen Mitteln befragt, bis es so oder so verschwand. Doch das Portrait, das sich in der Kunst vor unseren Augen zersetzt, inflationiert sich zur gleichen Zeit in der Alltags- und Popkultur. Vom Steckbrief zum Paßbild, von den fotografischen Chroniken der bürgerlichen Familien zu den medialen Multiplikationen von Helden und Stars, geradezu manisch wird »Identität« reproduziert. Ganze bürgerliche Genres, wie das Melodrama, erzählen davon, wie man sich in ein Bild verliebt und wie man sich umgekehrt durch Bilder verrät. Krimis sind auf andere Weise konstruierte Identitätsbilder (die Suche nach dem Original zum Leichen-Bildnis), und Science-fiction malt in ihren Aliens das Popportrait des nichtidentischen Menschen. Während also die Kunst am inneren Gehalt des Portraits als Identitätsbildes zweifelt, macht die populäre Kultur daraus ihre allgemeinste Währung. Nun freilich wird das Identitätsbild Objekt umfänglicher Fälschungen, und je mehr es als gefälschtes im Umlauf ist, desto weniger scheint das Destruktions- und Analyseverfahren der Kunst sinnvoll. Es lohnt nicht, etwas auseinanderzunehmen, das gar nicht verbirgt, daß es gerade erst zusammengesetzt wurde.

Das zersetzte, aufgelöste, fragmentierte Gesicht kommt daher in der Pop-art als ironisches Selbstzitat wieder zu sich, nun freilich in endlosen Serien (wie bei Andy Warhol), als eine hyperrealistische Sprache der Einzelheiten wie im Fotorealismus (etwa bei Chuck Close) oder schließlich als virtuelle Rekonstruktion im Cyberspace, in der sich die letzten Möglichkei- ten einer Abbildungsgrammatik (»Ich«, »Du«, »Subjekt«, »Objekt«, »Bild«, »Original«, »Abbild«, »Sinnbild« usw.) auflösen. Die scheinheilige, naive Renaissance des Gesichts in der Postmoderne, das sich mal fröhlich-unverletzt, mal melodramatisch gibt, ist also eher das nächste Kapitel in der Ablösung des Identitätsbildes.

Das Gesicht ist, nicht nur in der Kunst, nun weder Maske noch Person (noch gar ursprünglich-utopische Einheit), sondern ein System von Masken und Personen, die jeweils ad hoc, zur Verbindung verschiedener sozialer Systeme verwendet werden: als Inter-Face.

Face to Face to Cyberspace. Mit Beiträgen von Ernst Beyeler, Markus Brüderlin, Reinhold Hohl, Andreas Franke, Milan Kundera, Edouard Bannwart. Hatje Cantz Verlag, Ostfildern-Ruit 1999, 140 Seiten, 78 Mark

---

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 9/2000 über die Berliner Ausstellung »Sieben Hügel«

Konkret 10/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Weil der Kriegsminister eine Kristina Gräfin Pilati-Borggreve herumgekriegt hat, fragte die größte Zeitung der westlichen Welt:

Scharping – wird er jetzt Graf?

Nein, Rudolf Graf Pilati wird er nicht, aber vollends blöde ist er schon geworden, denn tags darauf mußte »Bild« melden:

Bundesverteidigungsminister Scharping (52, SPD) legt Wert auf die Feststellung, daß eine Übernahme des gräflichen Namens Pilati weder möglich noch von ihm beabsichtigt sei.

Und das dürfte noch lange nicht alles gewesen sein, denn eine Woche später traf er schon wieder so hart mit dem Kopf auf, Deutschlands oberster Regimentstrottel, daß er nicht mehr wußte, wo er war: auf dem Parkplatz vorm Pentagon oder auf dem Weg im Pontiac zu Pilatis.

Wenn das Vaterland zu verteidigen ist, kann es die größte Zeitung der westlichen Welt aber mit ihrem Minister aufnehmen. Das Blatt, das hinten seinen Fans die Discountbordelle am Hungaroring empfiehlt, hat auch eine Vorderseite, auf der es das Schicksal der Männer beklagt, die der Dienst am Vaterland nicht nur um dieses Vergnügen bringt, sondern auch daran hindert, sich und ihren GTI Samstagnacht auf dem Heimweg von der Disko an einem Chausseebaum zu entsorgen, und die deshalb, als Mitglieder der deutschen Kfzfor, mit den Verkehrswegen im Land der Albaner-Willis vorliebnehmen müssen:

Der Einsatz unserer Soldaten auf dem Balkan – fast schon Routine! Doch: Nicht nur Heckenschützen und Minen bedrohen Leib und Leben der deutschen Soldaten, die Gefahr lauert auch an jeder Straßenkreuzung! Der tragische Unfalltod des Stabsunteroffiziers M. macht uns schlagartig bewußt, wie gefährlich dieser Einsatz jeden Tag wirklich ist. Alle elf Todesopfer auf deutscher Seite kamen bisher bei Unfällen ums Leben. Der Balkan-Einsatz ist eben doch keine Routine.

Heckenschützen und Minen haben, so bedauerlich das im Einzelfall ist, noch keinen deutschen Landser Leib und Leben gekostet. Das Spiel mit dem Tod beginnt im Kosovo nicht anders, als es auf der B 73 vor Buxtehude endet: mit der freien Fahrt für freie Bürger, bzw. in Pristina: für freie Bürger in Uniform. Rüstete man jeden von ihnen mit einem Audi TT aus, wäre die ethnische Säuberung des Kosovo bald humanitär vollständig gelöst, jedenfalls was die deutschen Soldaten betrifft. Das ist nicht zynisch. All I am saying is give peace a chance.

So ein Tag, so wunderschön wie heute, der 8. September, den die größte Zeitung der westlichen Welt mit der Meldung begann:

Warschau – Der polnische Bischof Andrzej Sliwinski (61) ist beim Umsteigen auf dem Moskauer Flughafen verschwunden. Er wollte in Sibirien eine Kirche einweihen.

so ein Tag, der dürfte nie vergehn. Und auch nicht jener andere, den das Blatt mit dem Titel

100 Fischer vermißt

dem Prinzip Hoffnung geweiht hatte, auch wenn, wie immer am Eingang zu »Bild« und der anderen Hölle, die Hoffnung eine fahrenzulassende war, weil ausgerechnet die zwei, die man nicht vermißt hätte, nicht vermißt wurden, sondern am Mittag schon wieder Bismarck spielen und Kranke schikanieren konnten.

Die größte Zeitung der westlichen Welt ist mitunter zugleich ihre verschämteste. Wenn ein christlicher Sozialexperte ihr sagt, Gutgläubige dürften nicht in den Arsch gekniffen sein, beginnt sie zu stottern:

Es ist ein Verlust für die Demokratie, wenn diejenigen, die im guten Glauben nicht geklagt haben, in den A... gekniffen sind.

Dasselbe Blatt hat einst »die Bilanz« eines Kampfs zweier schwarzer Boxer mit den Worten gezogen:

50 Millionen Mark Gewinn für die Veranstalter und, last not least, 2 zerschlagene Mohrenköpfe

und als Verfasser ihren Redakteur und Chefrassisten Peter Boenisch angegeben. Ein wenig inkonsequent, wie mir scheint. Wer nicht Arschloch sagen will, muß Peter B ... sagen.

Name ist Schall und Rauch? Das konnte Goethe doch nur meinen, weil er die »Rheinische Post« und ihren Ewald Trojansky nicht gekannt hat:

Eine finstere Familie herrscht über Serbien. Verrat, Selbstmord und Gewalt durchziehen die Geschichte des Milosevic-Clans. Slobodan Milosevic, am 22. August 1941 als Sohn einer Lehrerin und eines orthodoxen Priesters geboren, wird in schuldbeladener Einsamkeit zum Erwachsenen. Der Bruder seiner Mutter ist sein Idol: heldenhafter Partisan unter Tito im Zweiten Weltkrieg, danach leitender General im militärischen Geheimdienst. Doch 1948 bricht Tito mit Stalin. Der Onkel-General schießt sich eine Kugel durch den Kopf. An dem einstigen Helden haftet der Makel des Verrats. Zwei Jahre später verläßt Vater Svetozar, der aus dem Amt gejagte Geistliche, die Familie. Mutter Stanislava, streng und fleißig, zieht die beiden Söhne alleine im Geist des Kommunismus auf. Verrat und Gewalt bestimmen auch die Kindheit von Slobodans Ehefrau Mirjana. Im von Deutschen besetzten Belgrad koordiniert ihre Mutter, Vera Miletic, die Tätigkeit des kommunistischen Untergrunds. Mirjanas Vater Moma Markovic kämpft als Partisan. Die Gestapo nimmt Mutter Vera im März 1943 fest, aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie grausam gefoltert ... Slobodan ist 17, Mirjana 16, als sie sich zum ersten Mal treffen. Und Mirjana findet für Slobodan schnell ein Ziel: Er soll ein zweiter Tito werden. 1962 tötet sich Slobodans Vater. Zehn Jahre später erhängt sich seine Mutter. Die Abneigung zwischen ihr und der Schwiegertochter war groß und wechselseitig. Nun steigt Slobodan auf, angefeuert von seiner Frau. Nun kennt er keine Skrupel mehr. Er verrät Freunde und Verbündete. Er überzieht Titos Jugoslawien mit Tod und Vernichtung.

Darauf einen Egon-Erwin-Kisch-Preis 2001! Diesen Zucker hat er sich redlich verdient, der Pegasus Ewald, das beste Trojanski Pferdski im Stall der deutschen Belagerer vor der Stadt und Festung Belgerad.

So müssen die Franzosen einst im Juli 1789 den Atem angehalten haben: der elfte, der zwölfte, der dreizehnte – Revolution! Genau wie die LeserInnen der »Tageszeitung«, als ihre Redaktion der Flucht des hessischen Ministers Jung die Schlagzeile hinterherschickte:

Jetzt Sie noch, Herr Koch!

Und die Bastille bzw. die Konstablerwache wäre – ah, ça ira! – gestürmt. Wenn nämlich das Zentralorgan der grünen Massen den Tyrannen nicht strafrechtlich, wegen Rassismus, drankriegt, dann halt zivilgesellschaftsrechtlich, wegen falscher Buchführung, oder dynamisch-ökologisch, wegen Rauchens auf dem Radweg. Venceremos, aber hallöchen.

EinEn der LeserInnen, die sowas freut, outet die »Zeit«:

Sebastian Turner, der legendäre Werber aus der Berliner Agentur Scholz und Friends, ist ein Freund der »Taz«, »weil sie ein absolutes Unikat in der Medienlandschaft ist«.

Wie wird man ein legendärer Werber? Indem man sich unter tausend Kollegen, die einen Toyota unmöglich finden, als der eine erweist, der aus seiner Abneigung einen Slogan macht? Indem man ein Unikat von einem absoluten Unikat unterscheiden kann? Wie das absolute Unikat die Medienlandschaft nicht von Mädchenlandschaft:

In einer außerordentlichen Sitzung berief der Aufsichtsrat des Axel- Springer-Verlags den gegenwärtigen »Welt«-Chefredakteur Mathias Döpfner zum Vorstandsvorsitzenden ... Unklar bleibt, womit sich der 37jährige Döpfner für diese

Führungsfunktion qualifiziert hat ... Von 1994 bis 1996 verantwortete er den Relaunch der Berliner »Wochenpost«, anschließend leistete er eine ähnliche Arbeit bei der »Hamburger Morgenpost« – bei beiden Blättern war bald von der »Döpfner-Kurve« die Rede, will heißen: Die Auflage sank. Hinter vorgehaltener Hand heißt es nun, Döpfner habe das Herz von Friede Springer gewonnen. Weil er blaue Augen und Manieren habe, mit über zwei Metern Körpergröße eine imposante Erscheinung sei und außerdem Klavier spielen könne.

Schöner Gigolo ... Die ganze Welt ist himmelblau ... Man müßte Klavier spielen können, wer Klavier spielt, hat Glück bei den Frau'n respektive: Ein bißchen Friede. Die »Taz« ist fürwahr ein Unikum unter den hundert absoluten Unikaten in der Medienlandschaft, die sich und ihren Lesern die Welt erklären, wie der kleine Ralph Siegel sie sich vorstellt. Damit keiner auf so dumme Gedanken kommt wie den, es könnte bei der Berufung eines Vorstandsvorsitzenden im größten Zeitungskonzern des Landes jene Einrichtung eine Rolle spielen, die man einmal »das Kapital« genannt hat (und später frau »das große Geld«), weshalb diesen Döpfner weniger die zwei Meter und seine Kurve nach unten nach oben getragen haben als die Rolle des größten deutschen Bankkonzerns in der Medienlandschaft, jener Deutschen Bank, deren Aufsichtsrat der Hilmar Kopper vorsteht, und der ist der imposanten Erscheinung Schwiegervater.